NEUES ROTES FORUM

1-2/73

März 1973
4. Jahrgang
Preis 4,– DM
Doppelnummer

AUSEINANDERSETZUNG UM DAS PROGRAMM DER WESTDEUTSCHEN KOMMUNISTEN

Entwurf der Programmkommission

Begründung des Programmentwurfs und Kommentar

Kritiken an der Stellungnahme der Programmkommission

Antikritik

INHALT:

editorial..... S. 2

Erläuterungen zum jetzigen Programmentwurf..... S. 3

Programmentwurf..... S. 10

Stellungnahmen zum Programmvorschlag - eine Antikritik (Willfried Maier)..... S. 19

STELLUNGNAHMEN

Marxisten-Leninisten Mannheim: Bemerkungen zu der Stellungnahme der Programmkommission..... S. 31

Kommunistische Gruppe Frankfurt Frankfurt/Offenbach: Ein wichtiger Schritt vorwärts!..... S. 38

Kommunistische Gruppe Köln: Programm und Taktik..... S. 53

Sozialistische Studentengruppe Hamburg: Unsere Stellung zur Programmstellungnahme..... S. 58

Initiativkollektiv KLASSENKAMPF UND PROGRAMM der Marxisten-Leninisten Dortmund: Ein Schritt vorwärts in der Programmerarbeitung..... S. 70

U. Burg, K. Simens: Ein Dokument des Zentrismus..... S. 80

Marxisten-Leninisten Hannover: Stellungnahme zum Programmvorschlag..... S. 88

Marxistisch-Leninistische Gruppe Mannheim: Stellungnahme zur Ausarbeitung der Programmkommission der BK-Gruppen:..... S. 92

Kommunistischer Bund Nord: Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht..... S.100

Arbeiter Basis Gruppen München: "Das Programm der westdeutschen Kommunisten"..... S.111

Gruppe Rote Fahne (KPD): Der Heidelberger "Philosophenweg"- ein Weg zur Kommunistischen Partei? S.113

Kommunistischer Studentenverband der Gruppe Rote Fahne (KPD): Neues Rotes Forum - Buchgläubigkeit und Epigonentum..... S.116

Neues Rotes Forum 1-2/73

Diese Doppelnummer des Neuen Roten Forum haben wir ganz der Programmdebatte zur Verfügung gestellt, Die Veröffentlichung dieses NRF hat sich verzögert, weil der Entwurf der Programmkommission der Kommuniquéorganisationen erst Mitte Februar vorlag und die weitere Vorbereitung dieses Heftes viel Zeit in Anspruch nahm.

Da die gründliche öffentliche Debatte der Programmfragen wichtiger ist als ein paar Monate Zeitverlust bis zur Gründung der von den Kommuniquéorganisationen geplanten einheitlichen Organisation, hat die Programmkommission den Leitungen der Kommuniquéorganisationen vorgeschlagen, die Delegiertenkonferenz, auf der das Programm verabschiedet werden soll und eine einheitliche Organisation gegründet werden soll, zu verschieben und endgültig auf den 9.-11. Juni festzulegen. Diese Verschiebung ermöglicht es sowohl unseren Organisationen als auch allen Marxisten-Leninisten, die unsere Linie im Wiederaufbau der KPD unterstützen, die notwendigen Auseinandersetzungen ohne Zeitdruck zu führen und sich ideologisch, politisch und organisatorisch sorgfältig auf diesen notwendigen Schritt im Wiederaufbau der KPD vorzubereiten.

In diesem Heft ist nur der Programmentwurf veröffentlicht. Die angekündigten Resolutionen werden nicht in diesem Heft veröffentlicht. In einem Bericht der Programmkommission vom 15. 2. 73 an die Leitungen der Kommuniquéorganisationen heißt es dazu:
"Der Programmkommission lagen auf ihrer letzten Sitzung (6.-10. 2. 73) von einzelnen Mitgliedern ausgearbeitete Resolutionsentwürfe vor, die allerdings nicht gemeinsam diskutiert und als gemeinsame Entwürfe der Programmkommission verabschiedet wurden. Die Programmkommission schlägt vor, die vorliegenden Resolutionsentwürfe jetzt nicht zu veröffentlichen, sondern sie in den Organisationen intern als Diskussionsgrundlagen zu behandeln. Die Entwürfe werden den Leitungen der Organisationen demnächst zugeschickt werden. Entscheidend für diesen Vorschlag der Programmkommission war, daß sie nicht die Funktion einer politischen Leitung wahrnehmen kann

Fortsetzung auf der vorletzten Seite

Erläuterungen zum jetzigen Programmentwurf

Die Programmkommission der Organisationen des Bremer Kommuniqués legt in diesem NRF einen ausformulierten Programmentwurf vor. Zweifellos wäre es von vornherein besser gewesen, sofort einen solchen Entwurf getrennt von Begründung und Kommentar vorzulegen, statt einer Stellungnahme, in der Begründung, Kommentar und Textvorschlag sich vermischen. Ein solches Vorgehen hätte die Programmdiskussion auch in den Grundeinheiten unserer eigenen Organisationen und ihrer Massenorganisationen erleichtert.

Der Programmentwurf korrigiert in einigen wesentlichen Punkten die erste Stellungnahme der Programmkommission. Er folgt einem anderen Gliederungsprinzip und beseitigt Fehler, die in einzelnen Abschnitten sich eingeschlichen hatten (z. B. im Abschnitt über den demokratischen Kampf.)

Die jetzige Gliederung des Programmentwurfes ist das Resultat eines Prozesses von Kritik und Selbstkritik in der Programmkommission, der sich vor allem an einem ersten Entwurf entzündete, der der Gliederung der Stellungnahme folgte. Vorübergehend lagen der Programmkommission zwei Entwürfe vor und es war zweifelhaft, ob es ihr gelingen würde, einen einheitlichen Entwurf zu erstellen. Folgende Fragen lagen der Auseinandersetzung zugrunde : Wie muß die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus als Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats in der Gliederung des Programms berücksichtigt werden ? Wie muß in der Gliederung des Programms der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die proletarische Weltrevolution begonnen hat und daß die Kämpfe der unterdrückten Völker Teil der proletarischen Weltrevolution geworden sind ? Muß die Darstellung der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus nicht den Abschnitten über die soziale Revolution des Proletariats, ihre Voraussetzung und die Aufgaben der Kommunisten vorausgehen, wenn der Kommunismus wirklich als Perspektive des weltweiten Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufgezeigt und die Aufgaben der Kommunisten in diesem Rahmen bestimmt werden sollen ?

Die Bestandteile des Programms waren in der Stellungnahme folgendermaßen gegliedert:

4. 2. Westdeutschland ist ein imperialistisches Land
4. 3. Die Entwicklung des Kapitalismus und die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen
4. 4. Der proletarische Klassenkampf
4. 5. Die Aufgaben der Kommunisten
4. 7. Der Imperialismus
4. 8. Die Ära der proletarischen Revolution
4. 9. Der Kampf gegen den Opportunismus
4. 10. Die demokratischen Forderungen
4. 11. Wirtschaftliche Forderungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen

Der Programmentwurf dagegen gliedert sich jetzt folgendermaßen:

A.
Stand der internationalen Arbeiterbewegung und der proletarischen Weltrevolution. Notwendigkeit eines Programms der westdeutschen Kommunisten.

B.
Allgemeiner Teil:

1. Die westdeutschen Kommunisten sind eine Abteilung der Weltarmee des Proletariats und der unterdrückten Völker. Sie verfolgen das gleiche Endziel wie die Kommunisten aller Länder, das sich aus dem Charakter der bürgerlichen Gesellschaft und dem Gang ihrer Entwicklung selbst ergibt.
2. Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft.
3. Zunehmende Klassenpolarisierung. Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse.
4. Ausdehnung der Lohnarbeit und wachsende Abhängigkeit vom Kapital.
5. Unvermeidbarkeit der Krisen - Arbeitslosigkeit.
6. Wachsende Unzufriedenheit der durch den Kapitalismus selber geschulten und zusammengefassten Arbeiterklasse.
7. Entstehung der Monopole als ökonomischer Grundlage des Imperialismus.
8. Unvermeidbarkeit von imperialistischen Kriegen.
9. Weitere Verschärfung des Drucks auf die Arbeiterklasse im Imperialismus.
10. Der Verschärfung der Ausbeutung im Innern der imperialistischen Länder entspricht die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der abhängigen Länder. Sie werden zu Sturmzentren der Revolution.
11. Der Imperialismus ist sterbender und faulender Kapitalismus.
12. Wachsende Bedeutung des imperialistischen Staates für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der Herrschaft der Bourgeoisie.
13. Der Imperialismus leitet die Ära der sozialen Revolution ein.
14. Soziale Revolution bis zur Vollendung der klassenlosen Gesellschaft.

15. Unerläßliche Voraussetzung der sozialen Revolution: Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

16. Fortsetzung des Klassenkampfes nach Eroberung der politischen Macht und Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats bis zur Vollendung des Kommunismus.
17. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.
18. Aufgaben der Kommunisten.
19. Der Kampf gegen Reformismus und Revisionismus ist unerläßlich für den Sieg über die Bourgeoisie.

C.
Klassenkampf in Westdeutschland:
1. Nationale Form des Klassenkampfes.
2. Proletarische Revolution - nächste Etappe des Klassenkampfes in Westdeutschland.
3. Westdeutschland ist ein imperialistisches Land.
4. Spaltung der deutschen Nation.
5. Notwendigkeit des demokratischen Kampfes.
6. Bürgerliche Demokratie - proletarische Demokratie.
7. Wie der Kampf für die demokratischen Forderungen geführt werden muß. Dann folgen die demokratischen und die wirtschaftlichen Forderungen.

In dieser Gliederung glauben wir sowohl den internationalen Inhalt des proletarischen Klassenkampfes besser herausgearbeitet zu haben, als auch die besonderen Aufgaben der westdeutschen Kommunisten, die sich aus der nationalen (staatlichen) Form des internationalen Klassenkampfes ergeben.

Der erste Abschnitt entspricht formell der einleitenden Passage des Kommunistischen Manifests und der endgültigen Formulierung des Programms der SDAPR von 1903, während inhaltlich der gegenwärtige Stand der internationalen Arbeiterbewegung und der proletarischen Weltrevolution festgehalten wird. Damit wird auch klargestellt, in welcher Weise wir uns auf Vorbilder beziehen. Wir beziehen uns auf sie als Vorbilder dafür, wie ein kommunistisches Programm aussehen muß, und was prinzipiell im Programm enthalten sein muß. Wir beziehen uns auf sie aber nicht in der Weise, daß wir auf die notwendigen Ergänzungen und Präzisierungen verzichten würden, die die seitherige Entwicklung des Kapitalismus und des Klassenkampfes notwendig und möglich machen.

Durch die Voranstellung der jetzigen Einleitung wird die Forderung der Stellungnahme, daß das Programm der westdeutschen Kommunisten "eine Kriegserklärung der Arbeiterklasse in erster Linie an die eigene in Westdeutschland und Westberlin herrschende Bourgeoisie" sein muß, in der richtigen Weise erfüllt: das Programm geht davon aus, daß die westdeutsche Bourgeoisie dasselbe Schicksal erleiden wird, wie die Bourgeoisie der Länder, in denen das Proletariat die politische Macht schon erobert hat.

Nach diesem Abschnitt, der den bisherigen Verlauf der proletarischen Weltrevolution skizziert, kann der allgemeine Teil auf prinzipielle Aussagen beschränkt werden, die nicht durch die Entwicklung in diesem oder jenem Land ihre Geltung verlieren. So und nicht anders muß der allgemeine Teil aber auch abgefasst werden. Er muß die Quintessenz des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung enthalten, nicht aber Aussagen über einzelne Länder oder über Besonderheiten des Klassenkampfes in ihnen. Z. B. hat eine Feststellung über den sozialimperialistischen Charakter der SU im allgemeinen Teil des Programms nichts verloren; dagegen ist die Aussage unerläßlich, daß die Diktatur des Proletariats während der ganzen Übergangsperiode zum Kommunismus aufrechterhalten werden muß und daß der Revisionismus nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat der entscheidende Hebel der Bourgeoisie ist, um die proletarische Diktatur von innen her auszuhöhlen, die politische Macht zurückzuerobern und den Kapitalismus zu restaurieren. Auch eine Feststellung über die Notwendigkeit der neudemokratischen Revolution in den unterdrückten Ländern hat im allgemeinen Teil des Programms nichts verloren, wohl aber die Feststellung, daß diese Länder sich in Sturmzentren der Revolution verwandeln mußten und längst verwandelt haben. Die Etappenbestimmung der Revolution in diesen Ländern gehört in den besonderen Teil des Programms der dortigen Kommunisten. Entsprechendes gilt für alle Aussagen über die konkreten Bündnismöglichkeiten des Proletariats in den verschiedenen Ländern, die sich aus der Etappenbestimmung ergeben.

Der allgemeine Teil des Programms ist anders gegliedert, als in der Stellungnahme vorgeschlagen worden war: Der wichtigste Unterschied zwischen der Gliederung des jetzigen Entwurfs und dem Gliederungsvorschlag der Stellungnahme besteht darin, daß die Darstellung der Entstehung und des Charakters der bürgerlichen Gesellschaft mit der Darstellung ihrer Entwicklung bis zur Epoche des Imperialismus zusammengezogen wird. Erst dann folgt die Charakterisierung der sozialen Revolution des Proletariats, ihrer Voraussetzungen und der Aufgaben der Kommunisten. Damit wird der These in B 1 entsprochen und das Endziel der Kommunisten aus dem "Charakter der kapitalistischen Gesellschaft und dem Gang ihrer Entwicklung" hergeleitet. Das Resultat dieser Entwicklung ist eben der Imperialismus, d. h. der monopolistische, sterbende und faulende Kapitalismus, in dem die Notwendigkeit der sozialen Revolution, die im Charakter der bürgerlichen Gesellschaft von vornherein angelegt ist, zur Aktualität wird.

Diese Gliederung ermöglicht es, den Kommunismus als Endziel des Proletariats und zugleich als einzige Perspektive für den Kampf der unterdrückten Völker zu entwickeln. Dadurch werden wir schon durch die Gliederung der Tatsache gerecht, daß die proletarische Weltrevolution nur durch das brüderliche Bündnis des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker

vollzogen werden kann und daß die Parole des Kommunistischen Manifests "Proletarier aller Länder vereinigt euch" in der Epoche des Imperialismus ergänzt werden muß durch die Parole "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!"

Aktualität der sozialen Revolution bedeutet, daß die wissenschaftlich gewonnene Einsicht in die Notwendigkeit der sozialen Revolution die Massen ergreift. Dies ist in der Epoche des Imperialismus zunehmend der Fall. Deshalb ist es richtig, die Herleitung der Notwendigkeit der sozialen Revolution nicht vom Nachweis ihrer Aktualität zu trennen. Das Programm der Kommunisten ist ein Kampfprogramm. Allgemein zuerst die Notwendigkeit der sozialen Revolution zu erläutern, und danach erst die längst vollzogene Entwicklung zur Epoche des Imperialismus und zur Ära der Revolution darzustellen, widerspricht den Aufgaben eines Kampfprogramms.

Da der Imperialismus als notwendige Konsequenz der Warenproduktion auf Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse entwickelt wird, sind durch das Programm allen revisionistischen Abweichungen (Zurückdrängung der Monopole, Beschränkung des Klassenkampfs auf den Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie und Verzicht auf die Überwindung der Warenproduktion in der Übergangsperiode) ein Riegel vorgeschoben. Damit wird der Forderung der Stellungnahme entsprochen, ohne ihren unübersichtlichen Gliederungsvorschlag zu übernehmen.

Fragen der Gliederung des Programms sind keine beliebigen Fragen.
Unser erster Gliederungsvorschlag für den allgemeinen Teil des Programms hatte die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus berücksichtigt in Anlehnung an die Neufassung des allgemeinen Teils des Programms der SdAPR durch die Bolschewiki auf dem VIII. Parteikongress von 1919 Dort wird zunächst der allgemeine Teil des Programms von 1903 bis zu den Aufgaben der Kommunisten zitiert. Erst dann folgt die Charakterisierung der Epoche des Imperialismus. Diese Gliederung ist jedoch durch die Auseinandersetzungen unter den Bolschewiki und nicht systematisch begründet. Damals hatten Bucharin, Smirnow und andere für die Beschränkung des Programms auf die Charakterisierung des Imperialismus und der Übergangsperiode plädiert. Gegenüber diesem falschen Vorschlag bestand Lenin auf der Übernahme der entsprechenden Passagen aus dem Programm von 1903, wodurch jene Gliederung zustandekam, die auch wir der Stellungnahme zugrunde legten. Heute aber werden die politischen und historischen Aufgaben des Programms richtig erfüllt, wenn wir die Systematik, von der Lenin bei seiner Auseinandersetzung mit Bucharin, Smirnow u. a. ausging, der Gliederung des Programms direkt zugrundelegen und nicht der durch die Parteigeschichte der Bolschewiki begründeten Gliederung des Programms von 1919 folgen. Diese Systematik legte Lenin 1918 auf dem VII. Parteitag dar : "Wir müssen mit der allgemeinen Grundlage der Entwicklung der Warenproduktion, des Übergangs zum Kapitalismus und der Entartung des Kapitalismus zum Imperialismus anfangen. Damit nehmen wir theoretisch eine Stellung ein und stärken diese Stellung, die uns niemand, der nicht Verrat am Sozialismus begangen hat, streitig machen wird. Daraus ergibt sich ebenso unvermeidlich die Schlußfolgerung: die Ära der sozialen Revolution beginnt." (Lenin W, Bd. 27, S. 119) Entsprechend dieser Gliederung, die dem Gang der Sache selbst folgt, sind wir jetzt verfahren.
Der Gliederungsvorschlag der Stellungnahme dagegen reißt die Entwicklung des Kapitalismus selber auseinander. Dadurch aber erreicht er gerade das,was vermieden werden soll: die Loslösung des Imperialismus vom Kapitalismus. Einerseits kann so die Notwendigkeit der sozialen Revolution bloß allgemein aus dem Charakter der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt werden, statt aus dem Charakter der bürgerlichen Gesellschaft und dem Gang ihrer Entwicklung. Andererseits kann die Epoche des Imperialismus nicht als notwendige Durchgangsstufe zum Sozialismus als "Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats" (Lenin, Werke Bd. 22, S. 198) herausgearbeitet werden. Diese Seite des Imperialismus, die vollständige materielle Vorbereitung der sozialen Revolution, wurde in der Stellungnahme ohnehin vernachlässigt. Durch das jetzige Gliederungsprinzip wird die Entwicklung des Kapitalismus insgesamt gerade unter diesem Gesichtspunkt dargestellt.

In der Formulierung des allgemeinen Teils unseres Entwurfs haben wir uns von den Grundsätzen leiten lassen, die Marx, Engels und Lenin in der Programmfrage vertreten haben und die Hermann Duncker in der Diskussion um das Programm der Komintern folgendermaßen zusammengefaßt hat:

"Eine Aufzählung der Grundsätze(Prinzipien), auf denen sich die sozialistisch-kommunistische Zielforderung erhebt, wird immer die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren Umsturz erstrebt wird, als G a n z e s in ihren Haupterscheinungen bloßzulegen haben. Sie muß die Entwicklungen aufdecken, die sich in ihr vollziehen und aus der sich sowohl die Unmöglichkeit einer Aussöhnung mit dem Kapitalismus wie die Notwendigkeit der proletarischen revolutionären Machteroberung ergibt. Es ist klar, daß solche Kennzeichnung die ökonomischen Erscheinungen nicht aus der Froschperspektive, d.h. nicht aus dem Augenmaß des letzten Tages betrachten darf. Ein Programm wird nicht für den Augenblick geboren. Es kann nicht gewechselt werden wie die Frühjahrs- und Herbstmode. Es muß für absehbare Zeit die Richtschnur der Partei sein. Daraus folgt, daß bei aller wünschenswerten Aktualität doch das Programm die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse von so hoher Warte aus ansehen muß, daß sie in ihren größeren Zusammenhängen gewertet werden.
Man hat sich hier und da gewöhnt, sowohl den Imperialismus als ein dem Kapitalismus gegenüber völlig neu geartetes Gebilde hinzustellen, wie man auch in der "Rationalisierung" eine ganz neue wirtschaftliche Erscheinung vor sich zu haben glaubte.

Hier gerade liegt die Aufgabe eines Programms, die Augen des Parteigenossen immer wieder auf das Grundsätzliche und Wesentliche im Fluß der kapitalistischen Entwicklung hinzulenken. Ein Programm soll 'in Kontinenten denken' und hat keinen Minutenzeiger. Das ABC der marxistischen Kapitalkritik hat sich nicht verändert, wenn sich auch der ökonomische Anschauungsstoff seit dem Tode von Marx und Engels gewaltig vermehrt und differenziert hat. Das Programm hat aber gerade das theoretische und politische ABC zu geben. So muß es notgedrungen die Spezialisierung und Detaillierung vermeiden, auch auf die Gefahr hin, daß es marxistisch "altmodisch" erscheint. Das Programm sollte bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat keiner Umänderung und Verbesserung mehr bedürfen! Unter solchen Gesichtspunkten muß der theoretische Teil entworfen werden."
(Zum Aufbau des Programms von Hermann Duncker. in: Die Internationale Band 9, S. 360)

Nach dem allgemeinen Teil folgt der besondere Teil über Westdeutschland, der deshalb kurz gefaßt werden kann, weil die meisten Bestimmungen, die auf Westdeutschland zutreffen im allgemeinen Teil schon entwickelt sind. +

Die wichtigste inhaltliche Korrektur betrifft die Einleitung zu den demokratischen Forderungen. In der Stellungnahme werden zwar richtig die zwei Gesichtspunkte genannt, von denen her die Forderungen des demokratischen Kampfes entwickelt werden müssen: einerseits die Tendenz des Imperialismus zur politischen Reaktion, andererseits die Diktatur des Proletariats als breiteste Demokratie für die Massen (S. 27). Es wird auch ausdrücklich festgestellt, dass es in Westdeutschland keine gesonderte demokratische Etappe vor der proletarischen Revolution geben kann. Doch dann wird auf S. 31 die Behauptung aufgestellt, dass die demokratischen Forderungen unterschieden werden müssen "nach solchen, die prinzipiell mit dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat vereinbar sind und solchen, die erst von der Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Diktatur verwirklicht werden können." (S. 31). Es wird in der weiteren Darstellung dann davon ausgegangen, daß unter der Herrschaft der Bourgeoisie nur solche demokratischen Forderungen aufgestellt werden dürften, die prinzipiell mit dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat vereinbar sind. Das ist falsch. Einerseits ist jede demokratische Forderung mit dem Kapitalismus prinzipiell vereinbar, insofern die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitalismus überhaupt "durch keinerlei Umgestaltung auf dem Gebiete der politischen Demokratie zu beseitigen" ist (Lenin, W 22, S. 146). Andererseits führt der der kapitalistischen Produktionsweise zugrundeliegende Klassengegensatz in jeder bürgerlichen Gesellschaft zur Herausbildung eines von der Gesellschaft abgesonderten, staatlichen Apparats, der selbst in der demokratischsten aller Republiken nichts anderes als Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse sein kann. Demokratische Forderungen als Forderungen nach freier Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens richten sich deshalb notwendig gegen den Charakter des bürgerlichen Staates als von der Gesellschaft abgesonderten Herrschafts- und Unterdrückungsapparates.

Im "absoluten ökonomischen" Sinn (Lenin, a. a. O., S. 145) ist also die Demokratie mit dem Kapitalismus vereinbar. Im "relativen politischen Sinn" (ebda) ist die politische Demokratie mit dem Kapitalismus überhaupt und erst recht mit dem Imperialismus unvereinbar und alle grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie können nur unvollständig, verstümmelt und als seltene Ausnahme durchgesetzt werden. Aber daraus folgt für die Kommunisten keineswegs der Verzicht "auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für alle diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt. Ganz im Gegenteil, man muß alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, daß heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriiert, führen." (Lenin, a. a. O., S. 146 f). Der Fehler der Stellungnahme beruht also darin, die politische Unvereinbarkeit der grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat nicht klar bestimmt zu haben, sondern auch hier von einer "prinzipiellen" Vereinbarkeit ausgegangen zu sein. In Wirklichkeit muß der demokratische Kampf aber gerade deshalb revolutionär geführt werden, weil die grundlegenden demokratischen Forderungen in ihrer Gesamtheit in Widerspruch zur politischen Herrschaft der Bourgeoisie stehen.

Die demokratischen Forderungen können auch nicht auseinanderdividiert werden, in Forderungen, die schon unter der Herrschaft der Bourgeoisie erhoben werden können und Forderungen, die erst durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht werden können. Alle demokratischen Forderungen müssen gerade schon unter der Herrschaft der Bourgeoisie erhoben werden, und alle demokratischen Forderungen können erst durch die Diktatur des Proletariats vollständig und in ihrer Gesamtheit verwirklicht werden.

Die grundlegenden Prinzipien des Demokratismus, Freiheit und Gleichheit, bleiben vor und nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat unverändert. Vor der Eroberung der politischen Macht bilden diese Prinzipien die

---

+ Die beiden Zusätze von Johannes Doostadt und Joscha Schmierer müssen nach Meinung der anderen Kommissionsmitglieder nicht aufgenommen werden, da sie in dem übrigen Text schon implizit enhalten sind.

Grundlage von Forderungen, die sich gegen den bürgerlichen Staatsapparat richten, während und nach der Eroberung der politischen Macht bilden sie die Grundlage von revolutionären Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und zur Festigung der Diktatur des Proletariats. Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet das Proletariat eigene demokratische Organe, die Räte. Die Rätedemokratie beschränkt sich nicht auf die Proklamation von Rechten, sondern setzt an die Stelle der formellen Verkündigung von Rechten und Freiheiten deren tatsächliche Gewährung, vor allem und am meisten an jene Bevölkerungsklassen, die vom Kapitalismus unterdrückt wurden, d h. an das Proletariat, die armen Bauern und die breite Masse der Lohnabhängigen in den Verwaltungs- und Verteilungsapparaten des Staates und der Konzerne. Zu diesem Zweck enteignet die Rätedemokratie der Bourgeoisie Gebäude, Druckereien, Papiervorräte u. s. w. und stellt sie den Werktätigen und deren Organisationen voll zur Verfügung. "Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, immer breitere Massen der werktätigen Bevölkerung zum Gebrauche der demokratischen Freiheiten zu veranlassen und die materielle Möglichkeit hierfür zu erweitern." (Programm der KPR 1919; zit. nach B. Meißner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 - 1961, 3. Aufl. 1965, S. 126) Während die bürgerliche Demokratie ihren Klassencharakter zu verschleiern sucht, erkennt die proletarische Demokratie ihren Klassencharakter offen an. Die bürgerliche Demokratie proklamiert formelle Freiheits- und Gleichheitsrechte nur, um über die Lohnsklaverei und die ökonomische Ungleichheit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten hinwegzutäuschen ; die proletarische Demokratie scheut sich nicht, den Ausbeutern die politischen Rechte zu entziehen, um ihren Widerstand zu brechen und die Ausbeutung zu beseitigen. Damit aber schafft sie nur die Bedingungen für die umfassende und allseitige Verwirklichung der Demokratie, bis mit Vollendung des Kommunismus auch diese abstirbt und die Herrschaft der ungeheuren Mehrheit über eine verschwindend kleine Minderheit sich in eine reine Verwaltung von Sachen durch das assoziierte Arbeitervolk verwandelt.

Die Rätedemokratie ist der höchste Typus der Demokratie. Auch wenn die Bildung von Räten erst in einer revolutionären Situation als Aktionslosung aufgestellt werden kann und erst in der Zeit der Doppelherrschaft unter der Parole "Alle Macht den Räten !" der direkte Ansturm auf die Herrschaft der Bourgeoisie organisiert werden kann, so wäre es doch völlig falsch, die demokratischen Forderungen im Programm auf den Typus der bürgerlich - parlamentarischen Demokratie auszurichten, wie dies entgegen unserer erklärten Absicht in unserer Stellungnahme teilweise geschehen ist. Ihren revolutionären Charakter erhalten die demokratischen Forderungen gerade dadurch, daß sie auf den höheren Typ der Rätedemokratie ausgerichtet sind, statt auf eine wie immer geartete "demokratische Erneuerung" der bürgerlich - parlamentarischen Demokratie. Von den Forderungen, die direkt auf die Beseitigung der bürgerlich - parlamentarischen Demokratie und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zielen, zu unterscheiden sind jene Forderungen nach Aufhebung jeder Einschränkung des Koalitions-, Versammlungs-, Streikrechts etc., die ebenfalls in unser Programm aufgenommen werden müssen. Diese richten sich nicht direkt gegen den Charakter des bürgerlichen Staates, sondern gegen dessen Eingriffe in die gesellschaftlichen Klassenkämpfe. Wieder anders verhält es sich mit den Forderungen zum Ausbildungs- und Steuerwesen, die gegen die Fernhaltung der breiten Volksmassen von jeder ausreichenden Ausbildung und gegen ihre Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat gerichtet sind.
Trotz ihres unterschiedlichen Charakters können alle diese Forderungen als Richtschnur für die Entlarvung der bürgerlichen Demokratie dienen und den Kämpfen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen eine revolutionäre Stoßrichtung geben, wobei immer auf das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis als Grundlage jeder Knechtung hingewiesen werden muß und auf die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, um dieses Ausbeutungsverhältnis zu beseitigen.
Die Abschnitte C 5, 6, 7, die die demokratischen Forderungen einleiten, unterscheiden sich insofern von den meisten anderen Abschnitten, als sie strategische und grundsätzliche taktische Festlegungen enthalten. Das schlägt sich schon in Formulierungen wie die Arbeiterklasse "muß" den entschiedensten Kampf gegen die bürgerliche Reaktion führen, "die Kommunisten wenden sich gegen alle parlamentarischen Vertretungskörperschaften..", "um Raum zu schaffen..". Warum sind diese Festlegungen im Programm nötig, obwohl sie begründenden und kommentierenden Charakter haben ? Sie sind deshalb nötig, weil im Programmklargestellt werden muß, welchen Charakter die demokratischen Forderungen haben, nämlich nicht den Charakter von Forderungen für eine selbständige Etappe vor der proletarischen Revolution wie etwa das Minimalprogramm der SDAPR für den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft, sondern den Charakter von Forderungen für Kämpfe, deren Entfaltung direkt an den Sturz der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht heranführt. Das Programm der westdeutschen Kommunisten kann sich nicht darauf beschränken, den Sturz der Bourgeoisie und die Diktatur des Proletariats als nächste Aufgabe der Revolution festzulegen, um etwa dann daranzugehen, die Form der Diktatur des Proletariats auszumalen und ihre verschiedenen Maßregeln niederzuschreiben. Die Form der Diktatur des Proletariats und die Richtung ihrer Maßregeln sind schon im allgemeinen Teil des Programms festgelegt. Das Programm der westdeutschen Kommunisten darf aber auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es vor der proletarischen Revolution in Westdeutschland keine Etappe der "demokratischen Erneuerung" oder der "Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution" geben kann. Deshalb müssen die westdeutschen Kommunisten offen aussprechen, daß die demokratischen Forderungen ihres Programms direkt auf die Entfaltung der

Kämpfe für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie abzielen, weil nur die Diktatur des Proletariats und die Expropriation der Expropriateure die Grundlage "für die volle und allseitige Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen" (LW 21, S. 415) schafft. Unser Programmentwurf entspricht hier im Prinzip der "Stellungnahme". Dieser Stellungnahme ist von manchen ihrer Kritiker vorgeworfen worden, sie enthalte keinerlei Aussagen über den Weg der Revolution in Westdeutschland. Das zeigt nur die Blindheit dieser Kritiker. Der Weg der proletarischen Revolution in Westdeutschland geht über die Entfaltung des demokratischen Kampfes, denn "es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat, als eine geschichtliche Klasse, die Bourgeiosie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus." (LW 21, S. 146) Manche sogenannten Marxisten - Leninisten in Westdeutschland und Westberlin wollen ständig besonders besondere Aufgaben für sich ausfindig machen, weil sie sich ihre besonders auffällige Erfolglosigkeit nur daraus erklären können, daß sie dieses "Sesam öffne dich" noch nicht entdeckt haben. Dabei ist das besondere Problem der Revolution in Westdeutschland gerade, daß die allgemeinen Aufgaben der Kommunisten und des Proletariats so lange aus dem Blickfeld geraten sind. Die Erziehung des Proletariats im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus ist der Dreh- und Angelpunkt jeder kommunistischen Politik, von dem her sie auch den Charakter der wirtschaftlichen Forderungen des Programms bestimmt. Diese dürfen keinerlei "sozialstaatlichen" Tendenzen entgegenkommen. Alle Forderungen nach Arbeiterschutzbestimmungen müssen die Übernahme der Inspektions- und Kontrollfunktionen durch die Arbeiterorganisationen und Arbeiterinstitutionen beinhalten und sich gegen jede Beschränkung von deren demokratischem Charakter aussprechen. Diesem Prinzip entsprechen die wirtschaftlichen Forderungen unseres Programms. Im einzelnen müssen sie noch sorgfältig diskutiert und geprüft werden.

Unvermeidlichkeit von Kriegen. Auch hier sind uns Fehler in der Stellungnahme unterlaufen. Die Unvermeidlichkeit von Kriegen wird nicht aus der Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung hergeleitet, die den Kampf um die ökonomische Aufteilung der Welt immer aufs Neue entfachen muß, obwohl die territoriale Aufteilung der Welt bereits abgeschlossen ist, sondern unmittelbar aus dem "Kampf um Einflußsphären", der seinerseits nicht erklärt wird (S. 24). Außerdem wird in falscher Weise behauptet, die Gründung verschiedener sozialistischer Staaten hätte irgendetwas an der Tatsache geändert, daß die territoriale Aufteilung der Welt abgeschlossen ist. Das ist natürlich Unsinn. Die territoriale Aufteilung der Welt ist abgeschlossen, weil es keine frei verfügbaren Territorien mehr gibt.

An dieser Tatsache hat sich aber weder durch die Gründung sozialistischer Staaten, noch durch die Bildung unabhängiger nicht-imperialistischer Staaten etwas geändert. Im Gegenteil: durch diese Entwicklung hat die territoriale Aufteilung der Welt zwar eine für den Imperialismus ungünstige Wendung genommen, aber das kommt gerade darin zum Ausdruck, daß der Kampf um die ökonomische Aufteilung und Neuverteilung der Welt noch mehr auf politische Hindernisse trifft als vor 60 Jahren. In der Stellungnahme wird einfach die Aussage, daß die territoriale Aufteilung der Welt abgeschlossen ist, mit der Aussage verwechselt, daß die jeweils bestehende Aufteilung unabänderlich sei. Letztere Aussage hatte Lenin natürlich niemals gemacht, zumal die Unvermeidlichkeit der Kriege im Imperialismus ja gerade darin ihre Grundlage hat, daß die einzelnen imperialistischen Staaten und Staatengruppen versuchen müssen, die jeweils bestehende territoriale Aufteilung der Welt zugunsten der sie beherrschenden Kapitalgruppen zu verändern. Je schmaler die territoriale Basis wird, in der die einzelnen imperialistischen Mächte und Mächtegruppierungen und der Imperialismus insgesamt politisch frei schalten und walten können, desto brutaler setzt sich die Unvermeidlichkeit von Kriegen als Gesetzmäßigkeit des Imperialismus durch und desto deutlicher wird der marxistisch-leninistische Standpunkt in dieser Frage bestätigt, den Mao Tse-tung folgendermaßen ausgedrückt hat: "Was die Frage eines Weltkriegs betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten: die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert." (Mao, zit. als jüngste Weisung in: Peking Rundschau, 20/69).

Die Stellungnahme hält zwar an dieser marxistisch-leninistischen These fest, aber sie begründet sie ungenügend. Was die Frage der territoriale Aufteilung der Welt anbetrifft, ist die Stellungnahme direkt fehlerhaft.

Der Kampf gegen den Opportunismus: Diese kurze Passage auf S. 26/27 enthält zwar nicht direkt Fehler, ist aber doch völlig unzureichend, weil sie den Reformismus und den Revisionismus weder als internationale Strömungen der Arbeiterbewegung darstellt, noch die vom Imperialismus hervorgebrachte Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie als Hauptträger dieser Strömungen benennt. Diese Passage steht durch ihre Kürze und durch ihren unzureichenden Inhalt tatsächlich in keinem Verhältnis zu anderen Teilen der Stellungnahme. Dies ist oft und zu recht kritisiert worden. Die Kritik hat freilich meistens übersehen, daß der antireformistische und antirevisionistische Charakter des Programms vor allem in Inhalt und Form des ganzen Programms zum Ausdruck kommen muß und nicht nur in dem besonderen Abschnitt, der diesen Strömungen gewidmet ist. In diesem Sinn hat die Stellungnahme entschieden gegen den Reformismus und Revisionismus Position bezogen, auch wenn der Abschnitt, der sich direkt mit dem Reformismus und Opportunismus befasst, völlig unzureichend ist.

Weitere Veränderungen gegenüber der Stellungnahme:

Im Abschnitt "Darlegung des Ziels" des proletari-

schen Klassenkampfes ist auf S. 18 der Stellungnahme fälschlich von sozialistischer Produktionsweise die Rede, wo die kommunistische Produktionsweise gemeint ist. Diese schlampige Bezeichnung hat viele Mißverständnisse hervorgerufen. Selbstverständlich ist auch uns klar, daß erst der Kommunismus sämtliche Muttermale der kapitalistischen Gesellschaft abgelegt hat und daß weder alle Überreste der Warenproduktion, noch der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit und von Stadt und Land schon in der ersten Etappe der Übergangsperiode zum Kommunismus, in der sozialistischen Etappe,überwunden werden können. Im jetzigen Entwurf wird die soziale Revolution als langandauernder Prozess dargestellt, in dessen Verlauf die verschiedenen Aufgaben gelöst werden müssen.

Das Hinüberwachsen des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus wird im Programm anders berücksichtigt als in der Stellungnahme vorgeschlagen. In der Stellungnahme wird diese Tendenz ausschließlich in der Übernahme der Produktionsmittel durch den Staat und in ihrer Verwandlung in staatliches Eigentum gesehen. Dies ist eine einseitige Betrachtungsweise. Im jetzigen Programmentwurf wird stattdessen auf den umfassenderen Gesichtspunkt der zunehmenden Verwandlung aller gesellschaftlichen Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten des imperialistischen Staates abgehoben.

Im jetzigen Entwurf ist die Etappenbestimmung der Revolution in Westdeutschland richtig aus der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und aus der unumschränkten politischen Herrschaft der Bourgeoisie abgeleitet und nicht aus der Tatsache, daß Westdeutschland als imperialistisches Land an der Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker teilnimmt. Aus dieser Bestimmung wird vielmehr die besondere Aufgabe des westdeutschen Proletariats abgeleitet, sich niemals mit der eigenen Bourgeoisie zu verbünden und jeden Krieg der westdeutschen Bourgeoisie in den Bürgerkrieg gegen diese Bourgeoisie zu verwandeln.

Die Bündnismöglichkeiten des westdeutschen Proletariats werden im jetzigen Entwurf direkt aus der Etappenbestimmung abgeleitet, wie es allein richtig ist. Dadurch wird eine klare Abgrenzung gegen all jene revisionistischen Entstellungen vollzogen, die die Bündnismöglichkeiten aus dem Charakter des Imperialismus ableiten und folglich nach irgendwelchen antimonopolistischen Teilen der Bourgeoisie schielen, denen zuliebe sie eine spezielle Etappe konstruieren.

In der Stellungnahme war die Frage des bewaffneten Aufstandes und der gewaltsamen Eroberung der politischen Macht nur undeutlich angesprochen mit Hilfe eines Clausewitz Zitates (S. 31 unten). Bezüglich der gewaltsamen Revolution muß aber klar Stellung bezogen werden, indem wir programmatisch festlegen, daß das Proletariat beim Kampf für sein Endziel niemals vor der Anwendung von Gewaltmitteln zurückschrecken wird. Auch in dieser Hinsicht schafft der jetzige Entwurf die notwendige Klarheit. Die Formulierung im Programm grenzt sich auf der einen Seite in aller Schärfe ab gegen jedes revisionistische Klassenversöhnlertum und gegen den pazifistischen Betrug vom "friedlichen Übergang"; auf der anderen Seite macht sie keinerlei Zugeständnisse an jene "links"-revisionistischen Tendenzen, die den bewaffneten Aufstand als höchste Form der politischen Revolution mit ihrem Wesen in eins setzen und damit die Frage des bewaffneten Aufstandes aus einer konkret-historischen und taktischen Frage in eine Prinzipienfrage verwandeln.

In dieser Einleitung kann nicht versucht werden, jede Veränderung des Entwurfs gegenüber der Stellungnahme herauszuarbeiten und im einzelnen zu begründen. Die wichtigsten Korrekturen haben wir genannt. Diese Korrekturen sind möglich geworden durch eine intensive Auseinandersetzung in der Programmkommission selber und durch jene Kritiken, die sich ernsthaft mit unserer Stellungnahme auseinandergesetzt haben.

Wir hoffen, daß durch die Veröffentlichung des jetzigen Entwurfs die Programmdebatte eine höhere und entscheidende Stufe erreichen wird, auf der mit allen ernsthaften Marxisten-Leninisten in den programmatischen Grundfragen Einheit erzielt werden kann.

Joscha Schmierer

NEUES ROTES FORUM

4-5/72(Oktober):
Erklärung zu den Bundestagswahlen
Klassenkampf in der Übergangsperiode
Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion
Revisionismus und Sozialimperialismus am Beispiel ihrer Rolle in Indien
Bericht über die Aktionseinheit in Dortmund

6/72 (Dezember):
Zu der Frage der Neuen Mittelklasse
Die Faschismustheorie des KB - Nord
Zur Gründung des KABD
Die Entwicklung Tansanias

SONDERNUMMERN :

August 72 :
Kampf zweier Linien in der KP Chinas - Dokumente mit einer Einleitung der Redaktion
72 Seiten, Preis : 2.50 DM

Wichtige Artikel aus vergriffenen Nummern des Neuen Roten Forum und des Roten Forum

Wider das Gründungsfieber
Neue Mittelklasse und Proletariat
Zur Außenpolitik der VR China
Kampf dem Zirkelwesen
u. a.

PROGRAMMENTWURF

A.

Die proletarische Weltrevolution ist aus einer wissenschaftlichen Voraussage zur Realität geworden. Zuerst in einem, dann in mehreren Ländern hat das Proletariat die Macht erobert und mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen. Mit dem Kampf des Proletariats für die soziale Revolution hat sich der Kampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus verbunden.

Die russische Oktoberrevolution von 1917 und die Gründung der Sowjetunion, die Errichtung der Volksdemokratien in Osteuropa nach 1945, die chinesische Revolution und die Gründung der Volksrepublik China, die Siege des koreanischen und vietnamesischen Volkes über den Imperialismus und die Errichtung einer revolutionären Staatsmacht in Nordkorea und Nordvietnam, der Sieg des kubanischen Volkes über den Imperialismus sind Marksteine auf dem Weg zur endgültigen Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung.

Die proletarische Weltrevolution als gründliche Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse ist ständig von schweren Rückschlägen bedroht und erleidet diese tatsächlich. Der Sieg des Revisionismus, die Rückeroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, die diesen ersten proletarischen Staat in eine sozialimperialistische Macht verwandelt haben, sowie der Sieg des Revisionismus in den meisten Volksdemokratien sind solche Rückschläge, die das internationale Proletariat zwingen, seine historische Mission immer besser zu begreifen, um mit allem Vergangenen zu brechen und den Sieg der proletarischen Weltrevolution Schritt für Schritt zu vollenden.

Längst hat der Kommunismus aufgehört, ein Gespenst zu sein und ist zum bewußten Kampfprogramm von Millionen von Proletariern, von ausgebeuteten und unterdrückten Menschen in aller Welt geworden.

In Deutschland aber ist der Kommunismus verschüttet und entstellt. In der DDR geben sich die bürgerlichen Machthaber in Partei und Staat als Kommunisten aus und sind doch nichts als Ausbeuter und Unterdrücker der Arbeiterklasse und des Volks. In der Bundesrepublik Deutschland ist das kommunistische Kampfprogramm illegalisiert worden. Die Kommunisten sind in die Isolation geraten oder haben ihre Ziele verraten und sind in den Schoß der Bourgeoisie zurückgekehrt. Aber der Kommunismus ist unausrottbar, und auch in Westdeutschland sind neue Kräfte herangewachsen, die sich zum Kommunismus offen bekennen und für seine Verwirklichung kämpfen. In dieser Situation ist es notwendig, die programmatischen Grundanschauungen der Kommunisten aufs Neue festzulegen, um klar zu sagen, welche Ziele sie verfechten und welche besonderen Aufgaben sich ihnen in Westdeutschland stellen.

B.

1. Die westdeutschen Kommunisten betrachten sich als eine Abteilung der Weltarmee des Proletariats und der unterdrückten Völker. Sie verfolgen dasselbe Endziel, das die Kommunisten aller anderen Länder anstreben: die klassenlose Gesellschaft, die mit der Ausbeutung im Innern der Nationen auch die feindlichen Gegensätze zwischen ihnen überwinden wird. Dieses Endziel ist bestimmt durch den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft und den Gang ihrer Entwicklung.

2. Diese Gesellschaft ist hervorgegangen aus der Expropriation der unmittelbaren Produzenten, der Handwerker und Bauern, die ihre Produktionsmittel als Privateigentum besaßen und die Produkte ihrer Privatarbeiten als Waren auf dem Markt austauschten. Die Vernichtung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, bildete die Vorgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise. Diese furchtbare und häufig gewaltsame Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden, Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, hat das selbsterarbeitete Privateigentum durch das kapitalistische Privateigentum ersetzt, das auf der Ausbeutung fremder, formell freier Arbeit beruht. Sie hat mit der Verwandlung seiner Arbeitsbedingungen in Kapital den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln getrennt und ihn in einen besitzlosen Proletarier verwandelt, der durch seine ökonomische Lage gezwungen ist, seine Arbeitskraft dem Kapitalisten zu verkaufen und durch seine Arbeit das Einkommen der oberen Gesellschaftsklassen zu schaffen, indem die Produktionsmittel in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten konzentriert werden.

3. Die der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Gesetze der Konkurrenz führen zur immer weitergehenden Expropriation der Privateigentümer. Je ein größerer Kapitalist schlägt viele kleinere tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation des Kapitals entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter: die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, das riesenhafte Wachstum der Produktivität menschlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von einer beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten monopolisiert. Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Beherrschungs-und Exploitationsmittel. Sie verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit. Mit der Akkumulation des Reichtums auf dem einen Pol geht so einher wachsende Unsicherheit der Existenz, Wachstum des Elends der Arbeitsqual, des Drucks, der Knechtung, der Ausbeutung auf dem anderen Pol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.

4. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer neue Schichten werden mit der Vereinfachung der Arbeitsfunktionen in die Fabrik gepreßt: Frauen und ungelernte, rechtlose, ausländische Arbeiter aus rückständigen Ländern und Regionen. Gleichzeitig führt die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Kapitalisten an lebendiger Arbeitskraft. Die Nachfrage nach Arbeitskraft bleibt deshalb immer wieder hinter dem Angebot von Arbeitskraft zurück und infolgedessen steigt die

Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital und der Grad ihrer Ausbeutung.

5. Noch mehr verschärfen diesen Prozeß die Krisen, die durch die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus unvermeidlich hervorgetrieben werden und die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben. Nicht ausgebeutet zu werden, sondern keinen Ausbeuter der eigenen Arbeitskraft zu finden, erscheint dann als das größte Unheil, das einem Arbeiter widerfahren kann.

6. Aber in dem Maße, wie alle diese, der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse mit den bestehenden Zuständen, wächst die Empörung der durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse, verschärft sich ihr Kampf gegen ihre Ausbeuter.

7. Mit Beginn des 2o. Jahrhunderts hat der Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Kapitale, der sich auf der Grundlage der freien Konkurrenz entfaltet, eine solche Stufe erreicht, daß mächtige Monopolverbände gebildet werden, die entscheidende Bedeutung im ganzen wirtschaftlichen Leben erlangen. Der Kapitalismus tritt damit in die Epoche des Imperialismus ein. Das Bankkapital und das Industriekapital verschmelzen zum Finanzkapital. Der Kapitalexport wird zum entscheidenden Instrument der ökonomischen Expansion. Die großen Konzerne, die ganze Gruppen kapitalistischer Mächte umfassen, beginnen die ökonomische Aufteilung der Welt, deren territoriale Aufteilung bereits abgeschlossen ist. Organisierte die vorhergehende Phase des Kapitalismus die Produktion in der einzelnen Fabrik, so unterwirft die imperialistisch-monopolistische Periode ganze Industriezweige und Industrien einer einheitlichen, planmässigen Leitung. Der Imperialismus hat so die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses in ungeheuer raschem Tempo vorangetrieben. Er hat den Weltmarkt und die Weltwirtschaft aus Tendenzen zur Wirklichkeit gemacht.

8. Der monopolistische Kapitalismus beseitigt die Planlosigkeit und Anarchie in einzelnen Industriezweigen nur, um sie auf höherer Ebene und in verstärktem Umfang neu zu erzeugen. Denn durch das Monopol wird die Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern erreicht eine neue Stufe und ungekannte Schärfe. Das Monopol kann sich nur dadurch aufrechterhalten, daß es beständig in die Konkurrenz eintritt. Der Weltmarkt wird im Zeitalter des Imperialismus zum Schauplatz der unablässigen Gegensätze, Spannungen und Kämpfe zwischen den Kapitalistengruppen. Die ungleichzeitige Entwicklung der kapitalistischen Produktion in den einzelnen Staaten und Staatengruppen bei gleichzeitiger Einschränkung frei verfügbarer Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären, Rohstoffe und Arbeitskräfte treibt mit Notwendigkeit immer wieder kriegerische Auseinandersetzungen hervor. Bis heute hat der Imperialismus das Elend zweier Weltkriege über die Menschheit gebracht.

9. Indem der monopolistische Kapitalismus die Wirtschaft ganzer Staaten und Staatengruppen in den Händen weniger Konzerne vereint, tritt er der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern geschlossen, brutal und gewaltsam gegenüber. Der gesteigerten Ausbeutung in der Fabrik fügt er die ständig wachsende Ausplünderung auf dem Warenmarkt hinzu. Der Widerstand des Proletariats wächst und tritt in Massenstreiks zutage, die ganze Produktionszweige, ja ganze Länder lahmlegen.

1o. Die Verschärfung der Ausbeutung im Innern der imperialistischen Länder gibt dem monopolistischen Kapital die Mittel in die Hand zur Unterjochung kleinerer, schwächerer und weniger entwickelter Nationen, zur Einreihung ihrer Bevölkerung als billige Lohnsklaven in seine Arbeitsheere und zur Ausplünderung ihrer Rohstoffquellen. Bei dieser allgemeinen Weltplünderung stoßen die imperialistischen Länder auf den Widerstand der ausgebeuteten und unter-

drückten Völker. Die Völker erheben sich gegen das Koloni aljoch und zerbrechen es. Sie setzen ihren Befreiungskampf fort gegen die drückender werdende neokoloniale Ausbeutung. Immer enger verbinden sich die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker mit der internationalen Arbeiterbewegung. Immer klarer gewinnt in ihnen das Proletariat die Führung.

11. Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im Imperialismus ist bis zu dem Punkt gediehen, wo die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit immer mehr unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Die außerordentlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus geht einher mit dem Schwinden seiner Fähigkeit, die Produktivkräfte weiter zu entfalten. Seine Aufschwungphasen erkauft sich der monopolistische Kapitalismus durch langandauernde Krisen und durch Kriege, in denen massenhaft Werte vernichtet werden, durch ständig steigende Rüstungslasten. Die Blüte einzelner Industrien geht auf Kosten der Stagnation in anderen Zweigen und der Verödung ganzer Regionen. Der Kapitalismus in seinemimperialistischen Stadium ist sterbender Kapitalismus und geht in Fäulnis über. Die Bourgeoisie - revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus - wird durch und durch reaktionär. Ihr Interesse an bedingungsloser Aufrechterhaltung des Monopolprofits stellt sie in Widerspruch zum gesellschaftlichen Fortschritt, der mit der schrankenlosen Entfaltung der Produktivkräfte verknüpft ist.
Gleichzeitig wird sie mehr und mehr überflüssig zur Organisierung der Produktion und tritt ihre produktive Funktion an bezahlte Agenten ab, während sie selbst sich in einen schmarotzenden Auswuchs am Körper der Gesellschaft verwandelt, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten, Pfaffen, Huren, Leibärzte, Künstler. In ihren Anfängen Bannerträger von Freiheit und Demokratie ist die Bourgeoisie zum rücksichtslosen Unterdrücker jeder freiheitlichen und demokratischen Bestrebung im Volk geworden. Aus dem Bannerträger des Selbstbestimmungsrechts der Nationen wurde sie zum bluttriefenden Schlächter an den Befreiungsbewegungen der von ihr unterjochten Völker.

12. Der Zuspitzung aller Gegensätze der kapitalistischen Produktionsweise entspricht das ständige Anwachsen des bürgerlichen Staatsapparates. Mehr und mehr verwandelt er alle gesellschaftlichen Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs-und Verwaltungsmaschinerie. Gleichzeitig gewinnt der staatliche Unterdrükkungs-und Militärapparat zunehmend Vorrang vor allen anderen Seiten der Staatstätigkeit. Der Druck des bürgerlichen Staates auf die ihm unterworfenen und mit seiner Hilfe ausgeplünderten Massen wächst immer mehr.

13. All dies macht aus der Epoche des Imperialismus die Ära der sozialen Revolution des Proletariats.

14. Die soziale Revolution hebt das Privateigentum an Produktions- und Umlaufmitteln auf, überführt sie in gesellschaftliches Eigentum und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmitte bar gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein von den assoziierten Individuen vollzogen wird. Mit der Aufhebung des kapitalistischen Eigentums beseitigt die sozial Revolution die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und befreit so die ganze geknechtete Menschheit, indem sie der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzt. Indem sie im Laufe ihrer eine ganze geschichtliche Epoche dauernden Entfaltung den Gegensatz zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land aufhebt, führt sie schließlich zur Errichtung der kommunitischen Gesellschaft, worin die freie Entwicklun eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist und wori Produktion und Verteilung schließlich nach dem Grundsatz geregelt sind: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!"

15. Unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und ihre Ausübung in einer solchen Form, die es ihm ermöglicht, auf der Basis umfassender und direkter Demokratie für die arbeitenden Massen den Widerstand der Ausbeuter bei der Vollendung der sozialen Revolution zu brechen. Solange die Bourgeoisie im Staatsapparat über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Form seiner sozialen Emanzipation nur gewaltsam erkämpfen können.

16. Während der ganzen geschichtlichen Periode von der Machtergreifung des Proletariats bis zur Vollendung des Kommunismus existieren noch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf. Das Proletariat bricht in diesem Klassenkampf radikal mit allen überlieferten Produktions- und Eigentumsverhältnissen. Es kann seine Revolution nur zu Ende führen, wenn es in ihrem Verlauf radikal mit den überlieferten Ideen bricht. Die Tätigkeit der proletarischen Staatsmacht als einem Organ des Klassenkampfes, das endgültig erst mit der Vollendung des Kommunismus abstirbt, muß von vorneherein bewußt darauf gerichtet sein, den von der Gesellschaft abgesonderten Charakter der staatlichen Tätigkeiten zu überwinden und sie in gesellschaftliche Tätigkeiten des freien Arbeitervolkes zu verwandeln.

17. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

18. Die Kommunisten aller Länder stellen sich die Aufgabe, vor den Arbeitern den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalistenklasse zu enthüllen; dem Proletariat die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die Bedingungen jener sozialen Revolution, die es zu vollbringen hat, klarzumachen; es zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt. Die Kommunisten haben keine von den Interessen des gesamten Proletariats getrennten Interessen. Auf der Grundlage ihrer Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung sind sie bestrebt, die Alltagskämpfe der Arbeiter mit dem Kampf um das Endziel zu verbinden und den ökonomischen mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zusammenzufassen. Dabei stützen sie sich in jedem Schritt ihres Handelns auf die Erfahrung der Massen selbst. Sie heben in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des Proletariats hervor. Zugleich zeigen die Kommunisten der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution für ihre eigene Befreiung vom Joch des Kapitals. Die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit diese sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

19. Das größte Hindernis auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats als Voraussetzung der sozialen Revolution ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus. Diese bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung, deren Kern die Ablehnung der proletarischen Diktatur und die Idee der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung ist, haben ihre Hauptträger und Vorkämpfer in der schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat. Ihren vorübergehenden Einfluß auf die Arbeitermassen verdanken sie der -verglichen mit den unterdrückten Völkern -günstigen Lebenslage von Teilen des Proletariats der imperialistischen Länder, die den ungeheuer gesteigerten Ausbeutungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit in den kurzen Perioden scheinbar ruhiger Entwicklung verdeckt. - In jeder politischen und revolutionären Krise

treten die Reformisten und Revisionisten offen an die Seite der Bourgeoisie. Von der Predigt der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung schreiten sie fort zur direkten Hilfe für die Bourgeoisie bei der blutigen Unterdrückung der revolutionären Teile des Proletariats und des Volkes. Das Proletariat kann die politische Macht nur erobern, wenn es Reformismus und Revisionismus in den eigenen Reihen bekämpft und überwindet. - Nach Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat wird das revisionistische Klassenversöhnlertum zum entscheidenden Hebel der Bourgeoisie, um die Diktatur des Proletariats zu beseitigen, die politische Macht zurückzuerobern, den Aufbau des Kommunismus abzubrechen und den Kapitalismus zu restaurieren.

Seine Hauptträger sind nun bürgerliche und verbürgerlichte Elemente im Apparat der proletarischen Macht-und Verwaltungsorgane, die sich mit den Überresten der alten Bourgeoisie verbinden. Nur der schonungslose ideologische und politische Kampf gegen diese Elemente und gegen jede Form bürgerlicher Privilegierung und bürokratischer Entartung, vor allem aber die Einbeziehung der proletarischen Massen und des Volkes in diesen Kampf kann verhindern, daß dem Proletariat die politische Macht wieder entrissen und daß es zusammen mit dem ganzen werktätigen Volk aufs Neue der schärfsten Ausbeutung und Unterdrückung unterworfen wird.

C.

1. Auf dem Weg zu ihrem gemeinsamen Endziel stellen sich den Kommunisten in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Aufgaben, weil die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nicht überall auf derselben Stufe steht, der Imperialismus durch den Unterschied zwischen unterdrückenden und unterdrückten Ländern gekennzeichnet ist, die Entwicklung in den einzelnen Ländern sich in unterschiedlichen sozialen und politischen Verhältnissen abspielt, und das Proletariat, während es in vielen Ländern die politische Macht erst noch erobern muß, in anderen Ländern nach Eroberung der politischen Macht schon in die Übergangsperiode zum Kommunismus eingetreten ist.(Die Kommunisten bestimmen ihre unterschiedlichen Aufgaben jedoch stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt, wie sie in der Epoche des Imperialismus und der Ära der proletarischen Weltrevolution hervorgetrieben werden, um so den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land aufs engste mit der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker zu verbinden. Zusatz: Johannes Dopstadt und Joscha Schmierer)

2. In Westdeutschland, wo der Kapitalismus schon lange zur herrschenden Produktionsweise geworden ist, sind längst alle wesentlichen Spuren vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse beseitigt. Längst schon hat die Bourgeoisie die politische Macht inne. Das westdeutsche Proletariat hat vor der proletarischen Revolution keine anderen revolutionären Aufgaben zu erfüllen. Für diesen nächsten Schritt vorwärts wird das westdeutsche Proletariat auch die armen Bauern und große Teile der Lohnabhängigen in den Ver - waltungs-und Verteilungsapparaten der Konzerne und des Staates gewinnen, die in immer engere Verbindung zu ihm geraten.

3. Das westdeutsche Proletariat führt den Kampf für seine soziale Befreiung in einem imperialistischen Land. Der deutsche Imperialismus, der über das deutsche Volk das Elend zweier Weltkriege und die offen faschistische Terrorherrschaft gebracht hat, hat sich nach Niederlagen in beiden Kriegen und obwohl er auf ein schmales Territorium eingeschränkt wurde, wieder erholt. Bei aller Ausnutzung imperialistischer Bündnisse greift er selbständig in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt ein. Kommt es dabei erneut zum Krieg, so wird es zur Aufgabe des westdeutschen Proletariats den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen seine eigene Bourgeoisie zu verwandeln.

(Die Kommunisten treten jederzeit allen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Versuchen entgegen, der westdeutschen Arbeiterklasse irgendwelche gemeinsamen Interessen mit ihrer Bourgeoisie vorzutäuschen und sie auf deren Seite zu zerren. Zusatz: J. D. und J. S.)

4. Die deutsche Nation ist gespalten. In beiden Teilen Deutschlands ist die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Nation dem Kampf für den Sturz der jeweils herrschenden Bourgeoisie untergeordnet.

5. Um an die proletarische Revolution heranzukommen und die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen, muß die Arbeiterklasse den entschiedensten demokratischen Kampf geger die bürgerliche Reaktion führen. Dieser demokratische Kampf kann sich nicht darauf beschränken, die Angriffe des imperialistischen Staates auf die erkämpften Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes abzuwehren, sondern muß unter solchen Forderungen geführt werden, die geeignet sind, die revolutionären Aktivitäten der breiten Volksmassen zu entfalten und im ständigen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat jene Fähigkeiten heranzubilden, derer das Proletariat und die breiten Volksmassen bedürfen, um die politische Macht zu erobern und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen.

6. Die Kommunisten wenden sich gegen alle parlamentarischen Vertretungskörperschaften, auch wenn sie diese als Tribüne des Klassenkampfes ausnutzen; sie wenden sich gegen jede bürokratische Verwaltung der Masseninteressen durch den Beamtenapparat des imperialistischen Staates, sowie gegen die bürgerliche Gewaltenteilung, die nur ein Betrugsmanöver ist, um über den Klassencharakter des imperialistischen Staates hinwegzutäuschen und die Massen über die Mechanismen der Bourgeois-Herrschaft im unklaren zu halten. Gegen alle diese Betrugsprinzipien der bürgerlichen Demokratie setzen die Kommunisten das Prinzip der ungeteilten Volkssouveränität, das angesichts des Entwicklungsstandes der bürgerlichen Gesellschaft in Westdeutschland nur durch die Diktatur des Proletariats in der Form der sozialistischen Räterepublik verwirklicht werden kann.

7. Um Raum zu schaffen für die freie Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe stellen die westdeutschen Kommunisten zunächst die folgenden Forderungen auf ; dabei führen sie den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen gegen den imperialistischen Staat so, daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung dieses Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

a. Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter; Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Arbeiters nicht übersteigt.
b. Wahl der Richter, aller höheren Beamten und Offiziere durch das Volk; jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler. Die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines Arbeiters nicht übersteigt.
c. Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie im öffentlichen Dienst in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, den üblichen Lohn erhalten.
d. Abschaffung aller Verfassungs-und Gesetzesbestimmungen, welche die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, der Gewissens-und Redefreiheit, der Presse-, Versammlungs-, Koalitions-, Streik- und Demonstrationsfreiheit einschränken oder unterdrücken.
e. Unentgeltliche und obligatorische allgemeine und polytechnische (theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde) Bildung für alle Kinder beiderlei Ge-

schlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; enge Verbindung zwischen Unterricht und praktischer Arbeit der Kinder und Jugendlichen.

f. Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

g. Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände der demokratischen Organe der örtlichen Selbstverwaltung, Verbindung jeder Einmischung der Zentralgewalt in die Festsetzung der Schulprogramme und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen.

h. Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben - soweit diese durch Steuern gedeckt werden - ausschließlich durch eine progressive Einkommens-und Körperschaftssteuer.

i. Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatuts; Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des II. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt und die vollen Souveränitätsrechte beider deutschen Staaten garantiert. Um den Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus entgegenzutreten, fordern die westdeutschen Kommunisten den Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen.

8. Die westdeutschen Kommunisten, die den Kampf um die sozialistische Revolution führen, lehnen den Kampf um Reformen nicht ab und unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen. Sie kämpfen aber nur für eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse, die ihre Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöht. Sie lehnen daher entschieden alle jene Reformpläne ab, die auf Förderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern oder auf eine Erweiterung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen hinauslaufen.

Um die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen vor körperlicher und geistiger Degradation zu bewahren und um sie besser zu befähigen, den Kampf um die sozialistische Revolution zu führen, fordern die westdeutschen Kommunisten:

a. Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden oder 35 Stunden in der Woche.

b. Völliges Verbot der Überstundenarbeit bei vollem Lohnausgleich.

c. Verbot der Nacht-und Schichtarbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen, von den Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Gründen unbedingt notwendig ist, jedoch unter der Bedingung, daß die Nachtarbeit 4 Stunden nicht übersteigt.

d. 8 Wochen bezahlten Urlaubs im Jahr.

e. Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebsrat. Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits-und Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebsrat. Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten.

f. Beseitigung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs-und Personalräte, die gewählt werden auf der Grundlage freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb für jeden Arbeiter. Freie Betätigung der Betriebs-und Personalräte bei der Durchführung von Arbeitskämpfen. Beseitigung der Friedens-und Schweigepflicht und der Pflicht zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.

g. Verbesserte Sozialversicherung für alle Lohnabhängigen
- einheitliche Versicherung für alle Arten der Lohnarbeit (Arbeiter, Angestellte);
- vollständiger Schutz für alle Arten des Verlusts der Arbeitsfähigkeit - durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Berufskrankheiten, Mutterschaft, Witwenschaft und Verwaisung - , für

den Fall der Arbeitslosigkeit;
- Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen, 55 Jahre bei Männern;
- Erhöhung der Renten auf 75% eines Facharbeiterlohns; regelmäßige Erhöhung der Renten mit den Löhnen;
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 75% des Lohns;
- Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an sich selbst verwaltende Krankenkassen, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird.
- Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen.
- Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten.

h. Freistellung der Frau von der Arbeit für die Dauer von 10 Wochen vor und einem Jahr nach der Niederkunft unter Fortzahlung des vollen Lohns durch die Versicherung bei unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und Versorgung mit Arzneimitteln. Der Arbeitsplatz muß freigehalten werden. Einrichtung von Krippen für Säuglinge und Kleinkinder bei allen Fabriken, Büros und Kaufhäusern und anderen Bereichen, in denen Frauen arbeiten. Freistellung von der Arbeit für Mütter von Säuglingen und Kleinkindern bis zum 3. Lebensjahr zumindest alle 3 Stunden für die Dauer einer halben Stunde; Gewährung von Beihilfen an diese Mütter und Verkürzung ihres Arbeitstages auf 6 Stunden.

i. Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

WAHRHEIT

Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz

Lest das Organ des KBB!

Die "Wahrheit" ist eine vom Kommunistischen Bund Bremen (KBB) herausgegebene politische Zeitung, die sich die Aufgabe gestellt hat, regelmäßig auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen einzugehen und sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten. Sie führt den Kampf gegen die lokale Borniertheit der Zirkel, indem sie versucht, vom Standpunkt der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung auszugehen, die Auseinandersetzung um die entscheidenden strategischen und taktischen Fragen der westdeutschen Revolution voranzutreiben und die praktischen Schritte zum Wiederaufbau der KPD zu propagieren. Die "Wahrheit" erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 8,– inkl. Porto.

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 3 April 1972
- Maiaufruf des KBB
- Die "neue" Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung
- Der Kampf der werktätigen Frauen

Nr. 4 Mai 1972
- Parteiengerangel in Bonn
- Berichte zum 1. Mai
- Das vietnamesische Volk wird siegen!

Nr. 5/6 Juni/Juli 1972
- Vorwärts zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!
- Nixon in Moskau
- Zur Frage eines gewerkschaftlichen Aktionsprogramms

Nr. 7/8 Aug./Sept. 1972
- Neuwahlen
- Zum KPD-Verbot
- Bericht über die 3. Halbjahreskonferenz des KBB

Nr. 9 Oktober 1972
- Tarifkampf vorbereiten!
- Wahldemagogie um den Bundeshaushalt
- Zum KBB-Verbotsantrag der Bremer CDU

Nr. 10 November 1972
- Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!
- Gesundheitspolitik in China
- Ausrichtung der Organisation auf die politischen Aufgaben der Kommunisten

Dazu in jeder Nummer weitere Artikel und Betriebsberichte.

Bestellungen sind zu richten an:

Michael Tilgner, 28 Bremen 15, Postfach 150106.
Zahlungen im voraus auf das Postscheckkonto Nr. 34 62 64, Postscheckamt Hamburg.

STELLUNGNAHMEN ZUM PROGRAMMVORSCHLAG - EINE ANTIKRITIK

Die Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten hat sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Neben ernsthafter Kritik auch solche Beiträge, die nur deshalb von Interesse sind, weil sie ein Licht werfen auf die Organisationen, von welchen sie verfaßt wurden. Wir haben uns entschlossen, alle Artikel und Kritiken, von denen wir bisher Kenntnis erhalten haben, zu veröffentlichen. In ihnen findet zum ersten Mal eine öffentliche Debatte über programmatische Fragen statt, zu der verschiedene Richtungen in der westdeutschen kommunistischen Bewegung das Wort ergriffen haben. In unserer Entgegnung auf die verschiedenen Kritiken sehen wir uns gezwungen, summarisch zu verfahren und unsere Antikritik gegen bestimmte wiederkehrende Einwände zu richten, ohne auf die einzelnen Beiträge genauer eingehen zu können. Dabei ist die Aufgabe dieses Artikels im wesentlichen die Zurückweisung von unberechtigter Kritik, während in der Darlegung zum Programmtext die weitertreibenden Punkte aufgenommen sind.

1. Die Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus

Einig sind sich die Kritiken an der Programmstellungnahme durchweg in einem Punkt: In der manchmal vorsichtig-hilfreichen, manchmal höhnisch-spottenden Kritik an ihrem zu allgemeinen, zu "prinzipienhaften" Charakter. Und in den meisten Fällen legen die Genossen auch dar, worin ihrer Au ffassung nach die Konkretisierung zu bestehen habe: Vor allem in der Analyse und Kritik der Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus und - darauf basierend - in der "Ausarbeitung der nationalen Revolutionstheorie" (MLG - Mannheim). - Nun bestreiten wir keineswegs die Bedeutung solcher Untersuchungen. Um aber Klarheit darüber zu gewinnen, inwiefern sie für unser Programmvon Gewicht sind, muß man damit aufhören, alle möglichen Wunderdinge von solchen Untersuchungen der "Besonderheiten" zu erwarten und sich Rechenschaft darüber ablegen, welche Fragen durch sie überhaupt beantwortet werden können. Untersuchungen über die Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus und die Perspektiven seiner Entwicklung können z. B. Auskunft geben über Richtung und Tempo seiner Expansion, die Schranken, auf die er dabei stößt, und über seine Chancen, diese Schranken zu überwinden. Sie klären so über das Tempo seiner Krisenentwicklung auf, über die Bereiche, die von ihr erfaßt und die Widersprüche, die dabei aufbrechen werden. Sie erlauben es, das politische Handeln der Bourgeoisie und des Staates als ihres gemeinsamen Ausschusses genauer einzuschätzen und damit das Handeln der Kommunisten in den Klassenbewegungen sicherer und kalkulierter zu gestalten. Solche Untersuchungen, die politisch gesprochen-insbesondere über die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen Auskunft geben und die Frage von Aufschwung und Ebbe, von Offensive und Defensive entscheiden helfen, solche Untersuchungen sind also ohne Frage notwendig, aber notwendig sind sie gerade in Hinblick auf unsere Taktik.

Am Ziel der westdeutschen Revolution ändern sie ebensowenig wie an der Bestimmung der Etappe, in der sie sich gegenwärtig bewegt. Sie klären noch nicht einmal die Frage, welche Klassen es sind, die für die proletarische Revolution als nächstes Etappenziel gewonnen werden können. All das hängt ab vom Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsweise in Westdeutschland und der Klassenspaltung, die daraus resultiert. Und in diesem Punkt kann es keinen Zweifel daran geben, daß die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in Westdeutschland so allgemein und die Enteignung der Kleinproduzenten (der Bauern und Handwerker) so weit fortgeschritten ist, daß die weitere Etappe nur in der "Expropriation der Expropriateure" bestehen kann. Es kann keine bürgerliche Etappe der Revolution in Westdeutschland mehr geben, in der es zur Aufgabe des Proletariats würde, der kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr hervorgetriebenen Polarisierung der Klassen gegenüber vorkapitalistischen Produktionsweisen erst einmal den Weg frei zu machen. Wenn das aber alles unbestreitbar ist - und selbst von den eingefleischtesten Revisionisten ist die objektive Reife Westdeutschlands für den Sozialismus noch nicht bestritten worden -, dann kann gegenüber den Revisionisten eindeutig festgelegt werden, daß die nächste Etappe der Revolution in Westdeutschland nur in der sozialistischen Umwälzung bestehen kann. Daß zu diesem Zweck das Proletariat die politische Macht erobern und sich dabei mit der breiten Masse der übrigen Lohnabhängigen zusammenschließen muß, und daß die armen Bauern und Halbproletarier in diese Front einbezogen werden können, weil und insoweit sie unmittel-

bar davor stehen, ins Proletariat hinabgedrückt zu werden. Daß zugleich, wo es um die "Expropriation der Expropriateure" geht, auf der anderen Seite der Barrikade alle besitzenden Klassen stehen: die große, mittlere und kleine Bourgeoisie ebenso wie die kapitalistisch wirtschaftenden Grundbesitzer.
Dabei ist die kleine Bourgeoisie beim Kampf um die politische Macht neutralisierbar und kann nach der Eroberung der politischen Macht durch Genossenschaften nach und nach in den Aufbau des Sozialismus einbezogen werden.

Die "Besonderheit" der kapitalistischen Gesellschaft in Westdeutschland besteht eben darin, daß die Entwicklung dieser Gesellschaft immer stärker dem allgemeinen Entwicklungstypus kapitalistischer Gesellschaften entspricht und Klassenstrukturen hervorgetrieben hat, wie sie für entwickelte kapitalistische Verhältnisse kennzeichnend sind. Das gilt insbesondere auch für die Angleichung der herrschenden Klasse an den westeuropäischen Normaltypus nach 1945. Die Vertreibung aus den ehemaligen Ostgebieten des Reiches und die Landreform in der DDR haben hier für einen 'Modernitätsschub' gesorgt: Das preußische Junkertum wurde als Klasse zerschlagen und damit zugleich die Möglichkeit für jenes hochbrisante Bündnis zwischen Bourgeoisie und Großgrundbesitz, das für die deutsche Politik seit der Niederlage der Revolution von 1848 kennzeichnend war. Gleichzeitig hat mit den altpreußischen Provinzen die Reaktion ihr sicherstes Hinterland und wichtigstes Rekrutierungsfeld verloren.

Diese, die Klassenverhältnisse berührenden Entwicklungen muß das Programm zum Ausdruck bringen, und der Textentwurf tut das, indem er für Westdeutschland bis auf unwesentliche Reste rein kapitalistische Produktionsverhältnisse konstatiert. Er korrigiert damit eine Unzulänglichkeit der Programmstellungnahme, die nur die Feststellung enthält, daß Westdeutschland ein imperialistisches Land ist, ohne auszuführen, daß die Entwicklung des Kapitalismus auch alle wesentlichen Überreste vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse beseitigt und damit die Klassenstruktur wesentlich vereinfacht hat. Diese Ergänzung ist notwendig, weil beide Bestimmungen nicht einfach dasselbe aussagen. So war das zaristische Rußland zwar ein imperialistisches Land, hatte aber zugleich noch wesentliche Überreste vorkapitalistischer Produktionsweisen beibehalten; Überreste, die so bedeutend waren, daß die Revolution zunächst eine bürgerliche Etappe durchlaufen mußte. Mit anderen Worten: Der Schluß auf die anstehende Etappe der Revolution kann nicht gezogen werden von der Frage 'imperialistisch oder nicht' her, sondern vom Grad der Durchsetzung und Verallgemeinerung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und der Klassenstruktur der Gesellschaft.

Wer nun gegenüber der Feststellung, daß die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland zur Auflösung aller wesentlichen Überreste vorkapitalistischer Produktionsweisen geführt hat, wer gegenüber dieser Feststellung auf der näheren Herausarbeitung der "Besonderheiten" beharrt, der muß schon sagen, von welchen Besonderheiten in Produktionsweise und Klassenstrukturen Westdeutschlands er meint, daß sie auf die Bestimmung der Etappe der Revolution Einfluß haben. Denn der Stand dieser Frage und ihrer Diskussion unter Marxisten ist so, daß man vernünftigerweise eine empirische Beweisführung nicht mehr demjenigen abverlangt, der für Westdeutschland im wesentlichen die Auflösung vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse feststellt, sondern demjenigen, der das Gegenteil behauptet. Diesen Umstand müssen sich vor allem diejenigen Genossen vor Augen halten, die unter ständiger Anführung von Lenin - Zitaten über die Notwendigkeit der 'konkreten Analyse der konkreten Situation' uns der Allgemeinplätzigkeit bezichtigen. Es gibt auch Situationen, wo angesichts eines offenbaren Sachverhalts hinter der Forderung nach weiterer empirisch-konkreter Beweisführung sich der Opportunismus von Leuten verbirgt, die vor politischem Handeln zurückschrecken.

Wenn hier in Hinblick auf die Etappenbestimmung der westdeutschen Revolution von einem "offenbaren Sachverhalt" die Rede ist, so ist damit nicht behauptet, daß mit der Feststellung der Etappe schon alle Fragen geklärt seien. In der Tat ist es notwendig, etwa die Entwicklung der Klassenverhältnisse auch empirisch zu untersuchen. Nur ist davon die Erstellung des Programms dann nicht abhängig, wenn an der Etappenbestimmung "sozialistische Revolution" kein Zweifel sein kann.
Wenn aber die Genossen Burg und Simens auf Lenin verweisen und erklären, dieser habe nicht nur untersucht, ob sich der Kapitalismus in Rußland durchsetze, sondern auch wie, und wenn die Genossen der MLG Mannheim ein Lenin-Zitat anführen (Bd. 3, S. 17), worin er Plechanow eine dogmatische Betrachtungsweise vorwirft und eine konkrete Untersuchung der Bedingungen der russischen Revolution fordert, so übersehen sie, worauf sich die Forderung nach näherer Bestimmung des Grundcharakters der Revolution eigentlich bezog. Es ging dabei um die Frage nach den zwei möglichen Wegen bei der Durchsetzung des Kapitalismus, die Plechanow und die Menschewiki verdeckten, indem sie bei der Feststellung stehen blieben, die kommende Revolution würde bürgerlich sein. Lenin stellte dagegen die Alternative dar, nämlich, ob der Kapitalismus sich nach einer gescheiterten bürgerlichen Revolution, unter Beibehaltung des alten absolutistischen Überbaus auf "preußischem" Wege durchsetzen würde, bei nach wie vor bedeutender Rolle des Junkertums, oder ob er sich nach Zerschlagung des alten politischen Überbaus und Beseitigung des Junkertums entfalten würde, wobei letztere Möglichkeit nur möglich war, wenn das Proletariat sich in der bürgerlichen Revolution die Führung eroberte. Lenins Polemik gegen Plechanow, die sich darauf beruft, gegenüber einer "rein logischen Entwicklung der allgemeinen Erkenntnis vom Grundcharakter unserer Revolution" die "konkrete Analyse der Lage und der Interessen der verschiedenen Klassen" zu stellen, diese Polemik bezieht sich genau auf die Frage nach der Hegemonie des Proletariats in der bürgerlichen Revolution, was eine 'Abweichung' vom allgemein-marxistischen Schema war. Und diese 'Abweichung'

konnte nicht aus dem 'normalen' Gang der Entwicklung abgeleitet werden, wie Marx sie an der englischen und französischen Revolution entwickelt hatte, sondern nur aus den konkreten russischen Klassenverhältnissen, die dadurch charakterisiert waren, daß die bürgerliche Revolution erst heranreifte in einer Lage, als die Bourgeoisie sich durch das Proletariat schon bedroht sah und nach Kompromissen mit den Grundbesitzern suchte.

Solche Fragen in Hinblick auf den Charakter der Revolution stellen sich aber in Westdeutschland nicht. Oder es müßten einige Genossen der Meinung sein, daß auch das Proletariat seine Revolution wohl nicht mehr selbst machen wird und darum die Frage eines anderen Hegemons auftaucht. Sollte diese Meinung vertreten werden, dann muß sie natürlich auf den Tisch; aber nicht unter dem Thema "Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus", sondern unter dem Thema: Wird noch anerkannt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, oder wird eine neue Theorie vorgeschlagen?

2. Gehört eine Passage über die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus ins Programm?

Die meisten Verfechter der Theorie, es müßten vor Festlegung des Programms die "Besonderheiten" Westdeutschlands näher herausgearbeitet werden, sind allerdings durch die oben geführte Kritik gar nicht zu treffen. Sie verstehen unter Berücksichtigung der "Besonderheiten" von vorneherein etwas anderes, als die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus darunter verstanden haben. Sie suchen die "Besonderheiten" erst gar nicht mehr auf der Ebene der Produktionsverhältnisse und Klassenstrukturen eines Landes unter der Fragestellung, wie weit die Entwicklung des Kapitalismus in einem bestimmten Land schon gediehen ist bzw. wie weit dieses Land noch Abweichungen zeigt vom "Normaltypus" kapitalistischer Entwicklung. Für sie resultieren die "Besonderheiten" aus der Stellung, die Westdeutschland als eine imperialistische Macht im Kampf der verschiedenen Mächte um die Weltherrschaft einnimmt.

Entschiedenste Anhänger dieser weithin beliebten Vorgehensweise sind die Arbeiterbasisgruppen München, die in Anlehnung an Eugen Varga in der "besonderen Gefährlichkeit und Heimtücke" des westdeutschen Imperialismus sein wesentliches unterscheidendes Merkmal erblicken, ohne dessen Erwähnung ihnen ein Programm der Kommunisten abstrakt und leer vorkommt. Wir halten von dieser Form, "Besonderheiten" im Programm zu berücksichtigen, gar nichts. Denn, selbst zugestanden, daß diese Charakterisierung noch zutrifft - woran wir beträchtliche Zweifel haben, denn warum sollte der BRD-Imperialismus gefährlicher und heimtückischer als der US-Imperialismus oder der Sozialimperialismus sein - , so folgt doch politisch für das Programm überhaupt nichts daraus. Ob der westdeutsche Imperialismus nun "besonders" aggressiv ist oder nicht: Für die Arbeiterklasse bleibt bestehen, daß sie jeder imperialistischen Aggression "ihrer" Bourgeoisie entgegentreten muß; daß sie die bürgerliche Herrschaft zerschlagen und zu diesem Zweck nicht nur die erkämpften Rechte verteidigen, sondern die Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen muß.

Die einzige Schlußfolgerung, die man aus der Behauptung der "besonderen" Aggressivität, Gefährlichkeit und Heimtücke ziehen kann, besteht darin, daß die Arbeiterklasse dann "besonders" wachsam, "besonders" entschlossen, "besonders" einig, "besonders" schlau usw. sein müsse. Das aber ist ein Quark und keine politische Festlegung.

Nun wollen die Arbeiterbasisgruppen natürlich ganz andere, viel weitergehende Schlußfolgerungen aus ihrer Behauptung über die "besondere" Aggressivität des westdeutschen Imperialismus ziehen. Im Rechenschaftsbericht 1972 schreibt ihr ZK: "Bevor die sozialistische Revolution in Westdeutschland zur Tagesfrage wird, wird die westdeutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Teilen des Volkes auf den Angriff der Monopolbourgeoisie vorbereitet sein müssen, der sich von den vielen vorangegangenen wesentlich unterscheidet, nämlich dadurch unterscheidet, daß er die Ablösung einer Staatsform der Bourgeoisie, die bürgerliche Demokratie, durch eine andere, durch die offen terroristische Diktatur zum Inhalt hat."(S. 73)

Aber auch hiermit ergibt sich nur ein neues Dilemma. Denn entweder ist mit der Aussage nur gemeint, daß die westdeutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft mit allen Mitteln verteidigen wird - und das hat sie dann mit den Bourgeois aller imperialistischen Länder gemein. Oder es soll eine bestimmte Verlaufsform der Klassenkämpfe in Westdeutschland damit zum Gesetz erhoben werden - etwa nach dem folgenden Muster: Erst wird die Bourgeoisie den Faschismus anstreben, diesen Angriff muß die Arbeiterklasse zurückschlagen und damit öffnet sich ihr dann der Weg zum Sozialismus. Nun ist es durchaus denkbar, daß die Klassenkampfentwicklung so verläuft. Auf der gleichen Ebene der freien Spekulation sind allerdings auch beliebige andere Entwicklungen denkbar. Indem die ABGs jedoch - gestützt auf eine bloße Spekulation - ein gesetzmäßiges Ablaufmodell des Klassenkampfes konstruieren, "begründen" sie in Wirklichkeit ein neues Mehretappenmodell der westdeutschen Revolution. Vom Verfahren der Revisionisten ist das gar nicht mehr so weit entfernt, die ja ebenfalls ihre antimonopolistische Demokratie für eine Zwischenstufe auf dem Weg zum Sozialismus ausgeben, dabei aber sogar noch zugestehen, daß der Weg über die antimonopolistische Demokratie bloß wahrscheinlich sei und nicht notwendig.

Wir halten solche Mehretappenmodelle der westdeutschen Revolution für einen gefährlichen Unsinn. Denn das, was sicher ist und worauf die Arbeiterklasse vorbereitet werden muß, wird durch sie verwischt und stattdessen ein Wust von Spekulationen in die Köpfe getragen. Sicher ist aber aufgrund der objektiven, "naturgesetzlich treu" zu konstatierenden Entwicklung der Produktionsverhältnisse und des ihnen entsprechenden politischen

Überbaus, daß die Revolution nur weiterkommen kann als sozialistische. Daß zu diesem Zweck das Proletariat die Staatsmacht erobern und die bürgerliche Staatsmaschinerie zerschlagen muß, daß es dabei mit höchster Wahrscheinlichkeit gewaltsam zugehen wird, daß die Bourgeoisie durch und durch reaktionäre Klasse geworden ist usw..
Der genaue Verlauf der Klassenkämpfe bis zur proletarischen Revolution aber läßt sich heute eben nicht sicher voraussagen. Wer etwas anderes behauptet, ist kein Marxist, sondern ein Scharlatan. Keiner der Klassiker, keine kommunistische Partei hat darum jemals politische Prognosen nach Art der Arbeiterbasisgruppen ins Programm empfohlen.

3. Die Unterscheidung zwischen programmatischen und taktischen Fragen

Im Gegensatz zu unseren Kritikern sind wir der Auffassung, daß im allgemeinen Teil des Programms nur diejenigen Anschauungen über die Entwicklung der Gesellschaft und den Gang der Revolution niedergelegt werden dürfen, über die zwischen Marxisten tatsächlich Gewißheit besteht und bestehen kann, weil in ihnen eine objektive Entwicklung wissenschaftlich genau konstatiert wird. Nur wenn das Programm sich darauf beschränkt, kann es zum roten Faden, zur Orientierungshilfe in den Wechselfällen des Klassenkampfes werden, was einer taktischen Einschätzung nie widerfahren kann, da sie natürlicherweise ständig korrigiert werden muß aufgrund der wechselnden Situationen des Kampfs. Das Programm dagegen muß im Prinzip unverändert gültig bleiben bis zur Erreichung des nächsten Etappenziels, der proletarischen Revolution.
Es darf daher - abgesehen von der Präambel, in der die historische Situation charakterisiert wird, in welcher es verfaßt wurde - im Grunde keine Einschätzungen politischer Situationen in seinem allgemeinen Teil geben. Es muß sich vielmehr wesentlich darauf beschränken, die naturgesetzliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu charakterisieren, die zentralen Widersprüche zu benennen, die zu ihrer Sprengung führen und die Stufe festzuhalten, welche das betreffende Land in der Entwicklung des Kapitalismus erreicht hat, um daraus das nächste Etappenziel der Revolution zu bestimmen.

Jeder Versuch, darüber hinauszugehen, und im Programm die Taktik der Kommunisten durch Prophezeiung einer bestimmten Verlaufsform des Klassenkampfes genau zu bestimmen, muß notwendig zu den windigsten Spekulationen führen. Denn bei der Festlegung einer bestimmten Politik und bei der Wahl ihrer taktischen Mittel bewegen sich die Kommunisten nicht mehr nur auf dem Feld wissenschaftlicher Gewißheit über objektive Entwicklungen, sondern auf dem Feld von Einschätzungen, zu deren ständiger Verbesserung und Korrektur neben der immer breiteren Einbeziehung der Erfahrungen der Massen die entfaltetste Debatte in der Organisation unabdingbare Voraussetzung ist. Und wenn wir sagen, solche Einschätzungen betreffen taktische Fragen, so sagen wir damit keineswegs, daß es unwichtige Fragen seien. Im Gegenteil: Eine falsche taktische Einschätzung kann Kopf und Kragen kosten. Nur kommt eine Organisation zu ihren taktischen Einschätzungen und Festlegungen auf andere Art als zur Festlegung ihres Programms. Und wenn eine Organisation dies verleugnet, begibt sie sich auf der einen Seite ständig in die Gefahr des Prinzipienschachers, weil sie mit veränderter Situation schließlich gezwungen wird, ihre Taktik zu ändern, ohne daß klar festgelegt wäre, was als prinzipiell gültig in der gegebenen Etappe angesehen wird. Auf der anderen Seite gerät eine Organisation in die Gefahr der Starrheit und des Schematismus, wenn sie sich nicht in der Lage zeigt, aufgrund veränderter Umstände - wie Lenin sagt - notfalls in 24 Stunden ihre ganze Taktik zu ändern.

Diese Unterscheidung zwischen programmatischen und taktischen Fragen, die wir in Anlehnung an die Programmdebatte in der deutschen und russischen Sozialdemokratie getroffen haben, ist weithin auf Unverständnis gestoßen und aus diesem Unverständnis resultiert zu einem guten Teil die Ablehnung unseres Vorschlags.

Allerdings haben wir zu diesem Unverständnis selbst beigetragen: Der "Arbeiterkampf" weist mit Recht darauf hin, daß insbesondere der KBB in der "Wahrheit" noch vor einiger Zeit andere Auffassungen über das Programm entwickelt hat. Es war ein Versäumnis der Stellungnahme, sich nicht ausdrücklich darauf zu beziehen und darzustellen, was uns inzwischen deutlicher geworden war.

Unserer Einschätzung nach hat aber das Unverständnis für die Unterscheidung zwischen programmatischen und taktischen Fragen wesentlich tiefere Gründe, als dieses Versäumnis. Gründe, die mit dem Stand der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland selbst zusammenhängen. Wenn vom Programm immer wieder erwartet wird, daß es den Weg der westdeutschen Revolution Schritt für Schritt vorzeichnen soll und daß es taktisches Rezeptbuch für jede Situation sein könne, dann verbirgt sich hinter diesen falschen Vorstellungen im Grunde das Verlangen nach dem Garantieschein für die Revolution. Dieses Verlangen muß notwendig umso stärker ausfallen, als noch keine reale Massenbewegung den Kampf für den Sozialismus sinnlich verkörpert und viele Genossen immer wieder das Scheitern ihrer praktischen Politik erleben. So kann man feststellen, daß die Anforderungen an das Programm bzw. an eine der praktischen Politik vorangehende theoretische Arbeit umso höher geschraubt werden, je kräftiger die Genossen praktisch auf die Nase gefallen sind. Unzufrieden mit dem Grad an Gewißheit, den die marxistische Wissenschaft geben kann und auf dessen Boden die Kommunisten ihre praktische Politik entfalten, werden an das Programm Forderungen gestellt, die darauf hinauslaufen, daß es der Politik den Weg vorschreiben solle nach Art eines Fahrplans der Revolution.

Es zeigt sich hier eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen "linkem" und rechtem Flügel der kommunistischen Bewegung. Die einen - häufig ehemalige Gruppen der KPD/ML (Roter Mor-

gen) wie die weiland "October"-Gruppe - gaben angesichts des immer offeneren Scheiterns ihrer Politik die praktische Arbeit im Proletariat auf, indem sie sie für unmöglich, weil bloß "ökonomistisch" erklärten. Für sie ist die derzeitige Arbeiterbewegung gestorben und nach den Bedingungen für das Entstehen der künftigen, wahrhaft revolutionären wird im "Kapital" geforscht. - Die anderen - von vorneherein schwankender und skrupulöser - verbinden heute die Klage über die theoretische Unzulänglichkeit der Bewegung mit der Anbetung dessen, was sie für "autonome Arbeitergruppen" halten: z. B. die Bremer "Arbeiterpolitik" und die Stuttgarter "plakat"-Gruppe, wovon zumindest erstere inzwischen wesentlich auf die Funktion eines Wallfahrtsortes für enttäuschte, aber gläubige Intellektuelle reduziert ist (das Mekka des Otto-Suhr-Institutes), als "Bildungselement" in der Arbeiterbewegung jedoch nahezu bedeutungslos ist. Diese Genossen, wie die Restgruppe des ehemaligen KB/ML Westberlin, konstatieren mit den "Linken", daß es für Kommunisten derzeit unmöglich ist, praktische Politik zu machen. Einen Unterschied machen die KB/MLer allerdings für "autonome Arbeitergruppen", aber denen ist in ihren Augen auch nicht wesentlich, Kommunisten zu sein, sondern daß sie fortgeschrittenster Ausdruck der realen Arbeiterbewegung sind (vgl. Kommunist, Sondernummer 4, Auflösung und Lernprozesse eines ML- Zirkels).

4. Warum wurden die praktischen Forderungen nicht diskutiert?

Die merkwürdigste Erscheinung nun der ganzen bisherigen Debatte über die Programmstellungnahme besteht darin, daß die meisten Genossen, welche die Ausarbeitung der nationalen Revolutionstheorie bzw. die stärkere Berücksichtigung der westdeutschen Besonderheiten gefordert haben, gar nicht auf die Idee gekommen sind, ihren Vorwurf auf dem Feld zu diskutieren, auf dem die Konkretisierung allgemein-marxistischer Programme sinnvollerweise erfolgt: Auf dem Feld der politischen Forderungen. Und dabei hätte nichts nähergelegen als das. Denn die entscheidende Frage der Etappenbestimmung erfährt gerade hier ihre politische Konkretisierung, wie auch zugleich erst mit der Aufstellung politischer Forderungen der Schritt über die Weltanschauungsgemeinschaft zum Kampfverband getan wird.

Der Angelpunkt des Programms der westdeutschen Kommunisten liegt eben in diesem letzten, in seinem praktischen Teil. Der allgemeine Teil des Programms, der unsere Grundanschauungen und Ziele festlegt, kann in der Tat weitgehend den historischen Vorbildern entnommen werden. Und wenn wir an einigen Stellen Zusätze einfügen müssen, andere Formulierungen wählen usw., dann vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß angesichts der Geschichte der kommunistischen Bewegung die alten, orthodoxen Wahrheiten gegen ihre revisionistische Entstellungen in bestimmter Weise zur Geltung gebracht werden müssen. Ein solcher Punkt ist z. B. die Frage der Gewaltsamkeit der Revolution. Der "Arbeiterkampf" kritisiert, daß hierzu die Stellungnahme schweige. Das ist zwar ein Unsinn, denn in der Festlegung auf die "Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates" ist die Bestimmung in hinlänglicher Klarheit getroffen. Angesichts der Verwirrung aber, die vom Revisionismus gerade in der Frage der gewaltsamen Revolution angerichtet wird, haben wir uns zu einem ausdrücklichen Hinweis entschlossen, der zwar im Grunde nicht über die alten Programme hinausgeht, deren Aussage aber eindeutig interpretiert.

Daß daneben auch "Fortschreibungen" erforderlich sind, z. B. hinsichtlich der wachsenden Bedeutung des imperialistischen Staates, liegt auf der Hand, macht aber auch noch nicht das eigentliche Problem eines Programms der westdeutschen Kommunisten aus. Dieses Problem, für das die kommunistische Bewegung eine schlüssige Lösung noch nicht ausgearbeitet hat, besteht darin, politische Forderungen aufzustellen in einem imperialistischen Land, dessen bürgerliche Revolution abgeschlossen ist und in dem aber zugleich keine akut revolutionäre Situation besteht, eine breite Rätebewegung also nicht existiert. Weder können sich hier die politischen Forderungen des Programms noch beziehen auf die volle Durchsetzung der parlamentarischen Republik, wie es die alten sozialdemokratischen Programme mehr oder weniger klar taten. Noch läßt sich in einem politischen Programm, das für die ganze Etappe bis zur proletarischen Revolution richtungweisend sein soll und das sich unter der Herrschaft der Bourgeoisie gegen den kapitalistischen Staat wendet, die Forderung nach Räten aufstellen. Denn die Bildung von Räten ist nie eine Forderung gegenüber dem bürgerlichen Staat, sondern die Aktionslosung der Massen bei seinem Sturz.

Wir haben diese Frage nach dem Charakter der politischen Forderungen im Abschnitt über die "demokratischen Forderungen" breit diskutiert, aber auf diese für die Hauptlinie unseres Kampfes in der gegenwärtigen Etappe entscheidenden Erörterungen beziehen sich die meisten der "Besonderheitsforscher" gar nicht. Eine gründliche und wichtige Kritik daran ist nur von der KG Frankfurt/Offenbach geführt worden. Die Genossen der ML-Dortmund, die genau an dem Punkt der "fehlenden Verbindung zwischen Programm und Strategie ansetzen, sehen zwar, daß in den Forderungen "ansatzweise solche positiven Leitsätze für die Einschätzung und Bestimmung des demokratischen und wirtschaftlichen Kampfes formuliert" sind, kommen aber damit nicht weiter: 1, weil sie sich weitgehend auf eine methodische Kritik an der Programmstellungnahme beschränken, ohne die "positiven Leitsätze" als solche zu diskutieren, und 2., weil sie die Frage der Bestimmung des politischen Kampfes für demokratische und wirtschaftliche Forderungen mit der Frage seiner aktuellen Einschätzung verwechseln. Das eine ist die Aufgabe des Programms, das andere immer neu zu schaffende Grundlage für die Bestimmung der Taktik.

Die "bedeutenden" Organisationen indessen, die ihre ganze Polemik an der Frage der fehlenden

"Konkretisierung" aufhängen, verhalten sich zu diesem Punkt absolut still. Völlig vernarrt in die Vorstellung, "Konkretisierung" das bedeute eine Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland zu schreiben und ihren aktuellen Stand einzuschätzen bzw. sich auf eine Spekulation über ihren künftigen Verlauf festzulegen, sind sie unfähig zu begreifen, worin die Aufgabe eines Programms besteht. Sie haben am allerwenigsten von den verschiedenen Kritikern verstanden, daß die Konkretisierung eines marxistischen Programms auf ein gegebenes Land darin besteht, positive Forderungen zu formulieren - nicht wie sie aus dem aktuellen Stand der Klassenkämpfe, sondern wie sie aus der Etappenbestimmung der Revolution ableitbar sind.

Dabei besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen "Arbeiterschutzforderungen" an den bürgerlichen Staat und Forderungen, die sich auf die politische Demokratie beziehen: Die ersteren bleiben im Prinzip solange der Kapitalismus besteht unverändert, während die zweiten durch die erreichte Etappe der Revolution bestimmt sind und mit ihr sich ändern müssen. Darum haben wir auch die wirtschaftlichen Forderungen nahezu unverändert von Lenin übernehmen und als charakteristisch hinstellen können. Daß bei der abschließenden Formulierung des Programms der faktisch schon erreichte Stand von Arbeiterschutzmaßnahmen des bürgerlichen Staates berücksichtigt werden muß, liegt dabei auf der Hand.

5. Wie muß das Programm den Kampf gegen Reformismus und modernen Revisionismus führen?

Die meisten unserer Kritiker sind sich nicht nur darin einig, daß unser Programmvorschlag zu abstrakt, zu unhistorisch usw. sei. Sie führen darüberhinaus auch fast alle noch einen Punkt an, den wir auf der leider nun einmal von uns gewählten 'allgemeinen' Ebene auch noch unzulänglich behandelt hätten: Den Kampf gegen Reformismus und Revisionismus. - Noch weiter gehen die Genossen der MLG Mannheim und die ML Hannover, die uns vorhalten, daß wir "von der großen Bedeutung des ideologischen Kampfes offenbar nichts" verstünden, was sie damit belegen, daß er im Text nicht ausdrücklich erwähnt wird. Hier, wo die Kritik überzogen wird, tritt ihre Absurdität am klarsten zutage. Denn das Programm bzw. der Vorschlag dazu ist doch ohne Frage selbst eine theoretische und keine praktische Äußerung. Und indem man einen solchen Vorschlag ausarbeitet und veröffentlicht, führt man den ideologischen Kampf schon faktisch und ist damit über einen Zustand hinaus nur zu erklären, er sei wichtig und man wolle sich darum kümmern. - Die Genossen haben das nicht bemerkt. Sie leiden noch an einer weitverbreiteten "ML"-Krankheit, die darin besteht, eine Sache nicht zu tun, sondern Ankündigungen darüber zu verfassen, was man alles tunmüsse und dabei zu berücksichtigen habe. Verborgener spielt sich dasselbe ab bei dem Vorwurf, wir vernachlässigten den Kampf gegen Reformismus und modernen Revisionismus. Hier schießt der "Arbeiterkampf" den Vogel ab. Für die These von der "Vernachlässigung" führt er vor allem quantitative Belege an. Der "Arbeiterkampf" hat ausgezählt, daß wir nur 9 Zeilen auf den Kampf gegen den Opportunismus verwendet hätten, dafür aber auf 2oo Zeilen das der Arbeiterklasse so fremde, bei den Studenten jedoch umso beliebtere Thema der neuen Mittelklasse ausgewalzt hätten. Und das zeuge deutlich von kleinbürgerlichem Bewußtsein. - O heil'ge Einfalt!

Um seine durch keinerlei kleinbürgerliche Mentalität getrübte, echtproletarische Einstellung zu belegen, unterbreitet der "Arbeiterkampf" sodann, wie er sich die Sache vorstellt. Von einem "wirklichen Programm der Kommunisten" fordert er ein Historiengemälde, das "zunächst auf die historische Entwicklung der Spaltung der Arbeiterbewegung" eingeht, dann ihre Ursachen aufzeigt und schließlich die Greueltaten der SPD möglichst detailliert aufführt. - Auch hier wieder ist den Genossen nicht deutlich, daß im Programm der Kampf gegen den Opportunismus hauptsächlich dadurch geführt wird, daß entgegen allen Verdrehungen über die kapitalistische Gesellschaft und ihre Entwicklung die Sache selbst richtig dargestellt wird. Die Sache selbst richtig darstellen aber heißt für uns, sie orthodox darzustellen, weil uns weder die "schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus" durch die Revisionisten, noch die völlig hirnlosen Plattheiten des gegenwärtigen Reformismus davon abbringen könnnen, daß der orthodoxe Marxismus die Wirklichkeit des Kapitalismus richtig widergibt.

Ausdrücklich muß der Kampf gegen Reformismus und Revisionismus im Programm nur aufgenommen werden in Form des Hinweises, daß die Revolution nur gelingen kann, wenn der Einfluß des Opportunismus in der Arbeiterbewegung gebrochen wird. Wir haben diesen Hinweis jetzt noch ergänzt durch Charakterisierung seines gesetzmäßigen Auftretens im Imperialismus und der Rolle, die der Revisionismus nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse als Hebel der Konterrevolution spielt. Damit ist die Notwendigkeit, ihn zu bekämpfen, vollauf dargelegt, die Linie aber, auf der er bekämpft wird, das was wir ihm entgegenhalten - das ist der ganze Inhalt des Programms, einschließlich der "auf 2oo Zeilen" dargelegten "Studentenfatzkerei", wonach das Proletariat nach wie vor einzige konsequente revolutionäre Klasse bleibt und nicht mit der Masse der Lohnabhängigen einfach identisch ist, wie es die Revisionisten glauben machen wollen.

Wir haben - entgegen dem Vorschlag der Genossen Burg und Simens - in die Opportunismus-Passage nicht aufgenommen, daß der Reformismus in der Arbeiterklasse seine tiefste Ursache habe in der fetischhaften Verhüllung, welche die kapitalistische Produktionsweise selbst hervorbringt und deren wesentlichste - der Lohnfetisch - die Ausbeutung verberge. Zum einen deshalb nicht, weil wir im Programm weder auf den Fetischcharakter der Warenproduktion überhaupt eingehen, sondern uns darauf beschränken müssen, entlang der Bewegung von Zentralisation der Kapitale auf der einen und Expropriation auf der anderen Seite die "geschichtliche Tendenz der kapitalistischen

Akkumulation" aufzuzeigen. Zum anderen aber, weil es hier bei der Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten darum geht, nicht eine gesellschaftliche Tendenz, sondern einen politischen Gegner zu bestimmen und die besonderen Bedingungen für dessen zeitweiligen Erfolg auszuführen. Und diese besonderen Bedingungen liegen nicht im Lohnfetisch, der so alt ist wie der Kapitalismus selbst und auch erst mit diesem verschwinden wird, sondern darin, daß der imperialistische Kapitalismus eine Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie hervorbringt, die zum Hauptträger von Reformismus und Revisionismus wird und zeitweilig in der Lage ist, bei gesteigerter Ausbeutung das Realeinkommen der Arbeiter zu steigern, was größere Teile der Arbeiterklasse für diese ideologischen Strömungen anfällig macht.

6. Muß das Programm Stellungnahmen zur Geschichte der Arbeiterbewegung enthalten?

Ein weiterer Vorwurf, der im Zusammenhang mit der "Allgemeinheit" des Programmvorschlags erhoben wurde, zielt darauf, daß keine Stellungnahmen zu den Streitpunkten in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung im Programm enthalten seien. Die Genossen Burg und Simens beziehen sich dabei speziell auf die Entwicklung der KPD, die Stalin-Frage und die Entwicklung der KPdSU. Weil diese Fragen zum einen umstritten sind, zum anderen aber unser Programmvorschlag dazu nicht ausdrücklich Stellung nimmt, bezichtigen sie uns des Zentrismus. Auch hier werden wieder Festlegungen vom Programm erwartet, die es vernünftigerweise überhaupt nicht treffen sollte. Daß aus den Erfahrungen der Arbeiterbwegung die richtigen Schlüsse gezogen worden sind, das muß in den Charakterisierungen des Programms selbst deutlich werden und nicht in einem speziellen Teil, der sich der Geschichte widmet. Ins Programm gehören die wesentlichen Lehren, nicht die Beurteilung von Personen und Situationen.

Zudem muß man heute davon ausgehen, daß opportunistisch genau jene "entscheidungsfreudigen" Genossen sind, die nicht zögern, z. B. Urteile über die Politik der KPD in ihre Programmatik aufzunehmen, ohne auch nur eine Zeile von Begründung dafür vorgelegt zu haben. Eine überhaupt nicht dargelegte und begründete Position aber den Mitgliedern abzuverlangen, das hilft zwar vielleicht dem Geruch des Zentrismus zu entgehen, ist aber nichts anderes als die programmatische Festlegung auf die Erziehung zum Opportunismus. Festlegungen dieser Art haben zur notwendigen Folge, daß wirkliche Untersuchungsarbeit zur Klärung noch offener Fragen unterbleibt zugunsten von Rechtfertigungsversuchen fürs schon proklamierte Programm.

Was unser prinzipielles Verhältnis zur Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung und zur Geschichte der KPD angeht, so haben wir schon mehrfach dargelegt, daß wir uns bewußt in die Tradition der KPD stellen und darum die Kritik an ihren Fehlern als Selbstkritik führen. Der KB-Nord hat daraus Stoff für eine Polemik gesaugt, die darauf hinausläuft, wir wollten die Fehler der KPD tabuisieren, was ein Unsinn ist. Die Kritik an ihr als Selbstkritik führen, heißt nichts anderes, als daß wir die Kritik weder als Sozialdemokraten, noch als Leute, die vom Punkt (A) O ausgehen oder als voraussetzungslose Geschichtsforscher angehen, sondern als solche, die die Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wiederaufbauen und die verratenen Ziele verfolgen wollen. Aus welcher anderen Position heraus könnte man wohl stärker an der Aufklärung von Fehlern interessiert sein?

7. Der Vorwurf der "Allgemeinheit" verdeckt grundsätzliche Differenzen

Wenn wir es nun ablehnen, auf die verschiedenen "Konkretisierungs"vorschläge einzugehen, die Streitfragen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung im Programm nicht ausdrücklich behandeln wollen, die taktischen Erörterungen und Beschlüsse den Zeitungen und Resolutionen überlassen, kann dann ein so "allgemeines" Programm überhaupt als Grundlage für die Einheit der westdeutschen Kommunisten taugen? Oder handelt es sich einfach um eine Plattitüdensammlung wie vor allem die Arbeiterbasisgruppen und der "Arbeiterkampf" behaupten?
Schaut man sich unter dieser Fragestellung die von verschiedenen westdeutschen Zirkeln vertretenen Positionen einmal ernsthaft an, so erweist sich das ganze Gekrähe über die Allgemeinplätzigkeit des Programms sehr schnell als ein Rauchvorhang, hinter dem sich deutliche Differenzen in der Sache verbergen.

Solange Organisationen wie der KABD daran festhalten, daß der grundlegende Klassenwiderspruch auf der Linie "Volk gegen Monopole" verlaufe, solange ist es unabdingbar, gegen revisionistische Auffassungen die Marxsche Orthodoxie zu verteidigen und die grundlegende Auffassung programmatisch festzuhalten, daß die Arbeiterklasse die übrigen Werktätigen gegen die Gesamtheit der besitzenden Klassen führen muß. Und es ist diese Klarheit auch kein schwäbisches Sonderproblem: Auch die Gruppe "Rote Fahne" (KPD) vertritt bis heute die Theorie, wonach die Monopolkapitalisten herrschende Klasse sind (1), was natürlich allen Überlegungen in Hinblick auf Zwischenetappen der Revolution, die gemeinsam mit den nicht "herrschenden" Klein- und Mittelbourgeoisie gegangen werden könnten, Tor und Tür öffnet. Und daß dergleichen nicht nur theoretische Befürchtungen sind, wird spätestens deutlich bei der Lektüre der Wahlbroschüre der Gruppe Rote Fahne (KPD), in welcher ausgeführt wird, man erstrebe die Errichtung der proletarischen Diktatur "in der Form der Volksdemokratie" (2)

(1) "Das grundlegende Programm der KPD besteht darin, die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Volkes in den Kampf gegen die Monopolbourgeoisie zu führen ..." (Statut der KPD, S. 5)

(2) Gegen Monopoldiktatur, für Volksdemokratie, S. 2

also just nicht in der Form der Räterepublik, sondern unter Beibehaltung parlamentarischer Formen und der Blockbildung mit bürgerlichen Parteien, in jener politischen Form also, die nach 1945 in der DDR und anderen Ländern Osteuropas für die "antifaschistisch-demokratische Umwälzung" entwickelt wurde, aber unter den heutigen Bedingungen der BRD gewiß nicht als Vorbild dienen kann. Leute, die sich in allen Einzelfragen als die entschiedensten Antirevisionisten aufspielen, stehen hier - bei der Bestimmung ihrer grundlegenden Positionen - theoretisch fest auf revisionistischem Boden. Sie bekämpfen die "Monopole" und im parlamentarischen Bündnis überwinden sie sie! Sicher, so meinen das die Genossen vermutlich gar nicht, aber so schreiben sie es in ihren Grundsatzdokumenten, diese "nie schwankenden, entschlossenen Revolutionäre".

Und wenn die Arbeiterbasisgruppen München in ihrer Stellungnahme gegen die bloß "allgemeinen Wahrheiten" unseres Entwurfs ausführen, das Programm müsse "das konkrete Etappenziel" weisen, den Klassenfeind kennzeichnen, die Bündnispartner für die verschiedenen revolutionären Kampfaufgaben benennen und die konkreten Schritte zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, zur Niederwerfung des Feindes und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats angeben", dann wird da offenbar eine unehrliche Kritik geführt. Denn: das Etappenziel ist mit der proletarischen Diktatur in unserem Entwurf genannt, der Klassenfeind gekennzeichnet und zur Frage des Bündnisses im Kampf um die proletarische Diktatur sind Bestimmungen getroffen. Aber offenbar haben die ABGs etwas ganz anderes im Sinn. Sie möchten das Etappenziel gerne "konkreter" als die proletarische Diktatur. Sie sprechen von Bündnispartnern bei den "verschiedenen revolutionären Aufgaben", während wir davon ausgehen, daß vor der Machteroberung keine andere revolutionäre Aufgabe mehr vor der Arbeiterklasse steht. Offenbar handelt es sich bei ihnen darum, daß sie mit unserer Feststellung der Etappe nicht einverstanden sind. Dazu haben sie ausdrücklich das Recht, aber dann sollen sie das auch klar sagen und sich nicht hinter Rauchvorhängen zurückziehen und erklären, es sei ihnen das alles nicht konkret genug. Das ist Schlawinertum, aber keine offene Auseinandersetzung.

Solche Differenzen durchaus grundsätzlicher und schwerwiegender Art gibt es unserer Einschätzung nach noch eine ganze Reihe . So wenn etwa der "Rote Morgen" und die "Rote Fahne" (KPD) heute die gesamtdeutsche sozialistische Republik propagieren. Solche Differenzen gibt es zweifellos gerade auch zum KB-Nord, wenngleich man sie schwer einschätzen kann, weil die Genossen es bisher tunlichst vermieden haben, sich irgendwie festzulegen. Aber diese Differenzen im Grundsätzlichen, die unbedingt herausgearbeitet werden müssen, wenn wir einen Schritt weiterkommen wollen, diese Differenzen werden durch die Sprüche über Allgemeinplätzigkeit des Vorschlags nur kaschiert. Würde es wirklich zutreffen, daß unser Entwurf nur allgemeine Wahrheiten enthält, was hätte nähergelegen als zu erklären:

Mit dem, was ihr zum Programmtext ausführt, sind wir der Sache nach einverstanden! Wir glauben allerdings nicht, daß das ausreicht, und meinen, man müßte das um diesen oder jenen Punkt erweitern. Oder auch: Bei dieser oder jener Feststellung können wir euch nicht zustimmen. - Aber nichts dergleichen ist geschehen von den ABGs, dem KB-Nord oder gar der Gruppe Rote Fahne (KPD), die überhaupt nicht erst auf die Programmfragen eingeht, sondern nur bis zum Erbrechen die Summe ihrer Erkenntnisse wiederholt, die darin besteht, daß man sich durchsetzen muß, daß das schon immer so gewesen sei und daß auch sie fest entschlossen sei, das zu tun.

Bei der Gruppe Rote Fahne (KPD) liegt auf der Hand, daß sie konstitutionell unfähig ist, sich auf die Programmdebatte inhaltlich einzulassen. Denn täte sie es, würde sie damit eingestehen, daß es sinnvoll ist, wenn die westdeutschen Kommunisten aufgrund offener Debatte ihr Programm festlegen. So verhindert bei dieser Gruppe das Gesetz , nach dem sie angetreten ist, jede sachliche Auseinandersetzung. Stattdessen sieht sie sich gezwungen, die Auseinandersetzung um das Programm und die auf dieser Grundlage sich bildende Organisation als "opportunistisches" Unternehmen anzugreifen.

Zu einer Debatte, die eine Klärung der grundsätzlichen Positionen bringen könnte, sind die zitierten Organisationen also offenbar gegenwärtig nicht bereit. Die Artikel, die sie loslassen, sind eher eine Art Sperrfeuer - nicht dazu gedacht , auf die Auseinandersetzung sich einzulassen, sondern dazu, das eigene Terrain zu sichern. Gruppen, wie der KABD sind überhaupt nicht zur Reaktion zu bewegen und pflegen weiterhin in aller Beschaulichkeit ihren Schrebergarten. So haben ernsthaft in die Auseinandersetzung eingegriffen neben den uns befreundeten Organisationen nur Einzelpersonen und kleinere Gruppen. Dabei läßt sich heute schon feststellen, daß der Programmvorschlag in dieser Auseinandersetzung eine gänzlich andere Konkretisierung erfährt, als die Anhänger der breiten Historienmalerei sich vorgestellt haben. Zum einen dadurch, daß er vom Aufbau über die verschiedenen Passagen bis zum einzelnen Wort einer gründlichen und öffentlichen Prüfung unterzogen wird. Daß um jede Festlegung mit genauer Darlegung der Gründe und Gegengründe gekämpft wird, womit der genaue Sinn des Textes und aller seiner Bestimmungen überhaupt erst herausgearbeitet werden kann, Falsches korrigiert, Überflüssiges gestrichen und Fehlendes ergänzt wird. - und zwar von Leuten, die mit diesem Text und auf seiner Grundlage heute Politik machen wollen. Zum anderen besteht die Konkretisierung, die das Programm erfährt, darin, daß es im Verlauf dieses Kampfes einen Körper gewinnt, indem es aus einem Stück Papier in den Willen und das Bewußtsein der Genossen übergeht, die den Kampf darum und um die Organisation führen.

→

8. Muß der Marxismus-Leninismus im Programm erwähnt werden?

In dieser Debatte und im schließlichen Programmtext als ihrem Resultat wird damit zugleich zum Ausdruck kommen die Stufe der wirklich vollzogenen Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus, die wir erreicht haben. Weil das aber im Programm selbst zum Ausdruck kommen muß, werden wir auch nicht den Marxismus-Leninismus und die Mao Tse-tung-Ideen im Text ausdrücklich erwähnen. Denn: Entweder ist das, was wir vorlegen ein marxistisch-leninistisches Programm oder es ist keines. Sich aber dann darauf zu berufen, daß es eigentlich eins sein sollte, ist lediglich eine hilflose Geste. Auch in diesem Punkt folgen wir unseren orthodoxen Vorbildern: Keines von ihnen hat sich auf eine Theorie formell verpflichtet, deren Essenz es nicht zu formulieren vermochte. Keines auch hat die Namen von Marx und Engels aufgeführt. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus wirken durch die Kraft und Wahrheit ihrer Lehre und diese Lehre in allgemeinster Form, angewandt zur Bestimmung des heute zu führenden Klassenkampfs, muß das Programm enthalten. Geht man davon ab und führt im Programm den Marxismus-Leninismus nicht als bestimmte Auffassung der wirklichen Verhältnisse konkret ein, sondern durch die Namen seiner Begründer und bedeutendsten Verfechter, so resultiert daraus zum einen der ganze Rattenschwanz von Kanonisierungsproblemen, bei denen es immer darum geht, die Grenze richtig zu ziehen: Wer ist ein Klassiker? Was sind die klassischen Schriften? Gehört von Rosa Luxemburg einiges dazu? Wie steht es mit Karl Liebknecht und Ernst Thälmann, mit dem jungen Pannekoek, mit dem jungen Plechanow, mit Kim Il Sung usw? So viele Fragen, so viele unsinnige Debatten? - Zum anderen öffnet man durch solche Praxis dem prahlenden Ignorantentum Tor und Tür; einem Ignorantentum, das sich mit allen erreichbaren Namen der Revolution schmückt, ohne jemals den mühevollen Prozeß der Aneignung ihrer Lehren vollzogen zu haben. Ihnen gegenüber müssen wir darauf bestehen, als Programm nur anzuerkennen, was der Sache nach niedergelegt wurde und nicht alle möglichen Absichtserklärungen, die zu ihrer Beglaubigung auf eine Reihe paradierender Namen verweisen. Nur an der Niederlegung der Sache selbst kann sich jene Debatte entzünden, in der unsere Bewegung sich ihren gemeinsamen politischen Inhalt erarbeitet. Denn der ist nicht einfach in Form der Klassikerschriften gegeben, sondern muß durch die selbständige Aktivität derjenigen, die eine kommunistische Organisation schaffen wollen, herausgearbeitet und eindeutig festgehalten werden.

9. Programmdebatte und kommunistische Bewegung: Die Stellung der Gruppe Rote Fahne(KPD)

Die Bedeutung des Programms und der Programmdiskussion für den Zusammenschluß der westdeutschen Kommunisten wird von der "Roten Fahne" (KPD) und vom "Arbeiterkampf" (KB-Nord) bestritten. Beide Gruppen stimmen darin überein, die Programmfrage gegenwärtig für zweitrangig zu halten. Die "Rote Fahne", indem sie auf diese Frage überhaupt nicht weiter eingeht, sondern stattdessen ein weiteres Mal ihren "Weg zur kommunistischen Partei" propagiert. Wem sich die Sache so darstellt, daß "alle historischen Vorbilder zeigen, daß der Parteiaufbau immer über den Aufbau eines führenden Zentrums und seiner Durchsetzung verlief", für den muß zwangsläufig die Frage des Programms unter dem Gesichtspunkt erscheinen, wie ein Programm wohl dem "führenden Zentrum" dazu dienen kann, sich durchzusetzen. Es ist dies sozusagen der Al Capone-Standpunkt in Parteifragen: Um der eigenen Gang Anerkennung zu schaffen, um sie als "führendes Zentrum" durchzusetzen, ist grundsätzlich jedes Mittel recht. Warum sollte es da nicht auch mal ein Programm sein!

Woran die kommunistische Bewegung in Westdeutschland schon seit Jahren keinerlei Mangel leidet, das sind Gruppen, die sich für Revolutionäre halten und wild entschlossen sind, sich als "führendes Zentrum" durchzusetzen. Die Behelfsbegründungen dafür sind verschieden. Die einen reklamieren für sich das Erstgeburtsrecht und wedeln mit Anerkennungscheinen. Die anderen blasen sich mit ihrem großen proletarischen Anhang auf. Der "KPD" fehlt's an beidem. So ist sie denn gezwungen, die Philosophie der "Durchsetzung an sich" zu verbreiten und sich mit dem Geruch der Entschlossenheit zu umgeben. Heute gehen die "KPD"-Genossen einen Schritt weiter und feiern ihre Gründerentschlossenheit sogar als eine ideologische "Produktivkraft". Ja sie erkennen sich das Verdienst daran zu, daß "heute in der BRD (!) die Fronten zwischen Marxismus-Leninismus oder modernem Revisionismus geklärt sind" - und das obwohl sie in Westdeutschland erst 1971 ihre erste Filiale eröffnet haben. Fixe Jungs, die sie sind, kalkulieren sie mit der völligen Gedächtnislosigkeit der Bewegung und reklamieren für sich, "zu allen wesentlichen Entscheidungen eine proletarische Linie" vertreten zu haben. Die auf Durchsetzungsvermögen getrimmten Herren Vertreter einer proletarischen Linie wollen nicht begreifen, daß es nicht darauf ankommt sich, sondern das Programm der Revolution unter den westdeutschen Kommunisten durchzusetzen. Und dazu gibt es keinen anderen Weg, als die öffentliche Erarbeitung des Programms in der und durch die kommunistische Bewegung. Nur so gewinnt dieseBewegung, die gerade erst dabei ist, den Marxismus-Leninismus zu meistern und auf die westdeutsche Wirklichkeit anzuwenden, eine gemeinsame politische Substanz. Und nur in dieser Auseinandersetzung kann sich auch eine Führung herausbilden, die aufgrund ihrer wahrnehmbaren und kontrollierbaren Handlungen Autorität genießt.

Da nun die kommunistische Bewegung in Westdeutschland sich bis auf wenige Ausnahmen als reif genug erwiesen hat, um die durchsetzungsbereiten Herren Vertreter einer proletarischen Linie aus Westberlin abblitzen zu lassen, handeln diese nach dem bekannten Sektierermotto, daß

nicht sein kann, was nicht sein darf: Die eingebildete Führung der Bewegung leugnet deren Existenz! "Eine kommunistische Bewegung als jetzt zu vereinheitlichende Zirkel existiert allerdings für uns nicht, denn unter unseren Bedingungen konnte und kann eine Zirkelbewegung allein eine rückschrittliche und bremsende Rolle spielen." - Existiert nun eine kommunistische Bewegung oder existiert sie nicht? Vor aller Augen entwikkeln sich lokale und regionale Zirkel und gewinnen an Einfluß. Die Revisionisten sehen sich in die Defensive gedrängt, die Innenminister beraten, was man wohl tun könne, um möglichst unauffällig der Sache ein Ende zu setzen, die Gewerkschaftsführer zeigen beträchtliche Unruhe und selbst die bürgerliche Presse sieht sich trotz Totschweigebeschluß gezwungen, von der Existenz dieser ärgerlichen kommunistischen Zirkel Kenntnis zu nehmen. Anders die "KPD". In der Pose des lieben Gottes, der die Welt bekanntlich ganz nach seinem Bild erschuf, erklärten die "entschlossenen Revolutionäre": "für uns" gibt es diese Bewegung nicht! Und warum diese Leugnung einer Tatsache? Die Herren Vertreter einer proletarischen Linie haben befunden, daß die Tatsache der zersplitterten kommunistischen Bewegung nicht fortschrittlich ist! - Wenn das kein Sieg des menschlichen Geistes über die Widrigkeit der Umstände ist?

10. KB-Nord, oder die Rechtfertigung der Sumpfexistenz.

Wie man von einer ganz anderen Seite aus zu derselben Geringschätzung der Programmfrage in der heutigen Situation kommen kann, das führt der KB-Nord vor. Im "Arbeiterkampf" Nr. 24 heißt es unter dem Titel "Wie sich das Zirkelwesen am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht", daß " in Wahrheit ... das Fehlen eines Programms die Folge der Mängel des Zirkelwesens (ist) und nicht etwa ihre Ursache". Denn, so argumentieren die Genossen: "Wenn das Programm einen Fortschritt bedeuten soll, so muß es niedergeschriebener Ausdruck der Tatsache sein, daß die kommunistische Bewegung eine neue Stufe revolutionärer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis erreicht hat. Der "Knotenpunkt" besteht also in Wahrheit darin, diese neue Stufe praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis zu erreichen, die sich dann im Programm niederschlagen kann." Da nun aber zugleich die Mängel und Schwächen der kommunistischen Bewegung nur "den Zustand der Arbeiterbewegung und das Verhältnis Arbeiterbewegung Kommunisten ... widerspiegelt", ist es im Grunde der beklagenswerte Zustand der Arbeiterbewegung selbst, der die Schuld daran trägt, wenn die Kommunisten kein Programm haben.

Es ist ein toller Trichter, auf den der "Arbeiterkampf" da gekommen ist. Das Programm wird von ihm jetzt offenbar verstanden als die "Zuspitzung" der unmittelbaren Kämpfe der Arbeiterklasse. Und da diese gegenwärtig noch weitgehend politisch orientierungslos sind, bzw. unter bürgerlicher Führung stattfinden, kann man auch noch nicht in ausreichender Weise aus diesen Kämpfen das Programm der Kommunisten entwickeln. Diese ganze Argumentation ist nun freilich auf der Voraussetzung aufgebaut, im Programm müßten die Kommunisten zum Ausdruck bringen, was sie in den Massenkämpfen gelernt haben. Das aber ist falsch! Nicht was die Kommunisten von den Massen gelernt haben, sondern was sie die Massen lehren wollen, muß im Programm dargelegt werden. Es handelt sich beim Programm nämlich um das Dokument einer Organisation, die gebildet wurde, um genau festgelegte Ziele zu verfolgen, nicht einfach um ein Programm, in dem die Arbeiterbewegung ihren gegebenen Stand ausdrückt. Friedrich Engels sprach vom Programm als "der öffentlich aufgepflanzten Fahne" der Partei und das heißt zweierlei: zum einen drückt das Programm tatsächlich etwas aus, nämlich die Auffassungen und den Erkenntnisstand der Kommunisten über die Entwicklung der Gesellschaft und die Ziele, die sie darin verfolgen. Zum anderen aber hat es die Aufgabe, immer wieder als Orientierungspunkt für die Kämpfenden selbst zu dienen, also nicht nur Gradmesser ihrer Einsicht zu sein, sondern zugleich das Feldzeichen, um das sich die organisierten Truppen gruppieren können.

Indem der "Arbeiterkampf" prinzipiell leugnet, daß die kommunistische Bewegung in der gegenwärtigen Phase an Hand der Programmdebatte klären kann, was sie für ihre unverzichtbaren Grundanschauungen ansieht, für welches Ziel sie kämpft, wie sie die Etappe der Revolution bestimmt und in welchen Forderungen sich das zusammenfasst - indem der "Arbeiterkampf" diese Möglichkeit verleugnet, huldigt er offen spontaneistischen Anschauungen. Er hat damit jene abschüssige Bahn betreten, auf der die ehemaligen Strategen des verblichenen KB/ML Westberlin gerade unter großem Lamento an die Brust der "wirklichen Arbeiterbewegung" rutschen.

Ebenso wie der "Arbeiterkampf" kritisieren uns auch diese Genossen, indem sie eine streng "materialistische" Mine aufsetzen und zu dem Schluß kommen, daß die Diskussion des Programms der Kommunisten gegenwärtig mit dem wirklich geführten Kampf der Arbeiter nichts zu tun habe und darum zwangsläufig bedeutungslos bleiben müsse: "Statt die realen gegenwärtigen Klassenkämpfe zu untersuchen und auszudrücken, vertritt dieser Block (von Zirkeln) die Meinung, die allgemeinen programmatischen Prinzipien wären abgelöst von der Taktik für die konkret historischen Verhältnisse zu entwickeln." (Auflösung und Lernprozesse eines ML-Zirkels, S. 3). In der Tat, wir sind der Auffassung, daß die allgemeinen programmatischen Prinzipien der Kommunisten noch nie unmittelbar aus den Kämpfen herausgewachsen sind, sondern notwendig Ergebnis der Wissenschaft sein müssen. Wenn wir uns heute etwa Gedanken über die Notwendigkeit machen, die Warenproduktion aufzuheben, und darüber eine Bestimmung im Programm aufnehmen, so kann das natürlicherweise in den Kämpfen der westdeutschen Arbeiter überhaupt nirgends zum unmittelbaren Ziel werden. Aber sollen wir deshalb darauf verzichten, uns die-

se Konsequenz der sozialistischen Revolution klar zu machen und sie festzuhalten als eine Auffassung, die alle Genossen teilen müssen, wenn sie Mitglieder der kommunistischen Organisation sein wollen? Dasselbe gilt für fast alle Bestimmungen, die das Programm trifft. Noch kaum eine von ihnen ist in Westdeutschland zum erklärten Ziel großer Arbeitermassen geworden. Umso wichtiger aber ist es, daß wir festhalten, was wir wollen und in einer knappen Darlegung ausbreiten, warum wir es wollen.

Indem die Genossen des ehemaligen KB/ML Westberlin und der "Arbeiterkampf" die Möglichkeit verleugnen, daß die Kommunisten schon heute ihre Grundauffassungen und Ziele programmatisch festlegen und damit die Klarheit in ihren eigenen Reihen wesentlich voranbringen können, indem sie diese Debatte als unwichtiges Zirkelgezänk abtun, das mit den "tagtäglichen Kämpfen" der Arbeiter nichts zu tun habe, bestreiten sie prinzipiell die Möglichkeit, gegenwärtig überhaupt als organisierter Kommunist zu arbeiten. Im Grunde vertreten sie die These, daß es heute nicht miteinander vereinbar sei, "die realen ... Klassenkämpfe ... ausdrücken" zu wollen und organisierter Kommunist zu sein. Aber während die ehemaligen KB/Mler daraus konsequenterweise den Schluß zogen, den eigenen Versuch der kommunistischen Organisierung wieder aufzugeben, beschränkt sich der "Arbeiterkampf" darauf, die gegenwärtige Situation der Unklarheit und Zerfahrenheit der Kommunisten als historisch zwangsläufig abzusegnen. Wie sie es allerdings miteinander vereinbaren wollen, einerseits die Programmauseinandersetzung gegenwärtig für unmöglich zu erklären, andererseits aber bedeutungsschwer die "Stärkung des bewußten Elements" zur aktuellen Hauptaufgabe zu erklären (Unser Weg, Nr.15), das müssen die "Arbeiterkampf"-Autoren dem staunenden Publikum erst noch erklären. Worin wohl soll das Bewusstsein bestehen, das da gestärkt werden soll, wenn nicht in den programmatischen Auffassungen der Kommunisten über Entwicklung und Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, den Zielen der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Kapital, den objektiv anstehenden historischen Aufgaben in diesem Kampf usw. ?

11. Kommunistisches Programm und Arbeiterbewegung

Wenn heute Kommunisten in Westdeutschland auf Grund einer breit und öffentlich geführten Debatte sich ein gemeinsames Programm geben, so ist es ein offenbarer Unsinn, wenn dagegen eingewandt wird, das westdeutsche Proletariat wolle davon aber noch gar nichts wissen. Das Programm sei jenseits der wirklichen Kämpfe der Arbeiterklasse entstanden usw. Ja, wenn dieses Programm schon zur unmittelbaren Kampflosung des westdeutschen Proletariats geworden wäre, dann freilich brauchten die Kommunisten sich nicht die Mühe machen, es auszuarbeiten. Das Programm, das wir schaffen, kann überhaupt nicht unmittelbar das Programm der Arbeiterklasse sein. Es ist Programm der Kommunisten und unsere Aufgabe ist es, dieses Programm, das die historischen Interessen des Proletariats formuliert, zum bewußten Programm der Arbeiterklasse zu machen. Daß das nicht anders geschehen kann, als in den wirklich geführten Kämpfen der Arbeiter ist eine Binsenwahrheit, ebenso wie es eine Binsenwahrheit ist, daß in den Erfahrungen und Kämpfen der Arbeiter die Tendenz zum Sozialismus schon steckt. Wäre das nicht der Fall, so befänden sich die Kommunisten in der Rolle von hilflosen Weltverbesserern, von Pfaffen der Revolution, die ihre ganze Hoffnung auf die Wunderkraft von Traktätchen setzen müßten und sich mit keiner realen Bewegung verbinden könnten. In Wirklichkeit jedoch ist es die Aufgabe der Kommunisten, in die reale Arbeiterbewegung, deren notwendiges Ziel der Sozialismus ist, "von außen" hineinzutragen - nicht etwas, was der Arbeiterklasse fremd ist - sondern die wissenschaftliche Enthüllung der realen Verhältnisse, in denen sie lebt und kämpft.

Wenn es nun unsinnig ist, zu verlangen, das Programm der Kommunisten solle in den "wirklichen Kämpfen" die Arbeiterklasse als deren jeweilige Zusammenfassung entstehen, so ist es doch nicht gleichgültig, zu wessen Programm es wird. Ob zum Programm einer Gruppe von Menschen, die sich einmal in der Woche trifft, um Klassikertexte zu lesen oder zum Programm einer Organisation, deren Mitglieder an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes stehen und in der Lage sind, in diesen Kämpfen das Programm der Kommunisten zu vertreten. Darin besteht überhaupt der reelle Sinn der Floskel, das Programm entstehe nicht am Schreibtisch. Denn natürlich entsteht der Vorschlag dazu am Schreibtisch. Und diskutiert, bzw. korrigiert wird er auch nicht gerade auf den Barrikaden. Aber diese Schreibtisch- und Diskussionsarbeit gewinnt ihren Sinn erst, wenn sie sich bezieht auf einen Verband kämpfender Genossen, die sich im Programm ihre gemeinsame Grundlage schaffen.

Und darum ist es auch nicht eine Frage wissenschaftlicher Verdienste von Autoren, ob ein Programmvorschlag Resonanz findet oder nicht, sondern hängt davon ab, daß Organisationen und Personen, die im Klassenkampf stehen sich ein gemeinsames Programm geben wollen, dazu einen Arbeitsauftrag vergeben usw.

Ein Programm nun, das die Kommunisten in der Arbeiterbewegung vertreten wollen, ein solches Programm darf gerade der Arbeiterbewegung keine doktrinären Konzepte vorschreiben. Es wird sektiererisch, wenn es über die Grundanschauungen und historisch notwendigen Ziele bzw. die Bestimmung der Etappe hinaus dem Kampf des Proletariats einen bestimmten Verlauf diktieren will. Das Programm des Kommunismus muß von uns im wirklichen Kampf des Proletariats vertreten werden und unsere Taktik müssen wir - in Übereinstimmung mit unseren Zielen entsprechend den Bedürfnissen des tatsächlich stattfindenden Kampfes bestimmen. Nur wenn wir dieses Verhältnis im Auge behalten, können wir als Kommunisten die Führung in den Massenkämpfen erobern. Führung der Arbeitermassen durch die Kommu-

nisten besteht eben nicht im Beharren auf Anerkennung als ein besonderer, der Arbeiterbewegung gegenüberstehender Verein, der von der Billigung seiner eigentümlichen Ansichten seine Teilnahme am Kampf abhängig macht, sondern sie besteht in der ständig zu bewährenden Fähigkeit, den weitertreibenden Vorschlag zu machen, die Erfahrungen richtig zusammenzufassen, die zweckmäßigste Organisierung der Kämpfenden zu betreiben und dem Proletariat seine historische Mission zu enthüllen. Im Gegensatz zu allen bürgerlichen Organisationen, die mit den Massen ein Tauschverhältnis eingehen: Du gibst mir Deine Stimme, ich verspreche Dir dafür dies und das! - Im Gegensatz zu all diesen Organisationsvorstellungen ist die Organisation der Kommunisten einzig und allein darauf berechnet, die Kraft und Aktivität der Massen freizusetzen, freizusetzen für ihre eigenen historischen Interessen.

12. Gehört die Parteitheorie ins Programm ?

In dem Maße, in dem den Kommunisten die Freisetzung der Massenaktivität und ihre Zusammenfassung gegen die bürgerliche Herrschaft gelingt, organisieren sie das Proletariat "zur selbständigen politischen Partei ..., die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt". Wenn wir diese klassische Formulierung in den Programmtext übernehmen, so ist es völlig falsch, dagegen einzuwenden, es sei dies eine veraltete Marxsche Formulierung, die einen "noch unreifen Stand der Arbeiterbewegung spiegelt" und nicht auf der Höhe der Leninschen Parteitheorie sei, wie die Genossen Burg und Simens meinen. Und es hat auch nichts damit zu tun, daß wir die "gesonderte Organisation der Kommunisten" für überflüssig hielten, wie die MLG Mannheim kritisiert. Die grundlegende, die Zielbestimmung ist und bleibt doch, das ganze Proletariat politisch selbständig der Bourgeoisie gegenüberzustellen und das heißt, es als Partei zu organisieren. - Einerlei in welcher Form das geschieht; vielleicht erst in der revolutionären Situation selbst in Form der Räte und später dann als herrschende Klasse im Staat, vielleicht bei langsamerem Gang der Revolution als Massenpartei, die immer noch nur einen geringen Teil des Proletariats umfasst."Organisierung des Proletariats zur selbständigen politischen Partei", das ist im Grunde nichts anderes als die organisatorische Konsequenz des politischen Ziels, das Programm des Kommunismus zum Programm der Millionenmassen des Proletariats zu machen.

Die besondere Organisierung der Kommunisten, auf der die Genossen bestehen, resultiert daraus, daß aktuell das Programm des Kommunismus erst zum bewußten Ziel eines sehr begrenzten Kreises von Menschen geworden ist. Und diese Menschen müssen sich zu Kadern ausbilden, was bekanntlich vom französischen "cadre" kommt und den Stamm, den Rahmen eines sehr viel größeren organisierten Heeres vereint, das mit der Mobilisierung aufgestellt wird. Wie aber nun diejenigen sich zusammenschließen, für die das Programm des Kommunismus heute schon bewußtes Ziel ist, nämlich in einer Organisation, die von jedem ihrer Mitglieder die aktive Verfechtung der politischen Ziele verlangt, und die den demokratischen Zentralismus verwirklicht, um die Masseninteressen ausdrücken zu können, das ist nicht Sache des Programms, sondern wird im Statut geregelt. Der Unsinn muß endlich ein Ende haben, daß in Westdeutschland Organisationen sich bildeten, sich für kommunistisch erklärten und dann in ihren Programmen über die Vorzüge des demokratischen Zentralismus handeln, wie noch in der "Programmatischen Erklärung"der Gruppe Rote Fahne(KPD)geschehen unter dem Titel:"Grundsätze und Ziele der Partei"- und zwar bevor noch die Ziele überhaupt benannt werden. Der ganze Fortschritt,den die Gruppe Rote Fahne(KPD)seit ihrer Gründung als "KPD/AØ" gemacht hatte, besteht in der"Programmatischen Erklärung"darin,daß diese wenigstens die Ziele noch nachschiebt,während die "Vorläufige Plattform"der AO nur davon ausging, daß man einen "Führungsanspruch" habe und dann darstellte, wie die Organisation aussehen solle, die ihn durchsetzt.
An kaum einer Stelle sonst macht sich in der westdeutschen kommunistischen Bewegung deutlicher die Herkunft aus schlechten Traditionen der Spätphase der Studentenbewegung bemerkbar, als in dem Vorrang, den häufig immer noch die Fragen der Organisation vor denen der Politik genießen. Wie bolschewistisch man sei, das bewies man sich gegenseitig - nicht indem man über die richtige Politik stritt, sondern indem man - ohne noch zur Politik, die man verfolgen wollte, Nennenswertes gesagt zu haben - an den Aufbau von Parteien schritt: Alle garantiert "neuen Typs", Karikaturen auf den Leninismus, "Parteien" in der Tat, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte.

In Hinblick auf das Programm werden wir diesen Tendenzen die Organisationsfragen vor die politischen zu stellen, keine Konzessionen machen. Wir werden die Leninsche Parteitheorie anwenden und das wird im Statut zum Ausdruck kommen, nicht indem wir sie im Programm zitieren und daraus eine Legitimationsgrundlage für die eigene Organisation zu machen versuchen.

Willfried Maier

Marxisten-Leninisten Mannheim

BEMERKUNGEN ZU DER STELLUNGNAHME DER PROGRAMM-KOMMISSION

(in: NRF Sondernummer, November 1972)

Vorbemerkung:

Wenn die Gruppe MARXISTEN-LENINISTEN/ MANNHEIM zu der Stellungnahme der Programm-Kommission einen eigenen Diskussionsbeitrag liefert, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gruppe weder eine politische Linie hat, die sie von anderen m.l.-Organisationen abgrenzt, noch eigenständige praktische Arbeit leistet.
Wir sind eine Gruppe von Genossen, die Anfang Oktober d.J. nach offener ideologischer Auseinandersetzung aus der Gruppe KPD/ML (RF) ausgetreten sind. Wir gründeten die Gruppe ML/MA als Übergangsorganisation, um in der weiteren ideologischen Auseinandersetzung mit der Gruppe KPD/ML(RF) unsere eigene politische Vergangenheit zu überprüfen und die Grundlagen für eine Korrektur zu legen, sowie, was bedeutender ist, mit dem Ziel, durch die Teilnahme an der nationalen Auseinandersetzung in der m.l.-Bewegung eine bewußte politische Entscheidung über unsere Neuorganisierung und die damit verbundene Wiederaufnahme der praktischen Arbeit treffen zu können. Außerdem sahen wir es als Aufgabe der Gruppe durch die Herausgabe zweier Nummern der "Kommunistischen Briefe" den Kampf zweier Linien in der KPD/ML(RF) im Dienste des Wiederaufbaues der KPD zu fördern. Aufgrund der besonderen örtlichen Bedingungen (wir sind durch unsere Arbeit in der Gruppe KPD/ML(RF) in keiner Weise in einem der hiesigen Betriebe verankert; die KG (NRF) MA/HD macht in den wichtigsten Betrieben eine in der Hauptseite korrekte Politik) konnte die ML/MA nur als Diskussionszirkel existieren.

Konnten wir in der Auseinandersetzung mit der Gruppe KPD/ML(RF), in der Analyse dieser Organisation noch eigenständige Standpunkte entwickeln, so ist uns das in der Auseinandersetzung um das Programm der westdeutschen Kommunisten nur noch sehr beschränkt möglich. In dieser Auseinandersetzung können wir als Gruppe von einzelnen Kommunisten, die sich einige Grundlagen des Marxismus-Leninismus angeeignet haben und in der Vergangenheit mit der Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung einige Erfahrungen gemacht haben, Stellung beziehen, wir können dies jedoch nicht als politische Organisation mit eigenständiger politischer Praxis. So bekommt die Stellungnahme einen individuellen und mit der tatsächlichen Bewegung nur sehr mittelbar verbundenen Charakter. Diese wesentliche Beschränkung konnte uns jedoch nicht davon abhalten, einen gemeinsamen Diskussionsbeitrag zu liefern; denn es ist erstens Pflicht eines jeden westdeutschen Kommunisten zu der Stellungnahme der PK Stellung zu beziehen und zweitens können wir und alle anderen Genossen der "Parteien" nur in der prinzipienfesten Auseinandersetzung mit dieser Stellungnahme zum Programm eine politische Praxis entwickeln, deren Perspektive der Wiederaufbau der KPD sein soll.

Die Zukunft der Gruppe ML/MA:

Die Gruppe ML/MA hat keine Existenzberechtigung mehr; sie hatte sie als Übergangsorganisation auch nur im oben genannten Sinne. War der Kampf gegen eine andere Organisation schon eine äußerst fragwürdige Rechtfertigung für organisatorische Eigenständigkeit, so wird das noch dadurch unterstrichen, daß wir im Kampf gegen die Gruppe KPD/ML(RF) und für den Wiederaufbau der KPD als Gruppe ohne Perspektive nur sehr beschränkt vorwärtstreiben konnten; unsere Funktion war im wesentlichen die eines Katalysators und z.T. die eines individuellen Verfechters von Standpunkten der Bremer-Kommunique-Organisationen.
Diese Organisationen üben durch ihre praktische Arbeit und ihre politische Linie, insbesondere in der Frage des Parteiaufbaus und des Programms, einen viel grundlegenderen und weitreichenderen Einfluß auf die Genossen der Gruppe KPD/ML(RF) und der anderen "Parteien" aus. Der Kampf zweier Linien wird heute in der Gruppe KPD/ML(RF), wie wir das sehen können, immer direkter durch die Stellungnahme der Programm-Kommission beeinflußt und vorangetrieben. Hinzu kommt, daß mit fortschreitendem Zerfall der Gruppe KPD/ML(RF) immer mehr ehrliche Genossen auftauchen, die vom gleichen politischen Standpunkt wie wir innerhalb der Organisation viel besser die Auseinandersetzungen vorantreiben können als wir.
(Damit bezweifeln wir nicht im geringsten unseren Austritt, denn erstens wurden wir damals selbst von den Genossen, die heute unseren Standpunkt teilen, mit allen möglichen administrativen Mitteln gehindert, eine offen ideologische Auseinandersetzung zu führen und zweitens bedeutet unser Austritt durch die Lähmung der Ortsgruppe Mannheim eine entscheidende Verschärfung der Widersprüche und Initiierung der Diskussion, wie sie heute geführt wird.)

Doch nicht nur aus diesem Grund fehlt der Gruppe ML/Ma heute jede Existenzberechtigung. Entscheidender ist, daß wir durch die Teilnahme an der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der m.l.-Bewegung Klarheit über unseren Standpunkt in den wichtigsten Fragen gewonnen haben.

Am Ende dieses Klärungsprozesses steht bisher unsere Auseinandersetzung mit der Stellungnahme der PK. Wir glauben heute u.E. soviel Klarheit gewonnen zu haben, daß unser nächster Schritt der individuelle Anschluß an die die Bewegung in Mannheim/Heidelberg anleitende KG (NRF) bzw. eine ihre Massenorganisationen sein muß.

Von dem Versuch der innerorganisatorischen Kritik, von der Organisierung dieser Kritik an der Gruppe KPD/ML(RF) in der ML/MA, von dem Versuch, diese Kritik allen Mitgliedern dieser Organisation mit den "Kommunistischen Briefen" zugänglich zu machen, von der Auseinandersetzung mit der politischen Linie des Bremer-Kommuniques sind wir zu einer ersten Stellungnahme zu dem Vorschlag der PK gelangt. Wir haben damit einen Weg beschritten, den auch die Genossen der Gruppe KPD/ML(RF) und der anderen "Parteien" gehen müssen, wenn sie nicht prinzipienlose Projektmacherei oder Liquidatorentum betreiben wollen. Wir unterstützen die Bemühungen derjenigen Genossen, die die Organisationszusammenhänge dazu ausnutzen wollen, um möglichst alle Genossen der Gruppe KPD/ML(RF) in den Kampf zweier Linien miteinzubeziehen.

Mannheim, 18.12.1972

1. Welche Bedeutung hat die Stellungnahme für die kommunistische Bewegung?

Erst nach und nach hat man in den vergangenen zwei Jahren in der kommunistischen Bewegung die Fragen des Programms, die Grundlagen der Strategie und Taktik als Hauptproblem der Vereinheitlichung der Kräfte, der Schaffung der KP betrachtet.
Es gab fast ebensoviele Lösungsversuche wie Organisationen, die alle geprägt waren von der Vorstellung dieser Organisationen zum Parteiaufbau, denn da offenbarte sich der Klassencharakter ihrer politischen Linie amdeutlichsten.
Je mehr die lokalen und regionalen Organisationen einander ins Bewußtsein rückten als Bewegung, desto enger rückten die Fragen des Programms und des Parteiaufbaus als Einheit in die ideologische Auseinandersetzung. Den "Parteien", die nichts kannten als "ihre" Partei mit "ihrer" Linie, begegnete die kommunistische Bewegung in den Kritiken aus ihren eigenen Reihen. Mit der Auffassung, "die Lektüre der Parteiliteratur ersetze jegliche anderweitige Lektüre", läutete diesen Organisationen das Totenglöckchen, da sich die Leitungen offenbar gründlicher dieser Auffassung anschlossen als die Mitglieder. Ein anderer Teil der Organisationen glaubte sich durch die Flucht nach vorne retten zu können. So versucht die "KPD" nicht wie die KPD/ML-ZB, ihren Mitgliedern die Augen zuzuhalten, sondern reproduziert ein recht buntes Bild von Auffassungen und Auseinandersetzungen, das zwar der Bewegung keine Anleitung zum Handeln geben kann, aber die Mitglieder der Organisation mit schwatzhafter Großspurigkeit lähmen soll. Der kleinbürgerliche Charakter in der Bewegung geht vom Subjektivismus im Parteiaufbau über den Schematismus in der Programmfrage bis hin zum Liquidatorentum in beidem. Die revolutionäre Bewegung nimmt. mit der Stellungnahme zum Programm den Anfang einer neuen Etappe ihrer Entwicklung.
Gekennzeichnet ist diese Etappe vom Bankrott der kleinbürgerlichen Linie der Sektierer und Spalter ebenso wie von der Verschärfung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsopportunismus. In der Hauptsache sprengt diese neue Etappe der Bewegung die Überreste der kleinbürgerlichen Hülle - Muttermale ihrer Herkunft aus der Studentenbewegung - ab und schafft die Bedingungen einer revolutionären Einheitlichkeit in der KP. In dieser Etappe werden der gesamten Bewegung die Hohlheiten der Anspruchstitel vor Augen geführt. Gegen die isolierte Handwerkelei, gegen die selbstbezogene Theoretisiererei der Gruppen, Zirkel und "Parteien" mußte erst "die einfache Klarheit wieder erarbeitet werden".

Einigen Organisationen wird in dieser Etappe die Möglichkeit genommen, ihr Sektierertum durch plakative Auseinandersetzung zu verbergen. Es ist dies die Etappe, in der mit der Ignoranz der Bewegung gegenüber auch eine ihrer Folgen, die prinzipienlose Vereinigungsprojektmacherei keinen Platz mehr haben wird. Die Abgeschlossenheit der "Parteien", diese Zwingburg haben die revolutionären Kräfte von innen genommen. Vorbei ist die Zeit, zu der sich programmatischer Fortschritt nur an den Rückschlägen in der eigenen Praxis, nicht aber am Stand der Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung messen braucht. In dieser Etappe offenbart sich das wahre Gesicht der Ignoranz - Spaltertum!
Die Stellungnahme ist weniger das Instrument, das die Vereinheitlichung der Bewegung vollzieht, als vielmehr Gradmesser dieser Einheitlichkeit, die dann in Sicht ist, wenn es Auseinandersetzung gibt. Die Stellungnahme sagt klar: Weg vom Streit um Anspruchstitel! Was sind die Grundlagen der Arbeit der Kommunisten? Worin besteht ihr Ziel?

Dieser Vorschlag bringt den Fortschritt der Bewegung klar zum Ausdruck. Mit ihm wird zum ersten Mal der Weg zur Liquidierung des Zirkelwesens klar aufgezeigt. Die Parteien, die nie aufgehört hatten, Teil dieses Zirkelwesens zu sein, glaubten, sie könnten sich per Ernennung außerhalb dieses Zirkelwesens stellen, glaubten jenen Fixpunkt gefunden zu haben, von dem aus die Welt aus den Angeln zu heben ist: Gibt es die Partei, dann haben die Zirkel keine Existenzberechtigung! Einheit in der Partei! So wird der Programmvorschlag das Geschwätz um solche Einheitlichkeit entlarven und Grundlage wahrhafter Einheitlichkeit werden, denn er ist nicht bloße Theorie, sondern vor allem praktischer Schritt. Der Schritt, der den Zirkelcharakter der Bewegung zu liquidieren vermag und den Zirkelcharakter der "Parteien" vollends offenbart. Dieser Programmvorschlag ist nicht "nur" eine Zusammenfassung bekannter Prinzipien und

Grunds ätze, sondern er verkörpert die Entwicklungsstufe der Bewegung, die die fruchtbare Abgrenzung bringt, die Vereinheitlichung schafft. Dieser Vorschlag konnte nur von dem Teil der Bewegung kommen, der den Zirkelcharakter tatsächlich liquidieren wollte. Organisationen, die meinen, mit dem Zirkelwesens nichts mehr zu tun zu haben, wollen im Grunde genommen das Zirkelwesen nur verewigen, wenn sie sich den Titel "Partei" verleihen, auch wenn sie hochstaplerische Formveränderungen vornehmen.(Regionalkomitees, Landesaufbaukom. auch wenn sie mit Paukenschlägen politische Linie und Programm vorstellen und einen glänzenden technischen Apparat aufweisen. Die Zirkel, die die Stellungnahme abgaben und diejenigen, die die prinzipienfeste Auseinandersetzung um sie führen mit dem Willen, eine einheitliche Kampfgrundlage zu schaffen, sind der fortgeschrittenste Teil der Bewegung. Sie können der Bewegung den Zirkelcharakter nehmen, weil sie wissen, daß die Liquidierung der eigenen Organisation mit eingeschlossen ist. Der fortgeschrittenste Teil der Bewegung schafft also nicht nur die inhaltliche Grundlage der Vereinheitlichung, sondern bietet auch mit der Bereitschaft zur Auflösung in eine einheitlich von allen gebildete Organisation die organisatorische Voraussetzung.
Es kann keinen ähnlichen Vorschlag in der Bewegung mehr geben:ihm würde entweder die praktische, organisatorische Perspektive fehlen, -etwa bei den "Parteien"-;oder er wäre neuer Deckmantel für die alte Ignoranz einer Organisation, wie etwa dem KABD. Für die Marxisten-Leninisten in der BRD führt deshalb kein Weg an diesem Vorschlag vorbei!

2. Welche Aufgaben hat das Programm, was ist sein Wesen?

Das Programm soll das Ziel unseres Kampfes bestimmen und die grundlegenden Forderungen festlegen. Es muß die Epoche des Klassenkampfes grundlegend analysieren und konkret charakterisieren. Unser Ziel, die Prinzipien des Kommunismus, müssen aufgezeigt werden. Dabei ist klar, erst die Festlegung der gemeinsamen Grundlagen ermöglicht einen fruchtbaren Kampf zweier Linien. Fruchtbar bedeutet, dieser Kampf muß zu immer fortwährendem gemeinsamen Handeln führen. Der Kampf um das Programm und die gemeinsame Taktik gewährt erst die Möglichkeit der "Ausbildung gemeinsamer organisatorischer Formen". (NRF, S. 3)
Und hier haben wir unsere erste Kritik an der Stellungnahme. Die Genossen der Kommission sagen, sie geben eine Stellungnahme. Sie benennen die Punkte, die ihrer Ansicht nach im Programm enthalten sein müssen. Die Abfolge dieser Punkte enthält gewiß eine Systematik, aber wir fürchten, mit uns werden sich noch viele schwertun, diese zu erkennen, sie zu verstehen. Nicht aber die Aufbausystematik - die wir weiter unten kritisieren wollen - sondern das nicht gekennzeichnete Wechselverhältnis von Programmteil und Kommentar bereitet uns Schwierigkeiten. So wird im"praktischen Teil" des Programms weniger sein Verhältnis zum allgemeinen Teil geklärt, als vielmehr die Taktik der Kommunisten in vielen Fällen im einzelnen begründet, im demokratischen und wirtschaftlichem Kampf ausführlichst kommentiert. Mag in der kommunistischen Bewegung größte Unklarheit in der Frage des demokratischen Kampfes bestehen, es führte dazu, daß die für sich genommen lobenswerten Ausführungen auf Kosten einer eigentlich programmatischen Aussage gehen. Eine scharfe Trennung zwischen eigentlichen Programmpunkten, Begründung der Notwendigkeit ihrer Ausführung und ihre Kommentierung erleichtern das Verständnis und die Diskussion.

Das Fehlen dieser Trennung zieht sich als Mangel durch die gesamte Stellungnahme. Sicher hat die Stellungnahme den Vorteil, nicht dazu zu verleiten, die Diskussion an der Form, am Wortlaut festzumachen, aber unserer Ansicht nach ist die Stellungnahme weniger ein eigenständiger Programmentwurf als vielmehr Kommentar zur Problematik eines Programmentwurfs. Und als solcher müßte er Wesen und Aufgabe des Programms der Kommunisten im allgemeinen begründen, die Einzelpunkte aus der allgemeinen Aufgabenstellung herleiten. Die Verfasser der Stellungnahme jedoch geben die einzelnen Programmpunkte an mit der Begründung "Folgen muß ..., im Anschluß müssen dargelegt werden", die nicht ergibt, warum z. B. der Imperialismus der Darstellung der Aufgaben der Kommunisten folgt. Begründet wird nur die Notwendigkeit der Verteidigung und Hervorhebung einzelner Punkte gegenüber dem modernen Revisionismus.

Kritisieren wir die Stellungnahme, daß sie in ihrer Hauptseite Kommentar ist, so müssen wir an dem Kommentar kritisieren, daß er die Abfolge der Programmpunkte zu wenig kommentiert. Zur Auseinandersetzung um das Programm führt die Stellungnahme weiter aus: "Um zu dieser Einheit des Handelns in einer Partei zu kommen, müssen die westdeutschen Kommunisten die Programmfragen in den Mittelpunkt ihrer Polemik stellen und nicht in einzelnen Fragen der Taktik sich die Hauptgefechte liefern." (NRF S. 15)
Hiermit läßt sich wohl der Hauptstoß der Stellungnahme charakterisieren! Die Bewegung tut sich mit dem Programm schwer, weil sie Fragen des Programms mit Fragen der Taktik vermengte. Daß für ein gemeinsames Handeln die Grundlagen der Taktik der Kommunisten vorhanden sein müssen, bestreitet die Stellungnahme nicht. "Aufnehmen ins Programm können wir nur die allgemeinen Grundlagen kommunistischer Taktik: Verbindung des Alltagskampfes mit dem Kampf um das Endziel und Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf." (NRF S. 14). Aber zu wenig scheint uns die Bedeutung dieser Grundlage in der Stellungnahme dargestellt zu sein. Die Grundlagen müssen das Verhältnis von Programm und Taktik zum Ausdruck bringen. Dadurch erst kann das Programm "den Kampf des westdeutschen Proletarists anleiten" (NRF S. 8), dadurch erst wird der ideologische auch mit dem organisatorischen Parteiaufbau von oben nach unten verbunden. In den Kämpfen des

Proletariats muß die Partei aufgebaut werden. Jegliche Taktik der Kommunisten muß den Massen aus dem Programm klärbar sein. (Als grundlegende Taktik muß z. B. die Eroberung der proletarischen Massenorganisationen angegeben werden). Die heutigen taktischen Unklarheiten der Kommunisten dürfen sich nicht im Programm verfestigen, sondern das Programm muß die Handhabe bieten, diese Unklarheiten zu beseitigen. Ist das Programm Ausdruck unserer Verbundenheit mit den Massen, können wir auf seiner Grundlage immer eine korrekte Taktik entwickeln. In diesem Sinne gilt, was Lenin sagt: "Damit das ganze Volk weiß, was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, haben die Sozialdemokraten ihr Programm aufgestellt. Ein Programm ist eine kurze, klare und genaue Darlegung alles dessen, was die Partei anstrebt und wofür sie kämpft... Außerdem sind die Sozialdemokraten der Meinung, daß man im Programm geradeheraus, offen und genau erklären muß, woher die Not und das Elend des arbeitenden Volkes kommen und warum der Bund der Arbeiter immer umfassender und stärker wird."(Lenin Werke Bd. 6, S. 394) Nicht nur die Verwechselung von programmatischen und taktischen Fragen erschweren eine korrekte Stellungnahme zum Wesen des Programms. Wir wissen, daß eine Stellungnahme inhaltlich eine Einheit von Programmatik und Kommentar sein muß. Will man aber einen Vorschlag zum Programm machen, so muß sich dieser - um überhaupt ein klares Verständnis zu ermöglichen - der Form nach von den einzelnen Kommentaren abheben. Alles andere führt dazu, "zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm als auch Kommentar zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen." (Engels an Sorge, 24.10. 1891, zitiert nach: Internationale Nr. 9, S. 358) Wir nehmen an, daß die Verfasser der Stellungnahme diese Form für einen ersten Programmvorschlag wählten, um der gesamten Bewegung die Möglichkeit zu geben, schon in einem möglichst frühen Stadium der Erarbeitung des Programms auf dieses Einfluß zu nehmen. Man hat recht daran getan, die Bewegung nicht mit einem bis aufs Tüpfelchen ausgeführten Programm der Kommission zu konfrontieren, sondern zu versuchen, sie voll in die Erarbeitung mit einzubeziehen. Auftretende Widersprüche können so rechtzeitig, umfassend und übersichtlich behandelt werden. Aber um diese Widersprüche klar hervortreten zu lassen, um die Abgrenzung in aller Schärfe zu ermöglichen, hätte ein Programmvorschlag vorliegen müssen, frei von der Möglichkeit zu Mißverständnissen, klar in der Form und in allen Punkten so vollständig und eindeutig, daß er begriffen werden kann als ein Vorschlag für die KP, wie es die Verfasser der Stellungnahme wohl auch intendiert hatten. Durch die Vermischung von Programm und Kommentar wird nicht nur die scharfe Abgrenzung in der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung erschwert, sondern in dieser Form erklärt es auch nur den mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus vertrauten Kommunisten den Aufbau des Programms, jedoch nicht den Massen das Programm. Es ist kein schematisches Verständnis der Forderung "das Programm mit den Massen diskutieren", wenn wir sagen die Auseinandersetzung um das Programm muß von den Massen verstanden werden können). Wir meinen, die vorliegende Stellungnahme kann die Klarheit in der Auseinandersetzung nicht gewährleisten, und fordern die Verfasser der Stellungnahme auf, unter Berücksichtigung der Kritiken und Änderungsvorschläge neuerlich einen Programmvorschlag vorzulegen und ihn der Form nach von der Kommentierung der Programmkommission zu trennen. Die Zitate von Lenin und Engels sollten Leitlinien der Programmarbeit sein. Zum einen "genau erklären" und zum anderen Programm und Kommentar klar voneinander zu trennen. Vor dieser Aufgabe stehen wir nicht zum erstenmal. Auch für uns gilt, was Lenz zur Programmdiskussion des VI. Kominternkongresses gesagt hat. "Ein Programm ist keine Agitationsschrift, sondern ein wissenschaftliches Dokument. Seine Aufgabe ist die Analyse unserer Epoche und die Ableitung der grundlegenden Aufgaben des internationalen Proletariats aus der Analyse. Diese Aufgabe ist nicht zu lösen ohne das ganze Rüstzeug der Theorie des Marxismus-Leninismus. Die Populariserung dieses Programms bleibt eine dauernde Aufgabe unserer gesamten Agitation und Propaganda, sie kann nicht durch das Programm selbst gelöst werden." (Internationale Nr. 9, S. 659)

3. Wie wird der moderne Revisionismus oder die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in der Stellungnahme behandelt?

Nicht Einzelheiten oder Möglichkeiten, sondern die Grundsätze unseres Kampfziels müssen dargestellt werden. Nicht Einzelheiten der BRD-Gesellschaft müssen als umfassende Einheit charakterisiert werden. Die Darstellung dieser Grundsätze darf dennoch nicht dazu führen, die Erfahrungen der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung keinen Eingang in das Programm finden zu lassen. Zwar geht die Stellungnahme in vielen entscheidenden, jedoch einzelnen Punkten auf den modernen Revisionismus ein ; dennoch fehlt eine prinzipielle Stellungnahme mit der Bezeichnung der wichtigsten Punkte der revisionistischen Theorie, wie sie in der von den chinesischen Kommunisten geführten Polemik über die Generallinie und der revisionistischen Theorie der "sozialistischen Warenproduktion" zum Ausdruck kommen. Solange im Programm nur einzelne Bestandteile der revisionistischen Theorie benannt sind, muß das Programm der ständigen Entwicklung neuer revisionistischer "Einzeltheorien" zwangsläufig hinterherhinken.

Wir halten eine grundsätzliche prinzipielle Stellungnahme zur Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, zur Entstehung/des modernen Revisionismus und des Sozialimperialismus für unabdingbar. Dazu bedarf es der grundlegenden Wiederherstellung "der Autorität des Leninismus" (E. Hoxha). Denn der moderne Revisionismus ist als Hauptgefahr für die internationale kommunistische Bewe-

gung zu betrachten. In Anbetracht dessen, daß die SU das erste Land mit einer siegreichen sozialistischen Revolution war und im Blickfeld des gesamten Weltproletariats stand, müssen wir heute die Wendung in der Entwicklung der SU festhalten: "Es ist diese die Periode der vollständigen Restauration des Kapitalismus, der Verbürgerlichung der sowjetischen Gesellschaft und der Übergang der SU zu einem offenen aggressiven Imperialismus. Die Partei der Bolschewiki und die Diktatur des Proletariats wurden liquidiert, der sozialistische Aufbau untergraben. Ihren Platz nahm die 'Partei des gesamten Volkes' und der "Staat des gesamten Volkes" ein, welche Formen der Diktatur der neuen revisionistischen Bourgeoisie sind!"(Historischer Sieg des Marxismus-Leninismus über den Revisionismus, Tirana 1971, S. 14-15)

Dort, wo wir unsere Grundanschauungen formulieren, (und wir halten diesen Punkt für notwendig) die marxistisch-leninistische Weltanschauung, müssen wir klarmachen, daß unser Programm eine Rückkehr der kommunistischen Bewegung zu den leninschen Prinzipien darstellt. In diesem Abschnitt muß klar zum Ausdruck kommen, daß der moderne Revisionismus nicht mehr nur eine ideologische Strömung in der kommunistischen Bewegung ist, sondern durch den Übergang der SU zum Sozialimperialismus eine kapitalistische und imperialistische Großmacht geworden ist. Der Kampf gegen den Revisonismus wurde auch in der BRD Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, denn "die modernen Revisionisten(sind)nichts anderes als Spalter der kommunistischen Bewegung und des sozialistischen Lagers, treue Handlanger des Imperialismus, geschworene Feinde des Sozialismus und der Arbeiterklasse" (Historischer Sieg des M-L über den Revisionismus, Tirana 1971, S. 62). Das ist die Hauptfrage in der gegenwärtigen Epoche, die programmatisch von uns neu angegangen werden muß, die grundlegenden Anschauungen hierüber wurden von der KP China und der PAA herausgearbeitet. Diese prinzipielle Einschätzung des modernen Revisionismus im Programm wird und muß zweifellos grundlegende Auswirkungen auf unsere Taktik haben.

4. Wie kann der Aufbau des Programms klarer und umfassender gestaltet werden oder der Entwurf der KPD vom 7.10.22

"Wenn wir heute die Programmdebatte aufnehmen, so können wir uns zwar stützen auf die reichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, aber es ist kein deutsches Vorbild vorhanden, auf das sich 'ganz natürlich ... alle Blicke' richten würden" (NRF S. 15) Die Verfasser beziehen sich zwar auf das Programm der Kommunistischen Internationale von 1928, aber zu diesem Programm, an dem schon seit 1922 gearbeitet wurde, lag auch ein Entwurf der KPD vor. Wir kennen das Programm von 1928 nicht, wissen also nicht, inwieweit die Stellungnahme sich darauf bezieht, und wir wissen auch nicht, inwieweit der Entwurf der KPD in diesem Programm zum Ausdruck kommt. Dieser Entwurf der KPD vom 7.10.22 wurde dem EKKI zum IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vorgelegt. (Vgl. "Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" Bd. 7, 2. Halbbd., Jan. 22- Dez. 23, Dietz-Verlag 1966, S. 147-185). Nicht weil wir die "wahren Verteidiger" der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung sein wollen, haben wir diesen Entwurf zur Kritik an der Stellungnahme herangezogen, sondern weil wir meinen, daß er die grundlegenden Prinzipien, die in unserem Programm enthalten sein müssen, umfaßt, und weil wir seinen Aufbau für geschlossener und klarer als den der Stellungnahme halten. Somit ist klar, daß Programmfragen wie die "Arbeiterregierung" oder die Luxemburgische Akkumulationstheorie - die damals dem Stand der Diskussion entsprachen, nicht im Blickfeld unserer Diskussion stehen können.

Dieser Entwurf unterteilt sich in vier Abschnitte:
a) im allgemeinen Teil, der den Kapitalismus und seine Entwicklung hin zum Imperialismus selbst als gegebene Epoche charakterisiert. Überschrieben ist er "Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus";
b) folgt die Entwicklung zum Sozialismus unter Charakterisierung ihrer Hauptmerkmale, zusammengefaßt unter "Die Eroberung der politischen Gewalt";
c) wird die Etappe der "Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung" unter Hervorhebung der Rolle der KP und des proletarischen Staates charakterisiert;
d) werden die 'internationalen Aufgaben' benannt.

Der Abschnitt Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus stellt unsere Epoche in ihrem historischen und gesellschaftlichen Aspekt dar, er behandelt den Imperialismus als Epoche des Kapitalismus. Damit ist die Forderung der Stellungnahme, "die Charakterisierung des Kapitalismus ..., der noch nicht Imperialismus geworden ist" (NRF S. 17), im wesentlichen zu erfüllen, wobei die Bedeutung des Komplexes Warenproduktion hervorgehoben werden müßte, da er die Grundlage einer nichtrevisionistischen Behandlung der sozialistischen Umgestaltung darstellt. Grundsätzlich ist es zwar richtig, die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen aus dem Kapitalismus abzuleiten, da hier klargemacht werden kann, "daß das Proletariat seinen Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt führt" (NRF S. 18), doch müßte das bei der vorliegenden Form der Stellungnahme dazu führen, auf die Charakteristik des Kapitalismus im allgemeinen die des proletarischen Klassenkampfes unter Darlegung seines Zieles folgen zu lassen. Für den Aufbau bedeutet das, die Charakterisierung unserer Epoche wird abgebrochen, es muß versucht werden, unseren Kampf und unser Kampfziel lediglich aus den Elementen der vorausgehenden Analyse zu bestimmen. Die Internationalität unseres Kampfes (Stellungnahme, S. 19) und die Bedingungen der sozialen Revolution in der bürgerlichen Gesellschaft werden aufgeführt ebenso wie die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, ohne die Epoche des Imperialismus dargestellt zu haben.

So folgt nach der Stellungnahme lediglich eine all-

gemeine Definition der Aufgaben der Kommunisten, ihrer Organisation und der Grundlagen ihrer Taktik. Wir halten daher eine grundlegende Darstellung der Rolle der KP für notwendig, die einen Abriß der Aufgaben umfaßt, die ihr speziell in der imperialistischen Epoche erwachsen, wie z. B. ihr Verhältnis zu den Volksmassen (die Notwendigkeit des Bündnisses mit den übrigen Lohnabhängigen und die Notwendigkeit der Hegemonie des Proletariats in diesem Bündnis). Das kann aber sinnvollerweise erst nach der Charakterisierung des Imperialismus geschehen.

Im weiteren Ablauf kommt die Stellungnahme zurück zum nächsten Teil der allgemeinen Charakteristik unserer Epoche, zum Imperialismus. Natürlich kann man nach der Darlegung der Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, der Charakteristik des Imperialismus nur ein grundlegendes Element neu hinzufügen: die Ära der proletarischen Revolution. Darüber hinaus muß aber in diesem Abschnitt auf die Darstellung des Kapitalismus im allgemeinen zurückgegriffen werden, und man hat Mühe, inhaltlich die Form der Darstellung zu revidieren: der Imperialismus darf nicht als etwas vom Kapitalismus Getrenntes betrachtet werden. Wird die Charakterisierung des Imperialismus hinter den Abschnitt "Die Aufgaben der Kommunisten" gestellt, so muß das dazu führen, einen gewichtigen Teil dieser Aufgaben, wie auch den "Kampf gegen den Opportunismus", der auch ein Spezifikum dieser Epoche ist, gesondert zu behandeln.

Die Ära der proletarischen Revolution, das Zeitalter der Weltrevolution, beginnt mit der Oktober-Revolution. Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. Diese Tendenz unterliegt international wie national gewissen Gesetzmäßigkeiten, die in diesem Abschnitt genannt werden müssen. Richtig ist die Aussage der Stellungnahme, daß für das deutsche Proletariat keine Zwischenetappen vor der Eroberung der proletarischen Diktatur notwendig sind oder "die proletarische Revolution ... vollendet die bürgerliche Revolution, indem sie die Verwirklichung der sozialistischen Revolution beginnt..." (KPD-Entwurf 1922, a. a. O., S. 16o). Es ist zu überlegen, ob nicht auch hier der Ort wäre, auf die nationale Frage einzugehen. "Die nationale Frage ist für Deutschland keine revolutionäre Frage" (Stellungnahme, S. 16). Muß hier nicht festgehalten werden, daß die herrschende deutsche Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus endgültig reaktionär ist und die Interessen der Nation grundsätzlich nicht mehr vertreten kann? Wir meinen, daß in einem Vorspann, der die allgemeine Situation unseres Landes beschreibt, auf folgende Feststellung und ihre Korrektur eingegangen werden sollte: "Die Volksmassen der Westzonen Deutschlands, die Arbeiter und Bauern, die Intelligenz und Mittelstand, leiden jetzt unter einem Doppeljoch. Ihre nationale Befreiung wird zur Voraussetzung für soziale Befreiung des ausgebeuteten werktätigen deutschen Volkes." (Protokoll des III. Parteitages der SED, Bd. 1, S. 2o6, 1951).

Es fehlt in diesem Abschnitt der vorliegenden Stellungnahme die Bestimmung der Haltung des Proletariats zu imperialistischen Kriegen, die Umwandlung des imperialistischen in einen revolutionären Krieg. Es fehlt das Gesetz der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung oder "die Revolution folgt der Linie des geringsten Widerstandes" (1922, S. 16o). "Die neugeborene bürgerliche Demokratie schreitet Schritt für Schritt fort in der Richtung der bürgerlichen Diktatur." (a. a. O., S. 16o) Damit wird einer praktischen Einschätzung der Art und Form der Diktatur nicht vorgegriffen, aber zum Ausdruck gebracht, daß politisch der Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie bedeutet, daß es nicht gilt, eine bürgerliche Revolution nachzuholen, sondern, daß diese nur die sozialistische vollendet werden kann.

Weiter aufzuführen wäre unserer Ansicht nach die Tatsache, daß im Imperialismus die Monopolbourgeoisie im Widerspruch zu der gesamten ausgebeuteten Volksmasse gerät, daß sie ihre Herrschaft nur durch die Korrumpierung einer Minderheit und die Entrechtung und Unterdrückung der großen Mehrheit des Volkes aufrechterhalten kann. Die Bourgeoisie kann ihre Herrschaft als soziale Klasse generell nicht mehr aufrechterhalten, sie benötigt soziale Stützen. Alle Fragen ihrer politischen Herrschaft werden für die Bougoisie zu Fragen ihrer sozialen Stützen. Darin liegt auch für uns die Bedeutung der sozialen Stützen, zum einen, indem wir durch das Erkennen der sozialen Hauptstütze taktische Klarheit gewinnen, zum anderen, indem wir beide, Sozialdemokratie und Faschismus, als soziale Stütze für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeosie behandeln.

5. Zusammenfassung

Die grundlegende Charakteristik unserer Epoche im allgemeinen Teil sollte den Kapitalismus und den Imperialismus als Einheit behandeln. Der Abschnitt: "Die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen" kann bei der einheitlichen Abhandlung von Kapitalismus und Imperialismus den Mangel in der Stellungnahme beseitigen, die konkrete Erscheinung der Klassengesellschaft im Imperialismus, entweder gar nicht oder vorgezogen, unvermittelt zu behandeln. Die Entwicklung der bürgerlichen Klassengesellschaft ließe sich bis hin zum Widerspruch Monopolbourgeoisie und Volksmassen als Einheit darstellen. Neben die Sonderstellung der Arbeiterklasse tritt die Liquidierung des Kleinbürgertums und die Entstehung neuer Schichten. Mit der Entwicklung des Imperialismus wird die Korrumpierung gewisser Schichten möglich und die Spaltung der Arbeiterklasse notwendig, die Scheindemokratie wird imperialistische Demokratie, der Staat imperialistischer Staat.

Es folgt der Abschnitt "Die Ära der proletarischen Revolution" als Einbeziehung des historischen Subjekts in die allgemeine Charakteristik des Imperialismus als allgemeine Krise des Kapitalismus sowohl an der ökonomischen Basis als auch im Überbau. Aus den genannten Gründen halten wir es für richtig, die Abschnitte "Der proletarische Klassenkampf", "Die Aufgaben der Kommunisten" sowie die Mittelschichten und den "Kampf

gegen den Opportunismus", in einem zweiten allgemeinen Kapitel zusammenzufassen, was den Weg und das Ziel unseres Kampfes darstellt. Bedeutende Merkmale unserer Epoche und der BRD-Gesellschaft wären in diesem Kapitel für den Kampf des Proletariats zu konkretisieren. Im Entwurf von 1922 bezeichnete man einen analogen Abschnitt "Die Eroberung der politischen Gewalt". Hier muß das Proletariat als führende Klasse der sozialistischen Umwälzung bestimmt werden. Die Voraussetzungen dieser Umwälzung erwachsen aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Das Proletariat kann sich als Klasse nur befreien, wenn es die Gesellschaft von den Klassen befreit. Seinen Kampf führt das Proletariat im Bündnis mit den Volksmassen. Mit der Benennung unserer Weltanschauung - des dialektischen und historischen Materialismus - müssen wir die Bedeutung der Lehre des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen hervorheben und unsere grundlegende Haltung zum modernen Revisionismus darlegen. Hier erst würde die Behandlung der Aufgaben der Kommunisten folgen, aber über die formale Prinzipienangabe über den Charakter ihrer Organisation und den Grundlagen ihrer Taktik hinaus. Von der Spaltung der Arbeiterklasse ausgehend sollten hier die Änderung im Charakter der Klassenauseinandersetzungen - politischer und ökonomischer Kampf unter Hinzuziehung der Rolle des Staates festgehalten werden. Vom Verhältnis der Partei zur Klasse und zu den Volksmassen (und hier sind auch die besonders unterdrückten Teile, die Jugendlichen, die Frauen und die Gastarbeiter zu erwähnen) ausgehend, ist das Verhältnis zu den proletarischen Massenorganisationen darzustellen. Als Grundlage unserer Taktik muß die Eroberung dieser Massenorganisationen wie auch die Bereitschaft zur Anwendung aller Kampfmittel klargestellt werden. Hierher gehört die Definition unseres Verhältnisses zur Gewalt. Gerade unter den Bedingungen des Imperialismus muß der Charakterisierung der bürgerlichen Gewalt die der revolutionären gegenübergestellt werden. Das ist auch deshalb notwendig, weil gerade auf diesem Gebiet (siehe friedlicher Übergang) der moderne Revisionismus immer neuerliche Verfälschungen vornimmt.

Vor der Darstellung der proletarischen Diktatur und ihren Hauptaufgaben beim Aufbau des Sozialismus müssen wir auf die bürgerliche Demokratie als letzte entwickelte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft, in der der Klassenkampf definitiv ausgefochten werden muß, eingehen.

Der Charakter der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, des Parlaments und des Kampfes gegen die bürgerliche Demokratie muß klargelegt werden. Damit sind die Grundlagen gelegt für den praktischen Teil des Programms.

Die politischen und ökonomischen Forderungen, die die Kommunisten stellen, müssen nun nicht mehr grundsätzlich hergeleitet und begründet, kommentiert werden. Diesen Eindruck hat man wenigstens bei dem sonst nicht kritisierbaren praktischen Teil der Stellungnahme. Umfassend wird hier der Begriff "demokratischer Kampf" geklärt, die taktischen Grundlagen der Arbeit der Kommunisten unter den Volksmassen geschaffen.

Beiträge zum Problem der 'Umweltverschmutzung' und des 'Umweltschutzes'

Nr. 2

- Stockholmer Umweltschutzkonferenz – Niederlage des Imperialismus S. 9
- UNCTAD III – Neue Entwicklungsstrategie – zunehmende Abhängigkeit vom Imperialismus S. 24
- Chinas Position zur Entwicklungshilfekonferenz UNCTAD III S. 32
- Die Vernichtung der Umwelt – eine Seite der US-Agression in Indochina S. 42
- Meadows – Bericht: Die Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus S. 47
- DKP contra Umweltverschmutzung S. 54

Preis: 1.50 DM

Die Broschüre ist zu beziehen über Politische Buchhandlung Rupp-Grunow, 69 Heidelberg, Untere Straße 9, Werner Süßmuth.

KOMMUNISTISCHE GRUPPE FRANKFURT

Ein wichtiger Schritt vorwärts !

Zur Programmstellungnahme der BK-Gruppen

1. Zum Aufbau der westdeutschen Kommunistischen Partei
2. Programmatische und taktische Fragen
3. Der allgemeine Teil des Programms
   a) Zum Aufbau
   b) Zu einzelnen Ausführungen
4. Der praktische Teil des Programms
   a) Die demokratischen Forderungen
   b) Wirtschaftliche Forderungen

1. Zum Aufbau der westdeutschen Kommunistischen Partei

Vorbild ist hier nach wie vor der Weg der Leninisten in der russichen Arbeiterbewegung: Die Organisierung einer langen und offenen Kontroverse innerhalb der sozialdemokratischen (heute marxistisch/leninistischen) Bewegung um das Programm der Revolution und die grundlegenden Fragen der Taktik, bis beide "in unversöhnlich revolutionärem Sinne entschieden" sind und auf Grundlage dessen eine einheitliche nationale Organisation, die eine Kommunistische Partei, gebildet werden kann. Diese muß möglichst von Beginn an die wesentlichen kommunistischen Kräfte umfassen, unter frühzeitiger Hinaussäuberung aller links- und rechtsopportunistischen Elemente bzw. Beiseitelassen aller Unentschiedenen.
Gerade ein frühzeitig und offen geführter Kampf um Programm und Grundfragen der Taktik würde ermöglichen festzustellen, wie tief die Differenzen gehen, ihr relatives Gewicht, ihr Wesen: ob sich ein Kampf zweier Linien darin ausdrückt, oder ob sie nur in der Praxis entscheidbare unterschiedliche Einschätzungen darstellen. Je offener und intensiver die Auseinandersetzung, um so eher ist es dann möglich, fortbestehende taktische Differenzen (wenn sie nicht wesentlich sind) innerhalb der Partei zu lösen. Im übrigen ist davon auszugehen, daß derartige Differenzen auch innerhalb der Partei in den Wechselfällen des Klassenkampfs immer von neuem auftreten, gegebenenfalls den Charakter eines Kampfs zweier Linien annehmen und dort im Wege des Demokratischen Zentralismus gelöst werden müssen. (Wobei das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit allerdings im Unterschied zum bürgerlichen Demokratismus die Pflicht zur Selbstkritik einschließt, sofern es sich um eine ernste links- oder rechtsopportunistische Abweichung gehandelt hat.)
Um diesen richtigen Weg des Parteiaufbaus zu gehen, sind jedoch zwei Voraussetzungen notwendig: Einmal, daß programmatische und taktische Fragen in der Kontroverse auseinandergehalten werden, so daß die Klärung der bestehenden Differenzen vorallem von der Seite des Programms her, d.h. systematisch angegangen werden kann. Zum anderen aber, daß die Auseinandersetzung quer durch die existierenden Organisationen hindurch geführt werden kann, sich entsprechend in den Publikationen der Organisationen Ausdruck verschafft, insbesondere aber über eine national verbreitete "kommunistische Post" zentralisiert wird. Dieser Weg ist jedoch heute in Westdeutschland infolge der "Sonderbündelei", der Verfestigung des Zirkelwesens vorallem in Gestalt der Pseudoparteien nicht gangbar. Es gibt keine zentralisierte Auseinandersetzung um Programm und Taktik, die vom ernsten Willen nach Klarheit und Einheit getragen wäre und innerhalb deren sich infolgedessen allein ein führender Kern herausbilden könnte. Stattdessen herrscht das Interesse an prinzipienloser "Profilierung" der eigenen Zirkelorganisation gegenüber den anderen vor.
Aus diesem Grunde ist es notwendig, um eine größere Offenheit der Auseinandersetzung um Programm und Taktik zu erzwingen, sich seinerseits national und einheitlich zu organisieren auf Grundlage des Programmentwurfs, den man der westdeutschen kommunistischen Bewegung zu unterbreiten gedenkt - aber gleichzeitig auch schon den praktischen Beweis in Angriff zu nehmen, daß sich auf Basis dessen auch eine einheitliche klare Taktik (in Resolutionen zusammengefasst) entwickeln läßt, entsprechend auch eine Massenlinie kommunistischer Politik.
Vorrangige Aufgabe dieser nationalen Organisation ist aber die Vereinigung der wesentlichen kommunistischen Kräfte in Westdeutschland auf Basis einer offenen Kontroverse über den Programmvorschlag sowie die Grundfragen kommunistischer Taktik - allerdings eben so, daß sie nicht blutleer theoretisch oder praktizistisch eingeengt, sondern wirklich als die Lebensfragen der gegenwärtigen Arbeiterbewegung aufgeworfen werden. Wesentlich er Sinn der angestrebten

einheitlichen Mitgliederorganisation ist daher nicht, einen Zirkelblock als dauernde Aktionseinheit zu stiften, sondern eine organisierte und zugleich handlungsfähige Fraktion innerhalb der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands zu bilden, mit dem Ziel, Klarheit und dadurch Einheit in diese hineinzutragen, wie zugleich auch schon in die Arbeiterbewegung. Mit anderen Worten: wichtigstes Ziel ist es, die Voraussetzung eines Gründungsparteitags zu schaffen, auf dem sich die wichtigsten kommunistischen Organisationen in Westdeutschland zusammenschließen. Die angestrebte eigene Organisationsform trägt auch insofern der Tatsache Rechnung, daß auf Grund der eingetretenen Entwicklung der Zusammenschluß von Organisationen als einzig vorstellbarer Weg des Parteiaufbaus in Westdeutschland erscheint.

Dies ist unseres Erachtens eine wichtige Präzisierung der Aufgaben und des Charakters der zu bildenden nationalen Mitgliederorganisation, gerade auch im Unterschied zu den "Parteien". Der Vorwurf an diese ist so einfach wie klar: daß sie sich zu einem wesentlichen Hindernis des Parteiaufbaus entwickelt haben, einmal wegen des hermetischen, nicht auf Klarheit und Einheit angelegten Charakters ihrer politischen Organe, in denen vielfach die Existenz einer relevanten kommunistischen Bewegung außerhalb ihrer Reihen geleugnet und verschwiegen wird. Zum anderen wegen der gerade bei diesen Zirkeln am deutlichsten auftretenden Tendenz, durch Aufbauschung jeder beliebigen taktischen Differenz programmatische und taktische Fragen in besonders schwerwiegender Weise zu vermengen, wobei ihre Existenz als "Partei" und von dort gesetzte Profilierungssucht ebenso sehr Ursache wie Resultat dieser Unklarheit und Beliebigkeit der Kontroversen ist.
Darüberhinaus wird die zu bildende nationale Mitgliederorganisation die Auseinandersetzung über die Fragen der Taktik selbstverständlich von vornherein auch praktisch angehen müssen, d.h. die gegenwärtige Arbeiterbewegung nicht etwa ihren Gang gehen lassen, oder noch viel weniger sie den revisionistischen und linksradikalen Versuchen überlassen, sie zurück- oder seitwärts zu zerren. Sondern diese Organisation wird unmittelbar (auch dies gerade ein Resultat der "Sonderbündelei") alle wesentlichen Aufgaben einer Partei wahrnehmen müssen, d.h. in die gegnwärtigen Kämpfe der Klasse so viel Klarheit und Organisation hineintragen wie möglich und von dieser Seite her weitere wesentliche Voraussetzungen der Parteigründung schaffen.
Sie wird weiterhin das Prinzip befolgen (wie es vorallem die Bremer Genossen schon in der Wahrheit Nr. 1 so ausdrücklich hervorgehoben haben), alle diese Auseinandersetzungen über die künftigen Aufgaben der Arbeiterbewegung auch heute schon offen vor der Arbeiterklasse zu führen, noch mehr: sich in diesen Auseinandersetzungen an die Massen selbst zu wenden, und sie keinesfalls als interne Angelegenheiten einer "revolutionären Linken" zu behandeln, auf deren losgelöste Vereinheitlichung es etwa ankäme.
Aber als zentrales Merkmal dieser Auseinandersetzungen um die richtige Massenlinie kommunistischer Politik ist zu berücksichtigen, daß sie heute durch revolutionäre Kampferfahrungen noch nicht wirklich entschieden werden können - wegen des Entwicklungsniveaus der Arbeiterbewegung, aber vor allem gerade wegen der Nichtexistenz einer demokratisch-zentralistisch organisierten, in der Klasse und dem Volk tief verankerten Partei, die das allein kann.
Gerade darum ist die Partei notwendig, gerade darum muß ihr Aufbau vor allen anderen Aufgaben (wenngleich keinesfalls losgelöst davon) angepackt werden. Und gerade darum müssen wir die taktischen Fragen vor allem von der Seite des Programms her, im Lichte der Kampfwissenschaft des Marxismus-Leninismus, gegenwärtig aufrollen und entscheiden.
Das ist durchaus heute ein zentraler Hebel, das Zirkelwesen zum Tanzen zu bringen. Denn wo immer die vorwiegend linksradikalen Taktiken der "Partei"-Zirkel in Ansätzen sich programmatisch und nicht nur ek le ktisch zu begründen suchen, verlassen sie rasch den Boden des Marxismus-Leninismus, beten sie revisionistische Theoreme nach - so die zwei "KPD/ML" in ihren bisher einzigen diesbezüglichen Anläufen (der Zwei-Wege-Theorie des Roten Morgen und der Volksdemokratischen Etappenbestimmung des ZB) - oder haben sie ihn höchstens mit einem Fuß erst betreten, wie die SDS-Theoretiker im ZK der Gruppe "KPD".[1]

---

1) So wäre zum wichtigsten und ersten Hebel einer offensiv geführten Auseinandersetzung mit diesem Zirkel die Kritik des analytischen Ausgangspunktes seiner Theoreme zu machen, wie er sie in der Roten Fahne 3/73 in der verschämten Form von "wesentlichen Fragen" umreißt, "die von unserer Partei ...beantwortet oder zumindest thematisiert sind". Nämlich: "Rechenschaft über die Einschätzung der Entwicklung der Widersprüche im imperialistischen Weltsystem, über die Beurteilung der Rolle des Sozialimperialismus, des Hauptwiderspruchs und seiner möglichen Verlagerung, der Rolle des BRD-Imperialismus als Teil des imperialistischen Weltsystems...".
Bei allem Größenwahn ist damit nun auch bei diesen Genossen nicht unmittelbar gemeint, den Gang der Weltrevolution programmatisch festlegen zu wollen. Aber sie stellen die Aufgabe des Programms der westdeutschen Kommunisten doch so (bzw. stellen die Unfähigkeit der

Für uns selbst ist aktuell an den Ausführungen der BK-Genossen vor allem dies wichtig, daß wir aus dem schlechten Pluralismus unserer Aufgabenstellung herauskommen: sowohl Programmdiskussion wie Massenlinie, sowohl Parteiaufbau wie "Parteibildung", usf. Es ist wichtig, auch für uns (trotz unseres spezifischen Rückstandes hinsichtlich der Massenarbeit im Proletariat, trotz unserer geringen Möglichkeiten eines eigenständigen Beitrags zum Programm) deutlich als Hauptaufgabe der ganzen gegnwärtigen Etappe den Parteiaufbau im Auge zu behalten, und speziell die Notwendigkeit zu sehen, die Ausarbeitung von Programm und Taktik systematisch von der Seite des Programms her anzupacken. Natürlich keinesfalls im Sinne eines Nacheinanders, aber so, daß wir unsere Ausarbeitungen zu taktischen Fragen so organisch wie möglich an die grundlegenden programmatischen Feststellungen anschließen.

In dieser Hinsicht bringt uns auch schon die jetzige Programmstellungnahme einen wichtigen Schritt nach vorn.
Daß wir andererseits den Parteiaufbau und die Erringung ideologischer Klarheit nicht als Aufgabe betrachten, welche sich losgelöst von der weiteren Aufgabe vollziehen ließe, sich mit der Gegenwärtigen Arbeiterbewegung sowie den demokratischen Bestrebungen im Volk zu verbinden und Klarheit in ihre Kämpfe hineinzutragen, haben wir bereits betont und halten wir weiterhin gegenüber allen Konzepten der "Kaderrekrutierung" (wie mehr oder weniger offen von den "Partei"-Zirkeln vertreten) ausdrücklich fest. Anderseits müssen wir sehen, daß wir diese Seite in der Vergangenheit deutlich überbetont haben und daher die Dringlichkeit des Parteiaufbaus deutlich herabgemindert haben. Es gilt jetzt, an die restlose Liquidierung des Zirkelwesens zu gehen, gerade auch in unseren eigenen Anschauungen.

Fortsetzung v. Anm. I)

BK-Programmkommission fest), "die Revolution in Westdeutschland, ihren Zusammenhang mit der Weltrevolution, ihrer Entwicklung und ihren Ungleichzeitigkeiten zu erkennen" (ebda). Demgegenüber hebt die Programmstellungnahme der BK-Gruppen grundsätzlich richtig hervor, (ohne es allerdings ganz klar zum systematischen Ausgangspunkt ihrer Darstellung zu machen), daß der "Hauptwiderspruch, von dem her wir die Politik der westdeutschen Arbeiterklasse entfalten müssen, ... der zwischen Bourgeoisie und Proletariat im eigenen Land" ist (P. 35).
Dies ist ein entscheidender Gegensatz in den Auffassungen, der unmittelbar auf die unterschiedlichen Taktiken durchschlägt. Erst von hierher wird deutlich, daß es sich in dem Kampf gegen den "Links"-Opportunismus der "KPD"-Führer um einen Kampf zweier Linien handelt. Denn: man muß einmal in allen Konsequenzen durchdenken, was ein Ausgehen vom Haupt widerspruch in der Welt zwischen unterdrückten Völkern und Imperialismus als dem unmittelbaren Ansatzpunkt zur Bestimmung der Aufgaben des Klassenkampfs in unserem Land mit sich bringt.!
Das kann hier nur in einzelnen Punkten angedeutet werden.
Erstens notwendig den Verzicht darauf, die inneren (Klassen-)Widersprüche strikt als ökonomisch bestimmte zu fassen. Zwar soll nicht mehr (wie in der Urfassung dieser Dritte-Welt-Theorien) die Ausbeutung der Völker der anderen Kontinente als eigentliche Grundlage und Lebensbedingung des westdeutschen Imperialismus betrachtet werden. Doch muß mindestens (wie im "Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPD an die 4. Parteikonferenz") das "offene Ausbrechen der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der BRD" unmittelbar verbunden dargestellt werden mit der weiteren "Schwächung des imperialistischen Systems als Ganzem", durch den Befreiungskampf der Völker sowie durch die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz auf Basis des immer entwickelteren Kapitalexports in die Dritte Welt (p 34ff).
Die Entwicklung der Widersprüche im Innern dagegen wird in dieser Auffassung ökonomisch wesentlich nur durch kojunkturelle Teil- sowie Strukturkrisen bestimmt (p 42ff), und erst in weiterem Fortgang (bei Aufschwung der Befreiungsbewegung, weiterer "Schwächung des imperialistischen Systems als Ganzem" und Entwicklung einer allgemeinen Krise) dadurch, daß die Bourgeoisie die Lasten dessen auf die eigene Arbeiterklasse abzuwälzen sucht.

Eine solche Theorie ist nicht nur ökonomisch falsch (indem sie letztlich die Möglichkeit des Kapitalismus zur erweiterten Reproduktion leugnet, seine Existenz linear an den imperialistischen Extraprofit sowie die Realisierung seiner Profite auf dem Weltmarkt knüpft - eine Auffassung, deren Haltlosigkeit Lenin bereits den russischen Völkstümlern nachgewiesen hat, und die letztlich alle mal auf Zusammenbruchstheorien hinauslaufen muß).
Sondern sie führt politisch zu gefährlichen Konsequenzen.
Der eigentliche Zwangs charakter des Angriffs der imperialistischen Monpole auf die Lebensbedingungen der eigenen Arbeiterklasse muss notwendig herabgemindert werden. Damit müssen zugleich die objektiven Zwangsgesetzlichkeiten der Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfs unterbewertet werden, deren Perspektive stattdessen weitgehend mit der Entfaltung des globalen Hauptwiderspruchs zusammenzufallen scheint. Der Klassenkampf vollzieht sich demzufolge nur ganz äußerlich noch in nationalen Formen, vielmehr geht es

2. Programmatische und taktische Fragen

Die BK-Programmkommission führt hierzu grundsätzlich aus, daß die Lösung der Programmfrage keineswegs in erster Linie wegen der fehlenden Realanalyse des ganzen gegenwärtigen Imperialismus Schwierigkeiten bietet, sondern vielmehr wegen des Fehlens eines historischen Vorbildes, worin systematisch ausgeführt wäre, was die strategischen Hauptangriffsziele und die allgemeinen Grundlagen kommunistischer Taktik für eine revolutionäre Bewegung in einem entwickelten imperialistischen Land sind, für die sich als unmittelbares nächstes Etappenziel der Revolution die Einleitung der sozialistischen Umwälzung stellt.
Gäbe es ein solches Vorbild, sagen wir (fiktiv) ein ausgearbeitetes Programm der KPD aus dem Jahre 1920 [2], das seinerseits eine bewußte Fortentwicklung der Ausführungen des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie darstellte, d.h. die weitere Entwicklung des Imperialismus bis hin zum imperialistischen Weltkrieg berücksichtigte, damit den endgültigen Eintritt in die Ära der proletarischen Revolution, dies etwa in Anknüpfung an die Leninsche Imperialismustheorie; der weiter

Fortsetzung v. Anm. 1)

umittelbar um die Errichtung einer "Einheitsfront der kämpfenden Völker" gegen das imperialistische Weltsystem insgesamt (vgl. p22-25).
Die bestimmten Aktionen der eigenen Bourgeoisie sind in dieser Vorstellung nur von sekundärer Bedeutung, man proklamiert unbekümmert die Weltrevolution, also z.B. auch gleich die Revolution in Ostdeutschland, und hat damit "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war" (Grundgesetz, Präambel). Dies ist keine polemische Unterstellung - sondern die logische Konsequenz einer Politik, die sich endlos darin gefällt, in Worten die Weltrevolution zu "fordern", und es sich daher zugleich leisten kann, in Taten den Imperialistischen Bestrebungen der eigenen Bourgeoisie Vorschub zu leisten.
Das Verhältnis von nationalen Klassenwidersprüchen in den imperialistischen Ländern und globalem Hauptwiderspruch kann von der "KPD" nur noch völlig unspezifisch so gefaßt werden: "Mit zunehmender Konkurrenz der imperialistischen Mächte untereinander verschärft sich auch der Widerspruch zwischen dem Proletariat der imperialistischen Länder und der Bourgeoisie." (p 10) - Punkt! Kein Wort darüber, wie das zusammenhängt. Es hängt eben - das ist der "streng materialistische" Standpunkt, auf dem diese Genossen stehen.
Die Generallinie kommunistischer Politik in den imperialistischen Ländern lautet dementsprechend, daß sie "voll die Widersprüche zur Geltung bringen, die der imperialistische Krieg hervorruft und die Gegnerschaft, den Widerwillen breiter Massen gegen den imperialistischen Krieg unter einer einheitlichen Parole zusammenfassen" (p 7/8). - In der Tat, solcher "Widerwillen" ist der schwankende Boden, auf dem die Gruppe "KPD" gegenwärtig ihre Politik betreibt - freilich zugleich auch ihre relative Massenbasis findet. Es erklärt sich nun schon besser, warum ihr "Parteiaufbau" sich nicht nur wesentlich über die 'Liga gegen den Imperialismus' vollzieht, sondern warum dieser "Partei" -Zirkel sich insgesamt wesentlich als eine solche 'Liga gegen den Imperialismus' (darunter natürlich auch gegen den BRD-Imperialismus) darstellt.
Weitere Konsequenzen des falschen analytischen Ausgangspunktes im Weltverständnis dieser Genossen lassen sich in Stichworten nur andeuten:

- Das klassenanalytische Ausgehen von einem Begriff des "Volkes", der - im "Widerwillen" gegen den Imperialismus und seine Un-Taten begründet - an schwammiger Ausdehnung den revisionistischen "Lohnarbeiter" fast noch "übertrifft".
- Das Abzielen auf eine "revolutionäre Einheit" der Arbeiterklasse und des Volkes, die ihrerseits weniger aus dem materiellen Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital entspringt, als aus dem moralischen Gegensatz zu "einer Welt von Feinden"; daher sich auch dem Horizont unmittelbarer Erfahrungen der Arbeiterbewegung entzieht, infolgedessen nur Resultat von Aufklärung sein kann.
- Allgemein der ek lek tische Chrakter aller politischen Darlegungen dieser Genossen (in peinlicher Breite im "Rechenschaftsbericht..." vorgeführt). Dieser Ek lek tizismus hat seine grundlegende Ursache ganz einfach darin, daß nicht vom Wesen des Imperialismus als Kapitalismus, sondern von der historischen Erscheinungsform des Kapitalismus als Imperialismus ausgegangen wird. Mit dem Primat auf die Untersuchungsarbeit hat die Gruppe "KPD" ihren Ek lek tizismus noch sozusagen "programmatisch" festgeschrieben.

Es ist ein wesentlicher Mangel in der Programmstellunganahme der BK-Gruppen, die Gruppe "KPD" als eine "Richtung der programmatischen Beliebigkeit" nur benannt zu haben, dies aber hier wie anderswo nicht weiter begründet zu haben. Tatsächlich bietet aber eben die Programmstellunganahme schon einen wichtigen Hebel zur Entlarvung dieser kruden Kombination von Revisionismus und "Links"-Radikalismus, der das historische Kostüm immer weiter wird.

die grundlegenden Erfahrungen der siegreichen russischen Revolution berücksichtigte, ganz wie in die Programmatik der alten Sozialdemokratie die von Marx und Engels getroffenen Verallgemeinerungen der Erfahrungen der Pariser Kommune eingegangen sind - ein solches Programm wäre die selbstverständliche Grundlage für einen Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Westdeutschlands. Es wäre selbstverständlich in vielen einzelnen Punkten und Formulierungen unter Berücksichtigung der weiteren geschichtlichen Erfahrungen zu korrigieren oder zu erweitern - aber keinesfalls wäre es hinsichtlich der Bestimmung der grundlegenden Aufgaben der Revolution in Westdeutschland vollkommen ungültig geworden.

Der Programm-Entwurf der BK-Genossen räumt insoweit zunächst einmal kompromißlos mit bestimmten bürgerlich-akademischen Traditionen in unserer Bewegung auf, denen zufolge immer noch vorgängig die Frage danach steht, in welchem qualitativ neuem Stadium der Entwicklung des Kapitalismus wir uns befinden und wie diese Differenz beschaffen ist - bevor die Frage auch nur aufgeworfen wird, ob in der Entwicklung des Kapitalismus ein solcher epochaler Entwicklungssprung stattgefunden hat.

Gegen all diese Vorstellungen setzt der Programmentwurf zunächst einmal so etwas wie eine fruchtbare Orthodoxie. Das heißt es wird zuerst der Versuch unternommen, durch ernsthaftes und genaues Studium des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tse tung - Ideen (ohne Zwang zur Originalität wie zur Apologetik bezüglich irgendeiner spontan vorgefaßten "Parteilinie") die Grundzüge des gegenwärtigen Imperialismus und seiner inneren Entwicklungsgesetze zu erfassen - und erst dann gegebenenfalls zu fragen, ob wichtige Tatsachen unserer Gegenwart sich in diesem Zusammenhang nicht erklären lassen.

Der Programmentwurf zeigt nun, daß eine schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Grundtatsachen unserer Gegenwart ganz im Gegenteil dieses eine zutage fördert: daß es nämlich sehr wohl der alte Kapitalismus in seiner imperialistischen Zuspitzungsform ist, den wir zu bekämpfen haben, und daß es daher die alten Aufgaben der Arbeiterbewegung sind, die sich uns stellen - nur eben in neuer Form, unter veränderten Bedingungen.

Es ist ein wesentliches Resultat des Entwurfs, die grundlegende Richtigkeit dieses Satzes Lenins festzustellen: "Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund aus um, und er kann es auch nicht."

Unter dieser zentralen Feststellung ist es dann möglich, die Erscheinungsformen des gegenwärtigen Imperialismus systematisch aus den inneren Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst herzuleiten, selbstverständlich nicht linear, sondern als realgeschichtliches Resultat der Dialektik von kapitalistischer Krise und proletarischem Klassenkampf. Bestehen diese Resultate zum einen darin, die ökon. omischen Voraussetzungen des Sozialismus vollständig zu entwickeln, so bestehen sie auf der anderen Seite darin, die Krisentendenzen der Produktionsweise gerade deshalb auf umso größerem Maßstab hervorzutreiben.

In diesem Sinne sind es also die alten Aufgaben der Arbeiterbewegung, die sich umso dringlicher stellen. Die Erfahrungen der Commune, der deutschen, der russischen und schließlich der chinesischen Revolutionen geben uns die entscheidenden Hinweise um sie zu lösen. Was aber wohlgemerkt weder durch diese historischen Erfahrungen wie durch eine noch so ausgedehnte "Realanalyse" den westdeutschen Kommunisten und der Arbeiterbewegung erspart bleiben wird, ist, ihre eigenen Erfahrungen zu machen und zu verallgemeinern. Das Programm kann nur der "rote Faden" unserer künftigen Kämpfe sein, nicht aber eine Garantie auf den Sieg.

Dies alles einmal festgestellt, ist es klar, daß das Programm der Revolution in unserem Land im Prinzip heute niedergelegt werden kann. Es muß andererseits niedergelegt werden, weil wir den Kampf gegen den Imperialismus in seiner jeweiligen historischen Erscheinungsform nur dann taktisch richtig anpacken können, wenn wir zuvor seine epochalen Entwicklungstendenzen in der richtigen Weise auf sein kapitalistisches Wesen zurückgeführt haben. Nur so können die taktischen Kontroversen wissenschaftlich begründet ausgetragen werden. Nur so können sie umfassend aufgerollt werden, statt in bloßer Reaktion auf die jeweilige taktische Offensive der Bourgeoisie. In diesem Sinne genau ist die "Erarbeitung des Programms ... der Knotenpunkt aller Probleme unserer Bewegung" (Wahrheit 5/6).

Obwohl nun der vorliegende Programmentwurf die Unterscheidung von programmatischen und taktischen Fragen prinzipiell richtig trifft, ist die Frage dennoch die, ob der Inhalt des Programms nicht zu eng gefaßt ist.

Es ist richtig, daß ein Programm durch die Wechsel der konkreten politischen Situationen hindurch seine grundlegende Gültigkeit bewahren muß, also tatsächlich auf die Epoche des Imperialismus insgesamt sich beziehen muß.

Aber es muß unseres Erachtens doch in deutlicherer Weise als im vorliegenden Entwurf die Anwendung der Analye des Imperialismus auf die Entwicklung im eigenen Land beinhal-

---

2) In diesem Sinne können auch ohne Zweifel das Gründungsdokument von 1919 und der Mülheimer-Entwurf von 1922 nicht als "Vorbild" dienen - ohne daß man vor allem diesen letzteren vollständig ignorieren sollte.

ten, d.h. die wichtigsten sich durchhaltenden (daher nicht zufälligen, sondern materialistisch erklärbaren) Besonderheiten charakterisieren. Weiterhin muß das Programm gewisse Tatsachen einer so und nicht anders verlaufenen Entwicklungsgeschichte des Imperialismus berücksichtigen, die - vor allem im Zusammenhang der Entwicklung einer revolutionären, zum Bewußtsein ihrer historischen Mission gekommenen Arbeiterbewegung - so tiefe Cäsuren wie die Periode des Faschismus gesehen hat. Wenngleich auch der Faschismus nur eine Ausdrucksform der im Wesen des Imperialismus selbst angelegten Tendenzen ist, so hat doch erst die wirkliche Geschichte gezeigt, bis zu welchen extremen Formen die anarchischen Tendenzen der Produktionsweise sich steigern können.
Allgemein gesagt muß u. E. in genauerer Weise die Kennzeichnung des bestimmten historischen Standortes in das Programm eingehen, an welchem es selbst formuliert wird.
Konkret hieße das; ins Programm aufzunehmen, ob und in welchem Maße sich die besonders aggressive Natur des deutschen Imperialismus durch seine tiefe geschichtliche Krise hindurch auf das imperialistische Westdeutschland fortgeerbt hat. Dies ist zu untersuchen vor allem nach der Seite der Entwicklung der internationalen Widersprüche seit dem 2. Weltkrieg, bzw. diese sind nach der Seite der Stellung des westdeutschen Imperialismus auf dem Weltmarkt hin zu untersuchen.
Die Entwicklung der internationalen Widersprüche selbst wird im Programm (soweit der Stellungnahme zu entnehmen) nur einseitig unter dem Gesichtspunkt des Aufschwungs der nationalen Befreiungsbewegungen etc. behandelt. Vorausgehen muß dem aber die Kennzeichnung der neuen großen Akkumulationsphase in den imperialistischen Kernländern auf Basis einer höheren Stufe der gegenseitigen ökonomischen Durchdringung wie der des Weltmarkts insgesamt.
Weiter muß eine so bedeutende historische Differenz wie die Unterscheidung zwischen der allgemeinen Tendenz zur Reaktion und der faschistischen Konterrevolution ins Programm. D.h. gegenüber dem revisionistischen oder krypto-revisionistischen Theorem einer dauernden Tendenz zum Faschismus und den daran gehängten Schlußfolgerungen wäre im Gegenteil programmatisch der einheitliche Charakter der bürgerlichen Klassenherrschaft hervorzuheben und die parlamentarische Republik als ihre "Normalform" darzustellen. Gerade daraus schlußfolgert für den praktischen Teil dann, die revisionistische Vorstellung eines vom allgemein demokratischen Kampf unterschiedenen antifaschistischen Kampfs zurückzuweisen.
Zu all diesen Punkten (und einigen anderen) sind nachstehend kürzere Ausführungen gemacht. Im Programmentwurf finden sich dazu nicht nur Auslassungen, sondern (insbesondere was die Form - und Funktionsentwicklung des bürgerlichen Staats im Imperialismus angeht) auch theoretische Fehler von bedeutendem Gewicht.
Wenngleich dieser Vorschlag darauf geht, bestimmte Grundzüge der in bestimmter Form, so und nicht anders verlaufenen Entwicklungsgeschichte des Imperialismus, speziell des deutschen bzw. westdeutschen, im Programm festzuhalten und die allgemeinen Aussagen über das Wesen des Kapitalismus durch die wirkliche Geschichte zu illustrieren - so wird gleichwohl davon ausgegangen, daß dies hier und heute geschehen kann, und zwar auf Basis des vorliegenden Entwurfs. Weiterhin hat dieser Vorschlag nichts damit zu tun, die Unterscheidung von Programmfragen und taktischen Fragen aufzuheben oder einzuschränken. Er würde allerdings vielleicht ermöglichen, die letzteren organischer aus den ersteren zu entwickeln.

3. Der allgemeine Teil des Programms

a) Zum Aufbau

Der Aufbau, die thematische Aufgliederung des Programms, erscheint zunächst verwirrend. Der allgemeine Teil beginnt mit einer Charakterisierung der Entwicklungsstufe des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Westdeutschland, nämlich daß sich der Kapitalismus in Deutschland bereits "seit Anfang des 20. Jahrhunderts zu seiner höchsten Form, dem Imperialismus, entwickelt" hat und nach zwei Niederlagen nun "der westdeutsche Kapitalismus wieder zum Imperialismus herangewachsen" ist (p. 15f). Daraus werden dann die Hauptaufgaben der proletarischen Revolution in unserem Lande abgeleitet, um sodann neuerdings mit einer Charakteristik des Imperialismus, seiner Schrecken sowie der Empörung der Massen über diese Schrecken zu enden. (daran gehängt noch der kurze Hinweis auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Opportunismus).
Tatsächlich ist der grundlegende Gedanke, der dieser Aufgliederung zugrunde liegt, im Prinzip richtig und klar. Er ist aber nicht konsequent durchgeführt aufgrund einiger wichtiger theoretischer Unklarheiten und Fehler.

Der systematische Gedanke, dem die Gliederung folgt, ist der folgende:
1. Zunächst soll der Imperialismus als Entwicklungsstufe des Kapitalismus in Deutschland bezeichnet werden, um die Notwendigkeit der proletarischen Revolution abzuleiten, die sich aber aus der Existenz des Kapitalismus selbst als herrschender Produktionsweise ergibt, nicht erst aus dem Imperialismus als äußerster Zuspitzungsform der kapitalistischen Widersprüche.

2. Von dieser Feststellung aus ergeben sich dann auch bereits die grundlegenden Aufgaben und Ziele des proletarischen Klassenkampfs: daß nicht allein das Lohnsystem, sondern die Warenproduktion überhaupt aufzuheben ist, daß der Kampf infolgedessen der ganzen Kapitalistenklasse und nicht nur ihrer monopolistischen Spitze gilt, u.a.m.
3. Schließlich, nach dieser Ableitung der allgemeinen Notwendigkeit und der grundlegenden Aufgaben und Ziele der sozialistischen Umwälzung aus der Existenz des Kapitalismus in seiner imperialistisch zugespitzten Form, muß neuerdings die Bestimmung der Entwicklungsstufe der Produktionsweise als Imperialismus folgen. Aber nun nicht mehr als Beweis der Notwendigkeit der proletarischen Revolution (die in der Tat seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern bestanden hat - vgl. p. 23), sondern nunmehr als Beweis für die Aktualität der proletarischen Revolution. Als Beweis, daß ihre konstituierenden Elemente - hier die Masse der in gemeinsam elende Lebenslage gebrachten, vom Kapital selbst in der Arbeit gewaltsam vergesellschafteten Proletarier, dort die Masse der im Maschinensystem, im organisierten Wissenschaftsbetrieb, im Gesamtsystem der gesellschaftlichen Arbeit vergegenständlichten Produktivkräfte der Gesellschaft - historisch zur Überreife gekommen sind, die Produktionsweise im ganzen naturwüchsig in Auflösung begriffen ist.
Dieses richtige systematische Gliederungsprinzip: die Bezeichnung der Entwicklungsstufe des Kapitalismus als Imperialismus
- zunächst als Beweis der Notwendigkeit der proletarischen Revolution (Imperialismus als Zuspitzungsform der kapitalistischen Widersprüche),
- dann als Beweis der Aktualität der proletarischen Revolution (Imperialismus als Auflösungsform der Produktionsweise im ganzen),
diese systematische Gliederung ist inhaltlich nicht wirklich durchgehalten worden.

Um gleich den entscheidenden Punkt zu nennen: Die Tendenz der Verelendung, der Fesselung der Produktivkräfte, der allgemeinen Wendung zur Reaktion und militärischen Aggression, mit denen unter 4.7 "Der Imperialismus" übergreifend gekennzeichnet werden soll (p. 23ff) - das sind nun gerade nicht die entscheidenden Beweisgründe "für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution" (Lenin, vgl. p. 25). Sondern in all diesen Hinsichten ist tatsächlich der Imperialismus nur die äußerste Zuspitzungsform der kapitalistischen Widersprüche selbst.
Was in Wirklichkeit aber die Epoche des Imperialismus zur "Ära der proletarischen Revolution" macht, das sind über die Schrecken des Imperialismus und die Empörung der Massen hinaus die Heranreifung der objektiven Bedingungen der Revolution bis zur Überreife. Wäre der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium nur noch das, als was er im Programm fast ausschließlich erscheint: Verelendung, Fäulnis, Krieg, Reaktion, Parasitentum usf. - dann wäre das Programm ein Grabgesang auf die sozialistische Revolution, ein naturrechthaftes Pochen auf "Rebellion ist gerechtfertigt" - aber nicht der wissenschaftliche Nachweis, daß die sozialistische Revolution historisch "notwendig" ist, auch und gerade im Sinne einer objektiven historischen "Notwendigkeit" und Möglcihkeit. Wenn das herausbleibt, wird der Satz zu einem trotzigen Glaubensbekenntnis, "daß der endgültige Sieg des Proletariats über alle Schwierigkeiten hinweg unausbleiblich ist" (p. 26).
Um die Aktualität der proletarischen Revolution, ihre "Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit" zu kennzeichnen, ist vielmehr unbedingt auf die "progressive" Seite des Kapitalismus, auch und gerade in seiner imperialistischen, staatsmonopolistischen Form, einzugehen. Diese "progressive" Funktion wirkt fort, solange der Kapitalismus überhaupt existiert. Alles andere liefe auf schematische Zusammenbruchstheorien hinaus.

Der Imperialismus ist eben deshalb Fessel der Produktivkräfte, weil er deren von ihm selbst hervorgetriebene Fülle nicht meistern kann. Er "fesselt" sie nun nicht einfach oder vernichtet sie umstandslos. Sondern in der ökonomischen Form des Monopolismus, insbesondere schließlich des Staatsmonopolismus, wird er zunächst auf widersprüchliche Weise zu "tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte" gezwungen (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus....). Rücksichtslose Weiterentwicklung der Gesellschaftlichkeit der Produktion, als der entscheidenden Produktivkraft, bleibt das Entwicklungsgesetz der Summe aller Kapitale im System der Konkurrenz, wenn auch die Verwertung des Gesamtkapitals das Lebensgesetz der Kapitalistenklasse bleibt.
Nur mit diesen beiden Seiten - Entwicklung der Produktivkräfte und gerade dadurch Fall der Profitrate, Krise, "Fäulnis" - stellt sich der Widerspruch überhaupt in seiner Zuspitzungsform dar.

Hinzu kommt ein entscheidendes weiteres Moment. Gerade durch den Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen die Verelendungstendenzen des Kapitals (der sich schon vor der revolutionären Vereinigung der Klasse in verschiedenen Formen befestigt und Kontinuität gewinnt) wird bereits innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise der Anspruch auf Entwicklung der Gesellschaftlichkeit der Arbeit von der Arbeiterklasse zur Geltung gebracht. Insbesondere die Enwticklung allgemeiner Produktionsbedingungen durch den Staat

(Ausbildung und Wissenschaft, Verkehr und Kommunikation, Gesundheitswesen usf.) erhält durch den proletarischen Klassenkampf entscheidende Anstöße. Diese quantitative und qualitative Entwicklung der Staatsfunktionen - politisch auch ausgedrückt im Übergang zur demokratischen Republik, die tatsächlich erst in der Epoche des Imperialismus durch den Klassenkampf des Proletariats historische Wirklichkeit wird (siehe weiter hinten) - diese Entwicklung bleibt beim Begriff des "Staatsmonopolismus" in der Programmstellungnahme (soweit dort ablesbar) weitgehend unberücksichtigt.
Alle Staatsfunktionen, ökonomische und politische, erscheinen hier ausschließlich der Seite des Verwertungsprozesses des Gesellschaftskapitals zuzurechnen, nichts davon aber der Seite des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses. Welchen Sinn kann es dann aber haben, wenn Engels sagt: "Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung." (Entwicklung des Sozialismus...) - Engels spricht hier wohlgemerkt vom "Staatseigentum an den Produktivkräften", nicht den Produktionsmitteln, und damit meint er im Zusammenhang seiner Ausführungen die reellen Formen und Funktionen, in denen der moderne Staat (insoweit "reeller Gesamtkapitalist", als er hier als Nicht-Kapitalist eingreifen muß) einen Teil der Produktivkräfte auf gewissem Niveau der Vergesellschaftung mit objektiver Notwendigkeit in seine Regie nehmen muß.

Die Genossen der Programmkommission gehen in der Leugnung dieser Seite der Entwicklung des Staatsmonopolismus soweit, daß sie ihre Lenin-Wiedergabe an entscheidender Stelle unterbrechen. Sie zitieren: "Unter Staatsapparat sind vor allem das stehende Heer, die Polizei und die Beamtenschaft zu verstehen... Den `Staatsapparat` ´in Besitz nehmen` und ihn ´in Gang setzen` kann das Proletariat nicht. Es kann aber alles zerschlagen, was im alten Staatsapparat der Unterdrückung dient, alles, was es in ihm an Schablone, unverbesserlich Bourgeoisem gibt, und an dessen Stelle seinen eigenen neuen Apparat setzen. Dieser Apparat sind eben die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten." (Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten, LAW II, p. 457/58)
Einige Seiten weiter fährt Lenin aber damit fort zu begründen, warum es den Sowjets möglich ist, die Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung durchzuführen:
"Damit sind wir bei einer anderen Seite der Frage des Staatsapparats angelangt. Außer dem vorwiegend `unterdrückenden` Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrücken darf. Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, muß ihn den Kapitalisten entreißen und alle Fäden ihres Einflusses abschneiden, abschlagen, abhacken, muß ihn den proletarischen Sowjets unterordnen und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volke verbinden. Und das kann geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (wie überhaupt die proletarische Revolution ihr Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich auf diese Errungenschaften stützt). (...) Die Großbanken sind jener ´Staatsapparat`, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus brauchen und den wir vom Kapitalismus fertig übernehmen, wobei unsere Aufgabe hier lediglich darin besteht, das zu entfernen, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch verunstaltet, ihn noch größer, noch umfassender, noch demokratischer zu gestalten. Quantität wird in Qualität umschlagen. (...) - Diesen Staatsapparat`, (der im Kapitalismus nicht ganz ein staatlicher Apparat ist, der aber bei uns, im Sozialismus, ganz staatlich sein wird) können wir ´übernehmen` und mit einem Schlag, durch einen einzigen Erlaß ´in Gang setzen`..." (a. a. O., p. 461/62).
Lenin wird nicht müde zu betonen, daß "der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist", (Die drohende Katastrophe..., LAW II, p. 300) Auf dieser Seite liegen bei ihm entsprechend auch die Hauptargumente für die "Nähe, Durchführbarkeit, Leichtigkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution".

Über die allgemeine Feststellung der Aktualität der proletarischen Revolution hinaus, nehmen die Genossen nun richtig ins Programm auf die weitergehende Feststellung, daß mit der "Verwandlung der Reserven des internationalen Imperialismus in Sturmzentren der Revolution die Phase eingetreten ist, in der die Haupttendenz in der Welt die Revolution ist" (p. 26).
Sie bezeichnen also hiermit einen entscheidenden Sprung der Entwicklung innerhalb der "Ära der proletarischen Revolution" - den Neuaufschwung der Weltrevolution seit den 40er Jahren, nach der Niederschlagung der weltweiten konterrevolutionären Offensive der imperialistischen Monopolbourgoisien in den 20er und 30er Jahren, teils durch gegenseitige Vernichtung als Folge der genialen diplomatischen Taktik Stalins und Mao Tse Tungs, teils direkt durch die revoltutionären Armeen der Sowjetvölker, Chinas und vieler anderer Völker.
Doch bleibt es eine phänomenologisch-tautolo-

gische Feststellung, diesen neuen Aufschwung der Weltrevolution auf die "Verwandlung der Reserven des internationalen Imperialismus in Sturmzentren der Revolution" zurückzuführen - wenn nicht gleichzeitig die objektive Basis dessen gekennzeichnet wird: die Hinentwicklung auf ein von den USA hegemonial geführtes Weltsystem der imperialistischen Mächte, welches gleichfalls nicht nur verelendend und die Entwicklung der Produktivkräfte hemmend wirkte, sondern im Zuge der gegenseitigen Durchdringung der imperialistischen Ökonomien wie des neokolonial einverleibten Weltmarkts im ganzen zunächst eine Phase der kolossalsten Akkumulation von Kapital, eines nie gesehenen absoluten Aufschwungs der Produktivkraftentwicklung einleitete. (Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ein großer Teil dieser Produktivkräfte nur in der Naturalform von Destruktivkräften produziert wird - potentiell sind dies Produktivkräfte.)
Schafft diese Entwicklung in den imperialistischen Metropolen selbst neue Voraussetzungen und Anstöße für die sozialistische Umwälzung (freilich bei gleichzeitiger Zuspitzung der historischen Alternative von "Sozialismus oder Barbarei") - so wirkt auch im Weltmaßstab diese Entwicklung, wie schon bei der Herstellung des Weltmarkts auf erster Stufe, im Kolonialsystem, ebenso "revolutionär" wie unterdrückend, ebenso "befreiend" wie verelendend.

Ein Programmentwurf, der diese ganze Seite der Entwicklung wegstreichen wollte, der schlicht von einer absoluten Stagnation der kapitalistischen Produktion ausginge, wäre nicht nur angesichts der Tatsachen der letzten zwanzig Jahre unglaubwürdig, sondern würde insgesamt auch bei einer "halbschlächtig." materialistischen Analyse stehenbleiben.

b) Zu einzelnen Ausführungen

Zunächst wäre der Vorschlag der, entsprechend der oben getroffenen Unterscheidung die zwei Seiten der Charakterisierung des Imperialismus (zunächst als Beweis der Notwendigkeit, dann der Aktualität der sozialistischen Revolution) als systematisches Gliederungsprinzip dem allgemeinen Teil des Programms durchgängig zurgunde zu legen.

Weiter ergibt sich aus den vorstehenden Ausführungen, daß ein Großteil der im Entwurf erst unter 4.7 getroffenen Feststellungen über die reaktionären Seiten der Entwicklung zum Imperialismus an den Anfang der Darstellung (unter 4.3) gehört, eben zur Begründung der Notwendigkeit der Revolution und zur näheren Bestimmung ihrer Aufgaben. Z.B. hängt die Notwendigkeit, den bürgerlichen Staat als Gewaltapparat in der Revolution gewaltsam zu zerbrechen (vergl. 4.4.), als geschichtliche Erfahrung direkt mit der ebenso frühen Wendung der Bourgeoisie zur politischen Reaktion (z.B. als Bonapartismus) zusammen und muß auch so dargestellt werden - nicht als ein stehendes Dogma der Kommunisten, wie sie jetzt in der Vorlage erscheint, was sie aber nicht ist (siehe Marx und Engels vielfältige Aussagen über die theoretischen Möglichkeiten des friedlichen Übergangs).
Für die Darstellung Westdeutschlands als imperialistischem Land (in 4.3) erscheint es darüber hinaus notwendig, in kurzer Skizze die Entwicklung der Widersprüche im Weltmaßstab seit dem 2. imperialistischen Weltkrieg zu kennzeichnen - die Entwicklung, daß ganze Blöcke imperialistischer Staaten zugleich gegeneinander, wie gegen die um Unabhängigkeit ringenden Völker, wie gegen die Revolution im eigenen Land rüsten.
Stellt dies im allgemeinen den Völkern der Welt mit ultimativer Dringlichkeit die Aufgabe, die imperialistischen Abenteurer und Unterdrücker niederzuschlagen und zu entwaffnen, d.h. den Kampf gegen den imperialistischen Krieg in offensiver Weise aufzunehmen - so erscheint die Frage doch (auch nach W. Maiers Kritik am KABD-Programm, NRF 6/72) mindestens noch der weiteren Diskussion wert, ob auch im Zeitalter der neokolonialen (gleichwohl territorialen !) Aufteilung der Welt der westdeutsche Imperialismus aus seiner Stellung im imperialistischer Weltsystem heraus mit besonderer Notwendigkeit darauf verwiesen ist, gegebenenfalls den Weg der direkten territorialen Expansion in Europa zu gehen. Dies hätte dann selbstverständlich auch Konsequenzen für die perspektivische innere Entwicklung. Die Frage wäre ökonomisch wohl etwa die, ob die westdeutschen Monopole in besonderer Weise von der gegenwärtigen freihändlerischen Offenheit des Weltmarkts abhängig sind, die ja mit Entwicklung einer allgemeinen Krise verlorengehen kann (bzw. teilweise schon im Begriff dazu ist). Ohne Zweifel sind dem westdeutschen Imperialismus schon heute seine nationalen Grenzen in besondrer Weise zu eng geworden:
- einmal nach der Seite von Kapital- und Warenexporten hin, wobei die Besonderheit hier wohl in der Gebrauchswertstruktur der fixen Kapitalanlagen der westdeutschen Monopole (Schwerpunkt bei der Investitionsgüterindustrie) liegt;
- weiter nach der Seite der besonderen Abhängigkeit von Rohstoffquellen in anderen Ländern und Kontinenten;
- schließlich nach der Seite der Ausbeutung der eigenen Arbeiterbevölkerung, deren "natürliche" Zuwachsquellen versiegt sind (Rückgang der Geburten, kaum noch ländliche Abwanderungen bzw. Proletarisierung der "alten" Mittelschichten, usf.), die infolgedessen keine Surplusbevölkerung mehr erzeugt, so daß Tei-

le der Arbeitslosen aus den europäischen Peripherieländern als Reservearmee fungieren müssen, was kurzfristig für die westdeutschen Monopole besondere Konkurrenzvorteile geboten hat, auf längere Sicht aber (so heute schon) die Probleme des Arbeits- und Verwertungsprozesses verkompliziert.
Weiterhin ist in diesem Zusammenhang die besondere Stellung gegenüber der DDR zu berücksichtigen, sowie die Tatsache, daß trotz Europäischer Gemeinschaft die Bundesrepublik Westdeutschland immer noch das ist, als was sie einst gegründet wurde: der wichtigste Brückenkopf und zuverlässigste Alliierte der USA in Westeuropa.
Gerade auch unter diesem weiteren Gesichtspunkt ist dann die Feststellung des Programmentwurfs richtig, daß die nationale Frage für Westdeutschland keine revolutionäre Frage mehr ist. Allerdings bleibt sie wohl eine Aufgabe der sozialistischen Umwälzung selbst, d.h. ein sozialistisches Westdeutschland hätte gegenüber ein em vom Sozialimperialismus (und sei es in imperialistisches Komplizenschaft mit der dortigen Staatsbourgeoisie) niedergehaltenen Ostdeutschland über die allgemein internationalistischen Verpflichtungen hinaus neuerdings nationale Pflichten .

Die Darstellung der Ziele und Aufgaben des proletarischen Klassenkampfs - als zweiter großer Abschnitt im allgemeinen Teil des Programms - gibt die wesentlichen Bestimmungen, wie sie aus den im Marxismus-Leninismus niedergelegten Klassenkampferfahrungen resultieren, korrekt wieder.
Aber: diese korrekten Bestimmungen der Aufgaben und Ziele des proletarischen Befreiungskampfs, insbesondere die Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten, hat in der Darstellung der "Entwicklung des Kapitalismus..." (4.3) nur eine unvollständige Grundlage.
Dort ist etwa (p.16) richtig gesagt, daß "die Worte Marxens (über die Tendenz zur Verelendung) eine Tendenz bezeichnen, die Wirklichkeit wird ohne den Klassenkampf des Prletariats gegen diese Tendenz".
Aber daß in der kapitalistischen Wirklichkeit die Tendenz zur Verelendung diesen Klassenkampf in naturwüchsigen Formen ihrerseits mit objektiver Notwendigkeit erzeugen muß (die Fabrikgesetze, obwohl "das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter", Kapital I, p. 286, bezeichnet Marx andererseits als "ebenso ein notwendiges Produkt der großen Industrie, als Baumwollgarn, Selfactors und der elektrische Telegraph", p. 504/05 - diese Tatsache bleibt im Entwurf so gut wie unberücksichtigt.
Tatsächlich ist aber doch die Tatsache, daß der Kapitalismus schon in seinem "normalen" Gang mit Naturnotwendigkeit den Kampf der Klassen erzeugen muß (zunächst als Antinomie, Recht wider Recht), der erste und handgreiflichste Beweis für die Notwendigkeit der Aufhebung der Klassenspaltung der Gesellschaft. Als solcher hätte er in 4.3 zunächst zu erscheinen.
Darüber hinaus bietet die empirische geschichtliche Erscheinung des spontanen Klassenkampfs, nämlich die darin selbst angelegten - immer noch rein objektiven - Tendenzen zur politischen Verallgemeinerung seiner Ziele zwar einerseits die stets neu erzeugte materielle Basis des Reformismus und aller anderen bürgerlichen Strömunegn in der Arbeiterklasse, ist aber gleichzeitig auch der notwendige und gegebene Ansatzpunkt, den die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten in der Wirklichkeit vorfindet.

Nunmehr befriedigend umrissen erscheint die Feststellung der Bündnispartner des Proletariats bzw. die Bestimmung des Proletariats als revolutionärem Subjekt der ganzen sozialistischen Umwälzung in der Programmstellungnahme bzw. den neuerlichen Präzisierungen und Korrekturen J. Schmierers in NRF 6/72.
Wichtig an diesem Teil ist, daß er den Teil Metaphysik aus der Diskussion über die "Klassenanalyse" herausnimmt, insofern prinzipiell dargestellt ist, daß das unmittelbare Ziel des Sozialismus nur auf dem Boden des einen proletarischen Klassenkampfs angestrebt werden kann: dessen Gegenstand, soweit Kampf gegen den Kapitalismus, das gemeinsame Interesse am Widerstand gegen die kapitalistische Unterdrückung sowie an der Verteidigung des Werts der Arbeitskraft der Proletarier und großen Masse der übrigen Lohnabhängigen ist, bis hin zum gemeinsamen Interesse an der Aufhebung des Warencharakters der Lohnarbeit - soweit aber Kampf für den Sozialismus, die Verwandlung der ganzen Gesellschaft in produktive Arbeiter zum Gegenstand hat, also die Aufhebung der mit der Warenproduktion gesetzten gesellschaftlichen Arbeitsteilung, was die uneingeschränkte politische Führung der Arbeiterklasse zur Bedingung hat.

Diese Bestimmungen gelten in jedem Fall auch für einen Großteil der alten Mittelschichten, deren Besitz an den Produktionsmitteln weitgehend formell geworden ist und die großteils sich in "ihrer eigenen Lohnarbeit", tatsächlich über den Warentausch sich in abhängige (teils produktive, teils unproduktive) Arbeitskräfte der Monopole verwandelt haben. Auch für sie (den Taxifahrer, den verschuldeten Gastwirt , Geschäfts"eigentümer" oder Mittelbauern) stellt sich großteils die Reproduktion ihrer Arbeitskraft als Kampfziel. Keinesfalls dürften wohl Forderungen nach genossenschaftlicher Produktion noch am Wege der proletarischen Revolution liegen. Insofern gehen auch ihre Forderungen grundsätzlich mit den Programmforderungen der Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen mehr oder weniger direkt

zusammen.
Das bedeutet aber - nach der Seite der "alten" wie der "neuen Mittelklasse" hin -, daß das Problem der Klassenanalyse sich im weiteren auf das politische Problem konzentriert, in Aktionsprogrammen an der gegenwärtigen Lage und den gegenwärtigen Kampfzielen dieser Gruppen und Schichten anzuknüpfen, ihre richtigen Tagesziele und Defensivinteressen auf das Ziel der proletarischen Revolution - als der auch für sie letztlich einzig befriedigenden Lösung- auszurichten. Dies bietet aber weniger theoretische Schwierigkeiten, als daß damit viel mehr Aufgaben der Untersuchung in der Entfaltung der Klassenkampfpraxis gestellt sind.
So dürfte sich etwa auch die Frage als politisch-taktische Untersuchungsaufgabe erweisen, ob die konkrete Nützlichkeitsbestimmung der Tätigkeit der unproduktiven Arbeiter für ihre Stellung zur sozialistischen Revolution von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.
Wie ja überhaupt es nun als eine Frage der Untersuchung im Zuge der konkreten Klassenkampfpraxis klargestellt ist, zu ermitteln, wo das Proletariat beginnt und die Mittelklassen aufhören. Von entscheidender Bedeutung sind hier die Ausführungen des Genossen Schmierer in NRF 6/72: "1. Daß die Übergänge zwischen Proletariat und neuer Mittelklasse fließend sind und 2. daß die ökonomische Differenz zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit und damit zwischen Proletariat und neuer Mittelklasse für die Alltagskämpfe gegen die einzelnen Kapitalisten oft irrelevant sind..."(p. 44). "Aber so richtig es ist, den Proletariar ökonomisch als produktiven Arbeiter zu bestimmen, so falsch ist es, daß Proletariat als Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft mit der Summe der produktiven Lohnarbeiter gleichzusetzen. Das Proletariat als revolutionäre, d.h. handelnde Klasse, das sind die Arbeiter der industriellen Großproduktion..." (p. 42).

Zum dritten und letzten großen Schritt der Beweisführung im allgemeinen Teil des Programms - der Charakterisierung des Imperialismus bzw. Staatsmonopolismus als Nachweis der Aktualität der proletarischen Revolution, - sind inder vorstehenden Kritik am Gesamtaufbau des Entwurfs bereits einige Ausführungen gemacht. Die Vernachlässigung der "progressiven" Seite auch und gerade des staatsmonopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus, im nationalen wie im internationalen Maßstab, stellt u.E. den schwerwiegendsten theoretischen Fehler des Programmentwurfs dar. Er schlägt durch auf die Charakterisierung der politischen Formen der bürgerlichen Klassendiktatur , damit auf die Aufgabenbestimmungen des demokratischen Kampfs. (hierzu noch weiter hinten)
Für diesen Abschnitt im allgemeinen Teil des Programms resultiert aus unserer Kritik noch dies, daß die politischen Konsequenzen der Feststellung hier zu umreißen wären, wonach die Entwicklung der Formen und Funktionen des imperialistischen Staats nicht nur der Verschärfung der Klassenantagonismen und internationeln Gegensätze entspringt, sondern zugleich die widersprüchliche Bewegungsform darstellt, worin die Monopole auf neuer Stufe zur "Anerkennung" der wachsenden Gesellschaftlichkeit der Produktion gezwungen werden.
Die politische Konsequenz dessen ist, kurz gesagt, hauptsächlich die, daß gerade erst in der Epoche des Imperialismus die demokratische Republik als Normalform der bürgerlichen Klassendiktatur realgeschichtlich sich herstellt, obwohl im Gegensatz zur ökonomischen Basis befindlich. Der Grund liegt in der epochalen Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes. Es ist erst die Arbeiterklasse, die die bürgerlich-"demokratische" Rechtsgleichheit aller Warenbesitzer erkämpft, während die Kapitalistenklasse im Kampf gegen die Feudaleigentümer bei der Erkämpfung der Rechtsgleichheit aller Kapitalbesitzer stehen blieb.

Der teil - und zeitweise erfolgreiche Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen die Tendenzen der Verelendung und Unterdrückung (die im Imperialismus nur ihre schärfste und universellste Form annehmen) hat aber seine Basis nicht nur in der Entwicklung der subjektiven Empörung der Lohnarbeiter über die Schrekken des Imperialismus, ihrer wachsenden Bewußtheit und Klassenorganisation. Sondern er hat seine objektive Basis vor allem auch darin, daß der Kapitalismus - wenn er die Stellung der Arbeiterklasse im Verwertungsprozess des Gesellschaftskapitals beständig herabdrückt - entgegen seinem "Willen" die Stellung der Arbeiterklasse, der großindustriellen Produzenten, im gesellschaftlichen Arbeitsprozess beständig erhöhen muß. Eben darum gibt andererseits der Kampf der Arbeiterklasse der Entwicklung des Staatsmonopolismus, der Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen etc. , beständigen Anstoß.
Auf Grundlage der Entfaltung des proletarischer Klassenkampfs entwickelt sich die 'demokratische Republik als die Form, "in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann" (Engels, Der Ursprung der Familie.. ..). - Sie wird zur "Normalform " der bürgerlichen Klassendiktatur, aber gerade nicht mehr im Sinne einer fixen Regierungsform, sondern im Gegenteil als Auflösungsform nach der einen oder der anderen Seite hin. Die Aufgabe der demokratischen Forderungen des Programmsist es dem entsprechend, die demokratische Republik als Auflösungsform nach der einen Seite, der der proletarischen Revolution, hin zu entwickeln.
Wenn dieses Resultat des proletarischen Klassenkampf in der Tat so etwas wie eine teil- und zeitweise "Zurückdrängung" der Monopol-

bourgeoisie bedeutet, grundsätzlich Ausdruck ihrer momentanen Schwäche ist, so aber gerade nicht mit dem Resultat, daß sich in ihren Reihen "Realismus" breit machte, sondern ganz im Gegenteil mit der Wirkung der einheitlichen und andauernden Verschärfung der Tendenzen von Unterdrückung und Reaktion, auf der ökonomischen Basis der Verschärfung der Konkurrenz und der krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts.
Dies ist jedoch nicht zu fassen als generelle Tendenz zum Faschismus, weil der Übergang zu dieser offen terroristischen Herrschaft des Finanzkapitals, wie von den BK-Genossen wiederholt und richtig gegenüber den "Faschisierungs"-Theoretikern hervorgehoben worden ist, an gewisse materielle Bedingungen gebunden ist, die die Bourgeoisie nicht mit subjektiver Willkür erzeugen kann.
Wichtig ist andererseits, sowohl die faschistische wie die "demokratisch"-parlamentarische Diktatur der Bourgeoisie zu kennzeichnen als den jeweiligen Grad der Reaktion, den die Bourgeoisie unter den zunächst objektiv gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen und ihrer internationalen Stellung durchführen kann und muß.
Völlig falsch ist es natürlich, wie KB-Nord, ABG und in noch plumperer Form die Revisionisten, diese Entwicklung als Ergebnis von Kalküls der Bourgeoisie über die taktische Opportunität der einen oder anderen Lösung hinzustellen - wobei die politische Aufgabe dann wäre, finstere faschistische Zusammenrottungen im Schoße der bürgerlichen Klasse auszumachen und mit Hilfe der "realistischen" Elemente der Bourgeoisie zu isolieren.
Falsch ist es allerdings auch, die "demokratisch" - parlamentarische Herrschaftsform als diejenige hinzustellen, die sich die Bourgeoisie, so lange sie zum Faschismus weder übergehen kann noch muß, nun neuerdings mit Überlegung und Bewußtheit als rationale und opportune Normalform wählt und die sie mit zwei Scheinparteien einmütig und planvoll beherrscht - um erst mit Entwicklung der revolutionären Krise gezwungen zu sein, zum Faschismus überzugehen, vorrausgesetzt daß sie dafür eine Massenbasis findet (die sich zuvor unabhängig von ihr entwickelt haben muß), und daß die Arbeiterbewegung zu schwach ist, die objektiv revolutionäre Situation revolutionär für sich zu entscheiden. - Dahin etwa resümiert sich, wenn auch in sich sehr unstimmig, daher nicht ganz eindeutig, die Darstellung der Sache z.B. in Christine Buchers KB-Nord-Kritik im NRF 6/72.
Es ist durchaus so, daß die Bourgeoisie bestrebt ist, innerhalb der demokratischen Republik die Bedingungen des Übergangs zur jeweils äußersten terroristischen Diktatur zu schaffen, soweit sie das aus eigenen Klassenkräften kann. Die universelle Tendenz zur Reaktion ist eine ebenso anarchische, blinde, objektive Tendenz wie die zur restlosen Verelendung haupt nur die politische Verallgemeinerungsform dieser Tendenz selbst. In beiden Fällen wird das Kapital von den Konsequenzen dessen "so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne"(Kapital 1, p. 285).
Nur daß die eine wie die andere Tendenz allein in geschichtlichen Ausnahmesituationen noch von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt werden kann! Sie ist daher in der Regel genötigt wie zugleich auch (durchaus mit subjektiver "Überzeugtheit") bestrebt, alle ihr tatsächlich abgezwungenen Sicherungen der Existenz der Arbeiterklasse als Zugeständnisse ihrerseits (als die sie in der Wirklichkeit auch erscheinen können) und allgemein kapitalistischen Fortschritt hinzustellen. Die "demokratisch" - parlamentarische Form der Diktatur bedeutet eben, daß die Bourgeoisie gezwungen ist, vor allem mit dem Mittel der ideologischen Fesselung der Massen zu herrschen, nur an zweiter Stelle mit dem der Gewalt. Dies ist aber ein zwiespältiges, zerbrechliches Herrschaftsmittel, das stets dazu tendiert, die Massen in die Politik zu ziehen, statt sie herauszuhalten.
Allerdings, die Flucht der Bourgeoisie aus dieser höchsten und zugleich labilsten Form ihrer Klassenherrschaft wirft neben allen praktischen Schwierigkeiten noch zusätzlich prinzipielle Probleme für sie auf. Denn schon in der Frühform dieser Tendenz der Bourgeoisie zur Reaktion, dem Bonapartismus, trat als Konsequenz dessen in Erscheinung, dass die Bourgeoisie die gewaltsame Diktatur über die Arbeiterklasse nur errichten konnte, indem sie zugleich aufhörte, als Gesamtklasse in der Form der Republik die Macht auszuüben. Das heißt, sie war gezwungen, sich selbst als Klasse der Diktatur ihrer finanzkapitalistischen Spitze und deren Exekutivorganen zu unterwerfen, sich selbst politisch zu entmachten, ihre Parteien, ihre Verbände, ihre Presse aufzulösen, um allein so ihre ökonomischen Zwecke als Klasse noch durchführen zu können.

In diesem unentrinnbaren Zwiespalt bewegt sich die Kapitalistenklasse also historisch. Wenn sie einerseits die beständige Tendenz hat (und haben muß), aus den labilen, rein ideologisch und ökonomisch vermittelten Formen ihrer Klassenherrschaft in der 'demokratischen Republik' heraus und hin zur offen terroristischen Diktatur ihrer Klasse zu flüchten, so ist das nicht nur materiell an die Bedingungen der Existenz einer faschistischen Bewegung in den Mittelklassen und eine entsprechende Schwäche der Arbeiterbewegung gebunden, sondern bedeutet darüber hinaus auch eine äußerste Verschärfung der Widersprüche in ihren eigenen Reihen, bis hin zum offenen Übergang einer Masse von Individuen ihrer eigenen Klasse und ihrer nächsten Bündnispartner in das Lager der allein noch demokratischen Arbeiterbewegung. (Allerdings ist das

niemals eine ökonomisch objektivierbare Fraktionsbildung innerhalb der Bourgeoi sie.)
In diesem Zwiespalt bewegt sich die Bourgeoisie aber auch bereits in den Zeiten ihrer parlamentarischen Herrschaft, eben weil die Tendenz zur Reaktion andauernd und universell ist, und weil es die latente oder offene Vereinigung der Arbeiterklasse ihr gegenüber ist, die allein diese Tendenz zeitweise aufhält wie zugleich immer schärfer erzeugt . Auch in der 'demokratischen Republik' ist die Bourgeoisie hin und her gerissen und in sich gespalten über der Frage, was sie letzt lich tun muß und aktuell nur tun kann.

Der in der Programmstellungnahme unter 4. 9 recht zusammenhanglos angefügte Passus über den Kampf gegen den Opportunismus ließe sich im Zusammenhang der vorstehenden Ausführungen sehr viel sinnvoller anschließen. Denn die Entstehung von reformistischen und revisionistischen Strömungen i n der Arbeiterbewegung selbst gehört u. E. ganz direkt in den Zusammenhang der Entwicklung zum staats monopolistischen Kapitalismus, als eine notwendige Seite dieser Entwicklung selbst.
Der allgemeine Teil sollte also in ähnlicher Weise wie das "Kommunistische Manifest" kurz die Stellung der Kommunisten zu allen and anderen "oppositionellen" Strömungen in der Arbeiterbewegung umreissen, das heißt, konkret zum linken Sozialdemokratismus und zum modernen Revisionismus.
Er muß sie aber vor allem als objektive gesellschaftliche Erscheinung kennzei chnen. Nur im Zusammenhang der Entwicklung zum Staatsmonopolismus mit seinen "sozialstaatlichen" und "demokratischen" Erscheinungen kann sowohl ihr (im Verhältnis zu r proletarischen Bewegung) uneingeschränkt reaktionärer Charakter gekennzeichnet werden, wie aber auch zugleich die Tatsache, daß ihr Erscheinen in vermittelter Weise selbst A usdruck des proletarischen Klassenkampfs ist, bzw. Ausdruck der inneren Zerrissenheit und Schwäche der Bourgeoisie.

4. Der praktische Teil des Programms

a) Die demokratischen Forderungen

Wie schon dargestellt, wird im allgemeinen Teil das Widersprüchliche der bürgerlichen Demokratie nicht deutlich herausgearbeitet, in dem vernachlässigt wird, daß die Tendenz der bürgerlichen Klassenherrschaft in blinder, objektiver Weise dahin gehen muß, jede Form von Demokratie, auch die der bürgerlichen Warenbesitzer, aufzuheben, nur daß eben erst in bestimmten Situationen möglich wird, und daß die Masse der Bourgeois vor den Konseque nzen dessen zurückschrecken muß. In Folge dessen wird in falscher Weise ein entscheidener qualitativer Sprung zwischen den von der Bourgeoisie angeblich kalkuliert "hergestellten" und "gewährten" demokratischen Rechten und den vom Proletariat erkämpften Rechten unterstellt. Tatsächlich sind aber alle demokratischen Rechte, wie minimal auch immer, geschichtliches Resultat des latenten oder offenen proletarischen Klassenkampfs oder der doch sonst wie bedingten Schwäche der Bourgeoisie.
-"Die demokratische Republik widerspricht logisch' dem Kapitalismus, da sie 'offiziell' den Reichen und den Armen gleichsetzt. Da ist ein Widerspruch zwischen der ökonomischen Basis und dem politschen Überbau." (Lenin, in NRF 6/72 p. 13 merkwürdigerweise mit genau entgegengesztem Sinn zitiert.)
Der Programmentwurf stellt nun völlig zu Recht heraus, daß das wesentliche Ziel des demokratischen Kampfes gegen die imperialistische Unterdrückung darin besthet, die Einheit des Volkes unter solchen demokratischen Forderungen herzustellen, welche in ihrem Wesen noch prinzipiell mit dem kapitalistischen Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen vereinbar sind, konkret aber auf die Zerstörung der bürgerlichen Herrschaft hinzielen; daher geeignet sind, die Volksmassen in einen Kampf zu ziehen, der unmittelbar nur der Sicherung ihrer elementarsten Lebens- und Freiheitsrechte gilt, in dessen objektiver Logik es aber liegt, daß er zur revolutionären Machtergreifung und zur Errichtung der proletarischen Diktatur fortschreiten muß.
Aber die objektive Logik dessen wird im Programmentwurf nicht wirklich sichtbar, weil nicht klar ist, daß es sich dabei nicht um den Gegensatz von bürgerlicher (von der Bourgeoisie "eingeführter") und proletarischer (vom Proletariat erkämpfter) Demokratie geht, sondern um den einen Gegensatz von Reaktion und Demokratie. Die Bourgeoisie im Ganzen repräsentiert die Tendenz zur "Reaktion auf der ganzen Linie", das Proletariat (und nur noch das Proletariat) das uneingeschränkte Drängen auf Demokratie.
Es geht tatsächlich bei den demokratischen Forderungen im Programm der Kommunisten um durchaus nichts anderes als die vollständige Demokratie, d. h., die demokratisch hergestellte Souveränität des Volkes, das aber vor Einleitung der sozialen Umwälzung eben immer noch ein Volk von bürgerlichen Warenbesitzern, von Ausbeutern und Ausgebeuteten bleibt. Diese vollständige Demokratie der bürgerlichen Warenbesitzer, in ihrer Masse nur Besitzer der Ware Arbeitskraft, ist aber real eben ein undenkbares, der Natur der Bürgerlichen Ausbeuterordnung im ganzen widersprechendes Konstrukt. Diese vollständige Demokratie auf Basis weiter existierender Klassengliederung der Gesellschaft kann daher realgeschichtlich allenfalls einen historischen "Augenblick" lang in der Form der Doppelherrschaft erkämpft werden, wenn sich das in Räten organisierte, bewaffnete Volk und die hinter den Gewaltapparaten ihres Klassenstaates verschanzte Kapitalistenklasse "gleichberecht-

igt" gegenüberstehen. Dies ist aber dann ganz offensichtlich nur eine geschichtliche Übergangsstation, von der aus die Reise entweder vorwärts oder rückwärts geht - vorwärts zur Errichtung der Rätediktatur, d.h., zur Entwaffnung und zeitweiligen politischen Entrechtung der Bourgeoisie, oder rückwärts zur Konterrevolution, die die revolutionäre Volksbewegung mit Notwendigkeit hinter ihren geschichtlichen Ausgangspunkt zurückwerfen muß.

Natürlich werden die Kommunisten im allgemeinen Teil des Programmsvon allem Beginn an die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur propagieren. Aber dem praktischen Teil des Programms kommt die spezifische Funktion zu, diejenigen Forderungen festzuhalten, auf die der Kampf der Massen ausgerichtet werden kann, bevor sie die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur einsehen - aber zugleich solche Forderungen, die die Massen im Kampf um ihre fundamentalen demokratischen Gleichheitsrechte (und wirtschaftlichen Lebensrechte) real und objektiv an die Revolution heranführen - an die Revolution, nicht als Dogma der Kommunisten, sondern als im Tageskampf von den Massen selbst immer schärfer gefühlte Notwendigkeit.
Der Programmentwurf aber, in dem er in falscher Weise qualitative Diff erenz zwischen der bürgerlichen Demokratie (tatsächlich eben, wo irgend demokratisch, den Kampfresultaten der Arbeiterklasse) und den im Programm formulierten Kampfaufgaben der Arbeiterklasse unterstellt, kommt in paradoxer Weise darauf hinaus, neuerdings ein demokratisches Etappenziel zwischen bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur einführen zu wollen.

Wohlgemerkt lag gerade dies den Autoren der Programmstellungnahme ferner als irgendetwas sonst.
Aber sie arbeiten nicht deutlich heraus, daß es sich um nichts als die konsequente demokratische Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft handelt, daß eine solche politische Gleichheit aber mit der fundamentalen ökonomischen Ungleichheit in Widerspruch geraten muß, sie nicht aufhebt, sondern im Gegenteil vollends unerträglich macht, sodaß die proletarischen Massen zur Errichtung ihrer Diktatur fortschreiten müssen, um die gesellschaftliche Ungleichheit selbst zu beseitigen. In dem dieser Zusammenhang undeutlich bleibt, erscheint das richtig beschriebene Ziel als ein merkwürdiger Zwitter - proletarische Demokratie bei fortbestehender bürgerlicher Diktatur.

Trotz solcher Unklarheiten ist es aber das wichtige Verdienst dieses Teils des Programmentwurfs, aus der richtigen strategischen Bestimmung der nächsten Etappe im Klassenkampf - der Einleitung der sozialitsichen Umwälzung selbst - nicht die kurzschlüssige Folgerung gezogen zu haben, nun umstandslos auch die Räteherrschaft als nächsten Schritt zu proklamieren. Vielmehr vertieft der praktische Teil des Ent wurfs das Verständnis der revolutionären Umwälzung als eines langandauernden Kampfs der Klassen, in welchem es gilt, der Bourgeoisie zuerst wichtige Positionen ihrer Klassenherrschaft zu entreissen oder doch jedenfalls die spontanen demokratischen Bestrebungen der Massen auf solche Ziele auszurichten, die nicht schon die proletarische Diktatur bedeuten, in deren Konsequenz dieser allerdings liegt.

b) Wirtschaftliche Forderungen

Hier wirft die Programmstellungnahme im wesentlichen zwei Fragen auf:
1. Lassen sich wirtschaftliche Forderungen aufstellen, die tatsächlich in der langen Perspektive der Entwicklung des revolutionären Kampfs als "Roter Faden" der Tageskämpfe dienen können, die also dem Charakter des Programms nach so etwas zu sein hätten wie die wirtschaftlichen Grundforderungen der Proletarier und übrigen Lohnabhängigen, "solange der Kapitalismus besteht" (p. 38).
2. Ist es ein tragfähiger systematischer Unterscheidungspunkt, die wirtschaftlichen Forderungen im revolutionären Programm der Kommunisten gegenüber den im gewerkschaftlichen Aktionsprogramm erhobenen Forderungen so zu bestimmen, daß die ersteren im Unterschied zu den letzteren hinzielen "auf gesetzliche Maßnahmen des kapitalistischen Staats und nicht unmittelbar auf die Sphäre der Beziehungen zwische Kapitalist und Arbeiter im gewerkschaftlichen Kampf " (p. 38).

Beide Fragen sind u. E. mit ja zu beantworten, und es ist ein wichtiger Fortschritt der Programmdiskussion, dies erfasst zu haben.

Zur ersten Frage:
Es ist eine reale Tatsache, daß alle von der Arbeiterklasse zeitweise erkämpften Verbesserungen ihrer historischen Lebenslage die Grundtatsachen ihrer Proletarierexistenz nicht verändert haben. Die Forderungen zielen daher darauf, in allen für die Reproduktion der Arbeitskraft entscheidenden Hinsichten die Kampfbedingungen (d.h. Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt) so zu korrigieren, daß dieselbe Arbeiterklasse, die dies erkämpft hat, auch die Reproduktion ihrer Arbeitskraft (und Kampfkraft!) konkret sicherstellen kann.
Bei Forderungen wie dem 7-Stunden-Tag, Verbot von Überstunden und Nachtarbeit, Verbot von Kinderarbeit und Einschränkung der Arbeit von Frauen und Jugendlichen handelt es sich wesentlich darum, daß die Arbeiterklasse als ganze eine Einschränkung der Konkurrenz zwischen allen einzelnen Mitgliedern der Klasse vom Staat erzwingt, welche die anarchische Tendenz der Produktionsweise durchkreuzt, wonach "fortwährend die Konkurrenz unter den Arbeitern größer ist als die Konkur-

renz um Arbeiter " .(Engels, Lage der arbeitenden Klasse ... , MEW 2, p. 312).
Erst auf diese Weise werden die regulären Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt hergestellt.

Zur zweiten Frage:
Hier ist ganz einfach darauf hinzuweisen, daß - wenn ein solcher Unterschied geleugnet würde - politscher und gewerkschaftlicher Kampf völlig in eins fallen müssten, die Notwendigkeit einer besonderen gewerkschaftlichen Organisation also konsequent entfiele. Daß andererseits zwischen gewerkschaftlichem und politischem Kampf keine vollständige Trennung besteht, im Gegenteil es natürlich um möglichste Ausweitung des Kampffeldes der Gewerkschaften (bishin zu demokratischen und schließlich auch revolutionären Aufgaben) geht, ist eine zweite Frage.
Darüberhinaus ist zu berücksichtigen, daß die wirtschaftlichen Forderungen auch auf die Umgestaltung rein staatlicher Institutionen zielen, und im übrigen auch sich gegen andere Kategorien von Kapitaleigentümern als die industriellen Kapitalisten sich richten , z.B. gegen Haus- und Grundbesitzer, komerzielle Kapitalisten usf.
Erst damit, und überhaupt durch an die Gesamt bourgeoisie gerichtete, die ganze Arbeiterklasse betreffende Forderungen, die ihrer Natur nach an den bürgerlichen Staat gerichtet sein müssen, kann die Einheit und Allseitigkeit des wirtschaftlichen Kampfs gesichert werden und so zur Basis für die politische Einheit der Klasse gemacht werden.

Zentrale Leitung
der Kommunistischen Gruppe Ffm/Of

(aus: KAMPF KRITIK UMGESTALTUNG Nr. 2, Zeitschrift der Kommunistischen Gruppe Frankfurt/Offenbach)

MERVE

Internationale Marxistische Diskussion

Merve-Verlag
1 Berlin 15
Postfach 327

1. Charles Bettelheim
Über das Fortbestehen von Warenverhältnissen in den „sozialistischen Ländern“ DM 2,–
2. Lucio Colletti/Lucio Libertini
Livio Maitan/Lucio Magri
Über Lenins „Staat und Revolution“ – heute DM 5,–
3. Martin Nicolaus
Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx DM 4,–
4. Edoardo Masi
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,–
5. Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und „Il Manifesto“. Einleitung: R. Rossanda DM 3,–
6. Jean Laplanche
Marcuse und die Psychoanalyse DM 2,–
9. Ernest Mandel/Martin Nicolaus
Kontroverse über die Möglichkeit einer Revolution in den USA DM 4,–
10. Louis Althusser
Freud und Lacan DM 2,–
11. Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von „Il Manifesto“ DM 5,–
12. Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,–
13. Martin Nicolaus
Die Objektivität des Imperialismus. Anti-Mandel
Ernest Mandel
Die Widersprüche des Imperialismus DM 8,–
14. Lucio Colletti
Marxismus als Soziologie DM 4,–
17. Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tsetung DM 2,–
18. Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,–
19. Alfred Sohn-Rethel
Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit, 2 Aufsätze DM 4,–
20. „Classe e Stato“
Frederico Stame, Nicoletta Stame, Luca Meldolesi
Die Dialektik von Partei und Massen in der chinesischen Theorie / Bericht eines FIAT-Arbeiters über die Arbeitsorganisation in der chinesischen Fabrik DM 2,–
21. Massimo L. Salvadori/Vittorio Rieser
Rätesystem und Maoismus DM 5,–
22. „Base Ouvrière“
Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins DM 6,–
23. „Il manifesto“
Für eine organisierte politische Bewegung DM 4,–
24. „Que faire“
Klassenkämpfe in Frankreich seit dem Mai 1968 DM 5,–
25. „Il manifesto“
Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik DM 5,–
26. Toni Negri
Zyklus und Krise bei Marx DM 5,–
27. S. Bologna/P. Bolzani
Techniker als Produzenten und als Produkt DM 3,–
28. Jacques Rancière
Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie. Die „Manuskripte“ von 1843 und das „Kapital“ DM 7,–
29. Lucio Magri
Probleme der marxistischen Theorie der revolutionären Partei DM 4,–

André Gorz (Hrsg.)
Schule und Fabrik ca. DM 8,–
M. Salvati/B. Beccalli/C. Donolo/F. Ciafaloni
Arbeitsteilung – Kapitalismus, Sozialismus, Utopie ca. DM 5,–

ARBEITSPAPIERE

3. Revolutionärer Kampf (ehem. BPG Frankfurt)
a) Untersuchung-Aktion-Organisation
b) Zur politischen Einschätzung von Lohnkämpfen DM 1,50
4. Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?
Eine Kontroverse zwischen Manifesto und Lotta Continua DM 2,30
5. Kongreß gegen politische Unterdrückung. FU Berlin vom 24. bis 26. 4. 1972 DM 5,–
6. Jean-Claude Guérin
Die französische Lehrergewerkschaft (FEN) – Analyse und Kritik DM 2,–
7. „Potere Operaio“
Was ist Arbeitermacht? Materialien zur Kaderbildung DM 1,50
8. Pischel/Rossanda u. a.
Zur chinesischen Außenpolitik DM 3,50
9. Proletariat und Subproletariat – der Fall des Bankräubers Santa Notarnicola ca. DM 3,–

Kommunistische Gruppe Köln

PROGRAMM UND TAKTIK

Zum NRF 4/5 und zum Programm der westdeutschen Kommunisten

I. Die Entwicklung seit dem NRF 2/72

Die kommunistische Bewegung in Westdeutschland hat im letzten halben Jahr in der Auseinandersetzung um den Wiederaufbau der KPD viel an Klarheit gewonnen. Ein entscheidender erster Schritt in dieser Richtung war sicherlich der Artikel im NRF 2/72.

Wir haben in TuP 13 diesen Artikel im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung, insbesondere dem Bremer Kommuniqué kritisiert. Die Redaktion des NRF hat im NRF 4-5/72 auf unsere Kritik geantwortet. Im folgenden soll noch einmal die Schwächen und Fehler des NRF 2/72 und unsere Kritik zusammengefaßt werden.

Im NRF 2/72 heißt es, daß das Programm der wiederaufzubauenden KPD heute formuliert werden könne. Wir haben damals an dieser These mit Recht kritisiert, daß sie durch nichts belegt worden ist: weder was denn eigentlich das Programm ausmacht, noch wieso es jetzt formuliert werden kann, d. h. aufgrund welchen Fortschritts die kommunistische Bewegung eigentlich zu einem solchen Programm kommt, wird im NRF 2/72 klar aufgezeigt. Zudem stellte die KG (NRF) zwar im NRF 2/72 richtig fest, daß programmatische Fragen nicht mit taktischen vermischt werden dürfen, aber diese taktischen Fragen sind im NRF dann zu Fragen gemacht worden, die innerhalb einer einheitlichen, d. h. mit einem Programm versehenen Organisation zu lösen sind: an dieser These haben wir kritisiert, daß es nicht um taktische Einzelfragen gehe, sondern daß die Einheit des Handelns in einer Partei Klarheit und Einheit in der Massenlinie beinhalten muß, daß aber ein untrennbarer Zusammenhang von Programm und Massenlinie besteht und bestehen muß, wenn die Partei nicht ein Sammelsurium verschiedener Linien sein soll.

Das Bremer Kommuniqué, der zweite und entscheidende Schritt hin zu der politischen Klarheit, die die Bewegung jetzt erreicht hat, hat eine entscheidende Frage nicht gelöst, die wir in TuP 13 zwar richtig gestellt, aber nicht richtig beantwortet haben: die Frage nämlich, was denn nun eigentlich das Parteiprogramm beinhaltet und inwiefern es heute formulierbar ist. Die Genossen vom KBB erklärten zwar die Erarbeitung des Programms zum "Knotenpunkt" der Probleme der kommunistischen Bewegung, aber weder der KBB noch das Kommuniqué haben präzise Aussagen zum Parteiprogramm gemacht.
Im Bremer Kommuniqué ist vielmehr von einer Reihe programmatischer Fragen die Rede, die beantwortet werden müßten, und die zum Programm der geplanten Organisation zusammengefaßt werden sollten. Insofern sind zu diesem Zeitpunkt die Kommuniqué-Organisationen nicht davon ausgegangen, daß das Parteiprogramm formulierbar sei.

In dieser Situation haben wir in TuP 13 unsere Kritik an der KG(NRF) veröffentlicht. Diese Kritik stellte insofern - trotz ihrer Fehler - einen Schritt vorwärts dar, als sie zuerst die Frage nach dem Programm der wiederaufzubauenden KPD stellte und zumindestens grob das aufzeigte, was das Programm eigentlich beinhaltet.
Wir haben danach, weil wir die Frage nach dem Programm der Partei gestellt, aber diese Frage nicht richtig gelöst haben, im wesentlichen die Position des Bremer Kommuniqués geteilt: daß nämlich der nächste Schritt nicht das Parteiprogramm sei, sondern das Programm der geplanten Organisation. Aus dieser Einschätzung heraus haben wir unsere Kritik am NRF 2/72 formuliert: eine Reihe von Differenzen, wie z. B. die Frage Programm der Partei oder der geplanten Organisation oder Partei oder Aufbauorganisation sind einfach Resultat einer falschen Behandlung der Programmfrage. (1)

II. Das Programm der Partei

Unser in TuP 13 dargelegter Standpunkt klärt wesentlich, worauf das Programm der Kommunistischen Partei eingehen muß, welche Elemente es beinhalten muß. Rückblickend betrachtet, waren wir jedoch damals trotzdem nicht in der Lage, aus dieser rich-

(1) Allerdings meinen wir, daß die BK-Organisation zu der Zeit noch keineswegs Klarheit über diese Punkte hatte, sondern daß deren Klarheit erst durch die Programm-Diskussion geschaffen worden ist. Unsere Kritik in TuP 13 hat dazu sicherlich auch beigetragen, indem sie nämlich den Pfeil auf einige wunde Punkte in der Diskussion gerichtet hat und somit keineswegs ganz am Ziel vorbeigeschossen ist. Wir meinen aber auch, daß die Redaktion des NRF den jetzigen Stand an Klarheit in das NRF 2/72 hineininterpretiert hat und den Eindruck erweckt, als ob im NRF 2/72 schon die wesentlichen Probleme gelöst sind.

tigen Feststellung die richtigen Schlüsse für das Parteiprogramm zu ziehen. Es blieb weitgehend unklar, "was das Wesen des Parteiprogramms ausmacht" (2). Ausgehend von der allgemeinen Bestimmung des Programms, wie sie von Stalin umrissen wurde, legten wir fest, welche Vorarbeiten für das Programm geleistet werden müssen.

"... korrekte Aufarbeitung und Anwendung der Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung und ... Anwendung der marxistisch-leninistischen Methode auf die Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus ... darüberhinaus sorgfältige Untersuchungen über Lage und Struktur der Arbeiterklasse sowie Zusammensetzung, Struktur und Interessenlage und spontane Bewegungen der Klassen zwischen Bourgeoisie und Proletariat." (TuP 13, S. 3)

Unsere damaligen Vorstellungen über den Weg zur Erarbeitung des Programms bergen die Gefahr in sich, daß wir aus den Augen verlieren, was das Programm leisten muß (es legt die Ziele der proletarischen Bewegung fest!) und mehr noch, was dies für dieses Programm selbst bedeutet:

Es gilt für die ganze Epoche, auf die es berechnet ist, "wobei es den Sturz des Kapitalismus und die Organisierung der sozialistischen Produktion im Auge hat" (Stalin). Das heißt aber wiederum auch nicht, daß sich "ein Programm, das den Weg des Proletariats für eine ganze Epoche vorzeichnet, ... sich ... mit der Darstellung der allgemeinen Prinzipien des Kommunismus begnügen (kann), sondern es muß diese Prinzipien in einer konkreten Analyse der Epoche, in der wir leben, zur Geltung bringen, um die Perspektive der Entwicklung und die Aufgaben, die sich daraus ergeben, möglichst genau vorzeichnen zu können". (3)

Aus der Forderung nach einer "einheitliche(n), systematische(n) Zusammenfassung der wesentlichen Merkmale der Niedergangsepoche "(4) ergibt sich eine klare Abgrenzung zu unseren damaligen zum Teil recht verschwommenen Vorstellungen.(5)

In beiden Artikeln der TuP 13 erscheint zumindest tendenziell tatsächlich "die Arbeit am Programm als eine ungeheure, kaum zu bewältigende Aufgabe"(6). Doch nicht nur das: Das Programm selbst, einmal erarbeitet, gerät in Gefahr, durch die nie zum Abschluß kommende theoretische und praktische Untersuchungsarbeit der Partei laufend "weiterentwickelt", ergänzt und in nicht prinzipiellen Punkten korrigiert, d. h. aktualisiert zu werden. Neue Tendenzen der Entwicklung des BRD-Imperialismus, die krisenhafte Zuspitzung der Widersprüche oder gelegentliche Aufschwungsphasen, die Kräfteverschiebung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie (als Beispiele), bestimmen die Taktik der Kommunisten: gehen aber nicht ins Programm ein. Ins Programm gehören vielmehr nur die Merkmale der imperialistischen Epoche, so wie dies in der Sondernummer des NRF etwa in Punkt 4.7 angesprochen wird.

Die Sondernummer hat deutlich gemacht, daß ein Programm formuliert werden kann, das tatsächlich als "Vorschlag an die kommunistische Bewegung und die fortschrittlichsten Kräfte der Arbeiterklasse (und der übrigen Volksmassen) gerichtet ist, sich nach ausführlicher ideologischer Auseinandersetzung auf seinen Prinzipien als KPD neu zu konstituieren". (7)

III. Programm und Taktik

Unsere Unklarheit über das Wesen des Programms schlägt sich folgerichtig nieder in der Bestimmung des Verhältnisses von Programm und Taktik.

Es ist unzweifelhaft das Verdienst der Programm-Kommission, das Verhältnis grundsätzlich richtig fixiert zu haben:

"Erst auf der Basis eines gemeinsamen Programms, das zugleich die Grundprinzipien unserer Taktik festhält, wird es möglich sein, das gemeinsame Handeln aller westdeutschen Kommunisten in einer Partei zu erreichen bei gleichzeitiger offener Debatte um die konkrete Politik." (8) "Aufnehmen ins Programm können wir nur die allgemeinen Grundlagen kommunistischer Taktik: Verbindung des Alltagskampfes mit dem Kampf um das Endziel und Verbindung von politischem und ökonomischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf... Mehr als solche allgemein taktischen Orientierungen kann das Programm nicht geben. Jede konkrete taktische Festlegung ... muß den Erörterungen in der Presse und der Beschlußfassung in Resolutionen überlassen bleiben." (9)

Klarer noch bringt das J. Lenz-Winternitz zum Ausdruck:

"Die Abhängigkeit der Taktik von der konkreten Situation macht es zwar unmöglich, im allgemeinen Programm konkrete Vorschriften für die Taktik, die Formulierung bestimmter taktischer Lösungen oder Maßnahmen festzulegen, wohl aber ist es möglich und notwendig, die allgemeinen Grundsätze, die für unsere Taktik maßgebend sind, im Programm zu formulieren." (10)

Was sind nun die Grundlagen der Taktik der Kommunistischen Partei?

Der Konzeption nach muß Taktik ausgehen von einer objektiven Analyse der Klassenkräfte in der jeweiligen Situation sowie gleichzeitig davon, daß die Massen das Subjekt der Geschichte sind, also der Untersuchung der subjektiven Bedingungen, an die die Taktik der Kommunisten anzuknüpfen hat. Nur die Verbindung beider Gesichtspunkte ermöglicht die Verbindung des Alltagskampfes mit dem Endziel, des politischen mit dem ökonomischen Kampf als den Hauptbestimmungen der Taktik. Praktisch

---

(2) NRF, Sondernummer, November 1972, Das Programm der westdeutschen Kommunisten, S. 6

(3) J. Lenz. Winternitz, 1928, Kandidat, ab 1929 Mitglied des ZK der KPD in "Die Internationale" Bd. 9 1928, S. 354

(4) ebenda, S. 355

(5) s. z. B. TuP 13, S. 4: "Denn weder sind die Bewegungsgesetze des heutigen Imperialismus so analysiert, daß sich von daher Aussagen zur internationalistischen Strategie des westdeutschen Monopolkapitals ausreichend ableiten lassen." Was "ausreichend" ist, wird jedoch nicht gesagt.

(6) NRF, Sondernummer, Das Programm..., S. 6

(7) NRF 4-5/72, S. 79

(8) Sondernummer NRF, S. 4

(9) Sondernummer NRF, S. 14

(10) a. a. O., S. 357 (Lenz-Winternitz)

erarbeitet werden kann die Taktik wiederum nur, wenn sowohl die Untersuchung der objektiven Gegebenheiten wie auch der subjektiven Klassenstrukturen im richtigen Verhältnis zu den revolutionären Kräften, also der Arbeiterklasse und den übrigen Volksmassen betrieben werden.
Mit anderen Worten: es setzt ein richtiges Verhältnis zwischen Führung und Massen voraus. Das Prinzip der Ausarbeitung der Taktik läßt sich also gemäß ihrem Ziel und ihren Ausgangspunkten zusammenfassen in der Anweisung:
"Aus den Massen schöpfen, in die Massen hineintragen!", wobei die Arbeiterklasse in allem die Führung innehaben muß.
Die Anwendung dieser Prinzipien in der Geschichte der Kommunistischen Weltbewegung hat dazu geführt, daß als Ergebnis der Kämpfe und Erfahrungen der Kommunisten für den niedergehenden Imperialismus eine bestimmte Art von Taktik vorgezeichnet ist:
"In allen kapitalistischen Ländern ist die Arbeiterbewegung gespalten: überall beeinflussen Reformisten noch einen wesentlichen Teil des Proletariats, überall ist die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Revolution unsere entscheidende Aufgabe und ebenso gilt der Grundsatz, daß die Massen für die Revolution gewonnen werden können nicht allein durch Agitation und Propaganda, sondern nur durch ihre eigenen Erfahrungen. Das sind die allgemeinen Voraussetzungen, die die Einheitsfronttaktik in allen kapitalistischen Ländern und für eine ganze Periode unseres Kampfes zu einer vorherrschenden Form unserer Taktik machen."(11)
Die Einheitsfronttaktik und die Hegemonie des Proletariats müssen im Programm erläutert werden. Bei der Einheitsfronttaktik ist dies wie im obigen Zitat anzugehen. Die Frage der Hegemonie des Proletariats wurde bereits in der Sondernummer im Abschnitt 4.5 (Aufgaben der Kommunisten) gelöst. Wichtig ist, daß die Prinzipien der Taktik sich in der Ausformulierung des Programms niederschlagen. Es kommt darauf an, daß die beiden "obersten Grundsätze der Taktik":Verbindung des Alltagskampfes mit dem Kampf um das Endziel und Verbindung von politischem Kampf und ökonomischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf als Richtschnur für die Führung des Klassenkampfes dargelegt werden. Wie dies korrekt zu machen ist, zeigt der Vorschlag exemplarisch in Punkt 4.9: In der Bestimmung der allgemeinen Ausrichtung des demokratischen Kampfes im Imperialismus wird die richtige Verbindung von demokratischem Kampf und Kampf um den Sozialismus hergestellt, die, obwohl nicht konkrete Ausformulierung der taktischen Linie, die Abgrenzung zu anderen Linien (z.B. KB-Nord und KPD/AO) erlaubt und zugleich die Erklärung: Die Partei verbindet den demokratischen Kampf mit dem Kampf um den Sozialismus völlig überflüssig macht.
Zu den im Programm verankerten taktischen Orientierungen muß sich jedes Mitglied der Organisation bekennen, denn sie bilden die Grundlage, auf der der Kampf um die genaue Bestimmung der Taktik sich dann abspielt. Diese konkrete Bestimmung der Taktik ist dann Ergebnis dieses Kampfes innerhalb der Kommunistischen Partei, die in ihm unterlegene Minderheit ordnet sich der Mehrheit unter.

IV. Taktische Resolutionen

Die Redaktion des NRF betont in ihrer Antwort auf TuP 13 richtig, daß Programm und Statut den Kampf zweier Linien innerhalb der Partei nicht ausschließen; im Gegenteil, daß es diesen Kampf immer geben wird. Das kann natürlich nicht heissen, daß vollkommen auf eine Festlegung einer taktischen Richtlinie für einen bestimmten Zeitraum und einen bestimmten Kampfabschnitt verzichtet wird. Eine solche Festlegung geschieht in taktischen Resolutionen, die von Parteitagen, Parteikonferenzen, ZK-Plenum etc. verabschiedet werden.

Sicher ist es richtig, wenn die NRF-Redaktion meint, daß in diesen Fragen zunächst das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit gilt, d.h. Differenzen werden nicht sofort mit einem Ausschluß geahndet. Aber gerade bei der Handhabung dieses Prinzips spielt der Charakter dieser taktischen Resolutionen eine Rolle:hier sind nämlich ganz verschiedenartige Resolutionen möglich und notwendig. So z.B. auf der einen Seite taktische Fragen, die eine ganz bestimmte Situation betreffen, z.B. eine Wahl-oder sonstige Kampagne (vgl. Wahlartikel:die Parlamentstaktik). Solche Resolutionen werden zum größten Teil vom ZK beschlossen und hier sind Differenzen keine Seltenheit. Andererseits aber gibt es Resolutionen, die eine taktische Marschroute für einen bestimmten Zeitraum festlegen, die eventuell für mehrere Jahre Gültigkeit haben: solche Resolutionen werden gewöhnlich von Parteitagen verabschiedet und sind entsprechend wesentlich umfassender und von sehr viel größerer Bedeutung. Dies deshalb, weil in ihnen nicht bloß Meinungsverschiedenheiten in einer Einzelfrage zum Ausdruck kommen, sondern unterschiedliche Einschätzungen der Klassenkampfsituation und der Aufgaben der Kommunisten. Differenzen in solchen Fragen müssen in einer Kampf-Kritik-Umgestaltungskampagne innerhalb der Partei ausgetragen werden. Das Ende einer solchen Kampagne kann nur entweder die Selbstkritik oder der Ausschluß der führenden Vertreter der falschen Linie sein, auch dann, wenn sie formell gar nicht gegen das Statut verstoßen haben (das wird selten vorkommen, da sich die Vertreter einer falschen Linie gewöhnlich sehr schnell fraktionell organisieren!).

Dieses Verfahren ist deshalb richtig und notwendig, weil die Einschätzung der Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Partei gerade den Punkt ausmachen, wo die Einheit der Partei wirklich in einer politischen Linie praktisch wird.
Daß gerade diese taktischen Resolutionen ein ganz entscheidender Punkt der Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung sein werden, läßt sich heute schon absehen:

(11) a.a.O., S. 357

das ist aber auch nur natürlich, wenn man bedenkt, was eigentlich alles in diesen Resolutionen steht. "Alle Fragen der Taktik bzw. der Massenlinie gehen aus von einer Einschätzung der aktuellen Klassenkampfsituation und der Tendenzen ihrer Entwicklung", heißt es im "Programm der westdeutschen Kommunisten" völlig richtig.
Aber gerade die beiden Begriffe "Klassenkampfsituation" und "Tendenzen ihrer Entwicklung" haben es in sich: denn dazu gehört nicht nur die Einschätzung der ökonomischen Entwicklung der BRD für einen Zeitraum von mindestens 2-3 Jahren, sondern ebenso die politische Entwicklung, die Entwicklung aller Klassen sowie der Kämpfe aller Klassen und des Klassenbewußtseins aller Klassen. Und aus dieser Einschätzung ist dann eine taktische Richtlinie zu entwickeln, die für die Organisation für einen bestimmten Zeitraum die Richtung ihrer Arbeit festlegt.
Der Charakter einer solchen Resolution soll hier kurz an einem Beispiel verdeutlicht werden:
Der 1o. Parteitag der KPD 1925 verabschiedete eine "Resolution zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben der KPD", die folgenden Inhalt hatte: der erste Punkt skizzierte "Die Lage in Deutschland" und zwar unterteilt in die Unterpunkte, "a) internationale Umgebung, b) Die Grundlinie der Politik der deutschen Bourgeoisie, c) Differenzen innerhalb der Bourgeoisie, d) Die Stellung der SPD, e) Die Lage der Arbeitermassen".
Hieran schließt sich der Teil II. an, der die Aufgaben der KPD bestimmt. Titel: "Aktionsprogramm der KPD". Dieser Teil umfaßt wieder verschiedene Unterpunkte:
"a)Proletarische Kampfforderungen gegen die Kapitaldiktatur und die fortschreitende Kapitaloffensive, b) Nicht Koalitionspolitik, sondern revolutionärer Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, c) Der proletarische Krieg gegen den imperialistischen Krieg". Die gesamte Resolution umfaßt 13 Protokollseiten!

Ohne inhaltlich auf die Resolution einzugehen, wird doch klar ersichtlich, was eine solche Resolution behandeln muß, um der Partei für einen bestimmten Zeitraum eine klare Perspektive zu weisen.
Die große Bedeutung dieser Resolutionen für die praktische Einheit der Partei soll noch ein anderes Beispiel zeigen: die Auseinandersetzung zwischen Rechten, Mittelgruppe und Ultralinken nach 1923 wurde erstmals auf einem Parteitag im Jahre 1924 (9. Parteitag) ausgetragen. Diesem Parteitag lagen drei Resolutionen zur Lage und zu den Aufgaben der Partei vor; und zwar je eine der Opposition (Ultralinke), der Mittelgruppe und der Brandlergruppe (Rechte). An diesem Beispiel wird am besten klar, daß sich verschiedene politische Linien gerade in solchen Resolutionen am ehesten offen zeigen, am ehesten klar herauskristallisierbar sind und daß die Differenzen keineswegs - das hat die Geschichte der KPD deutlich gezeigt - einfach nach dem Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit gelöst werden können.

Eben deshalb sind diese Art der Resolutionen auch für den Wiederaufbau der KPD von großer Bedeutung; ohne Einheit der taktischen Marschroute ist jeder Gründungskongreß als gescheitert zu betrachten.

Sicher ist es richtig gewesen, daß die Programm-Kommission zunächst einen Vorschlag für ein "Programm der westdeutschen Kommunisten" vorgelegt hat. Aber die Auseinandersetzung um dieses Programm alleine wird noch lange nicht zu einer einheitlichen Organisation, geschweige denn zum Gründungsparteitag der KPD führen. Das hat die Programm-Kommission auch erkannt und deshalb angekündigt, daß sie taktische Resolutionen vorlegen werde. Aber das, was sie als solche Resolutionen vorschlägt, hat mit dem, was eine taktische Resolution, wie wir sie oben beschrieben haben, ist, wenig zu tun. (NRF-Sondernummer, S. 39)

Die Frage "Wie ist heute der demokratische Kampf zu führen" ist mit Sicherheit ein Punkt einer solchen Resolution, aber nicht schon die Resolution selber. Denn die Beantwortung dieser Frage bedarf einer konkreten Ableitung aus dem Stand der Klassenkämpfe, ebenso wie eine Resolution zum gewerkschaftlichen Kampf. Die Einschätzung des Standes der Klassenkämpfe ist ein entscheidender Teil dieser Resolution. Die Frage "Wie ist der antirevisionistische Kampf zu führen?" ist unserer Meinung nach so, wie die Programm-Kommission die Frage stellt, ein prinzipielles Problem der Einheitsfrontpolitik und gehört somit ins Programm. (vgl. oben: Programm und Taktik)

Auf jeden Fall geben die taktischen Resolutionen, so wie sie von der Programm-Kommission geplant sind, nur eine beschränkte Perspektive an. Wir meinen deshalb, daß die Programm-Kommission und alle Organisationen, die ehrlich den Wiederaufbau der KPD anstreben, nicht umhin kommen, einen Vorschlag für eine umfassende taktische Resolution in dem Sinne zu veröffentlichen, wie wir sie oben beschrieben haben. Über einen solchen Vorschlag wird dann eine ebenso breite Diskussion geführt werden müssen wie um den Programm-Entwurf selbst.

V. Die Partei steht auf der Tagesordnung

Leider hat die Redaktion des NRF die These aus dem NRF 2/72, daß nämlich das Parteiprogramm formulierbar sei und die Partei auf der Tagesordnung stehe, in ihrer Antwort auf TuP 13 in einer Weise präzisiert, daß der KB-Nord das zu einem willkommenen Anlaß genommen hat, gegen den gesamten Aufbauplan zu Felde zu ziehen.

Im NRF 4-5/72 heißt es: "Wir meinen, daß die objektiven Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind: eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung ... Gerade weil der parteimäßige Zusammenschluß aller ehrlichen Kommunisten auf der Tagesordnung steht, müssen wir den Kampf für die ideologische und programmatische Klarheit verstärken mit dem Ziel, die subjektiven Bedingungen für die Gründung der Partei zu schaffen." (S. 78)

Diese Unterscheidung zwischen objektiven und sub-

jektiven Bedingungen für die Parteigründung geht am wirklichen Problem vorbei. Denn was ist die objektive Bedingung dafür, daß die Partei auf der "Tagesordnung" steht? Doch schlicht und einfach die Tatsache, daß wir in einem imperialistischen Land leben, in dem es keine Kommunistische Partei gibt! Das Kriterium, das die NRF-Redaktion gibt, ist ein vollkommen nichtssagendes Kriterium: was ist denn eine "relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung"? Wann ist denn die Bewegung breit genug? Warum stand die Partei nicht vor 2 Jahren schon auf der Tagesordnung und warum steht sie nicht erst in 2 Jahren, wenn die Bewegung noch breiter ist, auf der Tagesordnung? Die Breite der Bewegung ist immer ein relativer Begriff, aus dem sich die These, die Partei stehe jetzt auf der Tagesordnung, nur in einem Willkürakt begründen läßt.

Das einzige Kriterium, aus dem sich ableiten läßt, daß die Gründung der KPD heute auf der Tagesordnung steht, daß die KPD innerhalb von kurzer Zeit zu gründen ist, ist die politische Klarheit über die entscheidenden Fragen der Bewegung, über Programm und Taktik. Wenn in diesen Fragen Klarheit und Einheit erzielt werden kann, dann steht die Gründung der KPD in der Tat auf der Tagesordnung.

Wir meinen, daß die Auseinandersetzung des letzten 3/4 - Jahres diese Bedingungen geschaffen hat, daß die zu lösenden Probleme klar herausgearbeitet sind und daß der Vorschlag der Programm-Kommission eine geeignete Grundlage für eine breite Auseinandersetzung um das Programm der KPD darstellt, an deren Ende die Formulierung des Programms steht.(12)

Wahrscheinlich wird die Organisation, die auf der Basis dieses Programms gegründet wird, noch nicht die KPD sein. Aber sie wird die Kräfte in der kommunistischen Bewegung zusammenfassen, mit denen Einheit über das Programm und die Taktik erzielt werden kann. Es ist heute schon absehbar, daß die Organisierung dieser Front innerhalb der kommunistischen Bewegung klare Verhältnisse schaffen wird. Die Programm-Kommission schreibt dazu richtig:
"Unser Programmentwurf hat einen doppelten Sinn. Zum einen geht es darum, auf der Basis dieses Programms schon bald diejenigen Genossen zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen, die sich auf diese Grundlage stellen und mit denen wir eine gemeinsame Taktik ausarbeiten können. Zum anderen aber verstehen wir als Kommission unseren Programmentwurf als einen Vorschlag für die gesamte kommunistische Bewegung, für dessen Anerkennung die zu schaffende Organisation wird kämpfen müssen...
Wenn wir einen Vorschlag für das Programm der Partei unterbreiten, so ist uns gleichzeitig klar, daß dieser Vorschlag weder automatisch sich durchsetzen wird, noch daß er allein ausreicht, die praktische Politik zu bestimmen. Vielmehr wird es die Aufgabe der neuen Organisation sein, zu beweisen, daß auf der Grundlage dieses Programms richtige Politik gemacht werden kann."
(S. 39, Hervorhebungen von uns)
Nur in diesem Sinne wird diese neue Organisation nicht bloß ein neuer großer überregionaler Zirkel unter vielen sein, sondern ein entscheidender Schritt, der die Strukturen des Zirkelwesens in ihren Grundlagen schon zerschlagen hat, weil er einen qualitativ neuen Stand von politischer Klarheit darstellt.

Die Praxis dieser Organisation, auch dann, wenn sie noch nicht die KPD ist, muß zeigen, daß das Programm tatsächlich der Programmvorschlag für die KPD ist, daß die Taktik dieser Organisation richtig ist.

VORWÄRTS BEIM WIEDERAUFBAU DER KPD!

- Zentrale Leitung der KG Köln -

(aus: Theorie und Praxis (tup) Nr. 14, Zeitschrift der Kommunistischen Gruppe Köln)

---

(12) Sicherlich spielt hier auch die "Breite der Bewegung" eine gewisse Rolle, denn die Klarheit, die bis jetzt erreicht wurde, war nur möglich aufgrund der praktischen Erfahrungen der Bewegung. Programm und Taktik werden nicht im Studierzimmer entworfen.

DIE FRONT 1/73

Die "FRONT" - Zeitschrift zur Unterstützung des Kampfes der Völker des Nahen Osten
Herausgegeben vom SOZIALISTISCHEN PALÄSTINA-KOMITEE, Heidelberg
Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum
Bestellungen über D. Hildebrandt, 69 HD, Postf. 834
INHALT u. a.:
- Die Lehren des Junikrieges und der Weg der Widerstandsbewegung zur Nationalen Einheit
- Die FPDLP zu den letzten Verhaftungen in Israel
- Alle Demokratie dem Volk - Alle Opfer für das Vaterland
- Die arabische Reaktion
- Der Befreiungskampf des kurdischen Volkes im Irak
- Pressemeldungen über Nahost

Sozialistische Studentengruppe Hamburg

UNSERE STELLUNG ZUR PROGRAMMSTELLUNGNAHME

1.
Unsere bisherige Stellung zur Programmstellungnahme wie sie von uns veröffentlicht wurde in den RESULTATEN 1/72 und in der ROTEN PRESSE 11/72, war gekennzeichnet durch Übereinstimmung mit dem Ansatz der Genossen der Bremer Kommuniqué-Organisationen, daß die Überwindung des Zirkelwesens und der Wiederaufbau der KPD auf der Tagesordnung stehe. Trotz der ebenfalls in den RESULTATEN formulierten Einsicht in die Notwendigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Programmstellungnahme haben wir es über zwei Monate lang "versäumt", unsere Position dazu festzuhalten und öffentlich darzulegen. Vielmehr hielten wir unsere Stellungnahme zum Vorschlag der Programmkommission für einen "inhaltlichen" Mangel, "der von uns derzeit nicht zu beheben" wäre (vgl. RESULTATE 1/72, S. 6), d. h. für eine ungeheure, kaum zu bewältigende Aufgabe. Diese Haltung ist Ausdruck eben der Zirkellogik, die von der Programmkommission in ihrer Stellungnahme richtig kritisiert worden ist als Legitimation des Zirkelwesens, das Zirkelwesen zu bewahren.

Damit haben wir den Fehler gemacht, unser Verhältnis zu den Kommuniqué-Organisationen auch weiterhin lediglich auf dem historischen Niveau zu bestimmen, das aufzuheben gerade das Ziel der vorgelegten Arbeit der Programmkommission gewesen ist. Unter den Zirkeln - ob sie nun mit Parteianspruch firmieren oder nicht - besteht allgemeine Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Überwindung des Zirkelwesens, über die Bedeutung von Programm und Partei. Dennoch sind Schritte der tatsächlichen Bewältigung dieser Aufgabe bislang kaum gemacht worden. Vielmehr hat sich die Zersplitterung der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands ausgeweitet. Deshalb geht es gegenwärtig nicht darum, die Einigkeit in diesen prinzipiellen Fragen weiterhin zu proklamieren, sondern es geht um die praktische Frage, wie das Zirkelwesen zu überwinden ist und wie der Wiederaufbau der KPD politisch, ideologisch und organisatorisch anzugehen ist. Nicht länger Beschwörung, daß das Zirkelwesen zerschlagen werden muß, sondern wirkliches Beschreiten des Weges, auf dem es zerschlagen werden kann, das ist die aktuelle Aufgabe der Kommunisten in der BRD!

Die gemeinsame Programmkommission der Kommuniqué Organisationen hat ihren Plan für diesen Weg vorgelegt. Wir halten diesen Plan für richtig: Herstellung der Einheit der Kommunisten über die programmatischen Grundfragen der Bewegung, über die "klare und genaue Darlegung alles dessen, was die Partei anstrebt und wofür sie kämpft" (LW 6, An die Dorfarmut, S. 394), und darauf aufbauend die Ausbildung gemeinsamer organisatorischer Formen. Und die Genossen haben bereits erste Schritte auf dem Wege der Durchführung dieses Planes zurückgelegt: Sie haben ihre Vorstellung über den Aufbau und die Bestandteile des Programms der westdeutschen Kommunisten entwickelt und dargelegt, und sie haben auch Maßnahmen zur Organisierung des Kampfes um die Einheit der Kommunisten vorgeschlagen: Zusammenfassung all der Kräfte, die sich auf dieses Programm stellen, in einer einheitlichen kommunistischen Organisation, um den Kampf um die richtige Linie national führen zu können.

Da die Notwendigkeit des Programms allgemein anerkannt ist, muß die Auseinandersetzung mit der Programmstellungnahme um folgende Fragen gehen: Werden die allgemeinen Grundaufgaben der Kommunisten in der BRD richtig formuliert oder nicht? Bietet der Vorschlag eine Grundlage für die Arbeit der Kommunisten in einer Organisation?

Diese Fragen sind von uns bisher in keiner Weise beantwortet worden. Vielmehr sind wir bloß methodisch an die Programmstellungnahme herangegangen ("richtiger Schritt vorwärts") und haben uns somit opportunistisch hinter sie gestellt ("wir werden uns schon auf diese Grundlage stellen können"). Natürlich ist ein parteiliches Angehen jeder Auseinandersetzung richtig und notwendig, die Parteilichkeit ist unverzichtbarer Bestandteil des Marxismus-Leninismus. Die Programmstellungnahme aber war gerade darauf ausgerichtet, die bisherige Parteilichkeit auf der Grundlage von Übereinstimmung in den taktischen Fragen, die bislang im Zentrum der Politik der Kommunisten in Westdeutschland standen, auf eine neue Stufe zu heben, zur Übereinstimmung in den Grundfragen zu kommen. Deshalb muß die Auseinandersetzung um die Inhalte des Programms geführt werden. Daß unser bisheriges fehlerhaftes Verständnis nicht allein unser Problem ist, sondern dem Zirkelwesen entspringt, machen die Stellungnahmen anderer Organisationen deutlich, so z. B. der ABG München, der MLG Mannheim (auf die die folgende Kritik allerdings nur bedingt zutrifft) und der Gruppe Rote Fahne (KPD). Diese zeichnen sich vor allem durch Methodismus und An-

alphabetismus aus und durch das (fast) vollständige Fehlen jeder inhaltlichen Auseinandersetzung. Diese ersetzen Kategorien wie "Buchgläubigkeit", "Epigonentum", "zu allgemein", "unwissenschaftlich", "Prinzipienerklärung" etc. Was fehlt, welche Besonderheiten der westdeutschen Revolution ihren Eingang in das Programm der westdeutschen Kommunisten zu finden hätten, sucht man vergeblich. Eine Antwort auf diese Fragen jedenfalls geben methodische Hinweise auf die "besonders große Bedeutung klassenanalytischer Untersuchungen" nicht, ebensowenig wie die, daß die Programmkommission sich auf die Programme der SDAPR von 1903 und der KPR von 1918 stützen will, also auf 70 bzw. 55 Jahre alte Programme, womit die "Kritiker" die Auseinandersetzung um die Frage, ob die in diesen Programmen dargelegten Grundanschauungen der Kommunisten heute noch gültig sind oder nicht, bereits für beendet halten. Wenn so auch die Stellung zur Programmstellungnahme "geklärt" ist, widmet sich die weitere "Kritik" dem "Weg des Parteiaufbaus" und lamentiert über die "Legitimation" der Kommuniqué Organisationen, überhaupt einen Programmentwurf vorzulegen. Ergänzt wird dieser Methodismus durch einen kaum anders als dümmlich oder böswillig zu kennzeichnenden Analphabetismus, der in der Auseinandersetzung bereits in der Programmstellungnahme kritisierte Positionen wiederholt, auf "Fehler" eingeht, die in der Stellungnahme ganz anders formuliert sind, auf "fehlende" Punkte hinweist, die enthalten sind, etc. pp. "Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchung vorgenommen, dann verlierst du das Recht, darüber mitzureden ... Hast du nämlich den augenblicklichen Stand der Frage und ihre Geschichte nicht geprüft, weißt du nicht, worum es sich in Wahrheit handelt, dann wirst du folglich, wenn du dich zu dieser Frage äußerst, unvermeidlich in den Tag hineinschwatzen". Dieser Eindruck ergibt sich dem sorgfältigen Leser der Programmstellungnahme z. B. bei der "Kritik" des KSV (Rote Fahne), die der Programmkommission vorwirft, einem von ihr selbst kritisierten Fehler verfallen zu sein: der "sklavischen Nachahmung der Vergangenheit". Als "Beleg" führen sie folgende Kritik der Programmstellungnahme an der Gruppe Rote Fahne (KPD/ML) an: "Das Zentralbüro dieser Organisation studiert seit Jahren die taktischen Ausarbeitungen der KPD und der Kommunistischen Internationale seit Ende der zwanziger Jahre und versucht, damit die Programmfrage zu lösen" (S. 7). Daß das keine Abgrenzung davon ist, durch das Studium der programmatischen Ausarbeitungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung die Lösung der Programmfrage in Westdeutschland voranzutreiben, kann nur Ignoranten und Leuten entgehen, die Kommunismus vor allen Dingen für "originell" halten! Die MLG Mannheim - die allerdings wenigstens den Versuch einer auch inhaltlichen Stellungnahme machte - hat der Programmkommission gar vorgeworfen, das Proletariat zur selbständigen politischen Partei organisieren zu wollen und "also offensichtlich die gesonderte Organisation der Kommunisten überflüssig (zu) machen"! Als sei aufgrund der dialektischen Beziehung von Partei und Klasse die Organisierung des Vortrupps des Proletariats nicht gerade Ausdruck und Voraussetzung der Organisierung des Proletariats zur selbständigen politischen Partei gegenüber der Bourgeoisie.

Solche Stellungnahmen bringen die Auseinandersetzung um die Programmfrage keinen Schritt weiter. Sie sind lediglich Ausdruck des Versuchs, die Sonderbündelei des Zirkelwesens gegen die Herstellung der Einheit der Kommunisten zu verteidigen, wie die "Erklärung" der Gruppe Rote Fahne (KPD) deutlich macht, die - ohne auch nur ein inhaltliches Wort zur Kritik der Programmkommission am Aufbau und der Beliebigkeit der Aussagen der "Programmatischen Erklärung" der Gruppe Rote Fahne und zur Stellungnahme der Programmkommission überhaupt verloren zu haben - zu dem Schluß kommt, "in der gegenwärtigen Situation nicht auf Vereinigung mit anderen Organisationen zusteuern" zu können.

Auf den Erhalt der Sonderbündelei - die u. E. das westdeutsche Zirkelwesen insgesamt kennzeichnet, nicht nur die "Parteien", sondern alle Zirkel - zielen auch die Stellungnahme der ABG München und die des KB Nord (AK 24. Dez. 72, in dem allerdings die im Nov. 72 veröffentlichte Programmstellungnahme noch nicht berücksichtigt wurde) ab. Nach einer abstrakten Sophisterei (die inzwischen die Gruppe Rote Fahne aufgegriffen und weiterentwickelt hat) über die von den Kommuniqué Organisationen historisch-konkret verstandene und verarbeitete Aussage, daß die "objektiven Bedingungen der Parteigründung herangereift sind, eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung", kommt der KB Hamburg zu dem bemerkenswerten Schluß, daß das Fehlen eines Programms keineswegs "Ursache", sondern lediglich "Folge" des Zirkelwesens sei und daß es folglich "eine Illusion (sei), zu glauben, die Grenzen des Zirkelwesens willkürlich (!) durch die Erarbeitung eines Programms überschreiten zu können." Solange es das Zirkelwesen gibt, gibt es keine Partei, und die Voraussetzung zur Schaffung der Partei können nicht hergestellt werden, solange es das Zirkelwesen gibt! Als Ausweg aus diesem genialen Zirkelschluß geben die Zirkelpolitiker des KB die Entfaltung des Zirkelwesens, der lokalen Arbeit, an - oder - wie es ein KB-Genosse ausdrückte - "Vorwärts vom Zirkelunwesen zum Zirkelwesen!".

Demgegenüber haben die Kommuniqué Organisationen unserer Einschätzung nach richtig die Bedeutung der Programmerarbeitung zum gegenwärtigen Zeitpunkt betont. Es ist richtig, daß die objektiven Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind. Die lokalen und regionalen Zirkel haben relativ breite Agitations- und Propagandatätigkeit entfaltet, sie haben bewiesen, daß sie in der Lage sind, nicht nur in betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe einzugreifen, sondern auch relevante Teile fortschrittlicher Menschen an den verschiedenen Kampfabschnitten auf einer kommunistischen Linie zu vereinigen. Es ist ihnen gelungen, sich in ersten Ansätzen mit der

spontanen Arbeiterbewegung zu verbinden - und wenn die Genossen des KB meinen, bei ihnen bestünde eine solche "Verbindung" nur im Biertrinken mit einigen Kollegen, dann sollten sie lieber die Richtigkeit ihrer Linie überprüfen, als diese lokale "Besonderheit" zu verallgemeinern. Die wachsenden Aufgaben, die sich den Kommunisten stellen, sind aber nicht durch eine Entfaltung der lokalen Arbeit, der objektive Grenzen gesetzt sind, zu überwinden, sondern nur durch die Herbeiführung des Zusammenschlußes der Kommunisten in einer einheitlichen nationalen Organisation. Woran es fehlt, ist nicht, wie der KB Hamburg behauptet, "der aktuelle Zustand der Arbeiterbewegung", sondern der aktuelle Zustand der kommunistischen Bewegung. Woran es fehlt, gerade als Bedingung für die weitere Vorwärtsentwicklung der Massen, für die Behebung auch bestimmter resignativer Tendenzen, ist, daß eine tatsächliche Kraft in der Gesellschaft sichtbar ist, die sich als einigendes und vorwärtstreibendes Moment in den Kämpfen praktisch erweist. Diese Kraft allerdings können lokal zersplitterte Zirkel nicht darstellen, sondern nur die nationale KP. Streng genommen können die lokalen Zirkel in keiner Weise die Aufgaben der Kommunisten wahrnehmen. Denn die Aufgabe kommunistischer Politik ist es vor allem, den Klassenkampf zu organisieren und zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und der Aufbau des Sozialismus ist. Nicht jeder Kampf von Arbeitern aber ist Klassenkampf, sondern Klassenkampf ist politischer Kampf, der Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat. Dieser Kampf ist ein nationaler Kampf, und es ist klar, daß er nicht durch handwerklerische lokale Arbeit entwickelt werden kann, sondern nur durch die Zusammenfassung der lokalen Arbeit zur Arbeit einer Partei und die einheitliche, natürlich lokalen Besonderheiten angepasste, lokale Arbeit der Kräfte dieser Partei. Die Entwicklung der Kämpfe der Arbeiter zum Kampf der Klasse der Arbeiter setzt weiter voraus die Entfaltung der Agitation für die gesamten Ziele des Kommunismus. Die Weiterentwicklung der Linksbewegung in der Arbeiterklasse und im Volk zur Loslösung von allen bürgerlichen Ideologien, auf der Grundlage der ideologischen Offensive der Kommunisten wird nur dann möglich sein, wenn die Kommunisten selbst eine einheitliche ideologische Grundlage hergestellt haben und ihre programmatisch formulierten Ziele propagieren können. Daraus ergibt sich, daß die Schaffung von Programm und Partei auf der Tagesordnung stehen und der von den Kommuniqué Organisationen vorgelegte Plan zum Wiederaufbau der KPD richtig ist. Daraus ergibt sich auch, daß die Auseinandersetzung um das Programm der westdeutschen Kommunisten nicht abstrakt theoretisch geführt werden darf, sondern, daß es um ein Programm geht, das geeignet sein muß, die westdeutschen Kommunisten in einer Kampfpartei zusammenzuschließen, die ihre Aufgaben und ihre Ziele, Organisierung und Leitung des proletarischen Klassenkampfes zur Eroberung der politischen Macht und zum Aufbau des Sozialismus, in einem Programm formuliert und mit einem Programm propagiert. Die Auseinandersetzung mit der Programmstellungnahme muß insofern für uns mit einbeziehen die Frage der praktischen Schlußfolgerungen für unsere Organisation und für unsere Politik.

2.
Wir sind der Meinung, daß ein auf der Basis der veröffentlichten Stellungnahme der Programmkommission erstellter Programmentwurf als Vorschlag für das Programm der KPD geeignet ist und daß er eine Grundlage bietet, den weiteren Kampf um die Einheit der KPD in einer nationalen Organisation zu führen.

Begründung:

Die Inhalte der Programmstellungnahme tragen zur Überwindung zentraler alter Fehler der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands bei. Insbesondere haben sie die verschiedenen subjektivistischen Vorstellungen über das Programm der KPD entmystifiziert und das Programm nach Umfang und Charakter klar bestimmt. Die Programmstellungnahme hat aufgeräumt mit der Richtung, an die Stelle des Programms einen prinzipienlosen Eklektizismus zu setzen, und mit den Auffassungen, " die Arbeit am Programm als eine ungeheure, kaum zu bewältigende Aufgabe anzusehen" und so liquidatorischen und sektiererischen Strömungen einen geeigneten Nährboden zu schaffen. Sie hat aufgewiesen die Notwendigkeit der klaren Unterscheidung programmatischer und taktischer Fragen bei der Programmarbeit und festgestellt, daß lediglich allgemeine taktische Prinzipien für die kommunistische Massenlinie, wie vor allem Verbindung des Alltagskampfes mit dem Endziel, Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf, ihren Eingang in das Programm finden werden. Sie hat gegenüber wesentlich in der Tradition der westdeutschen Studentenbewegung stehenden Auffassungen, die Analyse der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus als die zentrale programmatische Aufgabe zu begreifen, darauf hingewiesen, daß die Besonderheiten eines einzelnen Landes nur insoweit ins Programm gehören, als sie Besonderheiten der Durchführung der sozialistischen Revolution in diesem Lande zur Folge haben, daß ansonsten aber die Analyse der grundlegenden Entwicklung von Kapitalismus im allgemeinen und Imperialismus im besonderen bereits geleistet worden ist, und damit die programmatische Klarheit über die grundlegende Entwicklung des BRD-Imperialismus und der proletarischen Revolution aktuell ohne weitere umfangreiche Untersuchungen möglich ist. In diesem Zusammenhang haben die Genossen u. E. ebenfalls richtig bestimmt das Verhältnis zu den Programmen aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung, gerade auch gegenüber solchen Kritiken, wie sie heute von den verschiedenen Seiten formuliert werden. Es geht um die Frage, ob die in diesen Programmen formulierten Anschauungen richtig sind, und nicht, ob sie "alt" sind. Geben sie die Ziele und Inhalte der westdeutschen proletarischen Revolution richtig an, so besteht kein Grund dafür, sich nicht an sie anzulehnen. Die "Originalität" sollten wir den mo-

dernen Revisionisten überlassen. Im Gegensatz zu ihnen halten wir den Marxismus-Leninismus nicht für veraltet. Wichtig und notwendig ist neben der Kritik an solch "leichtfertigem" Umgang mit den Klassikern die Kritik an falschen Anschauungen über das Verhältnis zu den Aussagen der chinesischen und albanischen Kommunisten. Die von ihnen herausgearbeiteten marxistisch-leninistischen Positionen gegenüber den modernen Revisionisten wie die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus aufgrund der Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in diesen Ländern gehen in das Programm der westdeutschen Kommunisten ein. Der Vorschlag zur'Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" der KPCh ist aber nicht, wie von manchen Genossen fälschlich behauptet, selbst das "Programm der heutigen Zeit für die sozialistische Revolution in allen Ländern", Denn das Programm einer nationalen kommunistischen Partei muß die Kampfansage des Proletariats an die eigene Bourgeoisie formulieren und das Ziel des nationalen Befreiungskampfes des Proletariats herausarbeiten. Das aber kann und soll nicht die Aufgabe des "Vorschlags" der KPCh sein. Ebensowenig können die westdeutschen Kommunisten einfach die Politik der VR China übertragen, deren Ziel es ist, den Aufbau des Sozialismus in China abzusichern, das imperialistische System unter Ausnutzung seiner Widersprüche zu schwächen und damit auch die Positionen der Befreiungsbewegungen des Proletariats und der unterdrückten Völker zu stärken. Aufgabe der Kommunisten in Westdeutschland ist es, den Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die imperialistische Bourgeoisie zu organisieren und ihre Politik von diesem Hauptwiderspruch her zu bestimmen. Andernfalls verkäme ihre Politik zur bloßen Vertretung der Außenpolitik eines sozialistischen Landes.
Weiter macht die Programmstellungnahme deutlich, daß es bei der Programmfrage nicht um eine bloß theoretische Frage im schlechten Sinne geht, sondern daß der Marxismus-Leninismus eine Waffe im Kampf zu sein hat und das Programm aufgestellt wird, "damit das Volk es sehe und kenne, damit in der Partei nur Leute seien, die wirklich für die Befreiung des gesamten arbeitenden Volkes von der Bourgeoisie kämpfen wollen, und zwar Leute, die richtig verstehen, wer sich zu einem solchen Kampf zusammenschließen muß und wie dieser Kampf zu führen ist. Außerdem sind die Sozialdemokraten der Meinung, daß man im Programm geradeheraus, offen und genau erklären muß, woher die Not und das Elend des arbeitenden Volkes kommen und warum der Bund der Arbeiter immer umfassender und stärker wird ... Es ist notwendig , daß das arbeitende Volk klar begreift, warum es Not leidet und mit wem es sich verbünden muß zum Kampf für die Befreiung von der Not" (LW 6, An die Dorfarmut, S. 395).

Entsprechend kennzeichnet die Programmstellungnahme die verderblichen Folgen des Kapitalismus für die Arbeiterklasse und das Volk und ihre Ursachen, bietet diese Kennzeichnung "ein riesiges Material für die Agitation". Zugleich wird an diesem Punkt klar gemacht, wie der Kampf gegen den Revisionismus grundsätzlich abgeleitet wird. Der Kampf gegen den Revisionismus ist vor allem auch Kampf gegen falsche Vorstellungen über den Kapitalismus. Insofern ist der Kampf gegen den Revisionismus auch nicht ein dem Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus äußerliches Moment, sondern integraler Bestandteil dieses Kampfes. Den Kampf gegen den Revisionismus zu führen ist somit auch nicht vor allem eine propagandistische Aufgabe - durch Darlegung der allgemeinen Grundsätze kommunistischer Politik o.ä. -, sondern gerade auch Aufgabe der Agitation. Die Agitation gegen Imperialismus und Kapitalismus hat dem Revisionismus das Fundament seiner Demagogien zu entziehen, den proletarischen Klassenkampf von allen "halbschlächtigen Elementen ab(zu)grenzen, die mit dem Proletariat "sympathisieren" und "Reformen" zu eigenen Gunsten verlangen und zugleich bestrebt sind, die "goldene Mitte" zwischen Proletariat und Bourgeoisie ... einzunehmen" (LW 4, Entwurf eines Programms unserer Partei, S. 229), und klarzumachen, daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse ist, sich selbst zu befreien. In der gleichen Weise gibt die Programmstellungnahme die konkrete Linie für die Argumentation vom proletarischen Klassenstandpunkt aus im demokratischen Kampf an, indem sie durch die positive Formulierung der Ziele des demokratischen Kampfes im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse die proletarische Linie von allen opportunistischen und klassenversöhnlerischen Auffassungen abgrenzt: "Wenn die Masse des Volkes nicht über die Staatsmacht in ihrem ganzen Umfang verfügt, wenn im Staat auch nur irgendeine vom Volk nicht gewählte, nicht absetzbare und nicht ganz und gar vom Volk abhängige Macht zurückbleibt, dann ist eine wirkliche Befriedigung der dringlichen und heute allen zu Bewußtsein gekommenen Bedürfnisse unmöglich. Das und nichts anderes ist die proletarische Linie im demokratischen Kampf". (S. 28).

Auf die Reihe weiterer Positionen, die uns in der Programmstellungnahme gegenüber bisher vertretenen Auffassungen in der kommunistischen Bewegung richtig zu sein scheinen, werden wir weiter unten in der Auseinandersetzung mit Aufbau und Bestandteilen des Programm selbst eingehen.

3.
Wir sind der Meinung, daß der von der Programmkommission vorgeschlagene Aufbau wie die einzelnen Bestandteile des Programms grundsätzlich richtig bestimmt sind.

Der Aufbau des Programms ist keine beliebige Frage, sondern im Aufbau selbst entscheidet sich bereits, ob das Programm wissenschaftlich vom Klassenstandtpunkt des Proletariats angegangen wird. Die Reihenfolge der Programmstellungnahme, auszugehen von der Warenproduktion, dem Kapitalismus im allgemeinen und erst dann zum Imperialismus überzugehen ist selbst bereits die Grundlage für den Kampf gegen den modernen Revisionismus (Kampf gegen den Imperialismus nicht als Überbau über den Kapitalismus) und die entschiedene Abgrenzung von Auffassungen, die in der Tradition der westdeutschen Studentenbewegung stehen, die über die Erfahrung der Erscheinungsformen des Imperialismus zur Kritik

des Kapitalismus gelangt ist. Demgegenüber steht für die Arbeiterklasse am Anfang ihres Erkenntnisses des Kapitalismus die Erfahrung des eigenen Elends und der eigenen Ausbeutung im Betrieb. Der vorgeschlagene Aufbau stimmt also mit der Lage der Arbeiterklasse überein und gibt der Arbeiterklasse Antwort auf die Frage, woher die Ausbeutung und das Elend kommen. Für das Programm ist also der Ausgangspunkt der Klassenstandpunkt des Proletariats. Im Gegensatz zu anderen Programmen (vgl. KABD oder auch DKP-Grundsatzerklärung) ist das Herangehen klassenmäßig, nicht bloße Proklamation von Zielen ("wer sind wir und was wollen wir?"), ist ein solches Programm nicht eines, das "in der Luft hängt", sondern eines, das der spontanen Arbeiterbewegung entgegenkommt.

Im folgenden nehmen wir gemäß der Systematik der Programm-Stellungnahme die Darlegung unserer Positionen vor, d.h. Übereinstimmung, Kritik, Zweifel und Fragen. Kritik und Unklarheiten von u.E. geringerer Bedeutung werden wir im Anschluß an diesen Teil formulieren.

Zu 4.2:

Wir halten einen solchen Abschnitt mit dem Charakter eines Vorspanns für richtig und notwendig, gerade um gegenüber anderen "Programmen" (z.B. "Programmatische Erklärung" der Gruppe Rote Fahne) herauszuarbeiten, daß es sich hier um die Formulierung der Ziele der westdeutschen Revolution handelt, um "eine Kriegserklärung der Arbeiterklasse in erster Linie an die eigene in Westdeutschland und Westberlin herrschende Bourgeoisie". Das richtige Hervorheben, daß der Befreiungskampf des Proletariats seiner Form nach national ist, kann aber u.E. nicht dazu führen, seinen internationalen Inhalt wegzulassen. Diese Bestimmungen, wie sie im "Manifest" vorgenommen worden sind, können nicht auseinandergerissen werden. Es müßte entsprechend formuliert werden, daß, gerade weil es um den Kampf gegen das imperialistische Weltsystem geht, das westdeutsche Proletariat seinen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen hat und diesen als Teil des internationalen Befreiungskampfes begreift.

Die Genossen beziehen sich offensichtlich auf eine Auseinandersetzung zwischen Lenin und Plechanow um die Formulierung des Programms der SdAPR von 1903 (vgl. Lenin Werke, Bd. 6, S. 23). Die endgültige Fassung dieses Programms aber enthielt gerade folgenden Vorspann, in dem nationale Form und internationaler Inhalt des proletarischen Freiheitskampfes dargestellt wurden, ausgehend von der Internationalisierung des Warenaustausches: "Die Entwicklung des Warenaustausches hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten Welt hergestellt, daß die große Freiheitsbewegung des Proletariats international werden mußte und schon seit langem international geworden ist.
Die russische Sozialdemokratie, die sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats betrachtet, verfolgt dasselbe Endziel, das die Sozialdemokraten aller anderen Länder anstreben." (vgl. Lenin Werke, Bd. 24, S. 467). Entsprechend müßte u.E. der Vorspann des Programms der westdeutschen Kommunisten aussehen bezüglich der Darlegung von nationalem-internationalem Kampf des Proletariats.

Zu 4.3.

Wir sind schon oben allgemein eingegangen auf die klassenmäßige Bedeutung dieses Abschnitts im Aufbau des Programms.
Dieser Teil beginnt richtig mit der Entwicklung des Kapitalismus auf der Grundlage der Warenproduktion, richtig, "weil sich die Sache wirklich so entwickelt hat", und vor allem, weil so klar gemacht wird, daß sich der Kampf der Arbeiterklasse nicht nur gegen das kapitalistische Lohnsystem, sondern gegen die Warenproduktion als seine Grundlage richtet und damit "die ökonomische Perspektive beim Aufbau des Sozialismus" angibt. Weiter ist die Charakterisierung des Kapitalismus richtig in der Abgrenzung von falschen Verständnissen vom Imperialismus und dem Kampf gegen den Imperialismus, vor allem gegenüber der Vorstellung vom Imperialismus als "abgeschlossenem System", die die Grundlage bietet für alle möglichen Theorien vom "krisenfesten" Imperialismus und resignativen Tendenzen. Gegenüber Kritiken, wie sie in ähnlicher Weise an der Programmstellungnahme ("zusammengestückelt") zu hören sind, wandte Lenin ein: "Diese Besonderheiten (des Kapitalismus) haben sich durch den Imperialismus... nicht grundsätzlich verändert. Der Imperialismus ist die Fortsetzung der Entwicklung des Kapitalismus... Ich kann daher nichts 'Mechanisches' darin sehen, wenn man die Analyse der grundlegenden Besonderheiten des Kapitalismus überhaupt durch die Analyse des Imperialismus ergänzt (hervorgehoben v. Verf.). Der Imperialismus gestaltet in Wirklichkeit den Kapitalismus nicht von Grund auf um, und er kann es auch nicht. Der Imperialismus kompliziert und verschärft die Widersprüche des Kapitalismus, er 'verknotet' die Monopole mit der freien Konkurrenz, aber den Austausch, den Markt, die Konkurrenz, die Krisen usw. beseitigen kann der Imperialismus nicht. ... Nicht reine Monopole, sondern Monopole neben dem Austausch, dem Markt, den Krisen - das ist überhaupt die wesentliche Eigenart des Imperialismus. Darum ist es theoretisch falsch, die Analyse des Austausches, der Warenproduktion, der Krisen überhaupt zu streichen und sie durch die Analyse des Imperialismus als eines Ganzen zu 'ersetzen'. Denn ein Ganzes gibt es nicht. Es gibt einen Übergang von der Konkurrenz zum Monopol, und daher wird ein Programm, das die allgemeine Analyse des Austausches, der Warenproduktion, der Krisen usw. beibehält und eine Charakteristik der heranwachsenden Monopole hinzufügt, viel richtiger sein, die Wirklichkeit viel exakter wiedergeben" (Lenin Werke, Bd. 24, Materialien zur Revision des Parteiprogramms 3, S. 465 f.).

Weiter soll dargestellt werden, daß im Kapitalismus sich die Gesellschaft "in Bourgeoisie und Proletariat gespalten hat, daß seine weitere ge-

schichtliche Tendenz die Konzentration und Zentralisation der Kapitale in immer weniger Händen ist bei gleichzeitiger Entwicklung der kooperativen Formen des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter. Daß eine beständig abnehmende Zahl der Kapitalmagnaten 'alle Vorteile dieses Umwandlungprozesses usurpieren und monopolisieren' bei gleichzeitigem Wachstum der 'Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung'."
Wir halten in diesem Abschnitt die unbedingte Aufnahme von folgenden Punkten für erforderlich, die in der methodischen Angabe der Programm-Kommission nicht auftauchen, allerdings in den Vorbildern, an die die Genossen die Formulierung eng anlehnen wollen, enthalten sind.

Es muß dargestellt werden die Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik. Die "Entwicklung der kooperativen Formen des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter" beschreibt lediglich eine Erscheinung der Entwicklung der Produktivkräfte und der Technik, der Triebfeder der Entwicklung des Kapitalismus. Natürlich kann das Programm keine umfassende Analyse wiedergeben, es kann aber auch nicht lediglich beschreibenden Charakter tragen, sondern muß die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Kapitalismus als Voraussetzungen für die Notwendigkeit des Sozialismus angeben. In diesem Sinn ist das Eingehen auf die Entwicklung von Produktivkräften und Technik notwendig, um die Bedingung für die Durchsetzung der großen Kapitale zu nennen (Extramehrwert gegenüber kleinen Kapitalen), um die Bedingung für die relative Verringerung des Bedarfs an lebendiger Arbeitskraft auf dem Hintergrung der Automatisierung zu nennen und um die materiellen Voraussetzungen für die Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische aufzuzeigen. Auch nur auf diesem Hintergrund kann die Auseinandersetzung mit der revisionistischen Theorie von der "wissenschaftlich-technischen Revolution" geführt werden, nur in diesem Zusammenhang kann die Notwendigkeit der Überwindung der Trennung von Kopf- und Handarbeit entwickelt werden (vgl. Marx, Grundrisse, S. 592 f.).

Zu 4.4:

Die Charakteristik des proletarischen Klassenkampfes und seiner Bestandteile scheint uns hier insgesamt richtig vorgenommen worden zu sein:

1. Darlegung der Ziele des Kampfes
2. Darlegung der Internationalität der Arbeiterbewegung, d.h. der Gemeinsamkeit der Ziele der westdeutschen Arbeiterklasse mit den Zielen der Proletarier aller Länder, mit der Beseitigung der Klassengegensätze, Aufhebung der Gegensätze zwischen den Nationen und ihrer Einteilung in unterdrückende und unterdrückte.
3. Darlegung der Voraussetzungen für die Durchführung der sozialen Revolution:
   Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht und Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Folgerung der Notwendigkeit des politischen Kampfes und seines Primats.
4. Darlegung der Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats bis zu dem Zeitpunkt, da in allen Ländern der Welt die kommunistische Gesellschaft erreicht ist und damit der Staat absterben kann. Dieser Punkt zieht die wichtigste Lehre aus dem Aufbau des Sozialismus in der VR-China wie aus der Restauration des Kapitalismus in einer Reihe von ehemals sozialistischen Ländern.

Zu 4.5:

Auch dieser Abschnitt ist u.E. insgesamt richtig. Hier ist aufzuzeigen, das die Kommunisten die historischen Interessen der Arbeiterklasse vertreten, daß sich die Kommunisten die Aufgabe setzen, das Proletariat zur selbständigen politischen Partei gegenüber der Bourgeoisie zu organisieren, damit die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe erfüllen kann, daß die Kommunisten deshalb den Kampf der Arbeiterklasse in allen seinen Formen fördern, leiten und organisieren, daß sie in diesem Kampf das Klassenbewußtsein, d.h. das Bewußtsein von der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit von Bourgeoisie und Proletariat und die Einsicht in die Ziele, Bedeutung und Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes entwickelt. Um diese Aufgabe wahrzunehmen, gelten "die beiden obersten Grundsätze kommunistischer Taktik ...: die Verbindung des Alltagskampfes mit dem Kampf um das Endziel und der Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf."

Nachdem in dieser Weise aufgezeigt wurde, welchen Platz in der Gesellschaft die Arbeiterklasse einnimmt, welche Ziele die Arbeiterklasse mit ihrem Kampf verfolgt und welche Aufgaben die Kommunistische Partei als Partei der Arbeiterklasse wahrnimmt, richtet sich ein Aufruf an alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Schichten der Gesellschaft, in die Reihen der Partei zu kommen, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen.

Zu 4.6 (Exkurs):

Das Problem der Berücksichtigung der neuen Mittelschichten im Programm scheint uns grundsätzlich richtig behandelt zu sein. Auf einige Unklarheiten und mißverständliche Formulierungen werden wir später eingehen. Richtig sind die Konsequenzen aus der Analyse der Situation der neuen Mittelklasse für das Programm:

1. Nach der Kennzeichnung der gesellschaftlichen Rolle der Arbeiterklasse - Hervorhebung der Sonderstellung des Proletariats - etwa folgender Passus:
   "Die internationale Sozialdemokratie, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zur Erfüllung seiner großen historischen Mission zu befähigen, organisiert es zu einer selbständigen politischen Partei ... macht ihm die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen Revolution klar. Zugleich damit zeigt sie der gesamten werktätigen und ausgebeuteten Masse die Aussichtslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution im Interesse ihrer eigenen Befreiung vom Joch des Kapitals. Die Partei

der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen." (Lenin Werke, Bd. 24, Zum Entwurf der Umarbeitung des Programms (1917), S. 469 f.)

2. Aufhebung der Trennung von Kopf- und Hand - arbeit und "Verwandlung der gesamten Gesellschaft in ein freies Arbeitervolk" als Ziele des proletarischen Klassenkampfes, woraus auch die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur als breiteste Demokratie für die Massen zu folgern ist.
3. Verbindung des Entstehungsprozesses der neuen Mittelklasse mit dem Imperialismus, Kennzeichnung seines parasitären, faulenden Charakters, Kennzeichnung der Auswirkungen des Imperialismus nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze Volk : "die mit dem Wachstum der kapitalistischen Monopole verbundene Teuerung und die Zunahme des Drucks der Syndikate auf die Arbeiterklasse (und die übrigen Lohnabhängigen), die gewaltige Erschwerung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, die Schrecken, das Elend der Ruin, die Verwilderung" (Lenin Werke Bd. 24, Entwurf..., S. 470), die der Imperialismus erzeugt.
4. Keine Aufstellung eines Sonderprogramms, "soweit ihre Interessen fortschrittlich sind", sind sie in den - im praktischen Teil des Programms formulierten - demokratischen und wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats aufgehoben.

Soweit zu der neuen Mittelklasse. Falsch scheint uns die Sache jedoch zu werden, wo die Genossen die alte Mittelklasse abgrenzen und angeben, daß das Programm noch um ein gesondertes "Agrarprogramm für die westdeutschen Bauern", "das darzulegen Sache des praktischen Teils" ist, erweitert werden müsse, das zu formulieren die Genossen sich "noch nicht in der Lage" sehen. Diese Bestimmung scheint uns äußerst fragwürdig zu sein. Denn sie liefe auf zweierlei Bündnispolitik hinaus : keine besonderen Forderungen für die neue Mittelklasse, aber besondere Forderungen für die Bauernschaft. Damit aber wird die Frage der Bündnispolitik abhängig gemacht von der Situation der Bündnispartner und nicht von der Bestimmung der Etappe der Revolution, von der her allein die Bestimmung einer richtigen Bündnispolitik zu treffen ist (vergl. Resultate 1/72, Thesen zur Bündnispolitik). Es geht hier nicht um ein Aktionsprogramm, sondern um das Programm. Lenin hat sowohl für das Programm der SdAPR von 1903, wie für das von 1917 die besondere Behandlung der Bauernfrage aus den Besonderheiten Rußlands abgeleitet : "...daß diese Besonderheiten sich erstens auf unsere politischen Aufgaben und Kampfmittel beziehen; zweitens auf den Kampf gegen alle Überreste des patriarchalischen, vorkapitalistischen Regimes und auf die durch diesen Kampf verursachte besondere Stellung der Bauernfrage" (hervorgeh. durch Verf., - LW 4, Entwurf eines Programms unserer Partei, S. 229 f.). Für die proletarische Revolution in der BRD stellen sich solche Besonderheiten u. E. nicht. (z. B. Landaufteilung zur Sprengung feudaler Strukturen), zudem ist zu berücksichtigen, daß in der BRD bereits ein großer Teil Bauern de facto Lohnarbeit leistet und lediglich formal selbständig ist., somit als "halbproletarische Elemente" gelten müßten. Die Konsequenzen für die Berücksichtigung der Interessen der Bauern für das Programm wären etwa entsprechend der neuen Mittelklasse :

1. Kein besonderes "Agrarprogramm", sondern positive Formulierung der Konsequenzen der sozialistischen Umwälzung auf dem Lande, Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden, sozialistische Produktion auf dem Land, Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land, im prinzipiellen Teil des Programms (entspr. Aufhebung der Trennung von Kopf- und Hand - arbeit).
2. u. U. Gebrauch einer Formulierung wie "werktätige und ausgebeutete Bevölkerung in Stadt und Land".
3. Kein besonderes "Agrarprogramm" im praktischen Teil, sondern in den dort formulierten demokratischen und wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats sind auch die Interessen der Bauern aufgehoben, soweit sie fortschrittlich sind.

Zu 4.7 :

Der Teil, der auf den Imperialismus eingeht, enthält zunächst die wesentlichen Bestimmungen, die Lenin entwickelt hat für die Charakteristik des Imperialismus :

1. die Monopole haben entscheidende Bedeutung erlangt
2. das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital zum Finanzkapital verschmolzen
3. gegenüber dem Warenexport des Konkurrenzkapitalismus dominiert der Kapitalexport
4. die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Kapitalverbände schreitet immer weiter voran
5. die territoriale Aufteilung der Welt unter die reichsten Länder der Welt ist abgeschlossen, daraus entsteht die Unvermeidlichkeit imperialistischer Kriege
6. der Imperialismus ist faulender und parasitärer Kapitalismus in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht. D. h., er ist zum Hemmnis geworden für die Entwicklung der Produktivkräfte. Werte, deren Verwandlung in Kapital nicht mehr gelingt, werden massenhaft in imperialistischen Kriegen und Krisen vernichtet. Ein riesiger Unterdrückungs- und Verwaltungsapparat hat den parasitären Bereich aufgebläht und entzieht eine große Menge von Lohnabhängigen der Produktion. Die sozialen Bereiche verkommen. Politisch bedeutet der Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie, nach außen wie nach innen.

Wie trägt die Programmstellungnahme den Veränderungen in der Welt seit Lenin Rechnung ?

1. Durch Kennzeichnung der Herausbildung des Staatsmonopolismus. Der Staatsmonopolismus (der Staat wird mehr und mehr wirklicher Gesamtkapitalist durch Übernahme der Produk -

tivkräfte in sein Eigentum) stellt die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus dar. Der Staatsmonopolismus bedeutet aber in keiner Weise, daß die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus aufgehoben werden, vielmehr treibt er sie auf die Spitze. Auch unter der Bedingung der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus kann die soziale Revolution von der Arbeiterklasse nur herbeigeführt werden, auf dem Weg der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Ersetzung durch die Organe des proletarischen Staates, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Dies klar ins Programm aufzunehmen ist notwendig in Abgrenzung von revisionistischen Theorien der "Zwischenetappen".

2. Durch die Ausgrenzung der sozialistischen Länder aus der kapitalistischen Welt, für die die Aussage gelten soll, daß die territoriale Aufteilung abgeschlossen ist.
3. Durch die Kennzeichnung des Neokolonialismus, der neben dem Kolonialismus in der alten Form durch formell unabhängige Regierungen sich durch die verschiedensten Formen der politischen und militärischen Unterdrückung seine Einflußsphäre zu sichern sucht.

Unklar ist uns im Zusammenhang dieser beiden Punkte, ob eine Aussage wie "die territoriale Aufteilung der kapitalistischen Welt ist abgeschlossen" bei Ausgrenzung der sozialistischen Staaten ausreicht, um die Entwicklung der heutigen Welt richtig zu kennzeichnen. Diese Bestimmung läßt keinen Platz für irgendwelche Zwischenstadien zwischen unterdrückten Ländern und sozialistischen. Unseres Erachtens muß die Aussage "die Auteilung der Welt ist abgeschlossen" unter den Bedingungen der Etappe der weltweiten Siege des Sozialismus über den Imperialismus und der Existenz eines sozialistischen Lagers weiter revidiert werden, als von den Genossen vorgenommen (lediglich Ausgrenzung der sozialistischen Länder).
Unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen existieren eine Reihe von nicht unterdrückten, unabhängigen aber nicht sozialistischen Staaten, die sich in der Etappe der neudemokratischen Revolution befinden. Der Kampf der unterdrückten Länder um nationale Unabhängigkeit ist ein weltweiter Prozeß geworden. Die chinesischen Kommunisten reden entsprechend unserer Kenntnis nach an keiner Stelle von der abgeschlossenen Aufteilung der kapitalistischen Welt.

Insgesamt ist uns an diesem Teil unklar, inwieweit in diesem Teil über den Imperialismus die Bedingungen der Revolution im internationalen Maßstab (Entwicklung des imperialistischen Weltsystems, Rolle des sozialistischen Lagers) richtig eingehen. Z. B. tauchen die vier Hauptwidersprüche der gegenwärtigen Epoche an keiner Stelle der Programm-Stellungnahme auf. Unklar ist uns insbesondere auch, wie und in welchem Umfang auf den Sozialimperialismus und die gesetzmäßige Verschärfung der Widersprüche im revisionistischen Lager einzugehen wäre und im Programm eingegangen wird.
Unklar ist uns weiterhin, wie in diesem Teil (bzw. im Abschnitt 4. 2) bestimmte Besonderheiten des BRD-Imperialismus behandelt werden.

Die nationale Frage ist grundsätzlich richtig bestimmt worden (im Abschnitt 4. 2): Formulierung des Programms der westdeutschen Kommunisten für Westdeutschland, nationale Frage für Deutschland keine revolutionäre Frage, insofern stellt sich die Frage nach der Wiedervereinigung Deutschlands als "Frage der Wiedervereinigung von Staaten nach dem Sieg des westdeutschen Proletariats gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie" - und natürlich nach einer entsprechenden Entwicklung in der DDR (wobei nicht geklärt ist, ob die DDR in erster Linie ein vom Sozialimperialismus unterdrücktes Land ist oder selbst an der Unterdrückung von Ländern teilhat). Unklar ist uns allerdings, ob die "Deutsche Frage" als eine zentrale Besonderheit des westdeutschen Imperialismus ihren Eingang in das Programm der westdeutschen Kommunisten zu finden hätte, indem ihre Behandlung in der o. g. Weise aufgeführt wird. Das geht aus der Programm-Stellungnahme selbst nicht eindeutig hervor.

Das Westberlin-Problem ist in der Stellungnahme nicht behandelt worden.

Nicht geklärt ist die Notwendigkeit des Eingehens auf Besonderheiten des westdeutschen Staatsapparats, v. a. auf die Frage des besonderen Charakters des Grundgesetzes gegenüber den Verfassungen anderer kapitalistischer Staaten.
Notwendig gewesen wäre u. E. ein Eingehen auf die EWG-Frage in der Programm-Stellungnahme, gerade im Zusammenhang mit Auffassungen "die EWG macht alles anders".
Dazu ist folgendes auszuführen:
"Es ist aber nicht Sache des Proletariats, sich den Kopf der eigenen Bourgeoisie zu zerbrechen, seine Aufgabe besteht allein darin, diese zu stürzen." D. h. solange keine Veränderung der politischen Macht in Europa real vor sich gegangen ist, ist es nicht Aufgabe der Kommunisten, in ihrem Programm über Eventualitäten zu philosophieren. Eine entsprechende Veränderung müßte dann in das Programm eingehen, wenn sie Wirklichkeit wird. Ansonsten führt die Einrichtung von "Vereinigten Staaten Europa " auf keinen Fall zu grundlegenden Änderungen der Aufgaben des westdeutschen Proletariats. Für diese "Vereinigten Staaten von Europa" gelten die Ausführungen Lenins zu dieser Frage unverändert:
"Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip als das der Macht unmöglich ... Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg... Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. (Das dem KB Nord ins Gedächtnis!)Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.
Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und den Mächten möglich. In diesem

Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrükken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte ... Auf der heutigen ökonomischen Basis, d. h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten."
(Lenin Werke Bd. 21, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, S. 344f.)

Zu 4.8.:

Die oben aufgeworfenen Fragen betreffen zum Teil auch diesen Abschnitt (Sozialimperialismus, Rolle des sozialistischen Lagers).
Sonst sind die Bestandteile dieses Abschnittes richtig aufgeführt. Der Imperialismus hat die Ära der proletarischen Revolution eingeleitet. Trotz aller Rückschläge durch zeitweilige Erfolge der Konterrevolution ist mit dem Übergang der unterdrückten Länder von Reserven des Imperialismus in Sturmzentren der Revolution und der Vereinigung der Kämpfe der nationalen Befreiungsbewegungen mit den Kämpfen des Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern die Revolution zur Haupttendenz in der Welt geworden. Als Teil der internationalen Armee des Proletariats und der unterdrückten Völker hat das westdeutsche Proletariat in seinem Land die Aufgabe, den Kampf um die Diktatur des Proletariats als nächster Etappe der Revolution zu führen.
Die Formulierung dieses Abschnitts wird von dem im Vorspann gegebenen Hinweis auf den internationalen Bezug des proletarischen Befreiungskampfes nicht berührt.

Zu 4.9.:

Der nach der Darstellung, daß zur Erfüllung der Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse "die revolutionäre Einheit unter den westdeutschen Arbeitern, das engste brüderliche Bündnis zwischen den Arbeitern aller fortgeschrittenen Ländern und mit den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker, sowie mit den sozialistischen Ländern erforderlich ist", gegebene Hinweis auf den Kampf gegen den Opportunismus ist zu kurz.
Notwendig scheinen uns folgende Ergänzungen:

1. Herausarbeiten, daß der Opportunismus seine objektive Grundlage im Imperialismus hat (Bestechung der Arbeiteraristokratie mit einem Teil der imperialistischen Extra-Profite).
2. Darstellung des Kampfes gegen den Opportunismus als Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse.
3. Kurze Charakterisierung der wichtigsten opportunistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung der Gegenwart: Sozialdemokratismus und moderner Revisionismus.

Zu 4.10.:

Der weitere Aufbau des Programms, nach dem prinzipiellen Teil, im praktischen Teil die demokratischen Forderungen und die wirtschaftlichen Forderungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen aufzuführen, ist korrekt.
Die Darlegungen der Programm-Kommission zum demokratischen Kampf nehmen z. T. erhebliche Weiterentwicklungen bisheriger Positionen und die Korrektur bisher verbreiteter Auffassungen zu dieser Frage vor. Wir halten die hier entwickelten Bestimmungen für insgesamt richtig und für eine Grundlage für die Aufnahme richtiger demokratischer Forderungen in diesen Teil des praktischen Programms. Es werden v. a. zwei Grundfehler, die bislang gemacht wurden, richtiggestellt: die Bestimmung des demokratischen Kampfes als Abwehrkampf und die schematische Trennung von demokratischem und sozialistischem Kampf.

Ausgangspunkt für die Bestimmung des demokratischen Kampfes von zwei Gesichtspunkten her:

1. von der Tendenz des Imperialismus zur Reaktion auf der ganzen Linie und den sich spontan entwickelnden demokratischen Bestrebungen der Massen gegen die Reaktion,
2. von der Bestimmung der proletarischen Diktatur als breitester Demokratie für die Massen, d. h. der demokratische Kampf hat seine reale Basis in der Entwicklung des Imperialismus und in den historischen Bedingungen der Diktatur des Proletariats.

Das Interesse des westdeutschen Proletariats im demokratischen Kampf ist zu bestimmen aus den sozialistischen Aufgaben des Proletariats. Das Proletariat kann sein Ziel, die ökonomische Befrei-

Eduardo de Sousa Ferreira

Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa

Wirtschaftspolitische Analysen über die portugiesischen Kolonien, Südafrika und Namibia

Vorwort von Basil Davidson

Aktion Dritte Welt, Freiburg i. Br.
in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn

Das Buch enthält unter anderem Artikel, die in ROTES FORUM und NEUES ROTES FORUM bis Ende 1971 erschienen. (231 S., DM: 6 plus Porto)

Erschien auch in englisch.

Bestellungen an:
IZ3W, 78 Freiburg, Lorettostraße 20a
Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA),
53 Bonn, Markt 10

ung, nur erreichen über die Erringung der politischen Macht, über die Errichtung der Diktatur des Proletariats. "Darum stellt sich über die ökonomische Organisation der Arbeiter hinaus ... für die Arbeiterklasse die Aufgabe, die Einheit des Volkes gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat herzustellen, um diesen Staat in der Revolution brechen und die proletarische Diktatur aufrichten zu können." Zugleich ist die ökonomische Umwälzung unmöglich "ohne die demokratische Verwaltung der der Bourgeoisie fortgenommenen Produktionsmittel durch das ganze Volk zu organisieren, ohne die ganze Masse der Werktätigen ... zur demokratischen Organisierung ihrer Reihen, ihrer Kräfte und ihrer Teilnahme am Staat heranzuziehen" (Lenin Werke, Bd. 23, Antwort an P. Kijewski, S. 14). Diesem Ziel, der ökonomischen Umwälzung unter der Voraussetzung der Errichtung der Diktatur des Proletariats, ordnet sich die Aufgabenbestimmung des demokratischen Kampfes unter. Das Proletariat führt also den demokratischen Kampf nicht als Selbstzweck, sondern weil die Demokratie für die Massen die Voraussetzung für seine ökonomische Befreiung ist, also ein notwendiger Bestandteil der Diktatur des Proletariats, ein Instrument zur Verwirklichung des Sozialismus. Von dieser Bestimmung her, der Perspektive des Sozialismus, führt das Proletariat den demokratischen Kampf. Da es von seinem historischen Interesse aus diesen Kampf bis zur tatsächlichen Verwirklichung der Demokratie für die breitesten Massen vorantreiben muß, ist es zugleich die einzig konsequent demokratische Klasse, während der Widerstand der anderen Schichten gegen die Reaktion "spontan auf der Linie (liegt), gegenüber dem Druck des kapitalistischen Staates ein Feld für die eigene freie Entscheidung frei zu halten".
Die proletarische Linie im demokratischen Kampf geht also aus von der Verwirklichung der Volkssouveränität: "Wenn die Masse des Volkes nicht über die Staatsmacht in ihrem ganzen Umfang verfügt, ... dann ist eine wirkliche Befriedigung der dringlichen und heute allen zu Bewußtsein gekommenen Bedürfnisse unmöglich." (Lenin Werke, Bd. 11, S. 13) Diese Linie grenzt sich klar ab von allen Konzepten der Klassenzusammenarbeit, der "Verfassungsverwirklichung", der "Demokratischen Erneuerung", der "Mitbestimmung", die "Demokratisierung" einzelner Gruppen, nicht aber Demokratie für das ganze Volk zum Ziel hat (reicht natürlich hier nicht als Abgrenzung von betrieblichen Mitbestimmungskonzepten aus!). Das Proletariat stellt solche Forderungen auf, die "geeignet sind, breiteste politische Aktivität nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des gesamten Volkes zu gewährleisten und hervorzurufen", und die Einheit des Volkes im Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu erzielen. Deshalb beharrt es auch auf dem Grundsatz der gleichen Rechte für jedermann und grenzt sich von allen Forderungen ab, die auf der Behauptung oder Erringung von Sonderrechten hinauslaufen und die Einheit hintertreiben. Entsprechend unterstützen die Kommunisten jede gegen den bürgerlichen Staat gerichtete politische Aktivität, treiben die auf Vereinheitlichung des Volkes abzielenden Momente voran und bekämpfen alle auf Sonderrechte hinauslaufenden Bestrebungen, um diese Aktionen zum Kampf für die Diktatur des Proletariats zu vereinigen.

Wichtig erscheint uns in diesem Zusammenhang die Abgrenzung davon, daß demokratische Forderungen immer prinzipiell mit dem Kapitalismus vereinbar sein müßten. Zu unterscheiden sind demokratische Forderungen, die generell mit dem Typus des bürgerlichen Staates vereinbar sind und solche, die erst unter der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden können.
Die Forderungen richten sich gegen den Staat und werden gegen ihn erkämpft in ihrer allgemeinen, bürgerlich-formalen Fassung. Richtig ist hier die Abgrenzung zu Forderungen, die den Staat zum "Schiedsrichter" im Klassenkampf machen wollen. Der Staat kann nicht Aufgaben übernehmen, die die Arbeiterklasse selbst zu erfüllen hat (Kampf gegen faschistische Organisationen). Solche Forderungen sind bloß geeignet, Sozialstaatsillusionen zu erhalten. Ziel des Kampfes um demokratische Rechte aber ist es, einen möglichst breiten Raum für die Klassenauseinandersetzungen zu schaffen. "Je demokratischer die Staatsordnung, umso klarer ist es den Arbeitern, daß die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit (Lenin Werke, Bd. 23, Über eine Karikatur auf den Marxismus, S. 68) Die weitestgehenden Forderungen, "die darauf abzielen, gegenüber allen staatlichen Funktionen die Volkssouveränität zur Geltung zu bringen, zielen unmittelbar auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die proletarische Diktatur."

Nur eine solche Bestimmung des demokratischen Kampfes und der demokratischen Forderungen im Programm (kein Abwehrkampf, Einheit von demokratischem und sozialistischem Kampf) ermöglicht ein offensives Führen des proletarischen Klassenkampfes. Denn "in die Offensive kommt die Arbeiterklasse nur in dem Maße, in dem es gelingt, den politischen und ökonomischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf gegen die ganze kapitalistische Ordnung zu verbinden. Diese Verbindung herzustellen und damit die Offensive der Arbeiterklasse vorzubereiten, ist oberstes Prinzip kommunistischer Taktik."

Es ist deshalb notwendig, auch solche demokratischen Forderungen in das Programm aufzunehmen, die "als Leitfaden für die politische Agitation 'von außen' ... dienen können." Weiter ist es richtig, im praktischen Teil Forderungen zu formulieren, die über die innere Verfassung der BRD hinausgehen und den konsequenten Friedenskampf und Internationalismus des Proletariats zum Ausdruck bringen. Diese Forderungen in internationalen Zusammenhängen haben aber v. a. den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen, wo diese die Völker unterdrückt und ausbeutet.

Zwei Punkte scheinen uns noch wichtig im Zusammenhang dieses Abschnittes. Zum einen der Hinweis, daß die hier gemachten Ausführungen zum Grundgesetzt wichtige Agitationsvor lagen liefern. Zum anderen die Bemerkung zum antifaschistischen Kampf. In seiner Bestimmung sind Schluß-

folgerungen aus den bisher geführten Diskussionen um die Faschismus-Frage gezogen worden. Die Angabe, daß es unter der Bedingung der aktuell drohenden Gefahr des Faschismus die "politische Hauptaufgabe der Arbeiterklasse werden kann, der Bourgeoisie diesen Ausweg im antifaschistischen Kampf zu verstellen und damit die revolutionäre Krise herbeizuführen", geht das Problem gegenüber re in defensiven Konzepten richtig an, denn es behandelt die Abwehr der Offensive der Bourgeoisie in Einheit mit dem Kampf um die Rückgewinnung der Offensive des Proletariats.

Zu 4.11.:

Die vorgenommenen allgemeinen Bestimmungen für die wirtschaftlichen Forderungen, die in diesem Teil des praktischen Programms aufgestellt werden, halten wir für richtig.
Aufzustellen sind hier solche Forderungen, die mit dem Kapitalismus prinzipiell vereinbar sind. Solange die Kapitalherrschaft politisch ungebrochen ist, handelt es sich dabei um Forderungen, die sich darauf ausrichten, die "Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen, sie gegen einen vorzeitigen Verschleiß zu schützen und einen Versicherungsschutz für alte und kranke Arbeiter zu erkämpfen". Als Forderung einer politischen Organisation richten sie sich unmittelbar an den kapitalistischen Staat. Ins Programm aufgenommen werden alle längerfristigen zentralen Forderungen, die den Kampf der Klasse vereinen und ihm eine Richtung verleihen, nicht alle beliebigen Forderungen.
Die wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats sind zugleich Hebel der Bündnispolitik gegenüber der lohnabhängigen neuen Mittelklasse, die mit der Arbeiterklasse das Interesse an der Verteidigung des Werts ihrer Arbeitskraft gemein hat.
Die Forderungen werden deshalb richtig "für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen" aufgestellt.

Richtig ist die Abgrenzung von trotzkistischen "Arbeiterkontrolle" - und revisionistischen "Mitbestimmungs"-Forderungen, die heute aufgestellt allein reformistische Ideologien fördern können.
Was die Aufstellung der Forderungen für das Programm selbst betrifft, so geben die in der Stellungnahme abgedruckten Forderungen der KPR ihren Charakter richtig an. Für konkrete Forderungen für das Programm der westdeutschen Kommunisten müßten u. E. berücksichtigt werden:

1. die Bestimmung des Verhältnisses von Forderungen, die etwa der der KPR nach Arbeitsinspektoren entspricht, zu den bestehenden gewerkschaftlichen Gremien in den Betrieben.
2. müßte eine Forderung gegen Lohnraub durch Vermögensbildungsgesetze u. ä. aufgestellt werden.

Der in der Stellungnahme aufgeführte letzte Absatz scheint uns überflüssig zu sein, da die in ihm getroffenen Aussagen bereits in vorher formulierten Teilen des Programms enthalten sein müßten.

Zu einigen kleineren Kritikpunkten, Unklarheiten, Mißverständnissen etc.:

1. Das erste Lenin-Zitat auf S. 4 ist nicht aus Lenin Werke Bd. 3o, sondern Lenin Werke Bd. 2o.
2. Das Engels-Zitat auf S. 10 ist völlig deformiert. Es muß heißen: "... In Rußland finden wir ... die größere Hälfte des Bodens im Gemeineigentum der Bauern. Es fragt sich nur: Kann die russische Bauerngemeinde diese allerdings schon sehr zersetzte Form des urwüchsigen Gemeineigentums am Boden unmittelbar übergehn in eine höhere Form des Grundeigentums, oder muß sie vorher denselben Auflösungsprozeß durchmachen, der sich in der historischen Entwicklung des Westens darstellt?"
   Eine Antwort auf diese Frage wird im übrigen - entgegen dem folgenden Satz - nicht gegeben.
3. In 4.3 müßte nach dem Hinweis auf die Einbeziehung immer neuer Schichten in die kapitalistische Produktion ein Hinweis auf das relative Absinken der NACHFRAGE nach lebendiger Arbeitskraft als Folge der Entwicklung der Produktivkraft und der Technik aufgenommen werden. Darauf müßte die Erklärung über die "wachsende Masse des Elends" folgen.

4. Im Zusammenhang des Exkurses 4.6 tauchen eine Reihe von Fehlern und Mißverständnissen auf:

a.) S. 2o letzter Satz:
"Diese ökonomische Differenz der beiden Klassen: Das Proletariat produziert jene fremde Macht sich selbst gegenüber, welche die gesamte Gesellschaft und zuvörderst das Proletariat selbst in Fesseln schlägt, aussaugt und unterdrückt, während die neue Mittelklasse diesem Verhältnis zwar auch unterworfen ist ..." Das Proletariat produziert das Kapitalverhältnis beständig neu als fremder Macht sich selbst gegenüber. Diesem Verhältnis ist aber die neue Mittelklasse keineswegs unterworfen, sondern dem Lohnverhältnis.

b.) S. 21 vorletzter Absatz:
"In diesen Erscheinungen wird deutlich, daß die neue Mittelklasse ... an ihren Rändern übergeht ... ins Proletariat. Denn ... viel massenhafter ... sind die Teile ..., die ... voll dem Lohnverhältnis unterworfen sind ..., zumal bei vielen von ihnen produktive und unproduktive Arbeit sich unmittelbar vermengen."
Es erscheint so, als sei das bestimmende Kriterium für den Übergang ins Proletariat die Lohnabhängigkeit, vielmehr gehen nur die Teile der neuen Mittelklasse ins Proletariat über, bei denen sich eben produktive und unproduktive Arbeit vermengen.

c.) S. 25 letzter Absatz:
"Eine neue unproduktive Mittelklasse ..., die - obwohl als Lohnarbeiter ausgebeutet -".
Ausgebeutet werden nur die produktiven Arbeiter, da nur sie Mehrwert produzieren.

d.) S. 23 Punkt 4 müßte wie folgt formuliert werden:
"Indem es keine besonderen demokratischen und ökonomischen Forderungen für die neue Mittelklasse in seinen praktischen Teil aufstellt.

Soweit ihre Interessen fortschrittlich sind, sind sie vielmehr in den demokratischen und ökonomischen Forderungen des Proletariats aufgehoben." Die hier verwendete Formulierung ist offen gegenüber Vorstellungen, daß die Forderungen anderer Schichten denen des Proletariats zuaddiert werden.

e.) Es bleibt völlig unklar, ob der Begriff der "neuen Mittelklasse" nun gemäß S. 23, 5.) im Programm auftaucht oder nicht:
unter 3) soll die Entstehung der neuen Mittelklasse im Imperialismus-Abschnitt dargestellt werden, wo er in der Stellungnahme auch tatsächlich auftaucht (S. 25 unten).

5. S. 26/4. 8:
Daß hier auf den Sozialimperialismus nur mit der Begründung eingegangen werden soll, er habe auf das westdeutsche Proletariat "eine starke demoralisierende Wirkung gehabt", erscheint uns falsch. Mit derselben Begründung könnte im Programm eine Passage zum KB Hamburg erscheinen - der im übrigen in seiner neuesten Stellungnahme (AK Nr. 24) diese Begründung ebenfalls kritisiert hat, allerdings in Bezug auf den Faschismus. Auf den Sozialimperialismus muß v. a. im Zusammenhang mit der Entwicklung des Imperialismus im Weltmaßstab eingegangen werden (4.7).

6. S. 32 letzter Satz:
"Und wir sind für die Entfaltung der Klassenkämpfe, weil wir die Gewißheit haben, daß schließlich 9o% der Menschen den Auffassungen der Kommunisten und den Forderungen der Arbeiterklasse zustimmen werden."
Diese Aussage ist falsch. Bezieht sie sich auf die welthistorische Entwicklung zur kommunistischen Gesellschaft, muß es heißen: 1oo%. Bezieht sie sich auf den Sturz der westdeutschen Bourgeoisie, so ist sie geeignet, opportunistischen und euphoristischen Vorstellungen über die sozialistische Revolution zu fördern. Im übrigen ist dies in der Programm-Stellungnahme selbst richtig formuliert worden:
S. 2o: "Wüßten wir positiv, daß das Kleinbürgertum das Proletariat unterstützen wird, wenn das Proletariat seine, die proletarische Revolution vollbringt, so wäre es überflüssig, von "Diktatur" zu reden, denn dann wäre uns vollauf eine so überwiegende Mehrheit gesichert, daß wir auch ohne Diktatur sehr gut auskämen."

Zusammenfassend sind wir der Ansicht, daß die Programm-Stellungnahme der Programm-Kommission einen großen Schrit nach vorn bedeutet. Wir stimmen mit dem dargelegten Aufbau und den Bestandteilen im wesentlichen überein. Grundsätzlichere Unklarheiten sehen wir in Bezug auf die Frage eines besonderen Agrarprogramms im praktischen Teil. Unklar ist uns weiterhin die Berücksichtigung der Situation des Imperialismus und der Entwicklung der proletarischen Revolution im Weltmaßstab. Die übrigen Kritikpunkte bzw. Unklarheiten sehen wir als weniger bedeutend an. Insgesamt halten wir einen gemäß der Programm-Stellungnahme formulierten Entwurf für eine geeignete Grundlage des Vorantreibens der weiteren Programm-Auseinandersetzung in der westdeutschen Bewegung und für die Vereinigung in einer einheitlichen nationalen Organisation.
Für wichtig halten wir das im Abschnitt 5 dargelegte Verständnis der Programm-Kommission vom Kampf um ein einheitliches Programm und die Einheit der Kommunisten in der KPD. Dieser Kampf ist nicht wesentlich theoretischer Kampf, sondern, wie die Genossen schreiben, "wird es Aufgabe der neuen Organisation sein (d. h. all der Genossen und Zirkel, die sich auf das Programm stellen), zu beweisen, daß auf der Grundlage dieses Programms richtige Politik gemacht werden kann", und daß, um diese Politik einheitlich ausrichten zu können, der Gründungskongreß taktische Resolutionen verabschieden muß, um eine einheitliche Massenlinie herauszubilden. Die Bestimmung, daß sich nur im Massenkampf entscheiden kann, welche Linie die richtige ist, räumt mit idealistischen und opportunistischen Vorstellungen über den Wiederaufbau der KPD auf. Aufgrund der unterschiedlichen Situation der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands von der Rußlands ist die Übertragung des "Iskra-Modells" falsch und schematisch. Wir halten es demgegenüber für richtig, daß die aufzubauende Organisation "alle Funktionen einer Partei schon wahrnehmen (muß), insbesondere die Aufgabe, den Massenkampf in den einzelnen Orten und Regionen unmittelbar anzuleiten und darüber die Entscheidung beim Kampf um die Einheit der Kommunisten vorantreiben." Klar ist, daß diese Organisation noch nicht die kommunistische Partei ist.

Unklar ist am Plan zum Wiederaufbau der KPD die Frage, wann und unter welchen Voraussetzungen die Parteigründung erfolgen soll. Hieß es im Kommuniqué noch, die se "Organisation ... ist noch nicht die Partei, weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung ... umfaßt", heißt es in der Programm-Stellungnahme, daß die "Arbeit darauf abzielen muß, im Kampf um die Einheit soweit voranzukommen, daß wir gemeinsam mit allen wesentlichen Organisationen und Zirkeln zu einem Gründungsparteitag aufrufen können." Für die Bestimmung "wesentlich" fehlen in der Programm-Stellungnahme jegliche Kriterien.
Für uns kommt es jetzt gemäß unserer Stellung zur Programm-Stellungnahme wie zum Plan für den Wiederaufbau der KPD darauf an, die ideologischen, politischen und organisatorischen Konsequenzen zu ziehen, um unsere Organisationen und unsere Politik auf die Wahrnehmung dieser Aufgaben im Rahmen einer einheitlichen, nationalen Organisation vorzubereiten und auszurichten.

Protokoll der Diskussion des gemeinsamen Beratungsgremiums zwischen den Genossen, die die Arbeit in der Hamburger Arbeiterklasse aufgenommen haben und der SSG vom 21.1.73

Initiativkollektiv KLASSENKAMPF UND PROGRAMM der MARXISTEN - LENINISTEN DORTMUND

EIN SCHRITT VORWÄRTS IN DER PROGRAMMERARBEITUNG

Zur NRF-Sondernummer: 'Das Programm der westdeutschen Kommunisten-Stellungnahme'

VORBEMERKUNG: EIN BEISPIEL FÜR DIE RICHTIGE ART DER AUSEINANDERSETZUNG

Mit der "Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten" hat die Programmdiskussion der Kommunique-Zirkel die programmatische Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung auf ein neues Niveau gehoben:

Die Programmdiskussion arbeitet in einer ersten Stellungnahme methodische und inhaltliche Gesichtspunkte des Programms der westdeutschen Kommunisten heraus, die das Niveau bloßer Absichtserklärungen überwinden. Ansatzweise wird versucht - es muß hier kritisch angemerkt werden, daß dies nur anhand von einem Leninzitat geschieht und nicht weitgehend aus der heutigen historischen Situation heraus analytisch belegt wird - die Notwendigkeit und Funktion des Programms für den Parteiaufbau und die Vereinheitlichung der Kommunisten herzuleiten. An der Stelle, an der die meisten programmatischen Beiträge innerhalb der Bewegung aufhören, sich in offene Fragen ergehen oder Untersuchungspläne zur Beantwortung der Frage nach der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus völlig beliebig zusammenstellen, versuchen die Genossen der Programmdiskussion einen konkreten Weg zur Erarbeitung des Programms anzugeben. Als wichtiges Element des Kampfes um das Programm formulieren sie als Aufgabe, "daß wir über unsere programmatischen Vorstellungen öffentlich Rechenschaft ablegen, alle einzelnen Ausarbeitungen und den Programmentwurf selbst noch vor seiner Verabschiedung veröffentlichen, sowie die schriftliche Auseinandersetzung mit unseren Vorschlägen breit dokumentieren." (NRF SN S. 5)
Der wichtige methodische Gesichtspunkt, die Polemik um das Programm breit und solidarisch zu führen, wird in der Kritik der bisherigen Form der Auseinandersetzung noch einmal entwickelt:

'Die westdeutsche kommunistische Bewegung hat diese Polemik um programmatische Fragen bisher nicht geführt. Wo einzelne Organisationen ihre Plattform, programmatische Erklärungen oder Grundsatzerklärungen veröffentlicht haben, taten sie dies, ohne das diesem Schritt eine öffentliche Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen vorangegangen wären, ohne das die Begründung für das eigene, neue Programm, die Erläuterungen seines Charakters gegeben worden wäre.'(NRF SN S.5)

Eine besondere Erscheinungsform dieser zirkelbornierten Haltung in der Programmfrage ist, wie die Stellungnahme an einem anderen Ort formuliert die Tatsache, "daß die Zeitungen so geführt werden, daß sie von der ersten bis zur letzten Zeile als die Meinung der Gesamtorganisation ausgegeben werden. Persönliche Zeichnung eines Artikels die Austragung von Widersprüchen innerhalb der Organisation, der Kampf zweier Linien, sind aus den Blättern verbannt."(NRF SN S.4)

Nur über diesen Weg, den die Stellungnahme entwickelt, kann die zirkelbornierte Haltung in der Frage des Programms der Kommunistischen Partei überwunden werden und die Fragen des taktischen Eingreifens in den Klassenkampf nicht zum Anlaß genügen, immer neue Spaltungen und Zersplitterungen der marxistisch-leninistischen Bewegung hervorzurufen. Als logische Konsequenz dieser grundsätzlichen Haltung in der Programmdiskussion stellt die Programmkommission ihre Auffassung vom Aufbau und den Bestandteilen des Programms zur Diskussion. Die Stellungnahme entwickelt damit nicht nur methodische sondern auch inhaltliche Gesichtspunkte des Programms.

Die Aufgabe der Kommunisten, wie Lenin sie formuliert

hat, "die Interessen der gesamten Bewegung als ganzes zu vertreten, dieser Bewegung ihr Endziel, ihre politischen Aufgaben zu weisen, ihre politische und ideologische Selbständigkeit zu wahren" (Lenin,Werke Bd.4, S.367), stellt sich für jeden westdeutschen Kommunisten unter den oben genannten Gesichtspunkten so, sich mit diesen die bisherige Programmdebatte weiterführenden Äußerungen der Stellungnahme zum Programm auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung darf sich nicht mit einer oberflächlichen Zustimmung oder pauschalen Ablehnung zufriedengeben. Ein solches oberflächliches Ja oder Nein zur Stellungnahme bedeutet nur die Fortsetzung zirkelbornierter Abgrenzung auf der einen Seite oder opportunistische und organisatorische Sammlungsbewegung auf der anderen Seite zu fördern. Beides bringt die Klarheit über das Programm der westdeutschen Kommunisten und ihre Vereinheitlichung im Wiederaufbau der Kommunistischen Partei nicht voran.

DIE STELLUNGNAHME – EIN METHODISCH UND INHALTLICH WIDERSPRÜCHLICHES DOKUMENT

In der genannten Weise die Stellungnahme zum Programm zu beurteilen und in die theoretischen und praktischen Fragen unserer Politik einzubeziehen, ist eine noch nicht gelöste Aufgabe. Die bloße Absicht, die Debatte zu führen, schafft noch nicht die dazu notwendigen Voraussetzungen.

Bislang bestand auch bei uns die Polemik und Auseinandersetzung mit anderen kommunistischen Gruppierungen darin, ihre falschen Auffassungen unseren vermeintlich oder tatsächlich richtigen gegenüberzustellen. Das politische und organisatorische Niveau der Polemik ließ eine breite, offene und solidarische Kritik und Selbstkritik nicht aufkommen. Ehrliche, breite Diskussion der Stellungnahme fordert das Verständnis dieser Diskussion als Kampf zweier Linien in der gesamten kommunistischen Bewegung durch die Zirkel hindurch und damit die Überwindung zirkelbornierter Abgrenzungen. Diesen Schritt in der Auseinandersetzung mit der Stellungnahme der Programmdiskussion zu tun, stößt auf die Schwierigkeit, daß der Programmentwurf selbst wenig geeignet ist, seine methodischen und inhaltlichen Absichten und Auffassungen mit den theoretischen und praktischen Fragen in der Politik der gegewärtigen Bewegung zu vermitteln. Seine vorwiegend theoretischen Ausführungen sind nur schwer als Ausdruck gemeinsamer Erfahrungen der Bewegung und der dort verfolgten Politik erkennbar.

Die Stellungnahme versucht nicht, die verschiedenen politischen Linien in der kommunistischen Bewegung einzuschätzen und ihre allgemeinen Aussagen im Zusammenhang ihrer Politik darzustellen. Die grundsätzlichen Ausführungen der Stellungnahme sind deshalb weder als Ausdruck noch als allgemeine Leitlinie der kommunistischen Bewegung erkennbar. Damit ist es dem Leser äußerst schwer gemacht, die richtigen Teilaussagen der 'Stellungnahme' z.B. zur Charakterisierung des demokratischen Kampfes und seiner Verbindung mit dem sozialistischen Kampf als etwas anderes einzuschätzen als die belesenen Ausführungen von Literaten, die für sich genommen richtig und vorwärtstreibend sind, doch in keinem Zusammenhang mit der konkreten Politik ihrer Verfasser stehen. Mußten wir doch z.B. in der Ausländerkampagne die Erfahrung machen, daß die Kommunique-Zirkel den demokratischen Kampf nicht offensiv, sondern nur defensiv führen wollten. Sie kritisierten unseren Standpunkt, auch im demokratischen Kampf gegen die opportunistischen Auffassungen zu kämpfen und diesen Kampf nicht als eine besondere Stoßrichtung unter den Kommunisten anzusehen.

Der Programmentwurf enthält in seinen methodischen und inhaltlichen Aussagen logische Widersprüche. So führen die Genossen in dem Abschnitt über die Grundlagen ihrer programmatischen Arbeit aus:
"Seit dem gemeinsamen Auftreten der kommunistischen Zirkel in der Metalltarifrunde 1971 haben wir in den Auseinandersetzungen mit einem allmählich sich herausbildenden System rechtsopportunistischer Politik die Gemeinsamkeit unserer Organisationen herausgearbeitet(...) Wenn wir heute an die gemeinsame Ausarbeitung eines Programms gehen, so stützen wir uns eben nicht nur auf gemeinsame Auffassungen in Programmfragen sondern zugleich auf gemeinsame Auffassungen in Fragen der Taktik."(NRF SN S. 13)

Dagegen läuft der ganze Tenor der ' Stellungnahme ' darauf hinaus zu behaupten, die Einheit der Kommunisten in der KP könne auf der Grundlage eines Programms erreicht werden, das nur die allgemeinen Aussagen über die Entwicklung bis zur sozialistischen Revolution formuliert.
Die Stellungnahme verwendet Begriffe, die nicht inhaltlich hergeleitet und erklärt werden. An keiner Stelle werden die Begriffe Programm und Taktik inhaltliche bestimmt und ins Verhältnis zueinander gesetzt. Sie werden stattdessen auf der ersten Seite der 'Stellungnahme' mit einem Leninzitat eingeführt, in dem beide Begriffe nebeneinander auftauchen, aber auch nicht in der erforderlichen Weise erläutert werden:
"Solange wir in den Grundfragen des Programms und der Taktik keine Einheit hatten, sagten wir auch offen, daß man sich voneinander abgrenzen muß, bevor man sich vereinigt, sprachen wir garnicht von den Formen einer gemeinsamen Organisation sondern ausschließlich von den neuen (damals wirklich neuen) Fragen des programmatischen und taktischen Kampfes gegen den Opportunismus. (...)" (NRF SN S. 3)
Unmittelbar auf dieses Zitat folgend wird aus den beiden von Lenin unterschiedenen Begriffen eine Theorie der Trennung von Programm und Taktik entwickelt, die bis zuletzt die Aussagen der Stellungnahme bestimmt. Nach der Begründung sucht man vergeblich bei Lenin, wie bei der Programmdiskussion. Hier wird eine Scheintheorie oder klarer einer einfachen Behauptung der Programmkommission in eleganter Weise die Autorität Lenins untergeschoben.

Wenn die Stellungnahme tatsächlich die Erwartungen erfüllen soll, die Programmdiskussion auf ein neues Niveau zu heben, das das Austauschen von Absichtserklärungen

überwindet, und die ernsthafte Polemik über die Inhalte initiiert, in der Rechenschaft abgelegt wird über ihre eigenen Vorstellungen, so läßt sie eines vermissen:
Bei der Lektüre der Sondernummer wird nicht ersichtlich in welcher Auseinandersetzung, in welchem Kampf gegen andere Linien die dort gemachten Aussagen entstanden sind. Was sind die politischen Trennungslinien, die zu genau diesem Katalog von allgemeinen Anschauungen geführt haben. Kritisieren wir den Anspruch dieses Programmvorschlages losgelöst von der historischen Situation allgemeingültig zu sein,wie oben schon ausgeführt, so müssen wir die Forderung aufstellen, daß ein Programmvorschlag in weit stärkerem Maße kommentiert wird als es hier geschehen ist.

Ein Beispiel :

"Ebensowenig wie wir auf die Erwähnung der Warenproduktion verzichten können, ebensowenig können wir auf die Charakterisierung des Kapitalismus verzichten, des Kapitalismus, der noch nicht Imperialismus geworden ist." (NRF SN S.17) Es folgt eine 1-seitige, wohlgesetzte Begründung auf der Grundlage von Lenin-Zitaten. Doch welchen Stellenwert die Charakterisierung des Kapitalismus in einem kommunistischen Programm hat, wird viel deutlicher und zwingend bewiesen in der Auseinandersetzungmit der KABD-Grundsatzerklärung (NRF 6/72, S. 3-5). Hier erscheint die oben geforderte Kommentierung, hier wird tatsächlich begründet, daß man ohne diese Charakterisierung die Klassenverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr vom Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital her entwickelt, die führende Rolle der Arbeiterklasse nicht herausarbeitet, den Imperialismus nicht aus dem Wesen des Kapitalismus entwickelt und so die Abgrenzung gegenüber der revisionistischen Forderung nach einer antimonopolistischen Demokratie nicht mehr gelingen kann. Es leuchtet ein, daß die obige Passage nicht der Vollständigkeit halber ein Bestandteil des Programms sein muß, sondern weil Wesen und Ziel kommunistischer Politik in diesem Zusammenhang eindeutig formuliert werden gegenüber der der Revisionisten und die schleichende Ausbreitung ihrer Linie mit dieser Waffe bekämpft werden kann und muß.

So geht es mit einer Reihe von Punkten. Es wird gesagt, sie müßten im Programm enthalten sein mit den und den theoretischen Begründungen. Doch was war der politische Hintergrund, vor dem die Autoren ihre Überlegungen niederlegten? Kann nicht ein anderer mit der gleichen Berechtigung diesen Katalog modifizieren oder einen anderen aufstellen? Solange diese programmatischen Aussagen nicht in breitem Maße kommentiert und als allgemeiner Ausdruck von Politik diskutiert und geklärt werden, bleiben sie gegenüber anderen Aussagen ersteinmal beliebig. Und es ist nicht weiter verwunderlich, wenn der Abschnitt 4.9, "Der Kampf gegen den Opportunismus", so klein ist, daß man ihn fast übersieht. Wenn man sich schon entschließt, einen separaten Abschnitt zu machen, dann sollte man schon mehr zu sagen haben, als nur das, daß man den Revisionismus bekämpfen muß; zu dieser Aussage war die KPD/ML schon 1968 in der Lage) Auch kein Wunder, daß die Abgrenzung gegen andere Linien der Programmerarbeitung noch weniger als dürftig ausfällt. Es heißt in Abschnitt 4.9, jeder bürgerliche, sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterbewegung müsse bekämpft werden. Eine der Ebenen, auf denen dieser Kampf geführt werden muß, ist die Polemik um das Programm der westdeutschen Kommunisten. Hier liegt ein wesentlicher Mangel in der Stellungnahme. Der Leser selbst muß forschen und seine unvollständigen Kenntnisse über die Politik und die Schriften der Kommunique-Zirkel zu Rate ziehen, um zu Vermutungen zu kommen, welche Aussagen warum gemacht wurden - denn,man will ja nicht unterstellen, daß ein Autorenkollektiv im Klausurstudium einige Geistesblitze hatte, und sich daraufhin an die Fleißarbeit machte.

Nach dieser Ausgangslage kann Ziel der Diskussion der Stellungnahme nicht eine abschließende Beurteilung und Einschätzung sein, sondern die Herausarbeitung zentraler Fragestellungen zu Methode und Inhalt der weiteren Programmerarbeitung, die die vorwärtstreibenden Elemente der Stellungnahme aufnimmt und weiterführt.

DER RICHTIGE WEG ZUR EINHEIT DER KOMMUNISTEN

Die Stellungnahme nennt als bisher wichtigsten Fehler in der Programmdiskussion der westdeutschen Kommunisten die prinzipienlose Verquickung von programmatischen und taktischen Fragen . Indem sie die Kritik an dieser Verquickung und ihren Folgen entwickelt, wird ein grundsätzlicher und vorwärtstreibender Hinweis zur Methode der Programmerarbeitung herausgestellt. Wenn die Auseinandersetzung unter den Kommunisten um die politische Einheit und deren entscheidende Grundlagen nicht unernst und wahllos - in gleicher Weise über jede beliebige Aufgabe des Klassenkampfs - geführt werden soll, sondern verantwortlich vor der Arbeiterklasse um die wirklich brennenden Fragen, dann muß unter diesen Aufgaben und Fragestellungen unterschieden werden. Hier betont die Programmkomission vollkommen zu Recht, die Unterscheidung zwischen programmatischen und taktischen Aufgaben.
Während die Programmatik die allgemeinen und gemeinsamen Grundanschauungen der kommunistischen Politik, die 'grundlegenden Ansichten vom Charakter von den Zielen und Aufgaben unserer Bewegung' (Lenin) wissenschaftlich formulieren muß, soll die Taktik die jeweils konkreten Mittel und Wege zur Durchführung der Politik und zur Erreichung ihrer geplanten Ziele bestimmen. Wer besonders in einer Situation, wo es der westdeutschen kommunistischen Bewegung an einheitlichen, allgemein programmatischen Aussagen mangelt, diese Unterscheidung nicht trifft, läuft Gefahr in der einen oder anderen Weise opportunistisch vorzugehen. Dann wird jede Abgrenzung in einer besonderen taktischen Situation des Klassenkampfes, die Debatte über jede auftauchende Frage, das Auftauchen jeder besonderen

Erfahrung einer Gruppe von Kommunisten zu einem prinzipiellen, jeweils für diese Gruppen besonderen programmatischen Problem. Damit auch zu einem Problem der organisatorischen Abgrenzung. Daß diese Situation nicht das Zirkelwesen überwindet, sondern verfestigt und die weitere Zersplitterung begünstigt, liegt auf der Hand und ist vielen Kommunisten praktisch bekannt. Der andere Weg ist der Versuch, allein auf der Grundlage momentaner gemeinsamer taktischer Einschätzungen des Klassenkampfes eine Vereinheitlichung der Kommunisten zu erreichen. Ein deutlicher Versuch dieser Art, zumindest von einigen Zirkeln, war die Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 1972. Diese Vereinheitlichungen sind eine brüchige Karikatur auf die Vereinheitlichung der Kommunisten in einer Organisation um eine klare Programmatik im oben beschriebenen Sinn. Sie ist nur eine besondere Erscheinungsform des ersten Weges, denn sie trägt den Keim der Spaltung und Zersplitterung von vornherein in sich. Ein weiteres taktisches Problem, eine Differenz zwischen den beteiligten Kommunisten und der Bruch ist erneut vollzogen und zwar als prinzipieller.

Warum haben wir den Ansatz der Programmdiskussion, auf der Unterscheidung zwischen programmatischen und taktischen Fragen zu bestehen, noch einmal besonders hervorgehoben?
Weil hier eine wesentliche, hauptsächlich methodische Bestimmung für den konkreten Weg der Vereinheitlichung der Kommunisten in Westdeutschland gegeben wurde. Die Kommunisten können sich nicht auf der Grundlage ihrer jeweils konkreten Politik selbst, sondern nur auf der Grundlage des allgemeinen Verständnisses über das Wesen ihrer Politik und deren Ziele zu einer gemeinsamen kommunistischen Organisation zusammenschließen. Aktuell ist diese Feststellung, weil sich unter dem Banner: Vereinigung nur über die konkrete entwickelte politische Linie! heute an vielen Stellen lokalbornierte Reserviertheit und Theorielosigkeit verbirgt, eine Position, die zwangsläfig in der weiteren Polemik um die Einheit der Kommunisten und den Wiederaufbau der KPD noch eine klarere Form annehmen wird. Vereinheitlichung über die politische Linie heißt hier, umfassende örtliche Entwicklung einer selbständigen Politik in einer Etappenvorstellung vor den Versuch stellen, von vornherein auf der Grundlage gemeinsamer allgemeiner Auffassungen und Einschätzungen zur historischen Situation des Klassenkampfs auch diese Auffassungen gemeinsam politisch umzusetzen und die Instrumente dafür zu schaffen. Das kann nicht bedeuten, die örtliche Arbeit einzustellen oder erst gar nicht erst aufzunehmen, denn ohne die Grundlage einer Politik in der Arbeiterklasse auf mehr oder minder entwickeltem Niveau und der sich daraus ergebenden Verantwortung, bleibt jede programmatische Auseinandersetzung das konsequenzlose, unhistorische erfahrungslose Geschwätz von "reinen" Theoretikern.
Es kann aber nicht darum gehen, den jeweils erreichten Entwicklungsstand der örtlichen Arbeit und die besonderen Erfahrungen zum Nabel der regionalen und nationalen Vereinheitlichung der Kommunisten zu machen. Das wäre nur die Sackgasse der Zirkelborniertheit, die gerade die notwendigen örtlichen Besonderheiten und konkret entwickelten Unterschiede zu der trennenden Mauer erhebt, die eine gemeinsame Politik unmöglich werden läßt, indem sie genau die Unterschiede zum Kriterium der Einheit erhebt. Unsere Aufgabe besteht heute darin, die provinzielle lokale Arbeit auf ein höheres Niveau zu heben, indem wir uns gemeinsame politische Aufgaben stellen, die die gesamte politische Arbeit von den gemeinsamen Zielen her befruchten und auf sie bezogen die örtlichen Erfahrungen wirksam werden lassen. Nur so können wir auch das gleichsam private, gemütliche und miefige Verhältnis vieler Zirkel zu "ihrer" Arbeiterklasse beseitigen, das soviel dazu beiträgt, daß der Klassenkampf unter den fortgeschrittenen Arbeitern noch viel zu wenig als ein nationaler Kampf ihrer Klasse begriffen wird.
Gerade weil wir auch in unserer eigenen Politik an vielen Stellen diese Tendenz gespürt haben, weil sie eine entscheidende Schwelle ist, die heute überwunden werden muß, hielten wir es für notwendig, diesen richtigen Hinweis, der in der Stellungnahme enthalten ist, deutlich herauszustellen. Die Frage steht eindeutig so: Rechtfertigung eines bornierten Zirkelklüngels oder Konzentration aller Kräfte auf den Wiederaufbau der KPD und Überwindung des Zirkelwesens.

DIE IDEALISTISCHEN AUFFASSUNGEN ÜBER DAS WESEN DES PROGRAMMS

Leider wird dieser vorwärtstreibende Ansatz der Stellungnahme zur weiteren Methode der Programmerarbeitung, der Unterscheidung zwischen Allgemeinem und Besonderem und zum Weg der Einheit der Marxisten-Leninisten durch das dargestellte Verständnis vom Inhalt des Programms teilweise wieder zurückgenommen. Die Unterscheidung von Programm und Taktik, die Unterscheidung von allgemeinen und besonderen Aussagen wird nicht weiterentwickelt, um das Verhältnis und den Zusammenhang dieser Punkte zu klären, sondern wird zur weitgehenden Trennung der Punkte hingetrieben. Damit ist der Weg frei zu Geschichtslosigkeit, zur "Überwindung" der historisch-materialistischen Methode.

Die Stellungnahme erläutert oder richtiger stellt sie fest und fordert (was sicherlich ein falscher Weg ist, denn über Resolutionen und Programm läßt sich sehr schlecht die inhaltliche Debatte führen!) als Inhalt des Programms systematische und aktualisierte Darlegung der Grundanschauungen des Kommunismus und der Grundlage der Auseinandersetzung um das Programm der SDAPR und das Erfurter Programm auf dem Hintergrund "neuer Materialien" der KP Chinas und der PAA. Damit wird ein wichtiger Aspekt des Programms genannt. Wie notwendig dieser Aspekt ist, zeigt sich in den Ausführungen zur Charakterisierung des Kapitalismus, auch wenn hier weitgehend nur die Auseinandersetzung Lenins mit Bucharin auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) wiederholt wird. Welche programmatische Waffe gegen die revisionistische Theorie vom

antimonopolistischen Kampf hier in einer sehr allgemeinen Ausführung Lenins verborgen liegt wird ansatzweise in der Stellungnahme und überzeugend gegen den KABD (NRF 6/72) verdeutlicht.

Trotzdem bleibt der Aspekt, der sozusagen den Knotenpunkt der Vereinheitlichung der Kommunisten heute bildet, unterschlagen und hier liegt der entscheidende Widerspruch der gesamten Stellungnahme.

Es fehlt gänzlich die historische Dimension dieser wissenschaftlich formulierten Grundlagen, die sich ausdrücken müßte in einem strategischen Plan, der diese allgemeinen Lehren zielgerichtet auf die historische Situation des Klassenkampfes in der BRD und international aktualisiert und damit Richtlinien für die Taktik formuliert. Die richtige Unterscheidung von Programm und Taktik wird in der Stellungnahme zum mechanischem Gegenüber, das jede Vermittlung sklammert.

Aus der Polemik gegen die Tendenz in der Bewegung, sich in Ermangelung programmatischer Klarheit über Teilfragen und Fragen der konkreten Taktik abzugrenzen und so die Zersplitterung der Kommunisten zu betreiben, wird in der Stellungnahme die Kehrseite der Medaille, die nicht weniger falsch ist. Nicht die Abstinenz von taktischen Fragestellungen und die Auflistung geschichtslos begriffener Allgemeinheiten des Marxismus-Leninismus können die Alternative sein. Denn der Wunsch vieler Genossen, sich über "die konkrete politische Linie" zu vereinigen und sich dabei in taktischen Debatten zu zerfahren, spiegelt auch wieder den Wunsch, endlich eine strategische Richtschnur für ihr Eingreifen in den Klassenkampf in der BRD herauszuarbeiten. Allgemeine Grundsätze festzustellen, auf denen wir uns zusammenschließen können, bedeutet nicht, vom Klassenkampf unserer Zeit und insbesondere in der BRD zu abstrahieren, sondern hierauf bezogen die allgemeinen Leitsätze unserer Politik aufzustellen. Es geht also darum, fruchtlose nur-taktische Debatten über den Klassenkampf in der BRD zugunsten strategischer und programmatischer Debatten über diesen Klassenkampf zu überwinden. Wir wollen noch einmal Lenin zitieren, der an dieser Stelle von der Programmkommission völlig mißverstanden worden ist. "Die Polemik zeigt, daß in den Reihen der russischen Sozialdemokraten das Interesse für die umfassenden Fragen nach den Zielen unserer Bewegung, nach ihren nächsten Aufgaben und ihrer Taktik lebhafter geworden ist und gerade eine solche Belebung ist für die Erörterung des Programmentwurfs notwendig.(..) Die Polemik wird nur dann Nutzen bringen, wenn sie klarstellt, worin eigentlich die Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie tief sie gehen, ob es sich um Meinungsverschiedenheiten über das Wesen der Sache oder um Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen handelt, ob diese Meinungsverschiedenheiten ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in den Reihen ein und derselben Partei sind oder nicht. Nur die Einbeziehung der Programmfrage in die Polemik, nur eine bestimmte Erklärung beider polemisierender Seiten über ihre programmatischen Anschauungen kann Antwort geben auf diese Fragen, die dringend Antwort verlangen. Die Ausarbeitung eines gemeinsamen Parteiprogramms soll natürlich durchaus nicht jeder Polemik ein Ende machen, sie wird jedoch diejenigen grundlegenden Ansichten vom Charakter, von den Zielen und Aufgaben unserer Bewegung fest bekunden, die der kämpfenden Partei als Banner dienen soll, einer Partei, die einig und geschlossen bleibt trotz der partiellen Meinungsverschiedenheiten, die unter ihren Mitgliedern über partielle Fragen bestehen." (Lenin Bd.4 S.225)
Hier ist nicht die Rede von der Überwindung taktischer Debatten durch unhistorische Allgemeinheiten, sondern der Versuch, die Meinungsverschiedenheiten, wo und wie sie auch auftauchen, so zu beleuchten, daß in ihnen die programmatischen und strategischen Vorstellungen zum Vorschein kommen. Lenin zeigt mit beispielhafter Klarheit den Weg für die russischen Sozialdemokraten, aus der verworrenen und verzweigten Debatte zu den Grundsätzen der russischen Revolution zu gelangen. Er redet von der Einbeziehung der Programmdiskussion in die Polemik, nicht davon, die Polemik durch die Programmdiskussion zu ersetzen, was sein historisches Verständnis dieser Programmdiskussion deutlich macht. Dieses Verständnis sollten sich unserer Meinung nach auch die westdeutschen Kommunisten zueigen machen.

Worum es geht, ist die Herausarbeitung positiver Unterscheidungslinien zwischen allgemeinen Aussagen des Programms zu den konkreten Aussagen der Taktik. Stalin hat in ausgezeichneter Weise das Verhältnis von politischem Programm, Strategie und Taktik in seiner Schrift "Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten" gekennzeichnet:

"Die Strategie selbst befaßt sich nicht mit der Erforschung der objektiven Prozesse der Bewegung. Nichtsdestoweniger ist sie verpflichtet, diese Prozesse zu kennen und sie richtig einzuschätzen, wenn sie bei der Leitung der Bewegung nicht gröbste und verderbliche Fehler begehen will. Mit der Erforschung der objektiven Prozesse der Bewegung befaßt sich vor allem die Theorie des Marxismus und dann auch das Programm des Marxismus. Darum muß sich die Strategie voll und ganz auf die Ergebnisse der Theorie und des Programms des Marxismus stützen.

Die Theorie des Marxismus, die die objektiven Prozesse des Kapitalismus in ihrerer Entwicklung und ihrem Absterben erforscht, gelangt zu dem Schluß, daß der Kapitalismus

der Sturz der Bourgeoisie und die Ergreifung der Macht durch das Proletariat unvermeidlich sind, daß der Kapitalismus unweigerlich durch den Sozialismus abgelöst wird. Die proletarische Strategie kann nur dann als wirklich marxistisch bezeichnet werden, wenn diese wichtigste Schlußfolgerung der Theorie des Marxismus ihrer Arbeit zu Grunde gelegt wird.

Das Programm des Marxismus legt, ausgehend von den Ergebnissen der Theorie, die Ziele der proletarischen Bewegung fest, die in den Programmpunkten wissenschaftlich formuliert sind. Das Programm kann entweder auf die ganze Periode der kapitalistischen Entwicklung berechnet sein, wobei es den Sturz des Kapitalismus und die Organisierung der sozialistischen Produktion

im Auge hat, oder auf eine bestimmte Phase in der Entwicklung des Kapitalismus, zum Beispiel auf die Beseitigung der Überreste des feudal-absolutistischen Regimes und die Schaffung von Bedingungen für eine freie Entwicklung des Kapitalismus. Dem entsprechend kann das Programm aus zwei Teilen bestehen: Einem Maximal- und einem Minimalprogramm. Es versteht sich von selbst, daß eine Strategie, die auf den Minimalteil des Programms berechnet ist, sich unbedingt von der Strategie unterscheiden muß, die auf seinen Maximalteil berechnet ist, wobei die Strategie nur dann als wirklich marxistisch bezeichnet werden kann, wenn sie sich in ihrem Wirken von den im Programm des Marxismus formulierten Zielen der Bewegung leiten läßt...'

Die Aufgabe der politischen Strategie besteht vor allem darin, ausgehend von der Theorie und dem Programm des Marxismus und unter Berücksichtigung der Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiter aller Länder, die Hauptrichtung der proletarischen Bewegung des gegebenen Landes für die gegebene historische Periode richtig festzulegen....Die Taktik ist ein Teil der Strategie, ihr untergeordnet und in ihrem Dienst stehend.
...Die wichtigste Aufgabe der Taktik ist die Festlegung der Mittel und Wege, der Formen und Methoden des Kampfes, die der konkreten Situation im gegebenen Augenblick am besten entsprechen und den strategischen Erfolg am sichersten vorbereiten. Deshalb dürfen die taktischen Aktionen, ihre Resultate nicht an und für sich, nicht vom Standpunkt des unmittelbaren Effekts gewertet werden, sondern vom Standpunkt der Aufgaben und Möglichkeiten der Strategie."

(Stalin, Ges. W. Bd. 5; S. 142 ff.)

Hier wird deutlich, wie der entscheidende Kontenpunkt zwischen Programm und Taktik in der politischen Strategie liegt und ihren Grundsätzen. Dieser Zusammenhang kann sich, so verstanden und angefaßt nie in die Systematik allgemeiner Aussagen des Marxismus verlieren

Anstatt hier konkret die geforderten Unterscheidungslinien herauszuarbeiten und ansatzweise zu formulieren, klammert die Stellungnahme aus. Sie formuliert die allgemeinen Grundanschauungen, ohne historische Dimension mit dem Argument, daß Kommunisten nicht originell zu sein brauchen. Es wird übersehen, daß die vorhandenen Lehren über den Kommunismus und die Revolution nur vom Standpunkt der historischen Einschätzung der eigenen Lage und der eigenen Aufgaben richtig aufgenommen und richtig weitergeführt werden können. Die Polemik gegen die Auffassung, es sei notwendig, die umfassende Analyse des westdeutschen Imperialismus zu erstellen, greift deshalb zu kurz. Anstatt selbst die allgemeinen Lehren über den Imperialismus auf die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus anzuwenden und damit ansatzweise seine politische Verwendbarkeit herzustellen, wird der Eindruck erweckt, als hätte Lenin schon alles gesagt und als würde seine Lektüre das eigene Denken abnehmen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Kritik an den Liquidatoren selbst nur eine Karikatur. Denn es geht nicht darum, gegenüber den Leuten, die meinen das Kapital fortschreiben zu müssen, den Erklärungswert der leninschen Theorien und Aussagen für unsere politische Situation hochzuhalten sondern die Einheit des Studiums der Klassiker des Marxismus-Leninismus, der Untersuchung der westdeutschen Wirklichkeit des Klassenkampfes, der Organisationen dieses Klassenkampfes und der Propaganda herzustellen. Das erfordert in jedem Fall die allgemeinen Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus historisch aufzuarbeiten und anzuwenden. D.h. ausgehend von den Zielen der westdeutschen Revolution und der Einschätzung ihrer Erfordernisse den strategischen Plan auszuarbeiten, der Aufarbeitung der Erfahrungen der kommunistischen Arbeiterbewegung gleichermaßen einschließt, wie die Anwendung und Konkretisierung dieser Erfahrungengen in kommunistische Politik heute.

Die sich aus dieser unhistorischen Auffassung notwendig ergebende falsche Betrachtungsweise von Anwendbarkeit und Nichtanwendbarkeit der Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus zeigt sich besonders deutlich am Problem des modernen Revisionismus. Betrachten wir die Programmerarbeitung in ihrem geschichtlichen Zusammenhang, so zeigt sich klar, daß die Programmatik gegenwärtig nur in der Aufarbeitung der Entwicklung der Kommunistischen Partei hin zum modernen Revisionismus und in Abgrenzungen zu den Programmen der revisionistischen Parteien der Gegenwart und entsprechenden Auffassungen in der Bewegung herausgearbeitet werden kann. Deutliche Hinweise zu dieser Aussage geben uns die revolutionären Parteiprogramme der Geschichte. Sie sind in ihrer Verbindung zwischen marxistisch-leninistischen Prinzipien und strategischem Plan Ausdruck des Kampfes gegen den modernen Revisionismus in all seinen Spielarten. So diktiert das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts den deutschen Kommunisten in den verschiedensten inhaltlichen Punkten positiv wie der Kampf zur sozialistischen Revolution gegen den Opportunismus aufzunehmen ist und nicht nur, daß man diesen Kampf anfnehmen muß.

Die besondere historische Situation, in der wir die Aufgabe der Programmerarbeitung zu leisten haben, ist gekennzeichnet durch die Entwicklung des modernen Revisionismus zu einem eigenen sozialimperialistischen System und zu eigenen Parteien innerhalb der Arbeiterklasse. Dies bedeutet eine neue historische Situation, die sich bei der Festlegung des strategischen Plans im Programm, aber auch in der Taktik zueinander vermittelt niederschlagen muß. In dem Artikel 'Klassenkampf und Programm - Grundlegende Fragen der kommunistischen Politik' heißt es : ' In Westdeutschland behauptet die DKP von sich, die kommunistische Partei der Arbeiterklasse zu sein. Sie bekräftigt gleichzeitig, daß sie ein fester Bestandteil der Generallinie der sowjetischen Politik, d.h. der Politik des Sozialimperialismus ist. Einerseits erscheint die DKP als Büro der SED und verlänger-

ter Arm der Sozialimperialisten in Westdeutschland, andererseits bemüht sie sich darum zur modernen Partei des Opportunismus in der Arbeiterklasse zu werden.' (s. Klapro Nr. 1 S. 3f)
Diese Aussage erhält dadurch die ihr zustehende Bedeutung, die notwendige historische Gewichtung, da sie strategisch gewendet wird auf die Aufgaben der Kommunisten in Westdeutschland.
Hier nun in einer Exegese aus der 'Stellungnahme' auf den Punkt zu verweisen in dem dargelegt wird, daß dort Aussagen über den Kampf gegen den modernen Revisionismus enthalten sind, wird deshalb zur Farce, da sie die positive, das heißt aktiv vorantreibende Stoßrichtung gegen den modernen Revisionismus im Programm verneint oder allgemeine Aussagen für klar ausgerichtete, historisch bezogene Aussagen ausgibt. Damit wird der allseitig bekannten Verwechslung von Programm und Taktik eine weitere hinzugefügt. Geht man der Verwechslung von Programm und Taktik in der gegenwärtigen programmatischen Auseinandersetzung auf den Grund, so erkennt man das nicht vorhandene historische Verständnis über die Aufgaben der Kommunisten, d.h. hier, die fehlende Aufarbeitung der Entartung der KPD zum modernen Revisionismus und damit die Unmöglichkeit, positive Traditionen der kommunistischen und Arbeiterbewegung in Westdeutschland fortzusetzen.
Die andere Seite diesesFehlens der historischen Dimension drückt sich in der vielfach thematischen Übernahme von Polemiken der chinesischen und albanischen Kommunisten aus, die in der 'Stellungnahme' durch die Wiederholung allgemeiner Aussagen und Formeln, die nur im internationalen Maßstab Ausdruck aktiver Auseinandersetzung sind, den modernen Revisionismus in Westdeutschland überwinden zu können glaubt.

Das Programm muß Ausdruck der Auseinandersetzung und des Kampfes gegen den modernen Revisionismus sein. Es muß systematisiert die Erfahrungen aus diesem Kampf enthalten, sie synthetisch mit den allgemeinen Prinzipien des Marxismus - Leninismus und der Mao tse Tung Ideen verbinden. Wie kann ein Programm, das **Anleitung zum Handeln** sein soll, die eigenen Erfahrungen aus dem Klassenkampf negieren oder hinter diese Erfahrungen zurückgehen? Dies erscheint nur dadurch möglich zu sein, daß man weder diese Erfahrungen gemacht noch positive Lehren daraus gezogen hat oder sie aber von der Programmdiskussion isoliert als Bereich betrachtet, der mit dieser nichts zu tun hat. Nicht die im Studierstübchen zusammengefassten allgemeinen Prinzipien des Marxismus - Leninismus reichen aus, um die notwenige Anleitung zum Handeln zu geben. Ein Programmentwurf, der nicht die besondere strategische Aufgabenstellung der Kommunisten in der historischen Situation, in der sie sich heute gegenüber dem modernen Revisionismus als eigenem sozialen System und Partei des Opportunismus in der Arbeiterklasse befinden beantwortet, kann nichts weiter sein, als der geschichtslose Versuch, die allgemeinen Lehren der Revolution theoretisch zu rekonstruieren. Programm, Strategie und Taktik sind nicht nur unterschiedliche Aussageebenen über die Aufgaben und Ziele kommunistischer Politik, sie bilden auch drei Momente einer konkreten historischen Einheit.

Gerade die Auseinandersetzung der KPD - Spartakus macht deutlich, daß die allgemeinen Grundsätze ohne historische Bezogenheit, abstrakte und nichtssagende Formeln und Phrasen bleiben. So stellt Rosa Luxemburg bei der Gründung der KPD - Spartakus die besonderen Erfahrungen und Lehren von Karl Marx in Bezug auf die Notwendigkeit des Klassenkampfs und die Zerschlagung des kapitalistischen Staats als allgemeine Richtlinie für die kommunistische Partei gegenüber der Theorie vom Nur - Parlamentarismus von Seiten der Opportunisten der Sozialdemokratie und USPD, heraus. Rosa Luxemburg systematisiert nicht die allgemeinen Lehren von Marx und Engels **als solche**, sondern begreift sie historisch und entwickelt sie zu **Leitsätzen** der neugegründeten KPD - Spartakus. Das Programm der KPD beinhaltet nicht die Zusammenfassung der Lehren von Marx und Engels als solche, sondern - aufbauend auf den Erkenntnissen von Marx und Engels - eine konkrete Einschätzung der Situation in Deutschland und der Welt, die darin ihre Stoßrichtung findet, den strategischen Plan aufzustellen.
Es ist bezeichnend für die 'Stellungnahme', daß sie die gesamte programmatische Auseinandersetzung innerhalb der deutschen kommunistischen und Arbeiterbewegung nach dem Erfurter Programm leugnet oder ihr keine programmatische Bedeutung zubilligt. Das ist bezeichnend dafür, daß unter der Programmatik eben nicht die historisch vermittelte Aussage über Grundsätze und Ziele kommunistischer Politik verstanden wird, sondern die Möglichkeit aus allgemeinen Grundsätzen, ohne sie mit dem spezifischen Klassenkampf zu verbinden, das Programm der westdeutschen Kommunisten zu formulieren. Lenin schrieb in seinem Artikel' Die dringensten Aufgaben unserer Bewegung' :' In allen Ländern hat erst die Vereinigung von Sozialismus mit der Arbeiterbewegung eine feste Grundlage für beide geschaffen. Aber in jedem Land hat sich diese Vereinigung von Sozialismus mit der Arbeiterbewegung **historisch** herausgebildet, in jedem Land ist sie je nach den örtlichen und zeitlichen Bedingungen auf besonderem Wege zu Stande gekommen. In Rußland ist die Notwendigkeit den Sozialismus mit der Arbeiterbewegung zu vereinigen, theoretisch schon längst verkündet worden. Praktisch aber kommt diese Vereinigung erst jetzt zu Stande. Der Prozeß dieser Herausbildung ist ein sehr schwieriger Prozeß, kein Wunder daher, daß er von verschiedenen Schwankungen und Zweifeln begleitet wird.'(Lenin, Die dringensten Aufgaben unserer Bewegung, Bd. 4 S. 367)

DAS PROGRAMM MUSS DIE POLITISCHE RICHTLINIE FÜR DEN KLASSENKAMPF IN WESTDEUTSCHLAND SEIN

Diese aufgeführten Fehler der 'Stellungnahme' führen notwendig zu einer völlig beliebigen Abgrenzung von anderen Linien der Programmerarbeitung. Es wird der Gruppe Rote Fahne Dortmund zum Beispiel vorgeworfen, sie stelle die allgemeinen Grundanschauungen der Kommunisten nicht systematisch zusammen.' Die meisten dieser Einschätzungen (der Gruppe Rote Fahne Dortmund, d. Verf.) entstammen den Publikationen der KP Chinas und sind als einzelne durchaus korrekt. Das ganze aber ist keineswegs ein Programm, das den Kampf des westdeutschen Proletariats anleiten könnte, sondern eine Sammlung von Auffassungen, deren Zusammenstellung beliebig bleibt.' (NRF SN, S. 8)
Völlig lächerlich wird als zentraler Vorwurf erhoben, daß sich das Programm dieser Partei mit bestimmten konkreten Einschätzungen befasst, die nicht ins Programm gehörten; lächerlich, wegen des so 'gefürchteten a.o. Parteitags' als 'entscheidendem' Gegenargument.

So gibt diese 'programmatische Erklärung' keine in den Grundanschauungen feste Basis für die gemeinsame Arbeit der westdeutschen Kommunisten in einer Partei. Es ist vielmehr in seiner Anlage selbst spalterisch und legt den Keim für neue Spaltungen in den eigenen Reihen, weil es auch nebensächliche Punkte, bei denen durchaus Einschätzungsdifferenzen möglich sind, in den Rang programmatischer Aussagen erhebt. (...) So, (d. Verf.) über Afrika, daß der Kampf der Völker von Angola, Mozambique und Guinea - Bissao große Bedeutung gewinne. Wenn derartige Aussagen zum Bestandteil des Programms gemacht werden, so ist die Konsequenz, daß im Fall weiterer Entfatung der Kämpfe - etwa in Namibia - die 'KPD' einen ao Parteitag einberufen müßte, um eine Erweiterung des Programms zu beschließen.' (NRF SN, S. 8)
Dem Roten Morgen wird nur vorgeworfen, daß er die fleißige Seminararbeit der systematischen Zusammenstellung der allgemeinen Grundanschauungen, wie sie die Programmkomission leisten will, nicht vorweisen könne, daß deshalb diese Partei auf Pump aufgebaut sei. ' Diese Gründungserklärung (der KPD/ML Roter Morgen, d. Verf.) zeichnet sich dadurch aus, daß sie gegenüber den Revisionisten zum ersten Male in Westdeutschland bedingungslos den Standpunkt der KP Chinas einnimmt. Was das Programm der **westdeutschen** Revolution angeht, so gibt die Gründungserklärung keine ausdrücklich falsche Bestimmung aus dem einfachen Grund, weil sie kein Programm für den Kampf des westdeutschen Proletariats formuliert.' (Das fordert eine Programmkomission, die selbst auf die historische Dimension in ihren programmatischen Aussagen verzichtet, wie oben aufgezeigt, d. Verf.)
(NRF SN ,S. 9)Eine solche Abgrenzung ist nur lächerlich. Sie enthält doch nichts weiter als die Absichtserklärung, daß das Gundverständnis vom Aufbau der kommunistischen Partei, in dem sich die Gruppe Rote Fahne Dortmund und der Rote Morgen als Partei des westdeutschen Proletariats aufbauen, wohl richtig ist, daß die Kommunique - Zirkel das nur besser machen wollen.
Eine solche Einschätzung der programmatischen Linie der westdeutschen kommunistischen Bewegung halten wir allerdings für völlig falsch.
Der Streit geht nicht darum, ob Erfahrungen und Lehren der kommunistischen und Arbeiterbewegung ein Teil dieses Programms sein müssen, der Streit geht darum, ob sie es bereits darstellen.Wir vertreten hier die Auffassung, daß programmatische Klarheit für Aufgaben und Ziele der kommunistischen Politik heute nur erreicht werden kann, wenn diese allgemeinen Erfahrungen und Lehren der Revolution historisch bezogen und angewendet sind. Wenn also die allgemeinen Grundsätze und Ziele, die das Programm ausmachen, als allgemeiner Ausdruck der kommunistischen Politik in der westdeutschen Arbeiterklasse ist. Der Fehler der KPD/ML Roter Morgen, wie der Gruppe Rote Fahne Dortmund liegt darin, daß sie die Erfahrungen und Lehren der kommunistischen und Arbeiterbewegung nicht als Leitsätze unserer Politik heute historisch verstehen und anwenden, sondern sie als beliebigen und phrasenhaften Rechtfertigungsschleier ihrer kleinbürgerlichen Attrappenpolitik und Organisationsdünkel mißbrauchen. Davon wollte sich die positive Absicht und das erfolgreiche Bemühen der Kommuniquezirkel ohne programmatische Klarheit der westdeutschen Kommunisten absetzen.
Das idealistische Grundverständnis von den allgemeinen Lehren und Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterbewegung, das der 'Stellungnahme' letztlich zugrunde liegt, drückt sich weiter in den Ausführungen zu den Aufgaben der Kommunisten aus :
Als Aufgaben der Kommunisten werden nur die Grundsätze genannt, daß die Kommunisten ' den Klassenkampf des Proletarioats in all seinen Erscheinungsformen leiten müssen' (NRF SN, S.14), daß sie den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen der Kapitalisten enthüllen müssen, um die geschichtliche Bedeutung von der Notwendigkeit der bevorstehenden sozialen Revolution klarmachen, daß sie den Alltagskampf und den Kampf um das Endziel und den politischen mit dem ökonomischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf verbinden müssen.
Richtig betont die 'Stellungnahme' , daß die Aufgaben der Kommunisten darin besteht, den Klassenkampf zu führen. Ungenügend wird diese Feststellung aber deshalb, weil sie in keiner Weise die Strategie und Taktik der Kommunisten in diesem Klassenkampf ausrichtet. Daß der Klassenkampf zu führen ist, bedeutet für die

Kommunisten in Vietnam eine ganz andere Aufgabenstellung als für die Kommunisten in Westdeutschland. Die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten können nur näher bestimmt werden, wenn die grundsätzliche Feststellung, daß der Klassenkampf geführt werden muß, bezogen und konkretisiert wird auf das **historische** Wie.
Dieses Wie konkretisiert sich heute in drei Aufgabenstellungen. Wie verläuft der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse und breiter Volksteile, wie müssen sich die Kommunisten an diesem Kampf beteiligen und ihn mit dem politischen Kampf verbinden; zum zweiten, wie verläuft der Kampf der Arbeiterklasse und breiter Teile des Volkes gegen die zunehmende Reaktion des imperialistischen Staates, wie müssen sich die Kommunisten an diesem demokratischen Kampf beteiligen und ihn mit dem sozialistischen Kampf verbinden; und drittens, In welcher Weise muß in diesen Kämpfen die Vereinheitlichung der Kommunisten zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei vorrangig betrieben werden.
Diese Aufgaben auf die Fragen der Taktik zu reduzieren, wie es die Genossen der Programmkommission machen, bedeutet auf die Analyse der objektiven Faktoren, die die Entwicklung des ökonomischen und demokratischen Kampfs bestimmen zu verzichten. Dieser Verzicht auf die materialistische Analyse der objektiven Grundlagen dieser Kämpfe läuft auf nichts anderes hinaus, als die konkrete Politik im unvermittelten Gegenüber zu den allgemeinen Lehren der Revolution durch die subjektivistische Einschätzung der aktuellen Kampfsituationen zu bestimmen.
Die Lehren des Klassenkampfs selbst schon als das Programm hinzustellen ist nicht richtig.
Es ist falsch die Frage der realen Analyse zur Frage der Taktik zu erklären, wie es die Genossen der Programmkommission tun.
Das kommunistische Programm erweist sich nur insofern als Programm der westdeutschen Kommunisten, als es diese Aufgabe allgemein einschätzt und grundsätzliche Leitlinien für die Lösung dieser Aufgaben und eine entsprechende Taktik der Kommunisten formuliert. Die Widersprüchlichkeit der Stellungnahme besteht nun darin, daß sie aufgrund der demokratischen und wirtschaftlichen Forderungen ansatzweise solche positiven Leitsätze für die Einschätzung und Bestimmung des demokratischen und wirtschaftlichen Kampfes formuliert. Das unvermittelte Nebeneinander theoretischer Teile und praktischer Teile des Programmentwurfs erweist sich als Konsequenz aus dem unhistorischen Verständnis vom Wesen des Programms, der Strategie und der Taktik. Programm und Strategie is nicht als Ausdruck der Einheit von Theorie und Praxis verstanden. Nach dieser Konzeption erscheinen dann die Fragen des Programms als theoretische, die der Taktik als praktische; die Fragen des sozialistischen Kampfes als theoretische und die Fragen des demokratischen und ökonomischen als praktische, anstatt sie insgesamt als theoretische und praktische, d.h. in der Einheit von Programm, Strategie und Taktik zu entwickeln.
Die Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten ist aufgrund ihrer Fehler nicht in der Lage, einen Schritt zur Einheit der Kommunisten in Westdeutschland zu tun, Sie klammert den Punkt aus, in dem sich diese angestrebte Einheit nur ausdrücken könnte. Sie schlägt eine isolierte Polemik um das Programm (verstanden als Katalog allgemeiner Grundsätze des Kommunismus und der Revolution überhaupt) vor, anstatt das allgemeine Wesen und die allgemeinen Differenzen in den Fragen der kommunistischen Politik herauszuarbeiten.

Die Stellungnahme der Programmkommission zum Programm der westdeutschen Kommunisten steht in der Gefahr, auf der Grundlage historisch nicht hergeleiteter und begründeter Grundsätze eine opportunistische, weil aus verschiedenen strategischen Auffassungen zusammengewürfelte, Sammelbewegung einzuleiten, die keinen Schritt voran zum Wiederaufbau der KP bedeuten würde. Denn die Einheit der westdeutschen Kommunisten kann nur auf einer gemeinsamen Strategie entwickelt werden. Wird diese methodisch und inhaltlich aus der Stellungnahme ausgeklammert, bleibt der Versuch die praktische Aktionseinheit der Kommunisten durch taktische Resolutionen herzustellen, beliebig und für die Einheit der Kommunisten in der KP ohne Konsequenz. Die Frage der Einheit der Kommunisten in Westdeutschland ist aber nicht die Frage der Zustimmung zur Taktik bestimmter kommunistischer Hauptgruppen, sondern die Frage eines gemeinsamen Verständnisses der Aufgaben und Ziele der Kommunisten in Westdeutschland.
Die Stellungnahme weist auch den Weg, den diese Polemik zu beschreiten hat, ohne selbst in ausreichender Weise diesen Weg zu beschreiten. Sie eröffnet die Polemik, formuliert aber keine Grundlage für die Einheit der Kommunisten.

SCHLUSS MIT DEM ZIRKELBORNIERTEN STANDPUNKT

Die weitere Stoßrichtung unseres Bemühens: im Ruhrgebiet eine kommunistische Politik aufzubauen und damit einen Beitrag zum Wiederaufbau der KPD zu leisten muß vor dem Hintergrund der Stellungnahme der Programmkommission und der politischen Rolle der Kommuniquezirkel in der kommunistischen Bewegung neu überdacht werden.

- die Kommuniquezirkel bilden gegenwärtig eine der Hauptgruppen in der kommunistischen Bewegung, von der eine vorwärtstreibende und positive Wirkung ausgeht.
- in der programmatischen Diskussion haben sie der Bewegung den bisher klarsten und weitreichensden Vorschlag gemacht.

o in der Aktionseinheit zu Vietnam haben sie vielen kommunistischen und demokratischen Organisationen und Menschen ein positives Aktionsprogramm diktiert.
Die Kommuniquezirkel müssen auch für die marxistisch-leninistischen Gruppen im Ruhrgebiet einen positiven Bezugspunkt darstellen.

Die offene und solidarische Kritik und Selbstkritik der Kommunisten dieser Organisationen muß den Weg eröffnen, unsere gegenwärtigen Unklarheiten, Fragen und Widersprüche zu ihrer Initiative zu klären, das Zirkelwesen zu überwinden und die KP wieder auzubauen.

Mit ihrer Stellungnahme zum Programm können wir uns aber nach den dargelegten grundsätzlichen Fragen und Widersprüchen dazu nicht einverstanden erklären. Vielmehr müssen wir die Stellungnahme kritisieren, daß sie nur eine opportunistische Sammlungsbewegung einleitet und verfestigt, wenn ihr nicht von den Verfassern die Bedeutung gegeben wird, die ihr zukommt. Ein erster Schritt für die Eröffnung einer breiten programmatischen Debatte.

In Dortmund mußten wir zum Beispiel erleben, daß eine Gruppe, die bisher politisch nie in Erscheinung getreten ist, plötzlich die Stellungnahme als ihren Wimpel herumschwenkt, ohne den Ansatz einer Änderung ihrer idealistischen und von der Arbeiterklasse isolierten Grundauffassungen anzudeuten. Wenn wir unsererseits erklären, daß wir uns nicht in die opportunistische Sammlungsbewegung einreihen, müssen wir positiv unseren weiteren Weg angeben, den wir in Richtung des Wiederaufbaus der KP gehen wollen.

Obwohl wir dem Programmentwurf insgesamt nicht zustimmen können, hat er doch die wichtige Funktion für uns, uns bestimmte Fehler unserer bisherigen Politik bewußt zu machen; nämlich den Fehler eine opportunistische Haltung gegen Lokalborniertheit und Zirkelbündelei eingenommen zu haben. Die Stellungnahme hat, wie wir im ersten Teil dieses Artikels schon ausgeführt haben, klar den Standpunkt zurückgewiesen, der die Einheit der Kommunisten auf der Grundlage ihrer konkreten Politik erreichen will.

Keinesfalls wollen wir die Kommuniquezirkel aus einer solchen Zirkelposition kritisieren. Die weitere Stoßrichtung unseres Bemühens, eine kommunistische Politik aufzubauen, muß sich deshalb darauf konzentrieren, die Aufgaben dieser Politik festzulegen und gemeinsame Instrumente ihrer Durchführung zu entwickeln.
Auf der Grundlage eines Kampfprogramms, das die Grundlagen und das Ziel der kommunistischen Politik im Hinblick auf den Wiederaufbau der KPD formuliert, müssen sich die Kommunisten in den verschieden örtlichen Gruppen des Ruhrgebietes zu einem gemeinsamen Verband zusammenschließen. Dieser Zusammenschluß muß eine regionale kommunistische Politik im Ruhrgebiet schaffen, d.h. muß in der Lage sein die örtlichen Aktivitäten zu stärken, ihre Erfahrungen zusammenzufassen und mittels einer politischen Zeitung wieder zu verbreiten.

Diese regionale Organisierung der Kommunisten im Ruhrgebiet muß als Schritt verstanden werden für die Öffnung zahlreicher kommunistischer Gruppierungen und Menschen zur nationalen Polemik um das Programm und für den Wiederaufbau der KP.
Nur wenn wir die Aufgaben kommunistischer Politik zur Grundlage unserer weiteren Arbeit machen, können wir aus dem Beitrag der Genossen der Kommuniquezirkel lernen und durch die Kritik und Selbstkritik die Einheit mit ihnen zum Wiederaufbau der KP herstellen.

Iniativkollektiv "KLASSENKAMPF UND PROGRAMM" der ML DO (Martin P., Peter U., Ludwig S., Gretel S., Georg W.)

aus: Klassenkampf und Programm Nr.2, Februar 73
Zeitschrift der Marxisten-Leninisten Dortmund, der Marxisten-Leninisten Hagen, der Marxisten-Leninisten Castrop-Rauxel

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE bringt zweimonatlich auf ca. 40-50 Seiten Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Rechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Herrschaftsapparats, Berichte zu politischen Prozessen.

Einzelheft DM 2.- Jahresabonnement DM 9.80 plus Porto
Probeheft anfordern !

ROTE ROBE -Verlag
69 Heidelberg Werrgasse 7, Tel. 06221/43863

Nr. 1/73

Profitschmutz und Umweltschutz
Verfassungsschutz als Einstellungsbehörde
Zum Schieß-Erlaß
Langes Verfahren - Kurzer Prozeß
Zu den Heidelberger Studentenprozessen
SPK-Prozeß
Mangel an Beweisen strafschärfend
Jugendarbeitsschutz
Anwaltsprotest gegen psychische Folter
Schweden verschärft Unterdrückung
Folter in Israel
Demonstration nur gegen Kasse

U.Burg,K.Simens

EIN DOKUMENT DES ZENTRISMUS

I. Zusammenfassende Einschätzung

1. Wir begrüßen die Stellungnahme, weil sie dazu dient, die Debatte um das Programm der westdeutschen Kommunisten weiterzutreiben. Insbesondere kann die sich an diese Stellungnahme anschließende Polemik dazu dienen, 1. zu zeigen, welche Fragen noch zu klären sind und 2., was der gegenwärtige Stand in der Programmdebatte ist und wo die Hauptwidersprüche liegen. Darüber hinaus ist die Stellungnahme nützlich, weil sie zu einigen Fragen selbst positive Beiträge enthält, z. B. zur Frage des demokratischen Kampfes und des ökonomischen Kampfes.

2. Wir verfolgen mit unserer Stellungnahme die Absicht, die Programmdebatte weiterzutreiben. Wir wollen die Hauptfehler der Stellungnahme der Programmkommission herausarbeiten und nachweisen, daß sie keine geeignete Grundlage für das Programm der westdeutschen Kommunisten darstellt. Dazu ist es nötig, auch auf Einzelheiten einzugehen. Die Programmdiskussion ist nur dann sinnvoll und führt zur weiteren Klärung, wenn sie anhand von konkreten Fragen geführt wird. Unsere Kritik hat nicht das Ziel, positive Alternativen zu formulieren. Daher sind unsere Änderungsvorschläge zu den einzelnen Punkten jeweils unvollständig, sie geben nur die Tendenz an, in der eine Änderung, Ergänzung etc. vorgenommen werden müßte.
Unseren Ausführungen zur Stellungnahme könnte man entgegenhalten, daß danach das Programm viel zu lang würde. Dazu ist zu bedenken: 1. muß heute das Programm notwendig länger werden als zu Lenins Zeiten, denn sowohl die Fragen, auf die das Programm eine Antwort geben muß, als auch die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die das Programm mitverarbeiten muß, sind vielfältiger geworden. 2. kann es sich unserer Meinung nach im Moment noch nicht um die fertige Formulierung des Programms handeln - die Programmdebatte steckt erst in den Anfängen - sondern es muß zunächst eine Vorklärung der Programmfragen stattfinden. Diese Vorklärung ist notwendig ausführlicher als die Resultate sein werden, die man zu einem späteren Zeitpunkt daraus wird ziehen können und dann endgültig als Programm fixiert.

3. Die Stellungnahme hat eine Reihe schwerwiegender Fehler. Für die wichtigsten halten wir:

a. Die Programmkommission bleibt im wesentlichen beim russischen Programm von 1917/18 stehen. Statt sich eigene Gedanken zu machen, klammert sie sich an das "Vorbild", schreibt von ihm ab und ergänzt es hier und dort um aktuelle Hinweise und die Früchte einer höchst lückenhaften Aufarbeitung des Marxismus-Leninismus. Die Programmkommission versäumt es, die Resultate der historischen Entwicklung seit der Oktoberrevolution (die Entwicklung des Sozialismus, die Entstehung des modernen Revisionismus, den Faschismus, die Entwicklung der internationalen Widersprüche seit dem 2. Weltkrieg usw.) konkret zu analysieren und darzustellen. In einigen Fällen fällt sie sogar noch hinter Lenin auf die Anfänge der Arbeiterbewegung zurück (besonders in den Abschnitten über die Partei und über den Opportunismus). Hinter der Berufung auf die Autorität Lenins und der faktischen Ignorierung der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung sehen wir in erster Linie das Bemühen, den aktuellen Streitfragen in der kommunistischen Weltbewegung wie auch in der westdeutschen kommunistischen Bewegung aus dem Wege zu gehen, mit einem Wort: Zentrismus. Dabei versteckt sich die Programmkommission hinter dem Hinweis, man müsse sich auf programmatische Fragen beschränken und taktische Fragen ausklammern. Nur ärgste Opportunisten können ernsthaft der Auffassung sein, daß die Frage der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere die Einschätzung der KPD und ihres völligen Niederganges, die Stalinfrage und die Frage des internationalen Revisionismus und des Kampfes gegen ihn, taktische Fragen sind. Es sind im Gegenteil gerade dies die Fragen, die heute für die kommunistische Weltbewegung bzw. für die westdeutsche kommunistische Bewegung entscheidend sind. Der Zentrismus der Programmkommission ist in erster Linie ein Zentrismus gegenüber dem modernen Revisionismus. Dies scheint uns der das ganze Programm durchziehende Hauptfehler zu sein.

b. Der Zentrismus geht - wie oft in der Geschichte (Kautsky) - mit einer Unterschätzung des subjektiven Faktors, des bewußten Elements im Klassenkampf einher. Am deutlichsten wird dies an den Abschnitten über die Partei und über den Opportunismus. Zu diesen Fragen kann heute keiner mehr einen richtigen Standpunkt beziehen, der sich nicht umfassend die Lehren besonders der chinesischen Revolution angeeignet hat.

c. Es fehlt die konkrete Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Bedingungen in der BRD, vor allem in den Fragen: Analyse der Klassen, ökonomische und politische Beziehungen des BRD- Imperialismus zu den anderen imperialistischen Staaten und Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung Westdeutschlands.

d. Die Gliederung des Textes ist sowohl insgesamt als auch in seinen einzelnen Abschnitten entweder nicht erkennbar oder falsch. Zwei Beispiele: 1. ist die Darstellung der Grundzüge des Imperialismus abgetrennt von der Charakteristik der kapitalistischen Produktionsweise. Eingeschoben sind ziemlich willkürlich Abschnitte über den proletarischen Klassenkampf, die Partei und die neue Mittelklasse. 2. ist der Teil über den BRD-Imperialismus vorné angeklebt und ergibt sich nicht logisch aus der allgemeinen Charakteristik des Imperialismus.
Es kommt darauf an, eine sinnvolle, der Sache und ihrer Anschaulichkeit entsprechende Gliederung zu finden. Als allgemeine Gliederungsprinzipien, die allerdings nicht schematisch angewandt werden dürfen, schlagen wir vor: Vom Historischen zum Aktuellen, von den internationalen zu den nationalen Bedingungen, von der Ökonomik zur Politik zur Ideologie.
Über inhaltliche Fehler und Mängel in der Gliederung hinaus trägt die Stellungnahme alle Anzeichen dafür, daß sie in großer Eile runtergehauen wurde. So wiederholen sich z. B. Gedanken und Argumente zum Teil wörtlich (s. S. 25). Weiter werden Zitate nicht gekennzeichnet (s. S. 20 oben u. Lenin Bd. 24, S. 269 f). Hier wird im Gegensatz zu den Versicherungen der Programmkommission eine Orginalität vorgetäuscht, die tatsächlich gar nicht besteht.

e. Im Text fehlt jede Auseinandersetzung mit der Programmdiskussion in der m-l -Bewegung. So sicher es ist, daß eine solche Auseinandersetzung nicht Gegenstand des Programms selbst sein kann, so sehr wäre es doch notwendig gewesen, diese Auseinandersetzung in die Stellungnahme einzubeziehen, da die Aufgabe einer solchen Veröffentlichung gerade darin besteht, die Programmdebatte in der Bewegung breit zu entwickeln. In diesem Sinne stellt es auch nur ein Ausweichen vor der wirklichen Polemik dar, wenn in der Einleitung lediglich auf den formalen Aspekt in den Programmbeiträgen anderer Organisationen eingegangen wird.

4. Auf theoretischer Ebene kennzeichnet diese Stellungnahme eine mangelhafte Aneignung des Marxismus-Leninismus einerseits und die Unfähigkeit, ihn auf die konkreten Verhältnisse in der BRD anzuwenden, andererseits. Was den Genossen an theoretischem Vermögen fehlt, versuchen sie durch einen sturen Schematismus zu kompensieren. Die Stellungnahme dieser Gruppen, die im Gegensatz zu einigen anderen überhaupt bereit sind, ihre Politik auch theoretisch zu begründen und in die Auseinandersetzung in der Bewegung einzugreifen, zeigt, wie weit der westdeutschen kommunistischen Bewegung die theoretischen Voraussetzungen noch fehlen, um die programmatischen Fragen tatsächlich klären zu können. Der Versuch der Programmkommission ist ein klarer Beweis, daß es unmöglich ist, das Programm einer Kommunistischen Partei zu formulieren, ohne über eine revolutionäre Theorie zu verfügen, deren Wesen in der konkreten Analyse der konkreten Situation besteht.

5. Während die Gruppen des Bremer Kommuniqués mit der großen Mehrheit der Bewegung - wenn auch nicht im selben Umfang - die Vernachlässigung der revolutionären Theorie teilen, haben sie ein spezielles Konzept entwickelt, die Bewegung zur Partei zu vereinigen. Nachdem diese Zirkel selbst zunächst gegen die übereilten Parteibildungen Front gemacht hatten, entdeckten sie auf einmal im Mai 1972, daß die notwendigen Voraussetzungen für die Gründung einer Partei bestünden und riefen zur Liquidierung des Zirkelwesens auf. Sie nutzten damit geschickt die politische Konjunktur der Bewegung aus, nachdem einige "Parteien" Zerfallserscheinungen gezeigt hatten. Den allgemeinen Ruf der Bewegung nach einem Programm beantworteten die Zirkel dadurch, daß sie das Leninsche Programm von 1917/18 hervorholten und mit einigen neuen Begriffen und Bemerkungen ausstaffierten. Diese Stellungnahme setzt die bisherige zentristische Politik vor allem der KG/NRF fort, die Gunst und Führung der Bewegung dadurch zu erlangen, daß man ihren kleinsten gemeinsamen Nenner als wahre Lösung ihrer Widersprüche anbietet.

6. Die Stellungnahme der PK stellt nicht die Grundlage dar für das Programm, auf dem die westdeutschen Kommunisten vereinheitlicht werden können. Die Gründe dafür sind: 1. die genannten prinzipiellen ideologischen und theoretischen Schwächen (s. o.); 2. in einigen Fragen ist der theoretische Stand in der Bewegung bereits weiter als die Stellungnahme, z. B. in der Frage der Partei und in der Einschätzung des Revisionismus. 3. Die PK setzt nicht konkret an der Auseinandersetzung in der Bewegung an, d. h. sie entwickelt ihre Position nicht in Anknüpfung an oder Abgrenzung von bestehenden Positionen. Damit ist von vornherein eine Vereinheitlichung der verschiedenen Ansätze ausgeschlossen.

(Wir schlagen der PK vor, sämtliche Stellungnahmen zu ihrem Entwurf zu veröffentlichen, um die Diskussion um das Programm der westdeutschen Kommunisten maximal zu entfalten.)

II. Unsere Kritik im Einzelnen

Zu 1. Noch einmal unsere Auffassung zum Parteiaufbau:

Wir halten diesen Teil in seinen Grundzügen für richtig. Insbesondere stimmen wir folgenden Feststellungen zu:

1. daß die Schritte bei der Schaffung der Partei im wesentlichen und auch in der Reihenfolge die sind: Ausarbeitung des Programms, Entwicklung der Taktik (was bereits eine entsprechende Teilnahme am politischen Klassenkampf voraussetzt) und Aufbau der Organisation. Ideologischen vor organisatorischen Parteiaufbau!
2. daß es sinnlos und schädlich ist, die Polemik

innerhalb der Bewegung fast ausschließlich um den Weg zum Parteiaufbau zu führen, in der vergeblichen Hoffnung, eine Art Idealkonstruktion zu finden, daß vielmehr in den Vordergrund der Auseinandersetzung die Fragen des Programms treten müssen. Richtig ist auch, die Auseinandersetzung mit den Pseudo-Parteien (und denen, die es werden möchten) nicht länger auf der formell-organisatorischen Ebene zu führen, sondern ihre programmatischen Grundlagen und ihre politische Praxis zum Gegenstand der Kritik zu machen.
3. daß ein einheitliches Programm erst den Rahmen schafft, innerhalb dessen eine Auseinandersetzung um taktische Fragen sinnvoll und fruchtbar wird, und daß dieses Programm eine Hilfe dabei sein kann, prinzipienlose Spaltungen in Zukunft zumindest zu "erschweren".

Zu 2. Kritik falscher Linien in der Programmdiskussion:

1. Bei der Kritik der falschen "Linien" in der Programmdiskussion beschränkt sich die PK auf formale Aspekte wie Aufbau und Bestandteile des Programms. Es ist zwar richtig, daß auch über diese Frage Einheit erzielt werden muß, bevor das Programm erstellt werden kann, aber es ist falsch, dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken. Die Programmdiskussion in der m.l. Bewegung hat gerade erst begonnen. Es wäre richtiger gewesen, sich mit den inhaltlichen Positionen der verschiedenen Gruppen auseinanderzusetzen, statt nur auf die formalen Aspekte des Programms einzugehen. Erst aufgrund einer inhaltlichen Diskussion um die einzelnen Positionen werden sich Schwerpunkte finden lassen, von denen her man dann auch die formalen Aspekte lösen kann. Ein umgekehrtes Vorgehen führt sehr leicht zu Formalismus und Schematismus in der Programmerarbeitung, z. B. in der schematischen Übernahme historischer Vorbilder. (vgl. 4. 1)

2. Im formalen Bereich selbst bleibt die PK auch sehr oberflächlich. Sie gibt z. B. keine präzisen Bestimmungen von Begriffen, die im Zusammenhang mit der Programmdiskussion immer wieder auftauchen, über deren Bedeutung aber keineswegs Klarheit herrscht. Es wäre z.B. wichtig, die Begriffe Klassenanalyse, Programm, Strategie, Taktik gegeneinander abzugrenzen und auf ihre klassische Definition z. B. durch Stalin Bezug zu nehmen.

Zu 2.1 Die Liquidatoren:

Die Kritik an den Liqidatoren zeigt das völlige Verkennen
1. der Bedeutung der systematischen Theorieverarbeitung (gründliche Aneignung der politischen Ökonomie, Weltmarktanalyse etc.) als Voraussetzung für die Programmschaffung. Wenn auch die Marxistische Gruppe Erlangen oder auch die Berliner Gruppe, die die "Probleme des Klassenkampfs" herausgibt, letztlich für sich gesehen Akademisten sind, da nicht sichtbar wird, in welcher Weise ihre theoretische Arbeit auf eine revolutionäre Politik ausgerichtet ist, darf man doch nicht verkennen, daß die Arbeiten dieser Gruppen die ersten ernsthaften und fundierten Versuche sind, tatsächlich die Marxschen Kategorien in eine Analyse der heutigen Kapitalbewegung (vor allem auch im Weltmaßstab) umzusetzen. (vgl. z. B. den Aufsatz über "Kapitalistischen Weltmarkt und Weltwährungskrise" in Probleme des Klassenkampfs Nr. 1, Nov. 1971).

2. der relativen Unvermittelbarkeit von Theorie und Praxis in der gegenwärtigen Situation der Bewegung. Sowohl der geringe Stand der Theoriebildung und des allgemeinen ideologischen Niveaus der kommunistischen Bewegung wie auch der unentfaltete Charakter der Klassenkämpfe verhindern die enge Verbindung von Theorie und Praxis, wie sie immer wieder voluntaristisch gefordert wird. Enge Verbindung in dem Sinn, daß 1. die theoretische Arbeit vor allem in der Verallgemeinerung der eigenen politischen Praxis besteht (das geht bis zur grotesken Vorstellung, das Programm nach dem Prinzip der Massenlinie auszuarbeiten). und 2. daß die Fortschritte in der theoretischen Arbeit sich unmittelbar in der politischen Taktik niederschlagen. Die gegenwärtige Situation ist eben gerade dadurch gekennzeichnet, daß sich Theorie und Praxis relativ (!) unabhängig voneinander entfalten. Das ändert nichts an unserer Aufgabe, die Verbindung beider Seiten vorwärts zu treiben in Übereinstimmung mit den konkreten Bedingungen. Die spezifische Widersprüchlichkeit zwischen Theorie und Praxis heute zu ignorieren, führt unweigerlich entweder zum Akademismus oder zum Pragmatismus.

3. der Rolle und Funktion der "Liquidatoren" in der m.l. Bewegung. Die Gruppe "Oktober" z. B. kann man nur verstehen, wenn man sich sehr viel eingehender als die PK das getan hat mit der Entwicklung einzelner Strömungen innerhalb der Bewegung befaßt, z. B. mit dem Zerfallsprozeß der KPD/ML (Roter Morgen) vor einem Jahr. In dieser Organisation hatten sich bestimmte Widersprüche in einer für die ganze Bewegung exemplarischen Weise zugespitzt, z. B. der Widerspruch zwischen Spontanität und Bewußtheit in seinen verschiedensten Formen, z. B. dogmatischen und ökonomistischen Abweichungen etc. Der Gruppe "Oktober" gebührt das große Verdienst, als erste mit aller Schärfe die sich immer mehr häufenden opportunistischen und revisionistischen Abweichungen dieser Organisation und ihren Zusammenhang mit den Widersprüchen in der ganzen m.l. Bewegung bloßgelegt und auch als erste die zentrale Bedeutung von Klassenanalyse und Programm für die gesamte Bewegung proklamiert zu haben - damals von den meisten als "liquidatorisch" verlacht, ist diese Erkenntnis heute in aller Munde.

Zu 2.3 Die Richtung der Programmatischen Beliebigkeit: "KPD"

1. Was die PK hier von ihrem Verständnis her als Kritik an der Systematik der Programmeinschätzungen der KPD vorbringt (Beliebigkeit, Verwechslung von programmtischen und taktischen Fragen), beruht in Wirklichkeit auf einer Verkennung der inhaltlichen Bedeutung bestimmter Fragen für die Programmdiskussion. Die Stalin-Frage, die Entwicklung des Revisionismus in der KPdSU, die Entwicklung der KPD sind keineswegs irgendwelche "aktuellen Einschätzungen", die Frage der Verei-

nigung von SPD und KPD nach 1945 auch keine taktische Frage, sondern Bestandteil der Einschätzung der revisionistischen Entartung der KPD, und ohne Einheit in diesen wichtigen Fragen der internationalen und nationalen Arbeiterbewegung kann die westdeutsche m.l. Bewegung sich nicht auf einem Progamm vereinigen.

2. Die KG/NRF ist nicht konsequent in ihrer Selbstkritik. Im NRF 4-5/72 hatte sie ihre rein formale Kritik an dem Parteianspruch der KPD in dem Artikel "Kampf dem Zirkelwesen" (NRF 2/72) selbstkritisch festgestellt - hier in der'Stellungnahme' läuft der Schwerpunkt der Kritik an der KPD wieder in der alten Richtung: Das Programm diene der KPD nur zur Bestätigung ihres Parteianspruchs. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den programmatischen Positionen der KPD wird aber nirgends geleistet.

Zu 2.4 Parteigründung auf Pump: KPD/ML (Roter Morgen):

Die Kritik an der KPD/ML (RM) ist ein Musterbeispiel für die Oberflächlichkeit und völlige Unkenntnis der PK hinsichtlich der Organisationen, deren programmatischen Linien sie angeblich einschätzen will.

"Diese Gründungserklärung zeichnet sich dadurch aus, daß sie gegenüber den Revisionisten zum ersten Mal in Westdeutschland bedingungslos den Standpunkt der KP Chinas einnimmt. Was das Programm der westdeutschen Revolution angeht, so gibt die Gründungserklärung keine ausdrücklich falschen Bestimmungen aus dem einfachen Grund, weil sie kein Programm für den Kampf des westdeutschen Proletariats formuliert."(Stellungnahme, S. 9)
Dazu ist zu sagen: Die Parteinahme der KPD/ML für den Marxismus-Leninismus, für die KP Chinas, zum Zeitpunkt ihrer Gründung - mag sie auch eine historisch vorwärts treibende Rolle gespielt haben - war eine weitgehend formale, verbale. Die Gruppe um Ernst Aust hatte sich so gut wie gar nicht inhaltlich mit dem Revisionismus auseinandergesetzt und dementsprechend steckt die Gründungserklärung noch voll mit tendenziell revisionistischen Anschauungen, d.h. enthält sehr wohl eine ganze Reihe von "falschen Bestimmungen". Einige Beispiele: 1. Es werden der "westliche " und der "östliche" Teil Deutschlands jeweils den Einflußgebieten der beiden Supermächte zugeordnet, quasi als wären sie Kolonien. Einen selbständigen westdeutschen Imperialismus scheint es nicht zu geben. 2. Die Entartung der KPD wird mit der "personellen und materiellen Abhängigkeit des KPD-Apparats von der SED" erklärt. 3. Mit der Parole "Kämpfen wir für ein einheitliches sozialistisches Deutschland" wird für die westdeutsche KP die gesamtdeutsche Revolution als eigentliches Etappenziel proklamiert.

Zu 2.5 Verwechslung von programmatischen und taktischen Fragen:

Es ist falsch, die Frage nach der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus zur taktischen Frage zu erklären. Lenin hat in seinen klassenanalytischen Arbeiten nicht nur die Frage behandelt, ob sich der Kapitalismus in Rußland durchsetzt, sondern auch wie. Für uns reicht es nicht, zu wissen, daß Westdeutschland ein imperialistisches Land ist. Wenn wir angeben wollen, welchen Weg die Revolution unter den spezifischen Bedingungen in Westdeutschland nehmen muß, müssen wir die Besonderheiten in der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus untersuchen, z.B. die Stellung des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und die Konsequenzen der zunehmenden Westintegration für die westdeutsche Revolution.

Zu 4.1. Unsere Vorbilder

1. Der Hauptfehler dieses Teils besteht darin, daß die PK nicht von dem gegenwärtigen Stand der kommunistischen Weltbewegung ausgeht, sondern im wesentlichen am Erfurter Programm und am Programm der SDAPR von 1903 und 1917 anknüpft. Diese Dokumente repräsentieren aber einen unreifen Stand sowohl der gesellschaftlichen Entwicklung als auch der internationalen kommunistischen Bewegung. Daß die jeweiligen Programme nicht einfach unhistorisch als "Vorbilder" verstanden werden dürfen, beweisen folgende Hinweise: Der Hauptmangel des Erfurter Programms bestand darin, daß es die Frage der Diktatur des Proletariats nicht beantwortete. Im Programm der SDAPR von 1903 fehlt die Charakteristik des Imperialismus und des Opportunismus. Sie wurde erst im Programm von 1917 nachgetragen. Heute ist es entscheidend, von den Erfahrungen auszugehen, die weit über die Programmatik der alten SPD und der SDAPR hinausgehen und im wesentlichen durch die KP China und die PdAA zusammengefaßt worden sind. Zu diesen Erfahrungen, die wir zu berücksichtigen haben, gehören:

1) Die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus, d.h. die Restauration des Kapitalismus in einigen ehemals sozialistischen Ländern - für uns besonders die Frage der kapitalistischen Restauration in der DDR - auf der einen und die Fortführung der Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats auf der anderen Seite.
2) Die Erfahrungen beim proletarischen Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern, d.h. für uns vor allem die revisionistische Entartung der KPD - und die Niederlagen des Proletariats in einigen Ländern, für uns besonders die Niederlage des deutschen Proletariats im Faschismus und nach 1945.
3) Die Erfahrungen beim Kampf der unterdrückten Völker.
4) Die Entwicklung der internationalen Widersprüche seit dem 2. Weltkrieg in toto.

2. Die falsche Bestimmung der Vorbilder ist Resultat einer formalistischen und schematischen Fragestellung. Die PK orientiert sich am Erfurter-Programm usw., weil dieses "systematisch" ist, lehnt aber andere Programme, Dokumente usw. ab, weil sie formal mangelhaft, "bloße Erklärungen mit Aufrufcharakter" sind. Dies ist ein völlig unpolitischer und unhistorischer Standpunkt in der Programmfrage.

Zu 4. 2 Westdeutschland ist ein imperialistisches Land:

1. Zur Stellung des Abschnitts. Die Charakterisierung der Grundzüge des internationalen Imperialismus muß den Ausführungen über Westdeutschland als imperialistisches Land vorausgehen. Die spezifische Entwicklung und Rolle Westdeutschlands wird nur von diesen allgemeinen Grundzügen her verständlich.

2. Es fehlen Ausführungen über die Widersprüche zwischen dem westdeutschen Imperialismus und den übrigen imperialistischen Staaten. Der gesamte Komplex der ökonomischen, politischen und militärischen Integration der imperialistischen Staaten muß dargestellt werden. Es genügt nicht, sich mit der Feststellung von 1848 zu begnügen, daß die proletarische Revolution der Form "zunächst national" ist. Zur Ausarbeitung einer korrekten Strategie scheint es uns besonders wichtig zu sein, die Rolle des Einflußes des US-Imperialismus auf die BRD zu bestimmen. Dies ist aber nur möglich auf der Grundlage der Analyse der internationalen Widersprüche, besonders der Widersprüche der beiden Supermächte, wozu allerdings in der Stellungnahme jeder Hinweis fehlt.

3. Es ist falsch, die nationale Frage als "keine revolutionäre Frage" hinzustellen und daher nicht im Programm zu behandeln. Richtig ist: 1. daß die Einheit Deutschlands erst nach der sozialistischen Revolution in der BRD und der DDR als Vereinigung zweier selbständiger Staaten möglich ist. Richtig ist 2., daß die Lösung der nationalen Frage nicht die alleinige Aufgabe des westdeutschen Proletariats ist, daß das westdeutsche Proletariat keinerlei Alleinvertretungsanspruch besitzt. Trotzdem ist die nationale Frage eine Frage der sozialistischen Revolution. Erstens liegt die Wiederherstellung der deutschen Einheit im berechtigten Interesse des deutschen Volkes. Zweitens wurde die Spaltung Deutschlands nach 1945 von den westlichen Alliierten betrieben und wird heute von den Monopolbourgeoisien der BRD und der DDR und den beiden Supermächten aufrechterhalten. Daher muß der Wunsch des Volkes, die Einheit wieder herzustellen, als wichtige Triebkraft im Kampf für den Sturz der westdeutschen Bourgeoisie erkannt und ins Programm aufgenommen werden. - Der Grund für die falsche Darstellung der Sache durch die PK liegt darin, daß sie - wieder aufgrund einer schematischen Anlehnung an Lenin - die nationale Frage, weil sie sich für einige Staaten Europas im 19. Jahrhundert stellte und heute für die von den imperialistischen Staaten abhängigen Länder stellt, gleichsetzt mit der Frage der Spaltung imperialistischer Länder.

4. In der Frage der Analyse des BRD-Imperialismus als wesentliche Voraussetzung für die Ausarbeitung des Programms widerspricht sich die PK eklatant. Auf Seite 10 wird dieser Analyse nur eine Bedeutung für die Ausarbeitung der Taktik eingeräumt. Jetzt aber wird festgestellt, daß es notwendig ist, die "Entwicklungsstufe (des westdeutschen Imperialismus) wissenschaftlich genau zu charakterisieren". Wir halten dies letzte für richtig.

Zu 4. 3 Die Entwicklung des Kapitalismus und die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen

1. Richtig ist der Hinweis, daß man sich im Programm nicht auf die rein theoretische Erörterung der kapitalistischen Widersprüche beschränken darf, sondern eine anschauliche Darstellung des Elends der westdeutschen Arbeiterklasse geben muß. Das Programm sollte in allen Teilen eine propagandistische Form haben.

2. Zur Stellung dieses Abschnitts. Grundsätzlich schlagen wir vor, zuerst die historische Entwicklung darzustellen, bevor man zur Charakteristik der gegenwärtigen Situation übergeht. Das macht das Programm übersichtlicher und klarer. Es wäre besser, die Darstellung der Entwicklung des Kapitalismus an den Anfang des Programms zu stellen und erst dann zur Darstellung des westdeutschen Imperialismus überzugehen.

3. Trotz der Überschrift dieses Teils fehlt jeder konkrete Hinweis auf die Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Klassen, insbesondere eine Charakteristik der gegenwärtigen Klassenstruktur Westdeutschlands. Es ist im übrigen klar, daß in diesen Zusammenhang die Darstellung der Mittelklassen-Frage gehört. Die Mittelklassen sind ein Resultat der historischen Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses.

4. Gerade wenn der Abschnitt eine anschauliche Darstellung des Elends der westdeutschen Arbeiterklasse und eine Charakteristik der Klassen in der westdeutschen Gesellschaft geben soll, ist die "enge Anlehnung an das Erfurter Programm, Lenins Programmentwurf von 1902 und das Programm der SDAPR von 1903" verfehlt.

Zu 4. 4 Der proletarische Klassenkampf

1. Das Ziel des proletarischen Klassenkampfes ist nicht die sozialistische Gesellschaft, wie es im Text heißt, sondern die kommunistische Gesellschaft. Zu solch kardinalen Fehlern muß man gelangen, wenn man das russische Programm abschreibt, das die Sache ebenfalls falsch darstellt (vgl. Lenin, Bd. 24, S. 469). Der ganze Abschnitt ist davon geprägt, daß der Unterschied zwischen beiden Gesellschaftsformationen verwischt wird. So wird z. B. die Beseitigung der Grundlage der Klassenspaltung, d. h. des Privateigentums an Produktionsmitteln, auf eine Stufe gestellt mit der "Aufhebung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit". Dabei ist es klar, daß die sozialistische Revolution zwar das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt, aber noch lange nicht den Widerspruch zwischen Hand-und Kopfarbeit aufheben wird. - Hinsichtlich der kommunistischen Gesellschaft muß das Programm wenigstens die Grundzüge angeben: Aufhebung der Klassen und Klassenwidersprüche, Absterben des Staates, Erläuterung des Grundsatzes "Jedem nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten" usw.

2. Ebenso verhängnisvoll wirkt sich das Abschreiben des russischen Programms auf die Darstellung der sozialistischen Gesellschaft aus. Während Lenin vor über 5o Jahren zu recht ablehnte, Spekula-

tionen über den Sozialismus in das bolschewistische Programm aufzunehmen, dürfen wir heute nach umfangreichen positiven wie auch negativen historischen Erfahrungen keineswegs bei einigen allgemeinen Sätzen stehenbleiben, wie z. B. der Notwendigkeit der Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. (Das ist wirklich das Einmaleins.) Ins Programm muß u. E. ein besonderer Abschnitt über die sozialistische Gesellschaft aufgenommen werden.

Darin müssen konkrete Angaben gemacht werden:

a. über das ökonomische System des Sozialismus,
b. über die Klassenbasis und die Formen der politischen Machtausübung, z. B. Erläuterung des Begriffs der Volksdemokratie, der Beziehungen zwischen Partei, Staatsapparat und Gewerkschaften usw.
c. über die gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Ursachen der Entartung der KPs in den ehemals sozialistischen Ländern und der Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern (dies vielleicht nicht an dieser Stelle),
d. über die wichtigsten Lehren aus der revisionistischen Entartung und der Restauration des Kapitalismus, wie sie vor allem von den chinesischen und albanischen Kommunisten gezogen worden sind.

3. Stalin wird hier in einer Reihe mit Lenin und Mao genannt als denjenigen, die den wissenschaftlichen Sozialismus weiterentwickelt haben, d. h. er wird als Klassiker akzeptiert. Dazu ist zu sagen:
1) die Stalinfrage muß zunächst einmal theoretisch außerhalb des Programms geklärt werden.
2) Die Ergebnisse dieser theoretischen Untersuchung müssen auch im Programm festgehalten werden unter dem Punkt Aufbau des Sozialismus.
3) Es ist eine opportunistische Herangehensweise der KG/NRF, Stalin hier stillschweigend als Klassiker erscheinen zu lassen, nachdem gerade diese Gruppe bisher immer darauf bestanden hatte, die Stalinfrage müsse erst geklärt werden.

Zu 4. 5 Die Aufgaben der Kommunisten

Zur Frage der Partei:

1. Die PK bedient sich hier der Marxschen Terminologie, wenn sie auf der einen Seite von der "Organisation der Kommunisten" und auf der anderen Seite von der Organisation des Proletariats als "selbständiger politischer Partei" spricht. Die Übernahme dieser Terminologie ist jedoch falsch, weil sich im Marxschen Begriff der Partei ein noch unreifer Stand der Arbeiterbewegung spiegelt. Marx konnte damals bei dem Fehlen einer eigenständigen proletarischen Bewegung nur die vordringliche Aufgabe jeder kommunistischen Politik formulieren: die Befreiung des Proletariats von jedem bürgerlichen Einfluß und die Entwicklung des Proletariats zur politisch selbständigen Klasse ("Partei"). Es mußte ihm aber noch die Vorstellung der konkreten Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels und zur schließlichen Organisierung des Sieges des Proletariats fehlen (vgl. Lenin, Bd. 24, S. 72). Diese Voraussetzungen formulierte vor allem Lenin in der Theorie über die revolutionäre proletarische Partei eines neuen Typus. Wie sich aus den bisherigen Veröffentlichungen des NRF ergibt, z. B. aus seinem Begriff des Parteibildungsprozesses des Proletariats, ist sich die KG/NRF dieser Differenz Marx-Lenin, die die Differenz zweier Epochen der Arbeiterbewegung spiegelt, keineswegs bewußt. Daher auch der geradezu groteske Tatbestand, daß in einem Programm einer künftigen kommunistischen Partei der Begriff der "Kommunistischen Partei" ausgeklammert wird.

2. Entsprechend der falschen Fixierung auf die Marxsche Terminologie fehlt die Weiterentwicklung der Parteitheorie:

a. durch Lenin: die Rolle der revolutionären Theorie, die Partei als bewußtes Element gegenüber der spontanen Arbeiterbewegung, die den wissenschaftlichen Sozialismus von außen in die Arbeiterklasse hineintragen muß, das Primat der Politik gegenüber den ökonomischen Kämpfen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.
b. durch Mao Tse-tung: die Erkenntnis, daß der Klassenkampf sich auch in der Partei fortsetzt und dort als Kampf zweier Linien aktiv ausgetragen werden muß; die Formen, den Kampf zweier Linien zu führen wie Kritik und Selbstkritik, die Verbundenheit mit den Massen als Grundlage für die ideologische Ausrichtung der Partei, das Prinzip der Massenlinie als Grundlage für die Erstellung und Durchführung der richtigen politischen Linie.

Zur Frage der Hegemonie des Proletariats:

3. Der Abschnitt gehört nicht hier hin. Die Hegemonie des Proletariats an dieser Stelle - Darstellung der Rolle der Partei - zu erläutern, führt dazu, das Verhältnis von Partei und Klasse, von subjektivem und objektivem Faktor usw. zu verwischen. (Daß der Abschnitt gleichwohl hier steht, bringt die Unklarheiten der PK in der ganzen "Parteifrage" zum Ausdruck.) Die Stellung des Proletariats in der Revolution leitet sich aus seiner Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß ab (als Träger der großen Industrie), sie muß also auch im Zusammenhang der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise dargestellt werden.

4. Die Kritik am Revisionismus in dieser Frage bezieht sich nicht in erster Linie auf die prinzipielle Anerkennung der proletarischen Hegemonie (DKP: "Hauptmacht"), sondern auf die Frage, was empirisch im staatsmonopolistischen Kapitalismus unter "Proletariat" zu verstehen ist (DKP: "Arbeiter, Angestellte und Beamte"). Die Frage muß daher im Zusammenhang mit der Darstellung der Klassenverhältnisse des BRD-Imperialismus beantwortet werden.

Zu 4. 6 Wie wird die neue Mittelklasse im Programm berücksichtigt?

Zu dieser Frage können wir aufgrund mangelnder eigener Kenntnisse nur einige sehr allgemeine und vorläufige Hinweise geben.

1. Hauptfehler dieses Abschnitts ist unserer Meinung nach, daß die Analyse der Klassen auf der rein logischen Ebene, vor allem der Kategorien der produktiven und unproduktiven Arbeit stehen bleibt und nicht zur Analyse der empirischen Verhältnis-

se vorwärtsschreitet, von wenigen Hinweisen abgesehen.

2. Mit diesem Mangel hängt zusammen, daß die Klassen statisch und idealtypisch bestimmt werden. Es fehlt erstens der Gesichtspunkt der Entwicklung und Veränderung der Klassenbeziehungen im allgemeinen und zweitens der Gesichtspunkt ihrer Entwicklung unter den Bedingungen des Imperialismus und der Verschärfung seiner Widersprüche im besonderen. Diese theoretische Arbeit halten wir für notwendig, um überhaupt sinnvolle und konkrete politische Schlußfolgerungen in einem Programm ziehen zu können.

3. Die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und den übrigen Lohnabhängigen werden unterschätzt, wenn es heißt, daß "innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zwischen dem Proletariat und dem größten Teil der neuen Mittelklasse keine wesentlichen Interessendifferenzen" bestehen (S. 21). Dies steht im Widerspruch zu der Feststellung, die Herausbildung einer neuen Mittelklasse sei nur möglich auf der Grundlage "einer ungeheuren Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Ausbeutung des Proletariats". (S. 2o) Hier muß über diese beiden Ursachen hinaus darauf hingewiesen werden, daß die ökonomische Basis der neuen Mittelklassen u. a. in der Ausbeutung der unterdrückten Völker besteht, daß die neuen Mittelklassen Moment des parasitären Charakters des Imperialismus sind. Daher ist notwendigerweise der Widerspruch bestimmter Teile der neuen Mittelklasse zur proletarischen Revolution und zur Befreiung der Völker vom imperialistischen Joch außerordentlich groß. Um welche Teile es sich dabei handelt und wie sich dieser Widerspruch entwickelt, dies zu untersuchen, wäre Aufgabe einer konkreten Klassenanalyse.

4. Es genügt unseres Erachtens im Rahmen einer Klassenanalyse nicht, die Arbeiterklasse lediglich summarisch durch die Kategorie der "produktiven Arbeit" zu bestimmen. Es ist sehr wahrscheinlich notwendig, auch zwischen den verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse zu differenzieren. Dabei müßte auch die stoffliche Bestimmtheit der Arbeit berücksichtigt werden. (vgl. MEW 26, 1; S. 385)

Zu 4.7 Der Imperialismus

1. Zur Stellung des Abschnitts: Die Charakteristik des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus muß auf die Darstellung der Warenproduktion und des Konkurrenzkapitalismus folgen. Und der Charakteristik des westdeutschen Imperialismus vorangehen. Es sollten zuerst sowohl die historischen Grundlagen als auch die Grundzüge der gegenwärtigen Epoche im allgemeinen dargestellt werden, bevor der Nachweis des imperialistischen Charakters der BRD erbracht wird.

2. Darüber hinaus sind einige Passagen in diesem Abschnitt fehl am Platze: Der Passus über die Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats gehört in den Abschnitt über den proletarischen Klassenkampf. Die Darstellung des Parasitismus und der Fäulnis des Imperialismus überschneidet sich mit Teilen des Abschnitts 4.3 "Die Entwicklung des Kapitalismus ..." Die Darstellung der politischen Reaktion ist angesichts der Verhältnisse in den imperialistischen Staaten wesentlich wichtiger als die Charakteristik des Massenelends. Sie muß daher auch gründlicher ausgeführt werden. Die Darstellung des Faschismus gehört in diesen Zusammenhang (des Imperialismus), auch wenn betont werden muß, daß der Faschismus keine notwendige Konsequenz des Imperialismus ist.

3. Zum Stamokap. So weit wir sehen, wird von den Kritikern des Revisionismus keineswegs die Existenz eines staatsmonopolistischen Kapitalismus geleugnet, sondern dessen Charakteristik in der Stamokap-Theorie vor allem der DDR angegriffen. So wie die Sache hier formuliert wird, wird diese Stamokap-Theorie von der PK akzeptiert und die Kritik auf die taktischen Schlußfolgerungen der Revisionisten beschränkt. U. E. bilden aber gerade wichtige Bestandteile der Stamokap-Theorie die Grundlage für den taktischen Opportunismus: die Theorie von der Systemkonkurrenz als bestimmendem Faktor der sozialistischen Revolution in den Metropolen, die Theorie von der wissenschaftlich-technischen Revolution als Neuauflage der Theorie von den Produktivkräften und Leugnung des Klassenkampfes usw.

Zu 4.8 Die Ära der proletarischen Revolution

1. Die Aneinanderreihung Faschismus, Auseinanderbrechen des sozialistischen Lagers, Restauration des Kapitalismus in der SU als "Rückschläge" in der internationalen Arbeiterbewegung erinnert sehr an bürgerliche, am Phänomenologischen hängenbleibende und moralisierende Geschichtsschreibung. Es handelt sich jeweils um recht komplexe und unterschiedliche Fragen, die jede für sich in ihrem historischen Zusammenhang dargestellt werden müßten. So die Frage der Niederlage der Arbeiterbewegung im Faschismus unter dem (fehlenden) Abschnitt "Einschätzung der Politik der KPD", revisionistische Entartung unter dem Abschnitt über den Sozialismus. Aber auch dieser Abschnitt fehlt im Entwurf.

2. Die Klärung der Etappenfrage der westdeutschen Revolution kann nicht aus der Charakterisierung der Weltlage als Ära der proletarischen Revolution folgen, sondern muß sich aus der konkreten Einschätzung der gesellschaftlichen Widersprüche in Westdeutschland ergeben. Denn es gibt ja auch noch sehr viele Länder auf der Welt, in denen erst die nationaldemokratische Etappe der Revolution erfolgen muß, obwohl wir im Zeitalter der proletarischen Revolution leben.

Zu 4.9 Kampf gegen den Opportunismus

Diesen Teil halten wir für besonders mangelhaft. Er muß u. E. völlig neu konzipiert werden. Wir skizzieren die unserer Auffassung nach wesentlichen Bestandteile:

1. Die historischen und gesellschaftlichen Ursachen des Opportunismus und der Spaltung der Arbeiterklasse im allgemeinen.
a. Der Opportunismus, d. h. die bürgerliche Ideo-

logie in der Arbeiterbewegung, entspringt aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis selbst. Er basiert auf der Fetischisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie (die Fet.) die bürgerliche Produktionsweise notwendig hervorbringt. Der ideologische Einfluß der Bourgeoisie, wie er von außen auf die Arbeiterbewegung einwirkt, kann dies nur tun auf der Grundlage der o.g. gesellschaftlichen Bedingungen. Der Opportunismus entspringt also in erster Linie aus der Existenzweise der Arbeiterklasse selbst, er kann daher auf keinen Fall auf die Frage des bürgerlichen Einflusses reduziert werden, wie es die PK tut.

b. Mit der Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche im Imperialismus werden die Bedingungen günstiger, daß die Arbeiterklasse den falschen Schein der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder durchstößt. Die Bourgeoisie forciert also ihre ideologischen Anstrengungen in ungeheurem Maße, sie produziert ihre Ideologie auf industrieller Basis. Gleichzeitig schafft sie sich geeignete soziale Stützen innerhalb der Arbeiterbewegung, um diese zu spalten. Arbeiteraristokratie.

c. Evtl. Hinweis auf die Rolle des Sozialdemokratismus, weil für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung wichtig.

2. Die Ursache des modernen Revisionismus und seine historische Rolle.
Der moderne Revisionismus muß als ideologischer Hauptfeind des internationalen Proletariats (besonders) "gewürdigt" werden. Er kann nur richtig kritisiert werden, wenn man seine historischen Ursachen bestimmt. Dabei ist sowohl auf die äußeren Bedingungen der revisionistischen Entartung (die Rückständigkeit der Produktivkräfte z.B. in der SU und die Zähigkeit der Produktionsverhältnisse) als auch auf die inneren Ursachen seiner Entstehung (die Fehler der Kommunisten) einzugehen. Man muß klar machen, daß sich der Überbau, das Denken usw. langsamer umwälzt als die Basis. Daß daher dem Klassenkampf besonders auf ideologischem Gebiet nach der Eroberung der Macht und der Umgestaltung der grundlegenden Produktionsverhältnisse eine ungeheure Bedeutung zukommt. Daß daher die Vernachlässigung des ideologischen Kampfes eine der wesentlichen Ursachen der revisionistischen Entartung ist. usw.

3. Die Notwendigkeit und die Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus im allgemeinen und gegen den modernen Revisionismus im besonderen. Der ständige Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus als Lebensnerv jeder kommunistischen Partei, als Voraussetzung für die Einheit der Arbeiterklasse und als Grundlage für den Sieg über den Imperialismus. Dies alles nicht als freischwebende Postulate, sondern aus den historischen Bedingungen entwickelt. Dabei muß man sich besonders auf die allgemeinen Erfahrungen der chinesischen Kommunisten stützen. (Hier sollten allerdings Wiederholungen mit den Abschnitten über die Partei und über den Sozialismus vermieden werden.)

4. Die marxistisch-leninistische Theorie als Grundlage für den Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus. (Nähere Ausführungen zu dieser Frage sparen wir uns hier.) Es ist einer der Hauptmängel dieser Stellungnahme, daß an keiner Stelle auf die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Theorie hingewiesen wird. (vgl. dazu z.B. das Statut der KP Chinas!) In diesem Teil hat die PK wieder zu viel von Lenin abgeschrieben (im Programm von 1917 wird auf den Opportunismus auch nur in wenigen Zeilen eingegangen). Sie hat darüber nicht nur vergessen, ihre Zitate zu kennzeichnen, sondern auch die Geschichte der letzten 5o Jahre zu berücksichtigen. Diesen Teil (Kampf gegen den Opportunismus) zu vernachlässigen, bedeutet dem Revisionismus Konzessionen zu machen.

Zu 4. 1o Die demokratischen Forderungen

1. Wir stimmen von einigen unten genannten Vorbehalten abgesehen grundsätzlich zu. Wir halten diese Ausführungen für besonders wertvoll: 1. weil sie - so weit wir sehen - die bisher einzig gründliche Auseinandersetzung mit der Frage des demokratischen Kampfes innerhalb der Bewegung sind, 2. weil sie die Frage in den Grundzügen historisch materialistisch darstellen, 3. weil sie geeignet sind, der in einem Teil der kommunistischen Bewegung vorherrschenden Linie der abstrakten Propaganda der Diktatur des Proletariats bei völligem Verzicht auf demokratische Forderungen entgegenzutreten (vgl. Lenin, Bd. 35, S. 24of). Während die Vertreter dieser "linken" Politik hilflos der spontanen Bewegung des Proletariats gegenüberstehen und zum Anarchismus tendieren, erlaubt die Einbeziehung des demokratischen Kampfes in den sozialistischen Kampf die Ausarbeitung einer konkreten Taktik und die Anknüpfung am Bewußtsein der Massen.

2. Es muß klarer betont werden, daß der Sozialismus nicht einfach das Resultat einer konsequenten Demokratisierung ist (diesen Eindruck gewinnt man leicht aus dem Text), sondern daß vor allem die konsequente und allseitige Demokratie das Resultat des Sozialismus ist: der Eroberung der politischen Macht und der Umwälzung der gesellschaftlichen Basis. Die Quantität schlägt in die Qualität um (Lenin). Die proletarische Demokratie unterscheidet sich von der bürgerlichen nicht allein durch ein Mehr an Demokratie (das ist nur die Erscheinungsform der Sache), sondern qualitativ: 1. hinsichtlich ihrer Klassenbasis und 2. hinsichtlich ihrer politischen Herrschaftsformen: die proletarische Demokratie ist bereits "kein Staat im eigentlichen Sinne" mehr. "An Stelle einer besonderen Repressionsgewalt tritt die Bevölkerung selbst auf den Plan". (vgl. Lenin, Bd. 25, S. 454 und Bd. 24, S. 432, 469, 486f.)

3. Ein weiterer Zusammenhang, der mit Punkt 2 unmittelbar verbunden ist, muß ebenfalls deutlicher gemacht werden. Proletarische Demokratie ist nicht nur eine "Erweiterung der Demokratie", eine allseitige Anwendung des Prinzips der "Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit". Sie ist vielmehr "ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d.h. eine Organisation zur systematischen Gewaltan-

wendung einer Klasse gegen die andere". (Lenin, Bd. 24, S. 469). Es muß also klar werden, daß die Demokratie des Proletariats nichts als die Kehrseite seiner Diktatur über die Bourgeoisie ist und ohne diese nicht denkbar ist. - Diese Punkte 2 und 3 wären eigentlich unter dem Abschnitt über die Diktatur des Proletariats abzuhandeln. Wir bringen unsere Kritik jedoch hier, da die PK in diesem Abschnitt ihre Auffassungen über die Stellung des Proletariats zur Demokratie umfassend darzulegen versucht hat.

4. Wenn auch das Wesen des demokratischen Kampfes im Kampf um die Diktatur des Proletariats und für die Niederwerfung des Kapitalismus liegt, so ist es doch notwendig, zwischen verschiedenen Formen des demokratischen Kampfes zu unterscheiden. Vor allem muß der Unterschied gemacht werden zwischen der Verteidigung der demokratischen Rechte des Proletariats zum Zwecke der möglichst breiten Entfaltung des Klassenkampfes einerseits und dem Kampf um die volle und allseitige Durchführung der Demokratie wie sie erst nach dem Sturz der Bourgeoisherrschaft möglich ist, andererseits. Es ist klar, daß beide Formen eng miteinander zusammenhängen, sie sind aber an unterschiedliche taktische Bedingungen geknüpft.

5. Zur Frage des Abzugs der sowjetischen Truppen aus der DDR (S. 34f.) : 1. ist es klar, daß eine dermaßen spezielle Forderung, die in erster Linie die DDR betrifft, nicht ins Programm gehört. 2. ist diese Forderung gleichwohl grundsätzlich richtig wie jede antiimperialistische, auf die nationale Unabhängigkeit eines Staates zielende Forderung. Mit demselben Recht könnte man die Forderung nach dem amerikanischen Truppenabzug aus Indochina verwerfen, weil dadurch die Position der Sowjetunion gestärkt würde. Eine solche Haltung würde tatsächlich bedeuten, sich die Köpfe der Imperialisten zu zerbrechen.

U. Burg, K. Simens
Mitglieder der Marxisten-Leninisten Castrop

aus: Klassenkampf und Programm Nr. 2

Marxisten-Leninisten Hannover

I. AUFFASSUNG DER MARXISTEN-LENINISTEN HANNOVER ZU ALLGEMEINEN FRAGEN DES PROGRAMMS

Es existiert heute in der BRD nahezu keine sich als marxistisch-leninistisch verstehende Organisation, die nicht die Notwendigkeit des Aufbaus der bolschewistischen Partei anerkennen würde. All diese Organisationen erkennen auch verbal die Beziehung zwischen dem Parteiaufbau und der Ausarbeitung unseres gemeinsamen Programms an; die Tatsache aber, daß diese Reihenfolge - Kampf um Programm und gemeinsame Taktik und darauf aufbauend Ausbildung gemeinsamer organisatorischer Formen - von den "Parteien" umgestülpt wurde" (1) beweist, daß offenbar ein großer Teil der westdeutschen Marxisten-Leninisten den Stellenwert des Programms für den Parteiaufbau nicht verstanden hat.

Versuchen wir, daß Problem von vorne her aufzurollen. Es muß wohl mit der Frage begonnen werden, ob wirklich ein dringendes Bedürfnis nach einem Programm der russischen Sozialdemokratie besteht. ... Gegenwärtig besteht die dringendste Aufgabe unserer Bewegung nicht mehr in der Weiterentwicklung der bisherigen zersplitterten "handwerklerischen" Arbeit, sondern im Zusammenschluß, in der Organisation. Um diesen Schritt tun zu können, brauchen wir ein Programm; das Programm muß unsere Grundanschauungen formulieren, unsere nächsten politischen Aufgaben genau festlegen, die nächsten Forderungen aufzeigen, die den Kreis der Agitationstätigkeit umreißen soll ... Heute, wo die Sozialdemokratie bereits einen ziemlich weiten Kreis sowohl sozialistischer Intellektueller als auch klassenbewußter Arbeiter aufgerüttelt hat, ist es dringend notwendig, die Verbindung zwischen ihnen durch ein Programm zu festigen und auf diese Weise ihnen allen eine feste Basis für die weitere, umfassendere Tätigkeit zu geben." (2) Lenin gibt hier eine umfassende Antwort auf die Fragen, die sich auch uns hier und heute stellen. Auch unsere Aufgabe ist die Überwindung der zersplitterten, bornierten Zirkelarbeit. Auch in Westdeutschland hat die revolutionäre Bewegung stärkere Teile klassenbewußter Arbeiter und sozialistischer Intellektueller mobilisiert. Auch uns stellt sich als nächste dringendste Aufgabe der Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei. Der erste Schritt auf diesem Weg ist die Ausarbeitung des Programms.

(1) NRF-Sondernummer S. 3
(2) Lenin, Werke, Bd. 4, S. 224

Was macht das Wesen des Programms der Arbeiterpartei aus? Wie wird es erstellt, wie baut es sich auf, welche Gedanken muß es enthalten? "Wir haben schon gesagt, daß das Wesen dieses Programms darin besteht, den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist." (3)

Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere die der russischen, chinesischen und albanischen Revolution, ist "das Material, das wir uns aneignen müssen, um eine zweckmäßige Organisation und Taktik unserer Partei ausarbeiten zu können. Die 'Verarbeitung' dieses Materials muß jedoch selbständig erfolgen, denn fertige Vorbilder werden wir nirgends finden." (4) Die Strategie und Taktik der marxistischen-leninistischen Partei der BRD muß also auf einer Synthese der konkreten Analyse der konkreten Situation und den allgemeinen Kenntnissen des Marxismus-Leninismus beruhen. "Aber das Programm ist unseres Erachtens nur korrekt, wenn in seinem Mittelpunkt die Zusammenfassung unserer klassenanalytischen Untersuchung steht, Bedingung dafür, daß unsere Arbeiterklasse mit ihrer Bourgeoisie fertig wird." (5) Der Aufbau des Programms gliedert sich in einen prinzipiellen und einen praktischen Teil. "Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Rußlands muß mit einer Charakteristik des russischen Kapitalismus (und einer Anklage gegen ihn) beginnen." (6) Und: "Die Charakteristik der Grundzüge des heutigen Wirtschaftssystems in Rußland und seiner Entwicklung müßte zum Angelpunkt des Programms gemacht werden und danach müßte die Haupttendenz des Kapitalismus umrissen werden." (7) "Das Programm beginnt - und muß beginnen - mit den einfachsten Erscheinungen des Kapitalismus, um überzugehen zu den kompliziertesten und höheren bis zum Imperialismus." (8) Diesen Teil, der auch den Hinweis auf die wachsende Verelendung (physisch und psychisch) beinhalten muß, schließt sich eine Charakterisierung des proletarischen Klassenkampfes an. Diese muß die Darlegung des Ziels des Kampfes, seines internationalen und politischen Charakters umfassen.

Die Diskussion um das Programm war bisher eine treibende Kraft in dem Kampf zweier Linien. Die programmatische Diskussion wird auch weiterhin diese Entwicklung vorantreiben, sofern sie in aller Öffentlichkeit, vor den Augen der Arbeiterklasse und mit ihren klassenbewußten Teilen geführt wird. Auch das Erfurter Programm war das Ergebnis breitester Diskussionen, es war eine "Generaldebatte" (Liebknecht), die eine mobilisierende Wirkung hatte und das ideologische Niveau der revolutionären Bewegung hob. Das Erfurter Programm sollte nicht nur in seinem Inhalt, sondern auch in der Form seiner Erarbeitung für uns "nachahmenswert" sein.

II. STELLUNGNAHME ZU DER ERARBEITUNG EINES PROGRAMMVORSCHLAGES DURCH DIE PROGRAMMKOMMISSION (PK), NRF NOV. 72

1. Bevor wir uns vereinigen, müssen wir uns voneinander abgrenzen!

Die PK versucht, die begangenen Fehler in der Programmdiskussion zu analysieren. "Wenn wir die verschiedenen Fehler in der programmatischen Diskussion der westdeutschen kommunistischen Bewegung auf ein Grundmuster zurückzuführen versuchen, so liegt dieses u.E. in der nichtdurchgeführten strikten Unterscheidung zwischen programmatischen und taktischen Fragen." (9) Bereits vor 5 Jahren wurde die KPD/ML gegründet; es folgten andere Kaderorganisationen wie KPD/ML (ZB), KPD/ML (RF), KPD/AO, PL/PI etc., die alle in denselben Fehler verfielen: sie vergaßen, daß der organisatorischen Vereinigung die ideologische Abgrenzung vorangehen muß und daß die Form dieser Abgrenzung nicht etwa die administrative Selbsternennung zur proletarischen Partei, sondern der ideologische Kampf ist. Hierin liegt u.E. der wesentliche Fehler der bisherigen programmatischen Diskussion: in dem Unverständnis des ideologischen Kampfes als Basis des Parteiaufbaus.

Im Imperialismus bildet sich eine Arbeiteraristokratie heran (Extraprofit etc.), die Grundlage des Opportunismus in der Arbeiterbewegung ist. "Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst. Hätte sie nicht die Führer der Arbeiter in der Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten. Das beweist nicht nur die Geschichte des Kerenski-Regimes in Rußland, das beweist auch die demokratische Republik in Deutschland mit ihrer sozialdemokratischen Regierung an der Spitze ... Hier steht unser Hauptfeind, und diesen Feind müssen wir besiegen." (10) Wenden wir uns dem Vorschlag der PK zu, so sehen wir, daß Ihr von der großen Bedeutung des ideologischen Kampfes offenbar nichts versteht. Der Kampf gegen den Opportunismus von rechts wird gänzlich unterschlagen; die Existenz von D'K'P, Jusos etc. ignoriert Ihr. Die rechtsopportunistischen Gruppierungen innerhalb der marxistisch-leninistischen

(3) ebd. S. 206
(4) Lenin, Werke, Bd. 4, S. 211
(5) Marxistisch-Leninistische Gruppe Mannheim, Proletarischer Kampf 1, S. 11
(6) Lenin, Werke, Bd. 6, S. 23
)7)
(7) Lenin, Werke, Bd. 4, S. 230
(8) Lenin, Werke, Bd. 24, S. 466
(9) NRF-Sondernummer S. 9
(10) Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 3, S. 521

Bewegung selbst werden mit Ausnahme des KB Nord nicht bekämpft. und zum KABD heißt es: "Zusammenfassend können wir sagen: Grundsatzerklärung und Aktionsprogramm des KABD entsprechen Anforderungen nicht, die an das Programm der westdeutschen Kommunisten zu stellen sind." (11) Eine lapidare Auskunft; zum Wesen der Sache, daß der KABD nämlich eine rechtsopportunistische Gruppe ist und daher bekämpft werden muß, davon kein Wort!

Die Abgrenzung gegen die Linksrevisionisten wird, obwohl dies nur die Nebenseite, ausführlicher geführt. Doch wie sieht dieser ideologische Kampf aus? Nehmen wir ein Beispiel: die KPD/ML (Roter Morgen). Die Abgrenzung der PK reduziert sich auf die Aussage, daß der Rote Morgen nichts zur programmatischen Diskussion geleistet hätte. Das ist erstens falsch und zweitens bürokratisch. Es existiert nicht nur eine Gründungserklärung des Roten Morgen, sondern auch eine Plattform (April 1971) sowie verschiedene programmatische und taktische Fragen betreffende Artikel des Zentralorgans. Inwieweit diese Arbeiten eine falsche Linie vertreten, hätte erst der Gegenstand einer konkreten Analyse sein müssen, wobei sich dann der bürgerliche Charakter des Roten Morgen herauskristallisiert hätte.

Ist es Zufall, daß Ihr den ideologischen Kampf unter den Tisch fallen laßt? "... indem es gelingt, den politischen und den ökonomischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf gegen die gesamte kapitalistische Ordnung zu verbinden." (12) Der Klassenkampf besteht aber aus drei Formen: dem ökonomischen, politischen und ideologischen Kampf! Engels: "Zum ersten Mal, seit eine Arbeiterbewegung besteht, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin - nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen ... - in Einklang und Zusammenhang planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriff liegt die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung." (13) Ihr beraubt die marxistisch-leninistische Bewegung um ein Drittel ihrer Kraft! Ihr öffnet dem Opportunismus weit die Tore, indem Ihr ihn nicht bekämpft!

2. Der demokratische Kampf in Westdeutschland

Die Auseinandersetzung mit dieser Frage wird von der PK nicht sehr ausführlich geführt; wir ziehen daher auch die Ausführungen der SSG Hamburg heran.

"Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie mit dem Kampf um die sozialistische Republik zu vereinen, indem man den ersten dem zweiten unterordnet. Darin liegt das ganze Wesen der Sache." (14) Und: "Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse (ist) der große End zweck, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist." (15)

Wir müssen davon ausgehen, daß ein demokratischer Kampf existiert (z. B. die radikaldemokratische Studentenbewegung). Diese demokratische Bewegung ist in ihrem Wesen bürgerlich; die demokratische Bewegung kämpft nicht nur für demokratische Reformen (soweit dies im bürgerlichen Staat möglich), sie kämpft auch für die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien gegenüber dem Proletariat. Das Proletariat darf nicht zu einem Anhängsel dieser Bewegung werden, sondern es muß in diesem Kampf die Führung innehaben. So wie der ökonomische Kampf in den politischen verwandelt werden muß, so muß das Proletariat den Weg zum Sozialismus weisen. Jede demokratische Bewegung muß
a) danach beurteilt werden, ob sie für das Proletariat in seinem Kampf für den Sozialismus nützlich ist und
b) nicht in einen 'antifaschistischen' Defensivkampf umgemünzt (was in diesem Stadium der Klassenkämpfe Unsinn wäre), sondern offensiv geführt werden.

Auch in der Frage des demokratischen Kampfes verfällt die PK in einen rechten Fehler. "In den verschiedenen Widerstandsaktionen der ausgeplünderten und unterdrückten Volksmassen die Linie des Proletariats zu vertreten ... Das und nichts anderes ist die proletarische Linie im demokratischen Kampf" (16) Aber es ist eben falsch, im Rahmen einer demokratischen Bewegung die proletarische Linie zu vertreten, so wie D'K'P, Jusos, Gewerkschaftsbürokratie etc. in eifriger Konkurrenz ihre vertreten, sondern das Proletariat muß die Führung dieser demokratischen Bewegung übernehmen und damit die proletarische Linie zur Linie dieser Bewegung machen. Alles andere ist Nachtrabpolitik, die schließlich dahin führt, daß das Proletariat auf der bürgerlichen Linie marschiert.

Kurz noch zum Begriff der 'Volksrevolution' (17). Es ist eine Binsenweisheit, daß andere ausgebeutete und unterdrückte Schichten in der sozialistischen Revolution zu Bündnispartnern des Proletariats werden. (das Proletariat beschränkt sich unserer Meinung nach nicht auf die produktiven Arbeiter; dazu aber später). An der bürgerlichen Revolution haben ebenfalls Kleinbourgeois, Bauern und Proletarier teilgenommen; die Barrikaden 1848 in Wien, Paris, Berlin etc. hat nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat gebaut und verteidigt. War die Revolution deshalb sozialistisch? Nein. War sie eine Volksrevolution? Insofern, als der 'Begriff Volk' historisch bedingt ist. Der Charakter einer Revolution wird jedoch bestimmt durch die sie wesentlich tragende Klasse und das Ziel des Kampfes. Die Revolution

(11) NRF 6/72, S. 9
(12) Stellungnahme, S. 33
(13) MEW 18, S. 516-517
(14) Lenin, zit. nach: NRF-Sondernummer S. 33
(15) Marx, zit. nach: ebd.
(16) NRF-Sondernummer, S. 28
(17) SSG Hamburg, Resultate 1/1972, S. 48: "Insofern, als das Proletariat auch für die sozialistische Revolution Bündnispartner benötigt, ist es richtig, vom Begriff der 'Volksrevolution' auszugehen."
Auch im NRF wird an verschiedenen Stellen der Begriff 'Volksrevolution' verwendet.

1848 war bürgerlich, weil sie die Sprengung der feudalen Fesseln zur Aufgabe hatte. Sinn der sozialistischen Revolution ist die Aufhebung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse und die Befreiung der Arbeiterklasse. Daß dieses Ziel auch im Interesse anderer werktätiger Schichten liegt, ändert nichts am proletarischen Klassencharakter der sozialistischen Revolution. Der Begriff 'Volksrevolution' ist in diesem Sinne nicht falsch; er geht jedoch am Wesen der Sache vorbei, indem er den Klassencharakter der Revolution verschleiert und kann u. U. zu falschen Schlußfolgerungen führen, wie z. B. Leugnung der führenden Rolle des Proletariats, 'Gleichberechtigung' der ausgebeuteten Klassen in der Revolution etc.

3. Die Rolle der Studenten im Klassenkampf

In unserem Schreiben vom 9.1.73 sind wir in einen linken Fehler verfallen. Wir hatten es versäumt, einen Trennungsstrich zu ziehen zwischen den sozialistischen Intellektuellen und der kleinbürgerlichen radikaldemokratischen Studentenbewegung. Unsere Ausführungen waren jedoch insofern berechtigt, als die Studentenschaft insgesamt zur Kleinbourgeoisie zu zählen ist und es nur einzelnen gelingt, Klassenverrat zu begehen, sich in einem langen Prozeß "zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung" (18) hinaufzuarbeiten. Ist dieser Prozeß vollzogen, so tritt dann allerdings, in der marxistisch-leninistischen Partei, die Differenz der Klassenherkunft zurück hinter die korrekte politische Linie. So bleibt bestehen, daß die Intelligenz allgemein (die bürgerliche Intelligenz also) ein Träger des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung ist und oftmals von der Bourgeoisie mißbraucht wird, um die Arbeiterbewegung zu spalten und zu schwächen. "Dieser Gefahr ist aber nicht dadurch zu begegnen, daß die sozialistische Intelligenz vom Proletariat getrennt wird. Im Gegenteil, das Proletariat braucht seine Intelligenz, und es gewinnt sie nicht zuletzt aus dem Teil der bürgerlichen Intelligenz, der sich mit historischer Notwendigkeit immer wieder der revolutionären Klasse anschließt. Wer diese Intelligenz vom Proletariat fernzuhalten sucht, vertritt nicht nur in einem wichtigen Punkt die Entwaffnung des Proletariats, er betreibt auch ein zweckloses Unterfangen, denn er stellt sich gegen eine historisch notwendige Tendenz." (19) Wir sind damit einverstanden, daß das Proletariat seine Intelligenz braucht. Es gewinnt diese Intelligenz teilweise (und heute beinah ausschließlich) aus der bürgerlichen Intelligenz, indem bürgerliche Intellektuelle Klassenverrat begehen. Der Klassenverrat ist jedoch ein Prozeß, und es ist heute nicht vorherzusagen, ob ein Student, der jetzt in einer revolutionären Gruppe arbeitet, diesen Prozeß auch bis zu Ende durchführt. Diese Vorhersage ist deshalb nicht zu treffen, weil die Studenten als Teil der Kleinbourgeoisie aufgrund ihrer schwankenden ökonomischen Stellung auch eine schwankende politische Stellung einnehmen. Das Proletariat muß diesen Intellektuellen mit Vorsicht begegnen, was nicht gleichbedeutend ist mit Mißtrauen oder Ablehnung.

Die Einschätzung des Gen. Schmierer, KG(NRF) MA/HD (21) teilen wir nicht. Entweder es existiert eine Studentenbewegung; dann ist diese wesentlich radikaldemokratisch und steht damit in begrenztem Gegensatz zum Proletariat. Oder diese Studentenbewegung "reiht sich in den proletarischen Klassenkampf ein" (s. Anm. 21). Die Einreihung der Studentenbewegung ist jedoch gleichbedeutend mit ihrer Liquidierung als Bewegung; sie zerfällt in einzelne Individuen, die als solche zur proletarischen Bewegung zählen.

4. Der praktische Teil des Vorschlags der PK

Auf den demokratischen Kampf sind wir bereits eingegangen. Eure wirtschaftlichen Forderungen sind identisch mit den Forderungen der SDAPR (Lenin, Werke, Bd. 24). Wir wollen uns nicht der Kritik der Marxisten-Leninisten Mannheim anschließen, die diese Arbeit als einen "Witz" (22) bezeichnen. Wir akzeptieren Eure Anmerkung: "Diese Forderungen, die ... nicht den Anspruch haben, vollständig, sondern charakteristisch zu sein ... " (23) Wir glauben aber, daß dieses 'einfache Abschreiben' wirtschaftlicher Forderungen, die in einer räumlich und zeitlich verschiedenen Situation Gültigkeit hatten, nur Ausdruck einer allgemeinen falschen Tendenz in Eurer Arbeit ist. Ihr unterschätzt die Programmarbeit. "Die verbreitetste und von nahezu allen Richtungen der westdeutschen kommunistischen Bewegung geteilte Auffassung besteht darin, die Arbeit am Programm als eine ungeheure, kaum zu bewältigende Arbeit anzusehen ..." (24) Die PK verfällt in den entgegengesetzten Fehler, indem sie vergißt, daß jede marxistisch-leninistische Analyse konkret sein muß und sich nicht auf gedankenloses Nachplappern von Allgemeinheiten beschränken darf, und damit die programmatische Arbeit in letzter Konsequenz auf eine Abschreibearbeit reduziert.

Die objektive Situation der BRD ist in wesentlichen Punkten mit der anderer imperialistischer Länder identisch. Die objektive Situation reduziert sich jedoch nicht auf diese Allgemeinheiten, sondern sie setzt sich auch aus Besonderheiten zusammen, die nur den westdeutschen Imperialismus 'auszeichnen'. Jede Politik der marxistisch-

(18) MEW 4, S. 472
(19) SSG Hamburg, Resultate 1/1972, S. 20
(20) entfällt
(21) zit. nach Resultate 1/1972, S. 59: "Sie zeigte auf, daß die Studentenbewegung 'aus eigenem Antrieb nicht zur sozialistischen werden (kann), sondern nur dadurch, daß sie sich in den proletarischen Klassenkampf einreiht' (Schmierer)".
(22) Marxistisch-Leninistische Gruppe Mannheim, Proletarischer Kampf 1, S. 9
(23) Stellungnahme, S. 38
(24) NRF-Sondernummer S. 6

leninistischen Bewegung muß diese Besonderheiten in ihrer Strategie und Taktik berücksichtigen (s. auch S.)
"Um die wahren Freunde von den wahren Feinden zu unterscheiden, müssen wir die ökonomische Lage der verschiedenen Klassen in der chinesischen Gesellschaft und deren jeweilige Einstellung zur Revolution in großen Zügen analysieren." (25)
Di ese konkrete Analyse darf nicht nur abstrakte Denkarbeit sein, sondern sie muß ihre Erkenntnis aus der Praxis gewinnen. "Es bedarf einer konkreten Analyse der Lage und der Interessen der verschiedenen Klassen, um die genaue Bedeutung dieser Erkenntnis bei ihrer Anwendung auf diese oder jene Frage zu bestimmen. Das umgekehrte Verhältnis, daß man nicht selten bei den Sozialdemokraten des rechten Flügels, mit Plechanow an der Spitze antrifft, d. h. das Streben, die Antwort auf konkrete Fragen in einer rein logischen Entwicklung der allgemeinen Erkenntnis vom Grundcharakter unserer Revolution zu suchen, ist eine Vulgarisierung des Marxismus und ein einziger Hohn auf den dialektischen Materialismus." (26)

(25) Mao Tsetung, Ausgewählte Werke Bd. 1, S. 9
(26) Lenin, Werke, Bd. 3, S. 18

Marxistisch-Leninistische Gruppe / Mannheim

STELLUNGNAHME ZUR AUSARBEITUNG DER PROGRAMMKOMMISSION DER BK-GRUPPEN "DAS PROGRAMM DER WESTDEUTSCHEN KOMMUNISTEN - STELLUNGNAHME"

1. Einschätzung des Zirkelwesens und Vorstellungen zum Parteiaufbau

In ihrer "Stellungnahme" gibt uns die Programmkommission (PK) keine umfassende politische Einschätzung des Zirkelwesens. Wo sie diese Einschätzung gibt (Stellung der Gruppen zur programmatischen Arbeit), wirkt sie selts am verzerrt. Die PK hat die alten Fehler der KG(NRF) verlängert, "Parteien" mit ihrem spezifischen "Parteianspruch" schematisch den "Zirkeln" gegenüberzustellen. Bei der KG(NRF) verkam dieser Schematismus zum Aberwitz: der Stand des Zirkelwesens wurde organisatorisch eingeschätzt, die "Parteien" wurden getadelt wegen ihrem "Parteianspruch", die "Zirkel" wurden insgesamt positiv eingeschätzt wegen ihres "Zirkelanspruchs" (NRF 2/72, "Kampf dem Zirkelwesen"). Die KG(NRF) hat inzwischen Selbstkritik geübt. Im NRF 4/5-72 betonen die Gen.: "Diese Einteilung ist deshalb falsch, weil sie den Kampf zweier Linien im Parteiaufbau die Frage Parteianspruch oder nicht reduziert, ohne die bestehenden Organisationen auf ihre Linie zu untersuchen" (S. 77) Umso unverständlicher ist es, daß sich dieser Fehler in der "Stellungsnahme" fortsetzt. So werden bsw. die "Parteien" für die mangelnde Ausrichtung der "Zirkel" auf die zentralen Aufgaben des Parteiaufbaus verantwortlich gemacht.[1] Darüber könnte man noch lächelnd hinweggehen, wenn solche Sätze nicht Ausdruck wären eines fundamentalen analytischen Fehlers, Die Gen. geben (auf der Seite 4o) die Besonderheit des Aufbaus der russischen Sozialdemokratie an. Sie stellen richtig dar, daß die russische Sozialdemokratie "in lokale Organisationen zerfiel, innerhalb derer der Kampf der Linien ausgetragen wurde... Festgehalten werden muß, daß Lenin... ohne organisatorische Sonderbündelei den Kampf um die Mehrheit in der bestehenden sozialdemokratischen Bewegung geführt hatte." Das erklärt gerade die überragende Bedeutung eines Zeitungsprojektes und der "Iskra-Agenten" als "Hauptkettenglied" zum Parteiaufbau in Rußland. Die Zentralisierung aller Tätigkeiten um die politische Zeitung war geeignet, ein "Band" zwischen allen Zirkeln zu schaffen, von Anbeginn an durch ein Netz von "Vertrauensleuten" die Zirkelstrukturen aufzulösen. Daß sich in Verbindung mit der Zeitung "ganz von selbst" ("Womit beginnen?") eine beständige Organisation herausbildete, wurde in Rußland vor allem dadurch erleichtert, daß

1) "Stellungnahme", S. 3: "Statt an dieser Aufgabe (=die Programmerarbeitung, d. V.) wirklich zu arbeiten, ist viel Zeit damit vertan worden, "Parteien" formell zu gründen, den Einflußbereich der je eigenen "Partei" zu erweitern, wie umgekehrt die selbständige gebliebenen lokalen Zirkel einen Teil ihrer Kraft darauf verwenden mußten, derartige unbegründete Ansprüche abzuwehren."

Lenin anhand der konkreten Situation- so kam durchschnittlich auf eine Stadt eine Nummer der lokalen sozialdemokratischen Zeitung in einem halben Jahr - klarmachen konnte, daß die Mehrheit der lokalen Organisationen hauptsächlich für ein Gesamtrussisches Organ arbeiten müßte und daß die russische Sozialdemokratie nicht eine einzige Zeitung herausbringen wird, die halbwegs imstande wäre, der Bewegung wirklich mit einer allseitigen Presseagitation zu dienen, solange das nicht geschieht.

Doch welche Schlußfolgerung ziehen sie aus ihrer Analyse? "Diese organisatorische Sonderbündelei existiert heute in der westdeutschen kommunistischen Bewegung durch Gründung der verschiedenen "Parteien"." Das ist völlig falsch. Das westdeutsche Zirkelwesen (und da gehören die "Parteien" dazu!) ist insgesamt durch organisatorische Sonderbündeleien, die auf politischen beruhen, gekennzeichnet! Durch die notwendigerweise uneinheitlich entstandene kommunistische Bewegung in der BRD und Westberlin haben sich die verschiedenen Linien in ihr auch längst organisatorisch verfestigt. Die korrekte Schlufolgerung ist, das Zirkelwesen ideologisch und organisatorisch zu zerschlagen im Kampf vor allem mit den rechten Abweichungen.[2] Die Hauptgefahr für die Kommunistische und Arbeiterbewegung in der Phase der Schmiedung der Avantgarde und der ersten Schritte zum nationalen Parteiaufbau ist die rechte Abweichung, die die Konsolidierung einer Vorhutorganisation und eine prinzipienfeste nationale Ausrichtung erstickt in Nachtrabpolitik und Handwerkelei.

Welche politischen Auswirkungen hat die Analyse der PK? In der "Stellungnahme" die, daß zwar (manchmal recht demagogische) Schläge gegen die "Parteien" geführt werden, die rechten Abweichungen jedoch vernachlässigt werden (vom KABD ist nur in einem Satz die Rede, von den ABGs kein Wort!). Schläge nach "links", Kriechereien nach rechts - das war und ist offensichtlich auch die Haltung der KG(NRF). Im NRF 2/72 ging sie soweit, revisionistische Organisationen wie die ABGs, die längst den Klassenkampf verraten haben, zu loben für deren "konsequente" Verschmelzung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung" (zB. S. 15). Im NRF 4-5/72, im gleichen Heft also, in dem sie eine Selbstkritik formuliert, reproduziert sie diesen schweren Fehler. Nach teilweise falsch geführten Angriffen gegen die "Parteien"[3] schmeichelt sie den ABGs, die nicht an der Aktionseinheit gegen das reaktionäre Ausländergesetz teilgenommen haben. "Wir meinen aber, daß die Gen. von den ABGs ihre Auffassungen nicht durch ängstlichen Absentismus (!) durchsetzen werden und halten die Gründe für ihr Fernbleiben nicht für ausreichend. Der Kampf gegen die Spalter (!) kann nicht durch einen sektiererischen Autonomismus geführt werden. D.h. den Spaltern das Feld überlassen und auf die Führung der Massen verzichten (!). "Offensichtlich ist den KG-Gen. entgangen, daß die ABGs die Massen in die Arme des Sozialdemokratismus "führen" (s. Wahlaufruf für SPD), offensichtlich haben sie auch übersehen, daß die ABGs nicht einfach wegen der bösen "Linksradikalen" vom Roten Morgen (KPD/ML) und der Roten Fahne (KPD/ML-ZB) weggeblieben sind, sondern weil sie selbst die Plattform für linksradikal hielten, nicht geeignet, ihrer bürgerlichen Eroberung von Gewerkschaftsposten in Bayern zu dienen. (S. 90)

Wir dürfen jedoch nicht den Fehler begehen, das falsche Verständnis der Widersprüche in der Bewegung kurzschlüssig aus der (so falschen) "Sonderbündelei-These" zu erklären. Es hat tiefergehende Ursachen, die sich auch in der "Stellungnahme" niederschlagen. Sie lassen sich am NRF-Artikel "Kampf dem Zirkelwesen" 2/72 festmachen. In ihm wird der Parteiaufbau einseitig vom Parteibildungsprozeß des Proletariats abhängig gemacht,[4] was perspektivisch die führende Rolle der KP negiert und auch im Kampf der Zirkel den Primat der Politik nicht verwirklichen kann. Die kommunistische Bewegung kann nicht korrekt eingeschätzt werden, wenn die Zirkel vor allem nach ihrem globalen Beitrag zum "Parteibildungsprozess" des Proletariats aufgegliedert werden. Es mag sein, daß revisionistische Organisationen wie die ABGs einen gewissen Beitrag zum Parteibildungsprozess leisten (mit dem Aufbau von Vertrauensleutekörpern als Hauptaufgabe), aber dem Parteiaufbau stehen sie nur im Wege.

Konsequenterweise sind Sponataneismus und Nachtrabpolitik in Fragen des Parteiaufbaus Ausdruck einer falschen Bestimmung der Erkenntnismög-

---

2) Wir halten es deshalb für falsch, von einer "Reihenfolge" im Sinne von nacheinander von ideologischen und organisatorischen Aufgaben zu sprechen, was nur korrekt wäre, wenn die kommunistische Bewegung wie in Rußland durch keine "Sonderbündelei" gekennzeichnet wäre.

3) Wir meinen damit die, zumindest große Naivität bezeugende, Polemik gegen die OG Ma der KPD/ML(ZB) wegen deren "Konspirationsfimmel". Die Gen. machen es sich zu einfach, wenn sie ("anläßlich des Verbotsantrags gegen den KB Bremen) als Perspektive nur angeben "die noch klarere Ausrichtung der Kommunisten an den Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen und das entschlossene Herangehen an den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei." (AZ Nr. 9/S. 13) Zwar ist es richtig, daß man sich im Angesicht drohender Illegalität nicht in die Mauselöcher verziehen darf - das ist aber nur die ... eine Seite. Die andere muß sein Vorbereitung auf die Illegalität.

4) "Der Parteiaufbau ... muß als der bewußte Ausdruck der Bewegung der Klasse, der Parteibildung des Proletariats begriffen werden." Folge dieser "Theorie" ist offensichtlich nicht nur, daß der Parteiaufbau der "Logik der spontanen Bewegung" überlassen wird (Versumpfungstheorie" der KG), daß das Programm aus der Massenlinie entwickelt werden soll (AZ Nr. 4), sondern auch, daß Programm und Taktik verwechselt werden.

lichkeiten der Arbeiterklasse und der Aufgaben der Kommunisten. Der Artikel "Warum braucht die Arbeiterklasse ihre eigene Partei" (AZ Nr. 5) ist dafür ein selten "schönes" Beispiel. In ihm heißt es: "Wenn auch die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Ausbeuterordnung vorübergehend Niederlagen erleidet, so geht das sozialistische Ziel doch nicht unter, weil die täglichen Kämpfe es der Arbeiterklasse immer wieder ins Bewußtsein rufen und so die Arbeiterklasse auf Grund eigener Erfahrung immer wieder die Notwendigkeit der Beseitigung der Ausbeuterordnung erfährt. Die Kommunisten sind einfach die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes, die immer wieder auf dieses Ziel hinweisen und ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Arbeiterklasse dieses Ziel auch wirklich erreicht. Dazu müssen sich die Kommunisten als Partei organisieren." (S. 8). Das ist völlig falsch. Kommunisten sind nicht einfach Lautsprecher der Massen. Zwar müssen sie am Bewusstsein der Massen ansetzen, der wissenschaftliche Sozialismus muß jedoch in sie hineingetragen werden, und kann nicht mittels "Massenlinie" aus ihnen gewonnen werden. Aber wenigstens war der Verfasser so rücksichtsvoll, die Kommunisten zur Partei zusammenschließen zu wollen. In der "Stellungnahme" soll das Proletariat sogar zur "selbständigen politischen Partei organisiert werden, also offensichtlich die gesonderte Organisation der Kommunisten überflüssig machen.

Was ist, kurz gesagt, unsere Linie zum Parteiaufbau?
Entschiedener Kampf gegen rechte und "linke" Abweichungen um die nationale Parteiführung. Zerschlagung der revisionistischen Organisationen. Organisierung der eigenen Linie zur "nationalen Front". Entfaltung des Kampfes zweier Linien in der programmatischen Auseinandersetzung.

Natürlich wird die Partei nicht unabhängig vom Stand der Arbeiterbewegung aufgebaut, natürlich ist das Wesen der Partei die Verschmelzung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung. Wir dürfen jedoch nicht eklektisch vorgehen. Als Vorbedingungen für die Parteigründung nur zu nennen: einerseits programmatische Klarheit, andererseits Verankerung in der Arbeiterklasse, ist eklektisch. Die Hauptseite muß klar sein. Entscheidend ist die programmatische Klarheit, die sekundär abhängig ist von der Entfaltung der Massenlinie. Auch sie haben wir in Angriff genommen. Allerdings nicht als Notbehelf, um noch ein paar "Untersuchungsergebnisse" in unsere programmatische Diskussion hineinpacken zu können, sondern weil wir als Kommunisten die Aufgabe haben, den Klassenkampf des Proletariats anzuleiten, und nur in Zusammenhang mit dieser Aufgabe an der kommunistischen Programmatik arbeiten können. Im Stadium der Zerfahrenheit des Zirkelwesens ist der Kampf um die grundlegenden Fragen der Bewegung der entscheidende Hebel, um durch die Einheit in der Partei unsere Verankerung in den Massen entscheidend verbessern zu können.

2. Die "BK"-Gruppen als Minipartei ?

Wir halten die Vorstellungen der "BK"-Gruppen und der PK für sehr undurchsichtig. Einerseits wird von ihr laufend betont, daß die neue nationale Organisation nicht gleich als neue "Partei" firmieren würde. Andererseits wird gesagt, daß sie auch kein Zirkel sei. "Noch nicht erarbeitet wurde, wie spezifiziert ein solches Statut von vorneherein sein muß und wie es der Tatsache Rechnung trägt, daß vorläufig nur eine Minderheit der westdeutschen Kommunisten in der zu schaffenden Organisation arbeitet, während der größere Teil noch in Zirkeln organisiert ist." (Gemeinsames Kommunique, abgedruckt in "Stellungnahme" S. 41 - Unterstreichung von uns).

Die "BK"-Gruppen meinen also, ihre nationale Organisation, die sie anstreben, habe eine neue Qualität gegenüber den anderen "Zirkeln". Worin besteht aber diese neue Qualität? Sicher nicht darin, daß ihre Organisation national sein wird - davon gibt es noch ein paar mehr. Sicher auch nicht darin, daß, bzw. im Gegensatz zu Ausdehnungspraktiken des ZB, aber durchaus im Einklang mit dem "Roten Morgen", nicht ganze Gruppen übernommen werden, sondern individuelle Mitgliedschaft besteht. U. E. auch nicht darin, daß die "BK"-Gruppen den großen "programmatischen Durchblick" haben im Gegensatz zu allen anderen Gruppen und Organisationen. Die Herausbildung einer nationalen Parteiführung, die schon das Zirkelwesen durchbrechen muß, ist aber gerade daran gebunden: an die Durchsetzung einer Programmatik der westdeutschen Revolution im Kampf zweier Linien. Die widersprüchliche Argumentation von "BK" und PK kann nur bedeuten, daß die neue nationale Organisation sich als der "Parteikeim" versteht, aus dem linear die Partei entstehen wird. Und in der Tat ist es so: Die Begründung, daß die neue nationale Organisation noch nicht die Partei ist, ist völlig formal. Wenn sie beibehalten wird, wäre es inhaltlich korrekt von den "BK"-Gruppen, sich als Partei auszurufen. Sie schreiben: "Diese einheitliche Organisation, die zu schaffen wir uns vornehmen, ist noch nicht die Partei, weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin umfaßt." (S. 41; ähnlich S. 40).

Das ist völlig falsch. Der Schritt vom Zirkelwesen zur Partei ist ein qualitativer, auch wenn in einigen Zirkeln schon Organisationsprinzipien der Partei durchgesetzt werden. Die Programmkommission gibt den bald erscheinenden Programmentwurf aus "als Vorschlag für das Programm der einen Kommunistischen Partei in Westdeutschland." (S. 39). Sie will kein "Markenschild" produzieren - konsequenterweise wird es der neuen Organisation nur darum gehen, in den weiteren Auseinandersetzungen ihr Programm durchzusetzen. Sie geht davon aus, daß ihr Programm bzw. einzelne Programmpunkte im Kampf nicht revidiert zu werden brauchen, sondern nur noch etwas "erweitert" werden muß. (S. 39) Auch das ist völlig falsch und metaphysisch. Sie spielen sich arro-

gant auf, als hätten sie die Weisheit mit Löffeln gefressen, und bräuchten nichts mehr zu lernen. Sie vergessen, daß auch das Programm der einen Partei im Kampf zweier Linien entstehen wird. Sie vergessen, daß die ideologische Auseinandersetzung in den nächsten Wochen und Monaten sich verschärfen wird, und daß das gut ist, weil sich auf jeder Seite in ihrem Verlauf verschiedene Fragen klären und zirkelbedingte Halbheiten ausgemerzt werden. Sie vergessen aber auch, daß das Programm der einen Partei keine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen und deshalb "beliebig" sein darf - sondern auf sehr konkrete Fragen antworten muß, die nur in engem Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung gelöst werden können. So ist es natürlich ein Witz, bei den "wirtschaftlichen Forderungen für die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen" (S. 36-39) einfach aus Lenin-Werke Bd. 24 die Forderungen abzuschreiben. Die Forderung nach "vollständiger Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstituten" etwa geht wohl ins Leere. Gibt es doch seit langem die "Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit". Und die Forderung nach "Arbeitsinspektionen" ist dann etwas mysteriös, wenn ihr Verhältnis bsw. zu Betriebsräten und Vertrauensleuten nicht genau bestimmt wird. Was wir damit sagen wollen: Gerade der praktische Teil des Programms ist nicht einfach "Gedankenarbeit", sondern setzt eine erste Verankerung in der Arbeiterklasse ebenso voraus wie eine nationale Kommunikation und Auseinandersetzung über das richtige Aufgreifen von Forderungen der Arbeiterbewegung selbst. Vor allem ist die Einheit der Marxisten-Leninisten auch nicht über schlechtabstrakte Programmatiken zu erreichen, sondern ist natürlich im Kern eine praktische Frage. Wie in der Praxis die Einheit der Marxisten-Leninisten vorangetrieben werden muß, und wie in verstärktem Maße auch die jeweiligen Klassenkampflinien der Organisationen überprüft werden können, wird von der Programmkommission nicht beantwortet.

3. Notwendigkeit und Inhalt des Programms

Über die Notwendigkeit programmatischer Klarheit vor der Einheit der Kommunisten in der Partei gibt es keine Diskussionen. Gerade die Geschichte des Parteisektierertums, nicht zuletzt der Zerfallsprozess der KPD/ML (Rote Fahne), bewahrheitet die Ausführungen der Programmkommission:
"Weil wir kein Programm haben, auf dessen Grundlage wir alle stehen, weil auch die einzelnen 'Parteien' nichts derartiges haben, darum ist es gegenwärtig unmöglich, den Kampf um einzelne taktische Fragen im Rahmen ein und derselben Partei öffentlich zu führen, darum wird jede taktische Differenz zum neuen Spaltungsgrund innerhalb der kommunistischen Bewegung. Erst wenn wir unsere gemeinsamen Grundlagen durch Kampf geschaffen haben, können wir -ohne in die Gefahr der Prinzipienlosigkeit zu geraten, die Widersprüche in unseren Reihen, den Kampf der zwei Linien auszutragen, ohne darüber die Einheit der gemeinsamen Partei zu gefährden." (S. 4)

Besteht darüber bei vielen Organisationen auch Einheit, ist diese doch nicht tragfähig. Wer die Notwendigkeit der Erstellung des Programms betont, mag den Anspruch auf eine gewisse Relevanz beim Parteiaufbau erheben können, wodurch gewisse Gruppen aus diesem Prozess von Anfang an herausfallen. (5) - sieht sich aber in eine große Bandbreite unterschiedlicher Auffassungen über Wesen und Gliederung des Programms hineingestellt. Sie reichen von einem "Jahrhundertprojekt" bis zu Zusammenstellungen einiger allgemeiner Aussagen, die als "Programm" ausgegeben werden. Die Stellungnahme" der Programmkommission deutet daraufhin, daß der "BK"-Programmvorschlag zu letzterer Abteilung gehört, wenngleich er darin erhobenen Ansprüchen genügt. (6) Was ist das Wesen des Programms der Kommunisten? Es besteht darin, "den Klassenkampf des Proletariats zu organisieren und diesen Kampf zu leiten, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist." (7)

Die Organisierung des Klassenkampfs kann nicht erfolgen auf Grundlage von "Prinzipien". Sie verlangt keine "Prinzipienerklärung", sondern das "Programm einer praktisch kämpfenden Partei." (8)

Die Programmkommission geht dieser Aufgabe aus dem Weg. Sie will das Programm der Kommunisten zu einer "Prinzipienerklärung" herunterbringen. "Unseres Wissens gibt es keinen Artikel, der sich mit Programmfragen beschäftigt und dabei nicht die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus als die zentrale Aufgabe theoretischer Arbeit aufstellte. Nun wollen wir die Bedeutung dieser Aufgabe keineswegs abstreiten, aber von Bedeutung ist sie gerade in Hinblick auf die Ausarbeitung einer korrekten Taktik, nicht im Hinblick auf das Programm." (S. 9/10) Die Programmkommission begründet ihre Ignoranz gegenüber der Ausarbeitung der nationalen Revolutionstheorie mit der Besonderheit der russischen Entwicklung. (S. 10). Da für Kommunisten klar sei, daß Westdeutschland ein imperialistisches Land ist, könne die Diskussion darüber auch nicht entscheidend sein. Was sagt Lenin?

(5) Gruppen wie der KABD können keinen Beitrag zum Parteiaufbau leisten. Sie lehnen offen programmatische Arbeit ab und wollen weiter Handwerkler bleiben.
(6) Die PK weist energisch daraufhin, daß programmatische und taktische Fragen auseinandergehalten werden müssen, daß die Unklarheiten in der Bewegung vor allem darauf beruhen. Auch das ist u. E. falsch. Für die Bewegung (und damit ist zunächst nicht der KB-Nord gemeint!) war und ist entscheidend die Bestimmung des Verhältnisses von internationaler Generallinie und Generallinie unseres besonderen Landes, sowie das Verhältnis von Programmarbeit und praktischer Arbeit in den Massen.
(7) LW Bd. 4, S. 206
(8) LW Bd. 6, S. 23

"1. Nach der Art und Weise, wie der wichtigste Teil, der die Charakteristik des Kapitalismus betrifft, formuliert ist, gibt dieser Entwurf nicht das Programm des Proletariats, das gegen sehr reale Erscheinungen eines sehr bestimmten Kapitalismus knüpft, sondern das Programm eines ökonomischen Lehrbuchs, das dem Kapitalismus im allgemeinen gewidmet ist.
2. Insbesondere (!) ist das Programm unbrauchbar für die Partei des russischen Proletariats..." (9).

Das beleuchtet die besondere große Bedeutung klassenanalytischer Untersuchungen in Rußland, kann jedoch nicht als Argument zur Liquidierung der Analyse der Besonderheit innerhalb der einheitlichen internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse dienen. Diese Analyse der Besonderheit ist unsere zentrale Aufgabe. Durch sie kann erst der konkrete Weg zur Revolution in einem bestimmten Land Gestalt annehmen.

"Auf welche Weise soll die auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung gerichtete Tätigkeit die Massen heranziehen, damit sie handgreifliche Ergebnisse zeitigen? Offenkundig hängt die Lösung dieser Frage direkt und unmittelbar davon ab, welche Vorstellungen man von der Gruppierung der gesellschaftlichen Kräfte in Rußlandund vom Kampf der Klassen hat, durch den die russische Wirklichkeit gestaltet wird." (10)

Die klassenanalytische Antwort auf diese Frage lieferte Lenin in "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland". Die Antwort war nicht verkürzt auf die Frage, die Engels 1890 gestellt hatte (S. 10). "Die Entwicklung...." war eine umfassende "Analyse der sozialökonomischen Ordnung und somit auch der Klassenstruktur Rußlands." (11). Lenin setzte sich im "Vorwort zur Zweiten Auflage" auch mit der Methode rechter Sozialdemokraten auseinander, anstatt einer "konkreten Analyse einer konkreten Situation" allgemeine Weisheiten von sich zu geben. Seine Ausführungen haben auch Bedeutung in einer Zeit, in der das nächste Etappenziel die sozialistische Revolution und nicht, wie damals, die bürgerliche ist.

"Auf dieser ökonomischen Grundlage ist natürlich die Revolution in Rußland unausbleiblich eine bürgerliche Revolution, Diese These des Marxismus ist völlig unanfechtbar. Man darf sie niemals vergessen. Sie muß stets auf alle ökonomischen und politischen Fragen angewandt werden. Aber man muß sie anzuwenden verstehen. Es bedarf einer konkreten Analyse der Lage und der Interessen der verschiedenen Klassen, um die genaue Bedeutung dieser Erkenntnis bei ihrer Anwendung auf diese oder jene Frage zu bestimmen. Das umgekehrte Verfahren aber, das man nicht selten bei den Sozialdemokraten des rechten Flügels, mit Plechanow an der Spitze, antrifft, d. h. das Streben, die Antwort auf konkrete Fragen in einer rein logischen Entwicklung der allgemeinen Erkenntnis vom Grundcharakter unserer Revolution zu suchen, ist eine Vulgarisierung des Marxismus und ein einziger Hohn auf den dialektischen Materialismus." (12)

Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß Programm und Klassenanalyse identisch sind. Aber das Programm ist u. E. nur dann korrekt, wenn in seinem Mittelpunkt die Zusammenfassung unserer klassenanalytischen Untersuchungen steht, Bedingung dafür, daß unsere Arbeiterklasse mit ihrer Bourgeoisie fertig wird.
Wir haben betont, daß die wesentliche Aufgabe für die Kommunisten sein muß, die nationalen Besonderheiten mit den allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus zu integrieren. Dabei müssen wir jedoch beachten, daß der Kampf um das nationale Programm auch die Auseinandersetzung über die internationale Widerspruchsentwicklung einbeziehen muß.
"Früher pflegte man die Analyse der Voraussetzungen der proletarischen Revolution vom Standpunkt des ökonomischen Zustands dieses oder jenes Landes heranzugehen. Jetzt muß man an diese Frage vom Standpunkt des ökonomischen Zustandes aller Länder oder ihrer Mehrheit, vom Standpunkt des Zustandes der Weltwirtschaft herangehen, denn die einzelnen Länder und die einzelnen nationalen Wirtschaften haben aufgehört, sich selbst genügende Einheiten zu sein, sie haben sich in Glieder einer einheitlichen Kette genannt Weltwirtschaft verwandelt, denn der alte "zivilisierte" Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden, der Imperialismus aber ist ein Weltsystem finanzieller Versklavung und kolonialer Unterdrückung der gigantischen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll "fortgeschrittener" Länder." (13)
Das Programm der westdeutschen Kommunisten muß also einbeziehen die Analyse der Hauptwidersprüche unserer Epoche (14), insbesondere die

---

(9) LW Bd. 6, S. 44

(1o) Lenin AW in 6 Bde., Bd. 1, S. 42; siehe auch Mao, AW Bd. I, S. 9: "Um die wahren Freunde von den wahren Feinden zu unterscheiden, müssen wir die ökonomische Lage der verschiedenen Klassen in der chinesischen Gesellschaft und deren jeweilige Einstellung zur Revolution in großen Zügen analysieren."
(11) LW Bd. 3, S. 17
(12) a. a. O., S. 19

(13) Stalin, Fragen des Leninismus, S. 29/30
(14) Die Epoche des weltweiten Entscheidungskampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus ist durch den engen Zusammenhang von vier grossen Widersprüchen gekennzeichnet: erstens dem Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; zweitens dem Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; drittens dem Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie dem Widerspruch unter den imperialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits.

Untersuchung der Entwicklung des Sozialimperialismus und der innerimperialistischen Gegensätze zwischen US-Imperialismus und westeuropäischen Ländern. Die "Stellungnahme" der PK geht ÜBERHAUPT NICHT auf die Tendenzen der innerimperialistischen Konkurrenz und deren Auswirkung auf die Arbeiterklasse ein. Daß eine politische Gemeinschaft in Westeuropa in den nächsten Jahren entstehen kann, taucht noch nicht einmal als Problem auf. Obwohl wir über dieses Problem noch nicht gearbeitet haben, dürfte klar sein, daß ein westeuropäischer Einheitsstaat Auswirkungen hat z. B. auf die ökonomischen und politischen Forderungen.

4. Der proletarische Klassenkampf und die Aufgaben der Kommunisten

Die PK gibt eine Charakteristik des proletarischen Klassenkampfes (S. 18/19). Diese Charakteristik ist unvollständig. Es fehlt die Erklärung des IDEOLOGISCHEN Kampfes. Der ideologische Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse ist deshalb "vergessen" worden, weil in der "Stellungnahme" gar nicht klar wird, daß die Arbeiterklasse ideologisch und politisch gespalten ist, und warum sie es ist. Auszugehen ist von der Tendenz des Imperialismus, mit Extraprofiten eine vom "Imperialismus bestochene, vom Imperialismus demoralisierte 'Arbeiteraristokratie'" zu schaffen, die ein fester Stützpunkt der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse ist. Der Kampf gegen die "Arbeiteraristokratie" sowie alle opportunistischen und konterrevolutionären Gruppierungen in der Arbeiterklasse ist natürlich nicht so zu führen, daß man sie für die "Hauptfeinde" erklärt.
"Den Kampf gegen die 'Arbeiteraristokratie' führen im Namen der Arbeitermassen und um sie für uns zu gewinnen; den Kampf gegen die opportunistischen und sozialchauvinistischen Führer führen wir, um die Arbeiterklasse für uns zu gewinnen."(15) Das kann jedoch nicht bedeuten, den Kampf gegen Revisionismus und Sozialdemokratismus geringzuschätzen und im Programm nur einen "Hinweis" (S. 26) dazu abzudrucken. Wer die bürgerlichen Ideologien in der Arbeiterklasse nicht bekämpft, kann den Imperialismus nicht besiegen. Der moderne Revisionismus in Gestalt der DKP hat der Theorie der proletarischen Revolution ein umfassendes Gegenkonzept gegenübergestellt. Auf dieses Gegenkonzept müssen wir systematisch antworten und nicht nur in den einzelnen Abschnitten den Revisionismus partikular entlarven. Nun zum ökonomischen und politischen Kampf. Die PK führt aus, daß "die beiden obersten Grundsätze kommunistischer Taktik" in der "Verbindung des Alltagskampfes mit dem Kampf um das Endziel und der Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf zum einheitlichen Klassenkampf" bestehen (u. a. S. 2o). Und später: "Das Proletariat ist als Klasse bestimmt durch seine ökonomische Lage und diese äußert sich spontan im wirtschaftlichen Kampf, worin die Arbeiter sich gegen die Kapitalisten zusammenschließen. Der politische Kampf der Arbeiterklasse zieht seine Kraft aus diesem ökonomischen Kampf. Alle großen Revolutionen bezeugen, daß nur die Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Aktionen dem entscheidenden politischen Ansturm der Arbeiterklasse die genügende Breite zu geben vermochten."(S. 34)
Das ist so falsch nicht. Wir müssen den linksradikalen Fehler vermeiden, den ökonomischen und politischen Kampf auseinanderzudividieren zu wollen und den ökonomischen Kampf geringzuschätzen. Der Kampf der Massen hält sich an keine abstrakte Mechanik, und das ist gut so. Trotzdem muß das Verhältnis von ökonomischem und politischem Kampf genauer bestimmt werden. Der einfache Hinweis, daß beides wichtig ist, kann den möglichen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus nicht begegnen.(16) Die Einheit des Klassenkampfes zu propagieren, setzt die Entfaltung seiner widersprüchlichen Bestandteile voraus.
"Die Frage des Klassenkampfes ist eine der Grundfragen des Marxismus. Deshalb lohnt es sich, gerade auf den Begriff vom Klassenkampf ausführlicher einzugehen.
... Die 'Ökonomisten' meinten, daß jeder beliebige Zusammenstoß zwischen den Klassen schon ein politischer Kampf sei. Die 'Ökonomisten' erkannten daher als 'Klassenkampf' den Kampf für einen Aufschlag von 5 Kopeken je Rubel an, ohne den höheren, entwickelten, gesamtnationalen politischen Klassenkampf sehen zu wollen. Die 'Ökonomisten' erkannten also die Keimformen des Klassenkampfes an, verneinten ihn jedoch in seiner entfalteten Form.
... Weiter. Nicht genug damit, daß der Klassenkampf nur dann echt, konsequent, entfaltet ist, wenn er den Bereich der Politik erfaßt. Auch in der Politik kann man sich entweder auf unbedeutende Einzelfragen beschränken oder in die Tiefe gehen, bis auf den Grund. Der Marxismus erkennt den Klassenkampf erst dann als voll entfaltet, als 'gesamtnational' an, wenn er nicht nur die Politik, sondern in der Politik auch das Wesentlichste: die Frage der Staatsmacht erfaßt."(17)

5. Die Mittelklassen

Wir teilen mit der PK die Auffassung, daß das Proletariat die einzig revolutionäre Klasse ist, daß sie ökonomisch bestimmt ist durch den Begriff der produktiven Arbeit. Daß nur produktive Arbeit "das wirkliche Nicht-Kapital"(18) sein kann, also in antagonistischem Widerspruch zum Kapital steht. Weiterhin teilen wir die Auffassung, daß die "Neue Mittelklasse" keine einheitliche Klasse ist, daß die Politik der Arbeiterklasse ihr gegenüber Bündnispolitik sein muß. Unklar ist uns jedoch (auch aus den Aussagen der PK selbst), inwiefern zwischen Arbeiterklasse und NMK eine Interessenseinheit

(15) entfällt
(16) Wir denken besonders an die ökonomistischen Abweichungen mancher Zirkel, darunter auch der KG(NRF).
(17) Lenin, Über die liberale und marxistische Auffassung vom Klassenkampf, zit. nach "October" Nr. 1
(18) Marx, Grundrisse, S. 185

besteht (S. 21) und man von "gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen (?) an der Verteidigung des Werts ihrer Arbeitskraft und an der Überwindung des Lohnsystems" (S. 22) sprechen kann. Wir meinen, daß die Bewegungen in der NMK politisch ausgerichtet werden müssen auf das Ziel des Sozialismus, daß auch im Kampf gegen die Angriffe auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse und des Volkes ein einheitlicher Lohnkampf anzustreben ist, und daß wir uns dabei beziehen können auf eine genau einzugrenzende Übereinstimmung der materiellen Interessen von Arbeiterklasse und NMK. Sie ist begründet in der Absolut-werdung der Form der Arbeit als Lohnarbeit (19), sie ist politisch begründet in der Tendenz des Imperialismus zur Reaktion und dem spontanen Kampf der Massen (nicht nur des Proletariats) dagegen.

"Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion - und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bewegungen in den Massen, schafft es demokratische Einrichtungen, verschräft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen."(2o)
All dies anzuerkennen heißt jedoch nicht, einer anderen Klasse als dem Proletariat ein objektives Interesse an der Überwindung des Lohnsystems zuzuschreiben. Nur das Proletariat kann ein objektives Interesse an der Überwindung des Lohnsystems haben. Zwar verfallen die unproduktiven Arbeiter "den Gesetzen, die den Preis der Lohnarbeit regeln"(21). Das ist jedoch nur eine äußerliche Übereinstimmung und betrifft nicht den Inhalt der Sache. Unproduktive Arbeit wird "ihres Gebrauchswerts wegen, nicht als Tauschwert setzend , sie wird unproduktiv, nicht produktiv konsumiert. Der Kapitalist steht ihr daher nicht als Kapitalist, als Repräsentant des Kapitals gegenüber. Er tauscht sein Geld gegen sie als Revenu, nicht als Kapital aus. Ihre Konsumtion konstituiert nicht G-W-G' - sondern W-G-W (letzteres die Arbeit oder der Dienst selbst). Das Geld funktioniert hier nur als Zirkulationsmittel, nicht als Kapital." (22)

Marx macht den Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit in den "Grundrissen" klar durch die Analyse der zwei Prozesse im Austausch zwischen Kapital und Arbeit:
"1) Der Arbeiter tauscht seine Ware, die Arbeit, die Gebrauchswert, die als Ware auch einen Preis hat, wie alle anderen Waren, aus gegen eine bestimmte Summe Geld, die das Kapital an ihn abläßt. 2) Der Kapitalist tauscht die Arbeit selbst ein, die Arbeit als wertsetzende Tätigkeit, als produktive Arbeit; d. h. er tauscht die Produktivkraft ein, die das Kapital erhält und vervielfältigt und die damit zur Produktivkraft und reproduzierenden Kraft des Kapitals, eine dem Kapital selbst angehörige Kraft wird."(23)
Marx zeigt, daß es sich um zwei qualitativ verschiedene Prozesse handelt. Der zweite Prozeß ist eine Totalitätsbestimmung, die erst den Austausch zwischen Kapital und Arbeit konstituiert. "Der Unterschied des zweiten Akts vom ersten... ist exactly der Unterschied des Austausches zwischen Kapital und Arbeit vom Austausch, wie das Geld ihn zwischen Waren vermittelt."(24)
Der unproduktive Arbeiter führt einen einfachen Warenaustausch durch, er ist voll im ersten Prozeß gefangen und kommt über ihn nicht hinaus. Der erste Prozeß ist Teil der einfachen Zirkulation. "Es ist dies Konsumtion der Revenu, die als solche immer in die einfache Zirkulation fällt, nicht des Kapitals."(25)
Was folgt daraus? Die unproduktiven Arbeiter produzieren das Kapital nicht als ihr eigenes Gegenteil. Sie produzieren das Kapital nicht als eine fremde Macht, die ihnen unpersönlich gegenübersteht. Sie haben folglich auch kein objektives Interesse an der Überwindung des Lohnsystems. Stehen doch Teile der NMK nur aus der sekundären Bestimmung der Angriffe des Kapitals auf das Lebensniveau in einer Front mit der Arbeiterklasse, nicht jedoch in der primären Bestimmung der Auspressung von Mehrwert im Produktionsprozeß. Erst wenn wir systematisch von diesem Ort ausgehen, können wir überhaupt die Mystifikation des Äquivalententausches materialistisch kritisieren. Erst wenn wir systematisch von diesem Ort ausgehen, ergibt sich die Notwendigkeit der Überwindung des Lohnsystems.
Da die NMK in einem einfachen Zirkulationsprozeß agiert, kann sich ihr Widerstand von ihrem Standpunkt aus nur gegen quantitative Ausformungen richten, nicht jedoch gegen die kapitalistische Ausbeutung allgemein, mit der sie nur in vermitteltem Zusammenhang steht.

6. Der demokratische Kampf

Wir halten den Abschnitt in der "Stellungnahme" über "Die demokratischen Forderungen" für insgesamt korrekt. In ihm wird klargestellt, "daß der demokratische Kampf im Imperialismus nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn er offensiv geführt wird, d. h. mit der Tendenz auf die proletarische Demokratie und die proletarische Revolution". (S. 3o)
Er wendet sich gegen "linke" und rechte Abweichungen. Die rechte Abweichung besteht darin, den Kampf für den Sozialismus durch einen "demokratischen Kampf" ersetzen zu wollen, der noch dazu mit dem Rahmen der bürgerlichen Legalität identifiziert wird. Die "linke" Abweichung besteht darin, den demokratischen Kampf ganz vom sozialistischen Kampf abzulösen, indem man den demokratischen Kampf einseitig als defensiven Kampf bestimmt und ihm abstrakt den Kampf um den Sozialismus entgegenstellt.
Wir müssen darauf bestehen, daß demokratische Kampfaufgaben und Maßnahmen, die prinzipiell

(19) Marx, Resultate ..., S. 67
(2o) LW Bd. 23, S. 14
(21) Marx, Resultate ..., S. 67
(22) a. a. O.
(23) Marx, Grundrisse, S. 185
(24) a. a. O., S. 186
(25) a. a. O., S. 183

im Kapitalismus verwirklichbar sind, klar zu unterscheiden von Maßnahmen, die erst unter der Diktatur des Proletariats durchführbar sind. Wir müssen die Scheidelinie klar machen: "Entweder Diktatur der Bourgeoisie ... oder Diktatur des Proletariats". (26) Wir dürfen jedoch auch nicht in den Fehler verfallen, demokratische Aufgaben und Forderungen gegen den sozialistischen Kampf ausspielen zu wollen. Wer den demokratischen Kampf nicht offensiv führt, sondern vor allem gegen den "Abbau demokratischer Rechte", führt ihn bürgerlich-liberal, träumt von der Zurückdrängung der Reaktion und nicht von ihrer Zerschlagung.
"Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus, einer der Fragen der Demokratie... entgegenzustellen. Wir müssen umgekehrt den revolutionären Kampf in Bezug auf alle demokratischen Forderungen verbinden... Solange der Kapitalismus fortbesteht, sind alle diese Forderungen nur ausnahmsweise und zudem nicht vollständig, nur verstümmelt zu verwirklichen. Indem wir uns auf die schon verwirklichte Demokratie stützen, indem wir die Unvollständigkeit derselben unter dem Kapitalismus entlarven, fordern wir die Niederwerfung des Kapitalismus, die Expropriation der Bourgeoisie, als eine notwendige Basis für die Abschaffung des Massenelends sowie für die volle und allseitige Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen." (27)

7. Schlußfolgerungen

"Das Programm der westdeutschen Kommunisten" ist u. E. keine Grundlage zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Die Initiative der PK ist anzuerkennen. Wir werden uns weiter mit den Vorstellungen der "BK"-Gruppen auseinandersetzen.

aus: Proletarischer Kampf (extra) Nr. 1
Diskussionsorgan der Marxistisch-Leninistischen Gruppe Mannheim

(26) LW Bd. 28, S. 426
(27) LW Bd. 21, S. 415

ROTE PRESSE

Sozialistische Hamburger Studentenzeitung

ROTE PRESSE 1/73: Vietnam-Kampagne/Israel/Metalltarifrunde
ROTE PRESSE EXTRA Zur Kampagne gegen die Rahmenprüfungsordnung

BROSCHÜREN: Le Duan, Gegen den Revisionismus ● Nixons Peking-Reise, Interview mit Tschou En-lai ● Irland, Rolle der IRA (O), Interview mit T. Heffernan ● Bundestagswahlen, Podiumsdiskussion mit E. Fried, M. Grabe, K. Groenewold, J. Schmierer, Bruno (SSG) ● Palästina, Solidarität mit der Palästinensisch-jordanischen Einheitsfront

Resultate 1/72

KOMMUNISTISCHE ZEITSCHRIFT
Erklärung zur Aufnahme der Arbeit in der Hamburger Arbeiterklasse
Metalltarifrunde 72/73
Proletarische Bündnispolitik
"Die "RESULTATE" haben ... die Aufgabe, in die Zersplitterung und z. T. abstruse Frontstellung unter den Kommunisten in Hamburg und in der Region klärend einzugreifen und die Kommunistische Bewegung in Hamburg und damit auch national zu stärken. ... Je erfolgreicher diese Zeitschrift in diesem Sinne ist, desto eher wird sie diese besondere Funktion verlieren und an ihre Stelle das nationale Organ einer nationalen kommunistischen Organisation treten können."
RESULTATE 2/73 erscheint im Februar:
Die Programmstellungnahme und die Kommunistische Bewegung in Hamburg
Stellungnahme zur Metalltarifrunde u. a.

Alles zu beziehen über:
VERLAG ROTE PRESSE
2000 Hamburg 13
Grindelallee 33, I. Stock
Telefon: 45 30 68

die wichtigsten
NACHRICHTEN
BERICHTE
KOMMENTARE
ANALYSEN
der revolutionären Sender
Radio Peking
Radio Tirana
berichtet 14 tägig
ROTE STIMME

regelmäßige Sendungen über:
den Befreiungskampf der Völker, den Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus, die marxistisch-leninistische Weltbewegung, den Marxismus-Leninismus, den Aufbau des Sozialismus

Einzelausgabe: 1,5o DM
Halbjahresabo: 17.- DM
Jahresabo: 3o.- DM
Das Abo ist bitte im voraus zu zahlen.
Bestellungen an: G. Härtel
51 Aachen, Kasinostr. 54a
Hrsg.: Marxisten-Leninisten Aachen

Kommunistischer Bund Nord

WIE SICH DAS ZIRKELWESEN AM EIGENEN SCHOPF AUS DEM SUMPF ZIEHT

Eine Reihe örtlicher kommunistischer Zirkel bereitet gegenwärtig die Gründung einer gemeinsamen Organisation vor.

Es handelt sich dabei im engeren Sinn um den KB Bremen und das NRF Heidelberg/Mannheim, daneben Gruppen aus Göttingen, Freiburg, Wolfsburg und Osnabrück. Eine kleine Gruppe in Westberlin wird sich ebenfalls zu der neuen Organisation bekennen, ohne bisher schon zum engeren Kreis zu gehören. Die Kölner KG scheint mit der Gruppierung um KBB und NRF zu sympathisieren. In Hamburg gebärdet sich die „Sozialistische Studentengruppe" als örtliche Filiale der geplanten neuen Organisation.

Daneben tendieren eine Reihe anderer studentischer Gruppen zur Richtung KBB/NRF, so u.a. in Frankfurt, Westberlin und Braunschweig. Nachdem diese studentischen Genossen die Perspektivlosigkeit ihrer bisherigen Uni-Arbeit und ihrer zaghaften Ansätze von „Betriebsarbeit" erkannt haben, fühlen sie sich angezogen von der glänzenden Aussicht auf den „Aufschwung der Arbeiterbewegung" und die „Einheit der kommunistischen Bewegung", die ihnen von KBB/NRF vorgegaukelt wird.

Schließlich hat die sich formierende Organisation auch gute Aussichten und unternimmt beträchtliche Anstrengungen, vom immer offensichtlicheren rapiden Ruin der „KPD/ML" („Rote Fahne") einen Teil der Konkursmasse zu sich herüberzuziehen. Ebenso hat sie Aussichten bei den Zerfallsprodukten der „KPD/ML" („Roter Morgen") in Nordrheinwestfalen.

Sogar mit den Münchner „Arbeiterbasisgruppen" liebäugeln KBB/NRF. Beide Seiten sind offenkundig bemüht, sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten in ihrer Presse gegenseitig zu schonen und die Polemik gemeinsam gegen den Kommunistischen Bund zu richten.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Richtung KBB/NRF heute schon einen beträchtlichen Teil der kommunistischen Zirkel eint und in der Zukunft zweifellos noch anwachsen wird.

Die Genossen sehen in der Schaffung dieser einheitlichen Organisation einen „wesentlichen Schritt" zur Kommunistischen Partei (Gemeinsames Kommuniqué vom 28. Mai 1972). Dieser Schritt besteht zum einen in der Sammlung und Konzentration von bisher zersplitterten Kräften in einer einheitlichen Organisation. Die Genossen sehen aber darüber hinaus ihren „wesentlichen Schritt" auch gegenüber den anderen Teilen der kommunistischen Bewegung: die Genossen werden einen Programm-Entwurf vorlegen, den sie unmittelbar als Vorschlag betrachten, die kommunistische Bewegung möge sich auf Grundlage der angegebenen Prinzipien als Kommunistische Partei zusammenschließen (NRF, Oktober 1972).

Im folgenden Artikel wollen wir zeigen, in welchem Verhältnis zum Parteiaufbau die Genossen die Erarbeitung eines Programms sehen; zugleich werden wir untersuchen, wieweit ihre tatsächliche Vorgehensweise mit ihren Worten übereinstimmt. In einer späteren Nummer des ARBEITERKAMPF wollen wir auf die programmatischen und sonstigen politisch-theoretischen Vorstellungen der Genossen eingehen.

Die zu gründende Organisation soll noch nicht die Kommunistische Partei sein, „weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin umfaßt" (Kommuniqué vom 28.5.72). Sie soll aber andererseits eine Organisation sein, die „die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet" („Wahrheit" des KB Bremen, Juni/Juli 72).

Die neue Organisation soll also nach dem Willen ihrer Gründer gewissermaßen eine Zwischenstellung einnehmen: zwar noch nicht ganz die Partei (weil ja noch einige für „wesentlich" gehaltene Kräfte der kommunistischen Bewegung fehlen), aber doch schon ein Schritt über das Zirkelwesen hinaus.

Wodurch aber wird sich die neue Organsiation vom herkömmlichen Zirkelwesen unterscheiden? Worin besteht der Schritt, mit dem sie „die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet"? Wieso wird die neue Organisation – nach dem Vorsatz ihrer Gründer – m e h r sein als der Zusammenschluß einer Reihe örtlicher Zirkel zu einem neuen, größeren Z i r k e l?

Aus den verschiedenen Ausführungen der Genossen geht hervor, daß sie den entscheidenden Unterschied darin sehen, daß sie sich auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten P r o g r a m m s zusammenschließen werden.

Die Bremer Genossen haben auch gesagt, was in einem solchen Programm zum mindesten enthalten sein müsse:

„Es muß eindeutig die Erringung der proletarischen Diktatur als nächstes strategisches Ziel der westdeutschen Arbeiterklasse proklamieren, weil die objektiven Bedingungen des Sozialismus schon längst herangereift sind und in Westdeutschland keine andere Klasse als die Bourgeoisie die politische Diktatur ausübt. In dieser Festlegung der Diktatur des Proletariats als nächstes Etappenziel der Arbeiterklasse herrscht unter den westdeutschen Kommunisten Einigkeit. Die Anerkennung der proletarischen Diktatur ist jedoch als Basis gemeinsamen Handelns keineswegs ausreichend. Das Programm muß viel-

mehr diejenigen Widersprüche in der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus und des Weltimperialismus aufzeigen, welche die Erkämpfung der proletarischen Diktatur für die westdeutsche Arbeiterklasse notwendig machen. Dabei ist nicht gemeint, ‚moralisch notwendig machen' oder ‚kraft höherer Einsicht notwendig machen', sondern praktisch für die Arbeiterklasse notwendig machen aufgrund der Entwicklung der Gesellschaft und der sich aus ihr ergebenden Folgen. Darstellen muß das Programm weiterhin, welche Folgen sich aufgrund dieser Entwicklung für die werktätigen Klassen außerhalb der Arbeiterklasse ergeben und welche Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen sich durchsetzen werden, um daraus zu bestimmen, welche von ihnen für die proletarische Diktatur gewonnen werden können.

In Antwort auf die Folgen, welche die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus für die Arbeiterklasse haben wird, muß das Programm Teilforderungen aufstellen, die diesen Folgen begegnen und an den Kampf um den Sozialismus heranführen" („Wahrheit", Juni/Juli 72).

Worin aber wird sich das Programm der neuen Organisation qualitativ abheben von den heute schon existierenden Programmen, programmatischen Erklärungen und Plattformen innerhalb der kommunistischen Bewegung der BRD?

Die Bremer Genossen haben versucht, am Programm der „KPD" zu zeigen, „wie das Programm nicht aussehen darf" („Wahrheit", Juni/Juli 72).

Ihre Kritik läßt sich dahin zusammenfassen, die „KPD" (und ähnliche Gruppierungen) seien „nicht in der Lage, in ihren programmatischen Erklärungen die Entwicklungsperspektive des westdeutschen Imperialismus darzulegen, ihre Folgen für die westdeutsche Arbeiterklasse aufzuzeigen und daraus Forderungen aufzustellen, die sich mit dem Kampf der Massen verbinden" („Wahrheit", s.o.).

Gewiss. Und die Bremer Genossen hätten der Ehrlichkeit halber hinzufügen können, daß die Programmatische Erklärung ihrer Partner vom Heidelberger „Neuen Roten Forum" (vgl. NRF 3/71) auch nicht viel besser ist. Da finden wir zur „Entwicklungsperspektive des BRD-Imperialismus" auch nur mit dürren Worten gesagt, daß sich die Widersprüche allseitig zuspitzen, daß der BRD-Imperialismus den Kapital-Export verstärkt, daß er zugleich Vasall und Konkurrent des US-Imperialismus ist, daß sich vor allem in der westdeutschen Chemie- und Automobilindustrie ein Zentralisationsprozeß vollzieht, daß sich das Monopolkapital gegen die Arbeiterklasse verstärkt der staatlichen Einkommenspolitik bedient und die Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse auszutragen versucht. Für eine Programmatische Erklärung gewiß nicht gerade sensationelle Mitteilungen. Über die Perspektiven des BRD-Imperialismus, über seine zur Revolution führende Entwicklung ist mit keinem Wort etwas gesagt.

Aber wir zweifeln nicht, daß die Genossen nunmehr ein Programm zustande bringen werden, das ausführlicher und exakter ist als die bisher vorliegenden Programme und Plattformen. Das ist ein Fortschritt – nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze kommunistische Bewegung. Die Genossen haben bisher indessen nicht deutlich gemacht, wie ein solcher Fortschritt schon ein Schritt über die Grenzen des Zirkelwesens hinaus sein könnte. Wird es sich bei ihrer neuen Organisation nicht lediglich um einen allerdings recht einflußreichen überörtlichen Zirkel handeln, dessen Programm etwas besser ist als die bisherigen Programme und Plattformen anderer Gruppen?

Die Genossen jedoch scheinen sich von ihrem in der Erarbeitung befindlichen Programm den entscheidenden Schritt zum Parteiaufbau zu versprechen. Man kann geradezu sagen, daß sich für sie der Parteiaufbau in zwei Schritten vollzieht: zuerst einem qualitativen und dann einem quantitativen. Den qualitativen Schritt meinen sie demnächst zu vollziehen, indem sie das Programm fertigstellen. Danach geht es dann nur noch um eine quantitative Ausdehnung, um die Sammlung weiterer Gruppen auf dem Boden des Programms:

„Wir meinen, daß die Gründung dieser Organisation auf Grundlage eines Programms erfolgen muß, das gleichzeitig als Vorschlag an die kommunistische Bewegung und die fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse gerichtet ist, sich nach ausführlicher ideologischer Auseinandersetzung auf seinen Prinzipien als KPD neu zu konstituieren" (NRF, Oktober 72 – Hervorhebungen von uns).

Die von den Genossen geplante neue Organisation stellt die Zirkel zwar noch als einen Faktor in Rechnung, der sie daran hindert, sich unmittelbar schon zur Partei zu ernennen. Sie wendet sich auch formal an die Zirkel mit der Aufforderung, an der Erarbeitung des Programms der Kommunistischen Partei teilzunehmen.

Die neue Organisation tut dies aber schon aus einer eingebildeten Sonderstellung heraus, da ja sie und nur sie allein nach der bescheidenen Meinung ihrer Gründer schon die Grenzen des Zirkelwesens überschritten hat. Die Bremer „Wahrheit" schreibt:

„Wir gehen davon aus, daß auch nach der Schaffung dieser Organisation der größere Teil der westdeutschen kommunistischen Bewegung noch in lokalen Zirkeln, regionalen und nationalen Organisationen arbeiten wird" („Wahrheit", Juni/Juli 72).

Der „größere Teil", mit Ausnahme der neuen Organisation? Offenbar müßte man doch sagen, daß nicht nur der „größere Teil", sondern die gesamte kommunistische Bewegung der BRD auch in nächster Zukunft noch auf dieser organisatorischen Stufe stehen bleiben wird. Wir glauben nicht, daß hier die Bremer Genossen wider Willen falsch formuliert haben. Sie verstehen es wohl tatsächlich so, daß sie mit der neuen Organisation dem „größeren Teil" (d.h. dem gesamten Rest!) der kommunistischen Bewegung auf einem höheren politischen und organisatorischen Niveau gegenüberstehen werden.

Partei auf der Tagesordnung

Eine beliebte Redensart bei KBB/NRF lautet in letzter Zeit, der Parteiaufbau stünde „auf der Tagesordnung" (so u.a. „Wahrheit" vom November und NRF vom Oktober).

Im NRF ist wenigstens der Versuch gemacht worden, diesen gummi-artigen Begriff ein wenig zu erläutern. Da finden wir den bemerkenswerten Satz (in der Auseinandersetzung mit der KG Köln):

„. . . Wir meinen, daß die objektiven (!) Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind: eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung."

Die Existenz kommunistischer Zirkel als objektive Bedingung für die Parteigründung – das ist eine wahrlich sensationelle Erkenntnis. – Aber war die „kommunistische Bewegung" nicht auch schon vor einem Jahr, vor zwei Jahren „relativ breit entfaltet"? Sie ist heute breiter und stärker als vor einem Jahr, gewiß. Und vor einem Jahr war sie immerhin schon breiter und stärker als vor zwei Jahren etc. Diese Logik läuft darauf hinaus, das schlichte Anwachsen der „kommunistischen Bewegung" (ohne zunächst diesen Begriff exakt zu definieren) als objektive Bedingung

für die Parteigründung anzusehen. Demnach hätte man auch schon früher, irgendwann in den letzten Jahren, die Parteigründung in Worten „auf die Tagesordnung" setzen können. Schließlich hat noch niemand einen Maßstab entwickelt, w i e breit nun eigentlich die „kommunistische Bewegung" entfaltet sein muß, damit die „objektiven" (!) Bedingungen für die Parteigründung gegeben seien. Die Genossen reden ja nicht zufällig von „r e l a t i v breit". Relativ, im Verhältnis wozu? Breiter als in den Jahren des totalen KPD-Verbots und der Wiederanfänge einer revolutionären Bewegung. Aber weniger breit z.B. als in vielen anderen Ländern Westeuropas (Italien, Frankreich), wo es heute auch noch keine einheitliche kommunistische Partei der Arbeiterklasse gibt, sondern die Kräfte ebenfalls im Zirkelwesen zersplittert sind.

Als A u f g a b e stellt sich der Parteiaufbau seit es keine Kommunistische Partei mehr gibt, seit der Entwicklung des modernen Revisionismus zu einem von innen nicht mehr zu korrigierenden System, seit Anfang der 60er Jahre. Seither könnte man auch davon reden, daß der Parteiaufbau „auf der Tagesordnung" steht. (In Belgien wurde schon vor zehn Jahren die erste „marxistisch-leninistische Partei" gegründet, in Italien vor sechs Jahren, in Frankreich vor fünf Jahren, in der BRD immerhin vor vier Jahren.)

Das Problem der westeuropäischen Arbeiterbewegung, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder überhaupt, besteht fast überall gerade im Zurückbleiben des Elements der Bewußtheit hinter den objektiven Erfordernissen des Klassenkampfes, besteht im Fehlen einer parteimäßig organisierten proletarischen Vorhut.

Wenn man die objektiven Erfordernisse zugrunde legt, so kam schon die Gründung der „KPD/ML" Ende 1968 nicht etwa zu früh, sondern im Gegenteil bereits sehr spät. So haben ja damals und seither a l l e Parteigründer argumentiert: „Ihr sagt, wir hätten zu früh gegründet. Was wollt Ihr denn? Braucht nun die Arbeiterklasse eine Partei oder nicht? " –

Geht man aus von der Entwicklung des Revisionismus, von den Klassenkämpfen, von der Entwicklung marxistisch-leninistischer Gruppen – so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Parteiaufbau in den kapitalistischen Ländern schon seit Anfang der 60er Jahre „auf der Tagesordnung" steht. Nichts spricht dagegen, daß er auch noch ein paar weitere Jahre „auf der Tagesordnung" bleiben wird. Wenn die Genossen damit übereinstimmen, dann sollten sie sich eingestehen, daß ihr Begriff „auf der Tagesordnung" in Wahrheit völlig nichtssagend ist; „reden, um nichts zu sagen", wie es Lenin nannte. Angesichts der Entwicklung von mehr als einem J a h r z e h n t verliert der Begriff der „Tagesordnung" seinen Sinn.

Es scheint jedoch, als würden die Genossen mit dem Begriff der „Tagesordnung" (den sie ja nicht zufällig erst in letzter Zeit entdeckt haben) die Hoffnung auf einen relativ k u r z e n Weg des Parteiaufbaus verbinden. Es ist wohl nicht so, daß die Genossen laut sagen „auf der Tagesordnung" und dabei insgeheim denken „in drei oder vier Jahren vielleicht." So oder so steht jedenfalls fest, daß die Genossen mit der Propagierung des Begriffs „Tagesordnung" bei ihren Anhängern unbedingt die Vorstellung einer kurzfristigen Perspektive wecken und nähren, „1973 ist es soweit". Gewollt oder ungewollt wird Gründungs-Fieber produziert. Eine andere Funktion hat der Begriff der „Tagesordnung" auch nicht.

Wie die Genossen in ihren Zeitungen mitteilten, sehen sie in der Erarbeitung eines einheitlichen Programms der westdeutschen kommunistischen Bewegung den „Knotenpunkt aller Probleme unserer Bewegung" („Wahrheit", Juni/Juli 1972), den „Springpunkt in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau der kommunistischen Partei" (NRF, Mai 72). Wie wird diese Aussage begründet und welche praktischen Schlußfolgerungen werden gezogen?

Die Bremer Genossen schrieben über die politischen Grenzen des Zirkelwesens:

„Ohne umfassende revolutionäre Erfahrung und häufig noch ohne gründliche Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung unterliegen diese lokalen und regionalen Organisationen ständig Schwankungen, machen immer erneut schwerwiegende Fehler und haben große Schwierigkeiten, eine klare Linie herauszubilden." („Wahrheit", Juni/Juli 72)

Nach der zutreffenden Beschreibung der allgemeinen Mängel des Zirkelwesens gehen die Genossen zur speziellen Frage der kommunistischen Propaganda über. Die Kommunisten seien zu einer „offensiven und umfassenden Propagierung genau festgelegter Ziele" nicht in der Lage, sondern müßten sich „auf die Kommentierung bürgerlicher Politik beschränken, die sie vom Standpunkt der proletarischen Diktatur aus beleuchten." Und weiter:

„Dieser Mangel rührt daher, daß die westdeutsche kommunistische Bewegung ein einheitliches Programm, auf dessen Basis eine auf den Sozialismus hinführende Politik positiv dargestellt und propagiert werden könnte, bisher noch nicht erarbeitet hat." (s.o.)

Hieraus ziehen nun die Genossen die Schlußfolgerung, schleunigst eine „Programm-Kommission" einzusetzen, um den Mangel zu beheben.

Die Genossen stellen so das Verhältnis zwischen Sein und Bewußtsein auf den Kopf, verwechseln Ursache und Wirkung. Denn in Wahrheit ist das Fehlen eines Programms die F o l g e der Mängel des Zirkelwesens, und nicht etwa ihre U r s a c h e. Natürlich wird nicht die Ursache durch Einwirken auf ihre Folgen aufgehoben werden können. Oder anders ausgedrückt: wenn das Fehlen eines Programms Folge und Ausdruck der allgemeinen Mängel und Grenzen des Zirkelwesens ist, so ist es eine Illusion zu glauben, die Grenzen des Zirkelwesens willkürlich durch die Erarbeitung eines Programms überschreiten zu können.

Nun gibt es freilich zweierlei Arten von Programm. Es gibt ja auch die „Programme" solcher Gruppen wie der „KPD" oder der diversen „KPD/ML"s. Ein solches Programm erhält man leicht, indem man schlicht die gerade im Kopf befindlichen Vorstellungen zu Papier bringt: sie sind also Ausdruck eines bestimmten Standes der politisch-theoretischen Erkenntnisse, den sich die jeweilige Organisation erarbeitet hat. Das sind zwangsläufig die Erkenntnisse des Zirkelwesens. Die Bremer Genossen haben dazu richtig geschrieben, „daß wir das Zirkelwesen nicht auf dem politischen Niveau des Zirkelwesens überwinden können" („Wahrheit", Juni/Juli 72): sie richten diese Kritik gegen die „KPD", aber kennzeichnet sie nicht auch ihre eigenen Vorstellungen?

Die Bremer Genossen haben geschrieben, daß die Zirkel „große Schwierigkeiten (haben) eine klare Linie herauszubilden." Sie haben auch den Grund dafür genannt: der Mangel an revolutionärer Erfahrung und an Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo sollte da wohl ein Programm herkommen, das die von den Genossen angegebenen Voraussetzungen (s.o.) erfüllt?

Wenn das Programm einen Fortschritt bedeuten soll, so muß es niedergeschriebener A u s d r u c k der Tatsache sein, daß die kommunistische Bewegung eine neue Stufe revolutionärer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis erreicht hat. Der „Knotenpunkt" besteht also in Wahrheit darin, diese neue Stufe praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis zu erreichen, die sich dann im Programm niederschlagen kann.

Es wird von den Genossen aus Bremen und Heidelberg mit dem „Programm" ähnlich irrational gearbeitet, wie das früher oft mit der „Klassenanalyse" gemacht worden ist. Damals wurde behauptet, die „KPD/ML" könne ja noch gar nicht die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse sein, weil sie noch keine „Klassenanalyse" hätte. Die müßte erst erarbeitet werden, und dann ... Dabei wußte kaum jemand so recht, was unter „Klassenanalyse" zu verstehen wäre, aber jedenfalls schien sie etwas sehr wichtiges und überhaupt das Allheilmittel für alle Probleme zu sein. Nach der „Klassenanalyse" kräht heute kein Hahn mehr.

Es ist ein Irrtum, dem vor allem die Genossen aus der Intelligenz erliegen, die außerhalb der gesellschaftlichen Tätigkeit des Proletariats stehen: der Irrtum, diese oder jene wissenschaftliche Arbeit eines Zirkels sei überhaupt d a s Kriterium für das Niveau des Zirkels.

Das deutlichste Beispiel bietet der KB/ML Westberlin. Als die Genossen 1970 ihre „Plattform" vorlegten, war diese Arbeit mit Abstand die beste ihrer Art in der damaligen kommunistischen Bewegung. Zur Entwicklung des Bewußtseins in der Bewegung hat die Plattform des KB/ML Westberlin einen großen Beitrag geleistet. Das alles verhinderte nicht, daß dieser örtliche Zirkel sich inzwischen sang- und klanglos aufgelöst hat, ohne mehr zu hinterlassen als einige im Stich gelassene und ratlose Betriebsgruppen.

Es ist falsch, zu sagen: „Wir machen jetzt mal das Programm (die Klassenanalyse o.ä.), und das ist dann der Beweis, daß unsere Organisation das Niveau des Zirkelwesens überwunden hat."

Es geht darum, die praktischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die kommunistische Bewegung ein höheres politisches Niveau erreicht, daß eine vereinheitlichende Plattform erarbeitet wird. Diese praktischen Voraussetzungen haben die Bremer Genossen selbst genannt: der Mangel an umfassender revolutionärer Erfahrung und gründlicher Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung muß überwunden werden.

Es liegt auf der Hand, daß der Mangel an revolutionärer Erfahrung seine Ursache hat im Zustand der aktuellen Arbeiterbewegung und in der geringen Verbindung der Kommunisten zur Arbeiterbewegung.

Die Grenzen des Zirkelwesens widerspiegeln eben den Zustand der Arbeiterbewegung und das Verhältnis Arbeiterbewegung-Kommunisten. Über diese Grenzen können sich die Kommunisten durch kein noch so sorgfältig erarbeitetes Programm vom Schreibtisch her hinweg katapultieren.

Schließlich ist das Zirkelwesen auch eng verknüpft mit dem immer noch überwiegend studentischen Charakter der kommunistischen Bewegung. So ein Zirkel hat einige Lehrlinge, einige sehr junge Arbeiter und vielleicht noch ganz lose Kontakte zu einem halben Dutzend älterer Arbeiter, mit denen man mal ein Bier trinkt. Die Arbeiter stellen in den meisten Zirkeln nicht nur die Minderheit, sondern sind auch fast ohne Einfluß auf die Politik der Gruppe, die „naturwüchsig" von den beleseneren Studenten und Intellektuellen gemacht wird. Die meisten kommunistischen Zirkel sind noch weit davon entfernt, Arbeiterorganisation zu sein oder gar schon das Vertrauen der sich herausbildenden proletarischen Avantgarde – den Führern der spontanen Kämpfe des Proletariats – zu haben.

Wenn sie in einem „wichtigen" Betrieb zwei Kollegen haben, die ihnen ab und zu Informationen geben, so schätzen manche Zirkel sich schon überglücklich und geben eine „Betriebszeitung" heraus.

Was ist das Zirkelwesen anderes als der organisatorische Ausdruck dieser Verhältnisse?

„Kommunistische Partei der Arbeiterklasse" – das ist doch kein leeres Wort, hinter dem sich dann Studentenführer mit etwas jungproletarischem Anhang verstecken und Theater spielen können. Es meint eine Organisation, die von Arbeitern getragen wird, die ihre Kraft aus der Arbeiterklasse bezieht, die in der Arbeiterklasse wurzelt. Die Kommunistische Partei ist nicht etwas, das in erster Linie oder gar allein durch intellektuelle Kraftakte („Programm", „Klassenanalyse" etc.) hergezaubert werden könnte.

Stalin hat im 8. Kapitel von „Über die Grundlagen des Leninismus" eine zusammenfassende Definition der Kommunistischen Partei gegeben. Stalin sagt u.a.:

Die Kommunistische Partei muß der Vortrupp der Arbeiterklasse sein. Sie muß die besten Elemente der Arbeiterklasse in sich aufnehmen. Sie muß mit einer revolutionären Theorie gewappnet sein. Sie muß ein Teil der Arbeiterklasse sein, der durch sein ganzes Sein mit ihr fest verwurzelt ist.

Nun wäre es ein Fehler, wenn man sagen würde: „Also müssen erst all diese Bedingungen erfüllt sein, b e v o r eine Partei gegründet werden kann." Stalin zeigt aber, in welche R i c h t u n g wir gehen müssen, um das Zirkelwesen zu überwinden und die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen.

Im ARBEITERKAMPF 24 berichteten wir von der Absicht einiger Gruppen – KB Bremen, KB Göttingen, NRF Heidelberg u.a. – eine einheitliche Organisation zu bilden.

Auf einer Konferenz am 16./17. September 72 bildeten diese Gruppen eine fünfköpfige „Programmkommission", die den Auftrag erhielt, „in etwa drei Monaten einen ausformulierten Programmentwurf vorzulegen. Schon vorher sollen vorbereitende Untersuchungen der Kommission veröffentlicht werden."

Die Programmkommission konnte offensichtlich ihren Auftrag innerhalb der vorgesehenen Zeit von drei Monaten nicht durchführen, die Veröffentlichung von „vorbereitenden Untersuchungen" unterblieb; stattdessen legte die Kommission Anfang Dezember bloß einen Arbeitsplan vor, der den Aufbau des Programms skizziert.

Diesen Arbeitsplan überschrieben NRF/KBB tollkühn mit dem Titel „Das Programm der westdeutschen Kommunisten". Damit soll gesagt sein, daß NRF/KBB den westdeutschen Kommunisten vorschlagen, sich auf dem Boden dieses Programms (zu dem freilich bisher nur der Arbeitsplan vorliegt) zur Neugründung der KPD zusammenzuschließen.

Dieser Arbeitsplan beseitigt immerhin einige maßlos übertriebene Vorstellungen, die nicht nur wir, sondern auch einige Sympathisanten von NRF/KBB sich über das zu erwartende Programm gemacht hatten. So hatten wir z.B. noch vor kurzem geschrieben:

„ ...wir zweifeln nicht, daß die Genossen nunmehr ein Programm zustande bringen werden, das ausführlicher und exakter ist als die bisher vorliegenden Programme und Plattformen..."
(ARBEITERKAMPF 24)

Und die mit NRF/KBB sympathisierende KG Köln hatte von dem Programm u.a. „sorgfältige und konkrete Untersuchungen über Lage und Struktur der Arbeiterklasse", „Aufarbeitung und Anwendung der Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung" und „Anwendung der marxistisch-leninistischen Methode auf die Entwicklungstendenzen des westdeutschen Imperialismus" erwartet. („tup" der KG Köln, September 72)

Aus dem nunmehr vorgelegten Arbeitsplan geht jedoch hervor, daß das Programm von NRF/KBB zwar länger, aber keineswegs inhaltsreicher ausfallen dürfte als das halbe Dutzend von Programmen und Programmatischen Erklärungen, die schon von anderen Organisationen vorliegen.

Mit seiner Parole gegen die „Verwechslung von programmatischen und taktischen Fragen" hatte das NRF schon vor einiger Zeit das rechte Stichwort gegeben. Der Arbeitsplan zeigt, daß unter dieser Parole anscheinend die Beschränkung des Programms auf „ewige Wahrheiten" (vom Typ „Westdeutschland ist ein imperialistisches Land" oder „Der endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich") gemeint ist, während konkrete Untersuchungsarbeiten und die Frage der Massenlinie aus dem „Programm" hinaus in das Ressort der „Taktik" verwiesen wurden. Dabei wurden auch einige Punkte der „Taktik" zugeschlagen, die bis vor kurzem von NRF/KBB als Kern und Voraussetzung des Programms bestimmt worden waren.

So hatte z.B. die Bremer „Wahrheit" den „KPD"s und „KPD/ML"s vorgeworfen, sie seien nicht in der Lage, in ihren programmatischen Erklärungen die Entwicklungsperspektiven des westdeutschen Imperialismus darzulegen"(„Wahrheit", Juni/Juli 72). Das war damals überhaupt die entscheidende Kritik des KBB an den „Parteien", womit begründet werden sollte, warum das zukünftige Programm von NRF/KBB gaaaaanz anders aussehen müßte als die programmatischen Erklärungen der „Parteien". Im Arbeitsplan dagegen heißt es nunmehr:

„ ...unseres Wissens gibt es keinen Artikel, der sich mit Programmfragen beschäftigt und dabei nicht die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus als die zentrale Aufgabe theoretischer Arbeit aufstellte. Nun wollen wir die Bedeutung dieser Aufgabe keineswegs abstreiten, aber von Bedeutung ist sie gerade in Hinblick auf die Ausarbeitung einer korrekten Taktik (!), nicht in Hinblick auf das Programm." (Arbeitsplan, S. 10)

Auf einmal also soll die ehemals als Prüfstein und Fundament angegebene Untersuchung über die Entwicklung des BRD-Imperialismus fürs Programm gar nicht mehr so wichtig und bloß Gegenstand der „Taktik" sein. – Der Arbeitsplan beschränkt sich daher hinsichtlich der Entwicklung des BRD-Imperialismus auf allgemeinste Aussagen, die schon in der Programmatischen Erklärung des NRF von 1971 enthalten waren (verstärkter Kapitalexport, Konzentrationsprozeß etc.).

Ein zweites Beispiel: Im „Gemeinsamen Kommuniqué" der beteiligten Gruppen vom 28. Mai 72 sind mehrere Punkte angegeben worden, und es heißt dazu: „Die Klärung (!) dieser Frage ist die entscheidende (!) Voraussetzung (!) für die Erarbeitung des Programms". Einer der dort angegebenen Punkte war die Faschismus-Frage. Wie aber wird die Faschismus-Frage nunmehr im Programm behandelt? Da heißt es, das Programm sollte auch einen „Hinweis" auf Rückschläge der Arbeiterbewegung enthalten. Unter diesem Punkt sollen außer der „Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" auch der historische Faschismus in Deutschland und Italien „angeführt" werden, weil er „eine stark demoralisierende Wirkung" hatte (S.26).

Ist der Faschismus aber nur ein historisches Problem, auf das ein „Hinweis" am Rande ausreichend ist. . .? – Der Arbeitsplan erkennt zwar die Möglichkeit einer „aktuell drohenden faschistischen Gefahr" auch für die Zukunft an, jedoch sei das „eine andere Frage, die nicht Bestandteil des Programms (!), sondern Gegenstand taktischer Erörterungen und Resolutionen ist" (S. 30).

Erst wurde also die Klärung der Faschismus-Frage als „entscheidende Voraussetzung" für die Erarbeitung des Programms definiert. Nun aber heißt es, diese Frage sei gar nicht Gegenstand des Programms, sondern der „Taktik". In der Tat widmet der Arbeitsplan der Faschismus-Frage alles in allem noch nicht einmal 10 Zeilen!

Gegen die „KPD" haben NRF/KBB den Vorwurf der „programmatischen Beliebigkeit" (Arbeitsplan, S. 8) erhoben. Aber was könnte „beliebiger" sein als der Arbeitsplan von NRF/KBB, worin ehemals für unentbehrlich erklärte Bestandteile des Programms einfach fallen gelassen sind, worin über zentrale Fragen der Arbeiterbewegung (Faschismus, Opportunismus) oberflächlich hinweggehuscht wird, während Nebenfragen (z.B. Rolle der „neuen Mittelklasse") genüßlich ausgewalzt werden?

Zumindest die Führer des KBB wissen genau, was sie da veranstaltet haben. Denn in der „Wahrheit" schrieben sie schon vor fast einem Jahr völlig richtig:

„Wir gehen also davon aus, daß es noch keine politische Plattform gibt, welche die Basis bilden könnte für eine dauerhafte Einheit zum Nutzen der Arbeiterklasse und frei von Opportunismus und Gründungsfieber (!). Wir gehen weiter davon aus, daß diese Basis auch nicht in wenigen Monaten (!) geschaffen werden kann, zumal in der westdeutschen kommunistischen Bewegung mit der umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung unserer Wirklichkeit kaum begonnen worden ist." („Wahrheit", Feb 72)

Der Arbeitsplan ist der zwangsläufige Ausdruck des Versuchs, wider besseres Wissen nun d o c h „in wenigen Monaten" und ohne umfassende wissenschaftliche Untersuchungen so etwas wie ein Programm zusammen zu bringen. Dieses Programm hat keine Funktion für den Kampf der Arbeiterklasse, sondern es dient der bornierten Gruppen-Logik der NRF/KBB-Führer: sie haben nun etwas zum Vorzeigen, mit dem sie in der Bewegung den großen Fischzug zu machen hoffen.

Salto Mortale

Immer und immer wieder haben NRF/KBB in ihren Publikationen die brennende Notwendigkeit des Programms eindringlich beschworen: das Programm schaffe überhaupt erst den einheitlichen Willen in der kommunistischen Bewegung und „damit die Basis für ihren Zusammenschluß in der Partei" – ohne Programm sei die Bewegung zur „taktischen Defensive" gegenüber der Bourgeoisie verdammt – ohne Programm könnten innerorganisatorische Widersprüche nicht offen ausgetragen werden usw. usf.

Aber der nun folgende „Salto Mortale" der NRF/KBB-Führer endet prompt auf dem Arsch! In ihrem Programm/Arbeitsplan lassen sie den Leser teilnehmen an ihrer Suche nach „Vorbildern" für ihr Programm, und das Ergebnis ihrer Suche fassen sie so zusammen:

„Seit dem Erfurter Programm von 1891 (!) ist von der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands kein (!) systematisches Programm mehr ausgearbeitet worden, auf das wir uns stützen könnten." (S. 14/15)

Die verschiedenen Programme der KPD seien – so führt der Arbeitsplan weiter aus – alles gar keine richtigen Programme gewesen, sondern bloß „Erklärungen mit Ausrufcharakter" oder „taktische Feststellungen, die auf eine bestimmte Klassenkampfsituation bezogen waren". Diese Programme der KPD seien zwar nicht völlig bedeutungslos, aber als „Vorbild" fürs Programm von NRF/KBB seien sie untauglich. Ihr „Vorbild" sehen die Genossen stattdessen in den programmatischen Diskussionen zum SPD-Programm von 1891 und zum Programm der russischen Partei von 1903 (zuzüglich dessen Erweiterungen 1918).

Die Genossen scheinen sich noch

nicht einmal über die unglaubliche Arroganz im Klaren zu sein, s i e würden seit 1891, seit 80 Jahren (!) endlich wieder ein „systematisches Programm" für die Arbeiterbewegung schreiben, wozu die KPD anscheinend nicht in der Lage war.

Wenn überhaupt erst das Programm die Basis für den parteimäßigen Zusammenschluß schafft – was war dann die KPD, die ja angeblich niemals ein „richtiges" Programm gehabt hat? War die KPD seit ihrer Gründung 1918 nur ein gigantisch aufgeblähter Z i r k e l, der sich „unrechtmäßig" als Partei bezeichnete? Man muß dies freilich glauben, da ja NRF/KBB das Fehlen eines Programms als wesentliches Merkmal des Zirkelwesens bezeichnen.

Zuerst haben die NRF/KBB-Führer die unheimliche Bedeutung und unbedingte Notwendigkeit des Programms betont. Nun ja, jede Henne gackert beim Eierlegen. – Aber dann tischen sie plötzlich die Behauptung auf, die KPD hätte während ihrer ganzen Existenz niemals ein Programm gehabt und sie müßten ihr Vorbild im Jahr 1891 suchen. Totale Konfusion!

Woran liegt es, daß die Genossen bis aufs sozialdemokratische Erfurter Programm von 1891 und aufs Programm der russischen Sozialdemokratie von 1903 zurückgreifen müssen, während sie in der nachfolgenden Zeit bis heute nichts „Gescheites" im Sinne ihrer „programmatischen" Pläne gefunden haben? Den Genossen scheint nicht einmal aufgefallen zu sein, daß hier eine Frage liegt.

Wie müßte der Faschismus im Programm berücksichtigt werden?

Wie wir sahen, geht der Arbeitsplan von NRF/KBB zum Programm mit kaum 10 Zeilen auf die Frage ein, die sich aus der Erfahrung des Faschismus für die Arbeiterklasse ergeben.

Das entspricht zwar nicht den früheren Ankündigungen von NRF/KBB, daß die „Klärung der Faschismusfrage" eine „entscheidende Voraussetzung" (!) für die Erarbeitung des Programms sei. Jedoch liegt es ganz auf der Linie ihrer sonstigen Politik, die Faschismusfrage durch Schweigen zu „lösen".

Daß sich im Programm überhaupt ein „Hinweis" auf den Faschismus (der Vergangenheit) finden soll, begründet der Arbeitsplan **ausschließlich mit der „stark demoralisierenden Wirkung", die der deutsche und italienische Faschismus auf die Arbeiter gehabt habe.**

Schon diese Begründung offenbart den falschen Ansatz bei NRF/KBB, die von einer W i r k u n g der Erfahrung des Faschismus ausgehen, statt von der Erfahrung selbst: der Faschismus hat den grauenvollsten Krieg der Menschengeschichte herbeigeführt, mit Millionen Arbeitern vieler Nationen als Opfer. Der Faschismus hat tausende klassenbewußte Arbeiter abgeschlachtet oder zerbrochen, er hat die Ergebnisse von Arbeitskämpfen vieler Jahre zunichte gemacht. D e s h a l b – und nicht in erster Linie der „demoralisierenden Wirkung" wegen, die sich als Folge im Bewußtsein der Arbeiter zeigt – muß im Programm vom Faschismus geredet werden. Wenn wir über Niederlagen reden, dann deshalb, um aus ihnen zu l e r n e n – und nicht deshalb, weil Niederlagen nebenbei auch eine demoralisierende Wirkung haben. Der Aspekt, aus der Niederlage des Faschismus zu l e r n e n, scheint aber in den programmatischen Vorstellungen von NRF/KBB zu fehlen.

Der Arbeitsplan stellt den Faschismus lediglich als Gegenstand „taktischer Erörterungen" – nicht aber als Gegenstand des Programms – dar: Es sei ja möglich, daß „unter bestimmten Umständen" die Kapitalisten nochmals zu faschistischen Lösungsversuchen greifen könnten; aber was die Kommunisten (und die Arbeiter) dann zu tun hätten, das sei halt bloß Gegenstand „taktischer Erörterungen und Resolutionen" (Arbeitsplan, S. 30). Weiter unten führen sie dann noch eine Resolution an, die einzige, die sich auf den Faschismus zu beziehen scheint: diese Resolution soll eine Auffassung zurückweisen, der demokratische Kampf müsse heute wesentlich als antifaschistischer Kampf geführt werden. Die einzige „taktische Resolution", die ihnen zum Faschismus einfällt: eine negative Abgrenzung von bestimmten Kampfformen, statt einer positiven Bestimmung der Aufgaben der Kommunisten. (Arbeitsplan, S. 39)

NRF/KBB haben offenbar noch nicht einmal begriffen, daß der Faschismus und andere Formen der totalen Konterrevolution t y p i s c h sind für die E t a p p e des untergehenden Kapitalismus und der proletarischen Revolution. Demnach geht es hier nicht um die t a k t i s c h e Antwort, die auf eine bestimmte eventuelle Wendung des Klassenkampfes zu geben ist, sondern es geht um eine s t r a t e g i s c h e Antwort auf die grundsätzliche und fürs Proletariat wesentliche Frage nach dem Weg der Revolution in dieser Etappe. Mit einem unnachahmlichen Sinn für Banalitäten haben NRF/KBB sogar die „Unausbleiblichkeit" des proletarischen Sieges als Programmpunkt angegeben. Aber auf die Frage nach dem W e g dorthin haben sie nur die Antwort: darüber zerbrechen wir uns jetzt noch nicht den Kopf. Das gehört in die Taktik und wenn es soweit ist, werden wir schon eine Resolution dazu machen . . .

Immerhin ist sogar die revisionistische DKP in diesem Punkt richtiger verfahren als NRF/KBB im Arbeitsplan. Im ursprünglichen Programm der DKP (= Grundsatzerklärung) hieß es nämlich:

„Die DKP erstrebt den für das arbeitende Volk der Bundesrepublik günstigsten Weg zum Sozialismus, einen Weg ohne Bürgerkrieg. Es waren immer die herrschenden reaktionären Klassen, die zur Rettung ihrer Macht und ihrer Vorrechte blutige Gewalt gegen das Volk anwandten..."

In den späteren „Thesen" der DKP (1971) findet sich kein entsprechender Hinweis mehr. Bei einer revisionistischen Partei wie der DKP ist das nicht weiter verwunderlich.

Aber auch NRF/KBB haben in ihrem Arbeitsplan zum Programm die Frage des Bürgerkriegs und des bewaffneten Kampfes schlichtweg „vergessen". Und eine solche „Vergeßlichkeit" ist einigermaßen erstaunlich bei Leuten, die sonst sogar der „KPD/ML" schon Konkurrenz an Wortradikalismus zu machen beginnen.

Die Geschichte der Klassenkämpfe zeigt, daß die Revolution in den imperialistischen Ländern ihren Weg wahrscheinlich über den Bürgerkrieg nehmen wird, der vom unbedingten Festhalten der herrschenden Klasse an den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen hervorgerufen wird. Die Vorbereitung der Arbeiterklasse gerade auf diesen Weg der Entwicklung ist demnach eine zentrale Aufgabe der Kommunisten – unabhängig von taktischen Wendungen, die der Klassenkampf erfordert und auf die das Programm nicht im Einzelnen eingehen kann.

Das Programm der Kommunisten wird diese Schlußfolgerung aus der Geschichte der Klassenkämpfe festzuhalten haben. In diesem Zusammenhang ist der Faschismus als eine besonders brutale Form der Konterrevolution nach innen und außen anzusprechen. (Wir werden auf die inhaltlichen Vorstellungen von NRF/KBB zur Faschismusfrage demnächst nochmals ausführlicher eingehen – vgl. hierzu auch ARBEITERKAMPF 16,17 und 18).

Wie müsste der Opportunismus im Programm berücksichtigt werden

In der Frage des Kampfes gegen den Opportunismus tritt die chaotische Fehl-Proportionierung des Programms, das Verwechseln von Wesentlichem und Unwesentlichem durch NRF/KBB besonders krass zutage: da widmet der Arbeitsplan zum Programm mehr als 200 (!) Zeilen der aufregenden Frage „Wie wird die neue Mittelklasse im Programm berücksichtigt? ", während ganze 9 (n e u n) Zeilen auf den Abschnitt „Der Kampf gegen den Opportunismus" entfallen. Das widerspiegelt das Bewußtsein von Kleinbürgern, denen die genaue Bestimmung ihrer Klassenlage schon seit Jahren im Kopf herumspukt und denen sich die Frage nach der „neuen Mittelklasse" ohne weiteres als d a s zentrale Problem der Programmatik darstellt (kein anderer Punkt ist im Arbeitsplan so ausführlich und geradezu liebevoll abgehandelt wie dieser!).

Die Aussage des Arbeitsplans zum Punkt „Kampf gegen den Opportunismus" beschränkt sich im Wesentlichen auf einen einzigen mageren Satz, nämlich daß „jeder bürgerliche sozialdemokratische Einfluß auf die Arbeiterbewegung bekämpft werden muß, ebenso wie die revisionistische Entstellung des Marxismus durch diejenigen Parteien, die im Fahrwasser des russischen Sozialimperialismus schwimmen" (S.27).

Der Opportunismus als Form bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung ist sozusagen das „friedliche" Gegenstück zur Gewaltpolitik der Bourgeoisie. In seinem Kampf um den Sozialismus muß das Proletariat mit diesen Feinden fertig werden: mit dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie ebenso wie mit dem bürgerlichen Terror. Daher muß der Kampf gegen den Opportunismus im Programm ebenso wie der Bürgerkrieg breiteren Raum einnehmen. Und es ist eben typisch für das „programmatische" Bewußtsein der Führer von NRF/KBB, daß sie von diesen zwei zentralen Fragen der Arbeiterbewegung die eine glattweg „vergessen" haben, während sie an der anderen vorbeihuschen.

Ein wirkliches Programm der Kommunisten müßte zunächst auf die historische Entwicklung der Spaltung der Arbeiterbewegung eingehen. Hierbei kann auf die Ausführungen Lenins Bezug genommen werden, ergänzt durch eine Konkretisierung auf der Basis (noch fehlender) aktueller Untersuchungen über die Struktur der Arbeiterklasse. Es muß daran verdeutlicht werden, daß der Opportunismus seine materielle Basis im Imperialismus hat (z.B. Frage der „Arbeiteraristokratie", Stellung der Angestellten und Beamten, Verbindung von sozialdemokratischer Bürokratie und Staatsapparat, Imperialismus und „Dritte Welt").

In Deutschland ist der bedeutendste organisatorische Träger des Opportunismus die SPD. Das Programm der Kommunisten muß entscheidende, für die Arbeiterbewegung verhängnisvolle Stationen der SPD ansprechen: die Haltung zum imperialistischen Krieg 1914, die Irreleitung und Unterdrückung der revolutionären Arbeiterkämpfe 1918-23, die Verhinderung der antifaschistischen Aktionseinheit der Arbeiterklasse 1929-33, die Hilfestellung bei der bürgerlichen Restauration nach 1945 und die Regierungsführung seit Ende der 60er Jahre. Dieser Abschnitt müßte dazu dienen, außer den „Schrecken des Imperialismus" (Arbeitsplan,S.26) sozusagen auch die Schrecken des Sozialdemokratismus deutlich zu machen.

An dieser Stelle hätte eine allgemeine Ausführung zum Vorgehen im Kampf gegen den Opportunismus zu folgen: daß die Kommunisten den Sozialdemokratismus als Agenten der Bourgeoisie auf keinen Fall verwechseln mit ihren sozialdemokratischen Klassenbrüdern, also unser Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse bei gleichzeitigem unversöhnlichen Kampf gegen die sozialdemokratische Politik und Ideologie.

Hier wäre dann auch der Platz, auf den modernen Revisionismus einzugehen – zum einen als „linke" Variante des Sozialdemokratismus in den kapitalistischen Ländern, und zum zweiten als Wegbereiter der bürgerlichen Restauration in jenen Ländern, wo das Proletariat schon die Macht erkämpft hat. Diese Entwicklung müßte vom Programm erläutert werden.

Wie muß die Auseinandersetzung geführt werden?

Bekenntnisse zur Notwendigkeit der Auseinandersetzung um eine kommunistische Strategie und Taktik sind heute allgemein üblich. Würde der Fülle der Bekenntnisse die Breite und Tiefe der Auseinandersetzung annähernd entsprechen, so stünde es glänzend um die Zukunft der kommunistischen und Arbeiterbewegung in unserem Land. Leider ist das aber durchaus nicht so, und zwar im Wesentlichen als eine Folge der Zersplitterung der kommunistischen Bewegung.

Die einfachste Voraussetzung einer Auseinandersetzung zwischen Kommunisten ist die Existenz einer kommunistischen Presse. Diese muß die Gegenstände der Auseinandersetzung behandeln und diese Auseinandersetzung muß von den Kommunisten verfolgt werden.

Wie sieht es mit dieser einfachsten Voraussetzung aus?

In der BRD gibt es vier Organisationen, die sich den Namen einer „Kommunistischen Partei" zugelegt haben: die revisionistische DKP, ferner zwei „KPD/ML"s und die „KPD". Alle vier Organisationen geben eigene Zeitungen heraus, davon zwei (DKP und „KPD") wöchentlich und eine („Roter Morgen") vierzehntägig.

Weiter gibt es mehrere andere kommunistische Organisationen. Von diesen haben u.a. die „Arbeiterzeitung" des Heidelberger NRF, die „Kommunistische Arbeiterzeitung" der ABG München und der Freiburger „Klassenkampf" vorwiegend den Charakter örtlich begrenzter Agitationszeitungen. Überörtliche Bedeutung haben gegenwärtig insbesondere der Hamburger ARBEITERKAMPF, die Bremer „Wahrheit", das Heidelberger „Neue Rote Forum" (das sich freilich als theoretische Zeitschrift in erster Linie an fortschrittliche Intellektuelle und organisierte Kommunisten wendet) und die „Rote Fahne" des schwäbischen KABD.

Diese Zeitungen erreichen insgesamt immer noch nur einen sehr kleinen Kreis, verglichen mit der bürgerlichen Presse – zusammengenommen hat die kommunistische Presse noch nicht einmal die Auflage einer faschistischen Wochenzeitung wie etwa der „National- und Soldatenzeitung".

Die meisten Organisationen scheuen sich, die Auflagenhöhen ihrer Zeitungen zu „verraten". Die Gründe dafür sind nicht einleuchtend, da jedenfalls der Staatsapparat diese Zahlen wohl recht gut kennt (zumal viele dieser Zeitungen noch im bürgerlichen Lohndruck hergestellt werden).

Die höchste Auflage aller Zeitungen mit kommunistischem Anspruch hat zweifellos die „UZ" der DKP, wahrscheinlich 60 - 90.000, wovon allerdings regelmäßig mehr als ein Drittel kostenlos verteilt wird.

Der „Arbeiterkampf" hat seine Auflage seit Beginn seines Erscheinens vor einem Jahr erheblich stei-

gern können, von 5.000 auf gegenwärtig 16 - 18.000.

An dritter Stelle folgt das „Neue Rote Forum", das ebenfalls regelmäßig die Höhe seiner Auflage angibt und zuletzt (Oktober 72) bei 12.000 stand.

Andere Auflagen sind nur zu schätzen. So dürften die „Rote Fahne" der „KPD" und die „Wahrheit" des KBB knapp über 10.000 liegen, während wahrscheinlich von den übrigen Zeitungen keine mehr als 5.000 Stück Auflage hat.

Es liegt auf der Hand, daß die überwiegende Mehrheit der Kommunisten weder Zeit noch Interesse hat, die **gesamte** kommunistische Presse – zwei Wochenzeitungen und ein halbes Dutzend Monatszeitungen – regelmäßig zu kaufen und durchzulesen. Erst recht ist klar, daß dies der unorganisierte, aber am Marxismus-Leninismus interessierte Arbeiter kaum tun wird.

Prüfen wir im Licht dieser Situation zwei häufig zu hörende Parolen von NRF/KBB: die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten müßte „offen vor der Arbeiterklasse" geführt werden und sie müßte „quer durch die Zirkel hindurch geführt" werden.

Zur ersten Parole: wir haben festgestellt, daß die kommunistische Presse immer noch nur einen sehr kleinen Teil der Arbeiterklasse erreicht und also im besten Fall nur dieser kleine **Teil** der Arbeiterklasse überhaupt Zeuge der Auseinandersetzung um eine kommunistische Strategie und Taktik wird. Ferner kriegt selbst dieser kleine Teil in der Regel nicht die ganze Breite der Auseinandersetzung mit, sondern im Wesentlichen nur den Standpunkt **einer** Organisation, deren Zeitung er regelmäßig liest.

Das liegt sozusagen „in der Natur der Sache". Bemerkenswert ist aber, daß NRF/KBB anscheinend ausdrücklichen Wert auf die Aufrechterhaltung dieses Zustands legen! In einem bösen Brief beschwerte sich nämlich das NRF vor einiger Zeit bei uns, weil am 1. Mai 72 einige Genossen den ARBEITERKAMPF in Mannheim (das vom NRF als sein „Jagdrevier" angesehen wird, verkauft hatten. Dies – so das NRF – sei „spalterisch" und „verwirrend". Den vollständigen Wortlaut des Heidelberger Briefes haben wir in UNSER WEG 16/17 wiedergegeben.) Dies zeigt klar, daß NRF/KBB zwar von „offener Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse" gerne schwätzen, aber sehr erschrocken sind, wenn man sie beim Wort nimmt.

Zur zweiten Parole: eine Auseinandersetzung „quer durch die Zirkel hindurch" erfordert, daß die Kommunisten auch die Zeitungen anderer Organisationen (zwar nicht alle, aber doch die bedeutendsten) regelmäßig zur Kenntnis nehmen und daß **zwischen** den Organisationen in der Presse überhaupt erst ein Austausch und Kampf der Standpunkte organisiert wird. Damit liegt es jedoch sehr im Argen.

Hierzu nochmals Zahlen. In der Buchhandlung „Arbeiterbuch" in Hamburg, die dem Kommunistischen Bund nahesteht, werden jeweils 7 - 800 Stück des Heidelberger „Neuen Roten Forums" und 5 - 600 Stück der Bremer „Wahrheit" verkauft.

Umgekehrt verkaufen das NRF in seinem Heidelberger Buchladen und der KB Bremen in seinem Buchladen nur je etwa 150 Stück vom ARBEITERKAMPF. Diese Zahl wurde vom KBB kürzlich gar auf 80 gesenkt. In einem ironischen Begleitbrief dazu hieß es: „Das Interesse ist zurückgegangen". (Warum wohl?)

Die Führer des KBB geben sich hier die biedermännische Maske des kleinen Krämers an der Ecke, der die „sinkende Nachfrage" nach einem bestimmten Produkt achselzuckend zur Kenntnis nimmt. So möchten sie verdecken – was sie in Wahrheit wohl recht gut wissen – daß der überörtliche Verkauf der verschiedenen Richtungen der kommunistischen Presse eine **politische** Frage ist und daß die „Nachfrage" nach Zeitungen anderer Richtungen von der Haltung der Führer und vom „Klima" in der jeweiligen Organisation bestimmt wird und daß sie geradezu ein Gradmesser für die politische Reife einer Organisation ist.

In einer Organisation wie dem schwäbischen KABD z.B. kann man von den Mitgliedern offen hören, daß sie nur das lesen, was ihre Führer ihnen verordnen. Der dem KABD nahestehende Buchladen in Stuttgart weigert sich in diesem Sinn auch, den ARBEITERKAMPF überhaupt zum Verkauf anzubieten. Ebenso weigert sich der Buchladen der ABG in München, den „Arbeiterkampf, dieses Trotzkistenblatt", zu verkaufen. (Der erste „Boykott" gegen unsere Zeitungen wurde übrigens schon 1971 von einer Frankfurter Buchhandlung ausgesprochen, die damals der „KPD/ML" - „Roter Morgen" gehörte).

In diesem Zusammenhang sind auch die KBB-Führer zu erwähnen. Als vor einigen Wochen in Bremen von unseren Genossen der ARBEITERKAMPF verkauft wurde, tauchte plötzlich Claus von Eitzen, Mitglied des ZK des KBB, auf und verkündete: wir sollten „auf Beschluß des ZK des KBB" den Verkauf sofort einstellen. Als unsere Genossen natürlich weiter verkauften, wurde ein Mitglied des KBB hin dirigiert, der regelmäßig zu schreien hatte „Die Zeitung der neuen Sozialdemokratie". Interessant wäre zu wissen, ob die KBB-Führer auch den Verkauf anderer Zeitungen (z.B. der revisionistischen „UZ" oder der super-„linken" „Roten Fahne") in Bremen in ähnlicher Weise zu stören versuchen, oder ob nur der ARBEITERKAMPF sie zu solch schwachsinnigen Reaktionen reizt

Es liegt bei der Führung, in „ihren" Organisationen ein Klima zu schaffen, wo das Lesen kommunistischer Zeitungen (außer der eigenen) entweder direkt als ketzerisch verboten ist oder zumindest für Zeitverschwendung gehalten wird. Im einen wie im anderen Fall ist das Kennenlernen und Vergleichen verschiedener Auffassungen über kommunistische Strategie und Taktik, d.h. die wortreich geforderte „Auseinandersetzung quer durch die Zirkel hindurch", unmöglich.

Wie die NRF/KBB – Führer den KB bekämpfen

Die Führer von NRF/KBB, die die Verbreitung des „Arbeiterkampf" unter den Arbeitern ihres „Reviers" verhindern wollen, setzen diese Art der „Auseinandersetzung" in ihrer Presse konsequent fort.

Bevor wir die äußeren Erscheinungsformen dieser „Auseinandersetzung" darstellen, muß etwas über die dahinter stehenden grundsätzlichen Vorstellungen von NRF/KBB und deren materielle Basis gesagt werden.

Im Arbeitsplan zum Programm heißt es: "...wir fordern nicht die organisatorische Unterordnung und Auflösung der bestehenden Organisationen (d.h. der „Parteien" und der Zirkel – Anm. des AK) in die unsere, sondern wir kämpfen um die politische Anerkennung unseres Programms und unserer Taktik..." (S.40).

Wir wollen hier nicht auf die Frage eingehen, daß NRF/KBB zum Programm nur einen oberflächlich zusammengebastelten, unvollständigen Arbeitsplan haben und daß ihre Taktik überhaupt noch nicht fixiert ist, sondern bisher nur aus ihrer Politik zu rekonstruieren ist.

Uns geht es vielmehr um den Begriff der „politischen Anerkennung" einer bestimmten Linie von Programm und Taktik. Dieser Begriff setzt voraus, daß **mehrere** Linien existieren, und daß eine von diesen die **richtige** ist. Welche das ist, muß sich dann nur noch im „Kampf um die politische Anerkennung" herausstellen.

Diese Vorstellung verkennt aber den aktuellen Stand der kommunistischen Bewegung, wie er von den Bremer Führern selbst in besseren Zeiten einmal richtig beschrieben worden ist: aus dem Fehlen umfassender revolutionärer Erfahrung und gründlicher Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus ergeben sich für die Kommunisten heute große Schwierigkeiten, eine klare (korrekte) Linie herauszubilden („Wahrheit", Juni/Juli 72).

Wir gehen davon aus, daß es „die korrekte Linie" – verkörpert durch eine „Partei" oder einen der Zirkel – heute noch nicht gibt. Deshalb haben wir gesagt, daß diese Linie in der Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Organisationen zu erarbeiten ist.

Die Parole vom „Kampf um die politische Anerkennung" hat ihre Basis in der Zersplitterung des Zirkelwesens und in seiner Isoliertheit von der Arbeiterklasse. Sie bedeutet eine Übertragung der Formen kapitalistischer Konkurrenz auf die kommunistische Bewegung. Der „politische" Selbsterhaltungstrieb einiger Führer der Bewegung bildet die „Hauptseite" bei der Durchsetzung dieser Parole.

Die Führer von NRF/KBB **reden** wie Kommunisten, aber sie **handeln** wie Kapitalisten, die eifersüchtig ihren „Markt" verteidigen und „Konkurrenten" auszuschalten trachten.

Die Führer von NRF/KBB schwätzen von „offener Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse". Aber die Bekanntmachung der Arbeiter ihres „Reviers" mit den Zeitungen anderer kommunistischer Gruppen würden sie gern verhindern, wenn sie nur könnten.

Auch in ihren Zeitungen setzen sie sich mit dem Kommunistischen Bund gar nicht erst ernsthaft auseinander. So ist es typisch, daß die Bremer „Wahrheit" es bis heute nicht geschafft hat, auch nur eine einzige Zeile aus dem „Arbeiterkampf" vollständig wiederzugeben. Stattdessen erfährt der Leser bloß in indirekter Rede, was angeblich im ARBEITER-KAMPF gestanden haben soll. Meist wird dabei der wirkliche Standpunkt des Kommunistischen Bundes bis zur Unkenntlichkeit verdreht. Im Vergleich dazu zitiert der ARBEITERKAMPF ständig längere Passagen aus der „Wahrheit" usw., um mit den Vorstellungen anderer Gruppen bekannt zu machen. Wir halten uns dabei an Lenin, der in seinen Artikeln immer wieder ausführlich in Zitat-Form die Auffassungen seiner Gegner wiedergab, bevor er sie widerlegte. Es ist ohne weiteres einsichtig, daß nur auf dieser Grundlage überhaupt eine ehrliche Auseinandersetzung möglich ist. Lenin schrieb:

„Die Polemik wird nur dann Nutzen bringen, wenn sie klarstellt, worin eigentlich die Meinungsverschiedenheiten bestehen, wie tief sie gehen, ob es sich um Meinungsverschiedenheiten in Teilfragen handelt, ob diese Meinungsverschiedenheiten ein Hindernis für die gemeinsame Arbeit in den Reihen ein und derselben Partei sind oder nicht..."

Für die aktuelle Polemik zwischen den Kommunisten ist dagegen bezeichnend, daß gerade diese Klarstellung über das Wesen und die Tiefe der Differenzen kaum vorgenommen wird. Und besonders die Führer von NRF/KBB sind traurige Meister in der Kunst, einen Streit um Formulierungen oder Nebensächlichkeiten als Wesen der Meinungsverschiedenheiten auszugeben. Ohnehin macht sich der größte Teil ihrer Polemik gegen den Kommunistischen Bund an Fälschungen und Verdrehungen fest.

Wo NRF/KBB nicht direkt zum Mittel der Fälschung greifen, da bringen sie den Standpunkt des Kommunistischen Bundes doch zumindest in einer diffamierenden Form ein.

Indem sie z.B. schreiben:„Die Genossen (gemeint ist der Kommunistische Bund – Anm. des AK) jammern über die Stärke der Bourgeoisie", drücken sie sich zugleich um eine ernsthafte Diskussion dieser für die Arbeiterbewegung wichtigen Frage (NRF 4/5, 72, S.9). Aus einer Auseinandersetzung über das aktuelle Kräfteverhältnis im Klassenkampf machen sie eine moralische Frage. Dabei ist die Sache **sehr einfach: der Kommunistische Bund jammert nicht über die relative Stärke der Bourgeoisie, aber er stellt sie fest.** Da NRF/KBB diese Feststellung durch Tatsachen nicht widerlegen können, sticheln sie in der Manier von kleinen Kindern:„Ihr seid ja bloß zu feige und traut euch nicht!"

Einen Höhepunkt hat diese Alberei in einem Beitrag des ZK des KBB erreicht, wo die ganze Politik des Kommunistischen Bundes auf die „Kleinmütigkeit" seiner Führer zurückgeführt wird (NRF 6/72, S. 10 ff).

Die prinzipienlose Polemik von NRF/KBB gegen den Kommunistischen Bund hat Tradition. Sie ist überhaupt eines der wichtigsten Bänder, das diesen Zirkelblock zusammenhält. Im Arbeitsplan zum Programm versteckt sich dieser Tatbestand hinter folgendem Satz:

„Seit dem gemeinsamen Auftreten der kommunistischen Zirkel in der Metalltarifrunde 1971 haben wir in den Auseinandersetzungen mit einem allmählich sich herausbildenden System rechtsopportunistischer Politik die Gemeinsamkeit unserer Organisationen herausgearbeitet" (S. 13). Oder in klarem Deutsch: die Führer von NRF/KBB haben ihre „Gemeinsamkeit" im Kampf gegen den „rechtsopportunistischen" Kommunistischen Bund „herausgearbeitet". Sie behaupten, wir hätten unsere „rechtsopportunistische" Politik erst allmählich herausgebildet. Mit dieser Lüge wollen vor allem die Führer des KBB ihre eigenen Schwankungen bemänteln. Nicht wir, sondern sie haben ihre Politik geändert, vor allem in der Faschismus-Frage („unvorstellbar", daß die KBB-Führer im Herbst 1971 die SPD zum „antifaschistischen Kampf" gegen Strauß aufforderten). Eine Begründung, eine Selbstkritik für ihr politisches Zick-Zack haben sie bis heute nicht geliefert.

Die Führer des KBB schreiben, sie hätten zunächst „in einer gemeinsamen Front mit denjenigen Genossen" gestanden, „die später den KB-Nord (den Kommunistischen Bund – Anm. des AK) gründeten... Die Widersprüche zu diesen Genossen, die heute in aller Schärfe hervortreten, waren damals noch völlig unentwickelt"(Arbeitsplan, S. 12). Erst durch die Gründung des Kommunistischen Bundes sei es zum Bruch zwischen uns und den KBB-Führern gekommen (Arbeitsplan, S. 13).

Wieder eine Lüge. In Hamburg entstand die Gruppe des Kommunistischen Bundes durch einen Zusammenschluß des SALZ und des KAB. Hiervon war das SALZ ein relativ stark in den Betrieben verankerte Organisation, während der KAB eine kleine Gruppe war, die sich in erster Linie mit der Herausgabe einer politisch-theoretischen Zeitung befaßte (KAB-AZ).

Zum SALZ standen die Führer des KBB längst in alter Feindschaft, die ihren Ursprung offenbar in früheren Auseinandersetzungen um die „Vormacht" in Norddeutschland hatte. Dagegen biederten sich die KBB-Führer beim KAB an, zogen die KAB-AZ zur Schulung im KBB heran und forderten den KAB auf, in Hamburg eine Konkurrenz-Organisation zum SALZ zu schaffen.

Während der Aktionseinheit zahlreicher Zirkel zur Metall-Tarifrunde 71 gingen dann die KBB-Führer zum offenen Angriff gegen das SALZ vor. Der Gegenstand ihrer Polemik verrät die Prinzipienlosig-

keit der KBB-Führer. Griffen sie doch damals das SALZ von rechts (!) an, warfen ihm „Links"-Sektierertum (!) vor, weil es die Lohnforderungen der IGM-Spitze als zu niedrig kritisiert hatte. Damit sei das SALZ „aus dem Kampf der Arbeiterklasse ausgestiegen", behaupteten die KBB-Führer. Das SALZ wolle so – man höre und staune ! – „die Gewerkschaft spalten".

An diese Polemik hängten die KBB-Führer zugleich eine wilde Schimpfkanonade gegen das SALZ, in der von „Agentur der Bourgeoisie" und „konterrevolutionären Machenschaften" des SALZ die Rede war.

Schließlich wurde noch zur Zerschlagung des SALZ aufgerufen.

Als diese Attacke in der gesamten Bewegung auf Ablehnung stieß, machten die KBB-Führer einen taktischen Rückzug und verfaßten eine heuchlerische „Selbstkritik": sie hätten ein „falsches Verhältnis zum SALZ" gehabt, die „Diskussion vergiftet", eine „kleinbürgerliche Linie" vertreten, die Prinzipien der kommunistischen Aktionseinheit verletzt, eine „offene Provokation gegen das SALZ" begangen, eine „sektiererische Haltung" eingenommen usw. usf. –

In einer gemeinsamen Stellungnahme von SALZ und KAB zu dieser „Selbstkritik" wurde richtig eingeschätzt:

„Die Wortführer des KB Bremen und des KB Göttingen sind diesmal völlig auf den Arsch gefallen, weil sie das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt hatten... Das hat sie offenbar veranlaßt, ihren Angriff vorerst abzublasen und den Rückzug anzutreten. Sie scheinen die Hoffnung zu hegen, durch eine heuchlerische ‚Selbstkritik', scheinheilige Bekenntnisse zur Aktionseinheit und gespielt ‚reumütige' Vorsprache bei anderen Organisationen (gemeint ist ein Besuch der Führer des KB Göttingen bei den ABG München – Anm. des AK) sich erneut in die Aktionseinheit einschleichen zu können, um bei günstiger Gelegenheit erneut vorzupreschen." (21. September 71, zit. nach KAB-AZ 11/12)

Inzwischen haben die KBB-Führer – mit stärkeren Verbündeten und besser vorbereitet als 1971 – zur alten Form der „Auseinandersetzung" zurück gefunden.

Im Artikel des ZK des KBB zum Faschismus (NRF 6/72) wird nicht nur behauptet, der Kommunistische Bund hätte „den Boden des Marxismus verlassen", sondern es ist gleich noch hinzugefügt „falls sie ihn je betreten haben".

Warum muß die Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse geführt werden?

Die Führer des KBB haben vor längerer Zeit die gute Parole ausgegeben, die Auseinandersetzung zwischen den Kommunisten müßte „offen vor der Arbeiterklasse" geführt werden. Sie warnten damals vor der Gefahr, „daß der Kampf der Zirkel um die richtige Linie zum endlosen Sektengezänk entartet."

Und weiter: *„ ...diese Gefahr wird nur vermieden, wenn die Auseinandersetzung um die Strategie der westdeutschen Arbeiterbewegung offen vor der Arbeiterklasse geführt wird, und die Arbeiter lernen, daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen um die Frage ihres Kampfes handelt, die nur entschieden werden können durch ihr eigenes revolutionäres Handeln."* (Wahrheit, Februar 72, S. 6).

Von dieser Parole sind die Führer von NRF/KBB in der Praxis offen abgerückt. Im NRF ist das auch „begründet" worden.

Im NRF 2/72 (Mai) ist der Vorschlag für ein „gemeinsames theoretisches Organ verschiedener Gruppen" (des Zirkelblocks) gemacht worden. Die Genossen schreiben dort über ihre „Arbeiterzeitung" (eine Zeitung, die sie vor Betrieben im Raum Mannheim/Heidelberg verkaufen):

„ ...es ist klar, daß wir in diesem Organ die Auseinandersetzung mit anderen Organisationen und Gruppen nur begrenzt führen können, wenn die Auffassungen dieser Gruppe den Lesern in den Fabriken nicht bekannt sind." (S. 17)

Diese Begründung ist nicht aufrichtig. Die NRF-Führer **setzen sich ja gerade dafür ein**, daß die Auffassungen anderer Gruppen den „Lesern in den Fabriken" (d.h. den Arbeitern) nicht bekannt werden sollen (s.o., „Verkaufsverbot" für den ARBEITERKAMPF). Ehrlicherweise müßten die NRF-Führer schreiben: „Wir **wollen** in der ‚Arbeiterzeitung' die Auseinandersetzung mit anderen Gruppen nur begrenzt führen, und deshalb wäre es uns am liebsten, wenn die Auffassungen anderer Gruppen ‚unseren Lesern' gar nicht erst bekannt würden."

Daß sie dies meinen, wird außerdem auch an ihrem folgenden Vorschlag deutlich: die Auseinandersetzung nicht „wahllos in die Arbeiterklasse hineinzutragen" (!), sondern sie in einem „gemeinsamen theoretischen Organ" erst zu „sichten". Als ob ein theoretisches Organ nicht ebenso gut wie eine „Arbeiterzeitung" Plattform für demagogisches Gezänk sein kann.

Die Konsequenz dieses Vorschlages müßte tatsächlich sein: „Reviere" abzustecken, wo nur jeweils eine lokale Gruppe ihre Zeitung verbreitet. Daneben ein „gemeinsames theoretisches Organ", in dem sich die Auseinandersetzungen abspielen.

Eine Kommission hätte dann zu entscheiden, welche Bestandteile der Auseinandersetzung den „Massen" bekannt gemacht werden dürfen, ohne daß sie vielleicht „verwirrt" werden.

Dabei stellen die NRF-Führer die Dinge auf den Kopf. Was von den kommunistischen Organisationen tatsächlich „wahllos in die Arbeiterklasse hinein" getragen wird, sind die massenhaften Flugblätter von zig Zirkeln, die „wahllos" jedem vorbeigehenden Kollegen in die Hand gedrückt werden. Das schafft wirklich Verwirrung, das schadet den Kommunisten – ohne daß wir freilich einen Patent-Vorschlag angeben könnten, wie diese Lage zu ändern ist (Einführung einer „Obersten Zensurbehörde", die darüber entscheidet, welche Flugblätter verteilt werden dürfen?).

Wenn dagegen ein Arbeiter eine kommunistische Zeitung kauft, so offenbar deshalb, weil er wissen will, welche Auffassung die Kommunisten zu bestimmten Fragen haben, welche speziellen Vorstellungen dieser oder jener Zirkel zu dieser oder jener Frage vertritt usw.

Die kommunistischen Zeitungen werden also nicht „wahllos in die Arbeiterklasse hinein" getragen, sondern sie wenden sich an einen bestimmten Kreis von Arbeitern,

der etwas über kommunistische Politik wissen will. Diese Teile der Arbeiterklasse, die mit den Lesern einer theoretischen Zeitschrift nicht gleichzusetzen sind, erwarten, daß in den kommunistischen Zeitungen auch die Auseinandersetzungen ehrlich dargestellt werden.

Zu diesen Gesichtspunkten bemerken die NRF-Führer:

„Es hat wenig Sinn, gegen den Vorschlag eines gemeinsamen theoretischen Organs. . .einzuwenden, die Auseinandersetzung finde hier nicht vor der Arbeiterklasse statt. Gegenwärtig findet die Auseinandersetzung so statt, daß selbst unter den Kommunisten nur Spezialisten einen Überblick haben. . ." (NRF, 2/72, S. 17)

Wir haben oben gezeigt, welche Einschränkungen heute gegen die Parole der „offenen Auseinandersetzung vor der Arbeiterklasse" zu machen sind: nur ein kleiner Teil der Arbeiter liest kommunistische Zeitungen und kriegt außerdem nur einen kleinen Aspekt der Auseinandersetzung mit. Die ganze Breite der Auseinandersetzung ist tatsächlich nur von „Spezialisten" noch zu erfassen. Nehmen wir aber aus der Fülle den „relevanten" (für die Arbeiterbewegung bedeutsamen) Teil der Auseinandersetzung, so verkleinert sich das Feld merklich. Die zwei wichtigsten politischen Zeitungen – den ARBEITERKAMPF und die Bremer „Wahrheit" – einmal im Monat zu lesen ist ohne weiteres möglich. Hierzu kommen die gelegentlichen Artikel der „Roten Fahne" ("KPD") zu ideologischen Fragen, ferner einige Artikel des NRF, eventuell die Kölner „tup". Es braucht jedenfalls keine „Spezialisten", um das Wesen der Auseinandersetzung zu begreifen und die Standpunkte der „relevanten" Gruppen zu vergleichen.

Die Wahrheit ist, daß die NRF/KBB-Führer das Märchen von den „Spezialisten" brauchen, um ihre eigene Existenz abzusichern. Sie wollen ja gerade verhindern, daß sich möglichst v i e l e Mitglieder „ihrer" Organisationen und möglichst v i e l e Arbeiter zu solchen „Spezialisten" entwickeln, die selbständig verschiedene Standpunkte innerhalb der kommunistischen Bewegung kennenlernen, miteinander vergleichen und auf dieser Grundlage politisch tätig werden. ■

aus: Arbeiterkampf Nr.24 und 25,1972 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes (Nord)

nationale befreiung

Nr.1

Der Kampf um Guinea-Bissau

Herausgegeben vom KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA/HD

Reden von Amilcar Cabral (Generalsekretär der PAIGC)

über die soziale Struktur Guineas und den Volkskrieg

Mit einem Vorwort des Komitee Südliches Afrika/HD

Verlag Neues Rotes Forum

69 Heidelberg 1, Lutherstraße 44a

BESTELLUNGEN SIND AN DIESE ADRESSE ZU RICHTEN

Arbeiter Basis Gruppen München

"DAS PROGRAMM DER WESTDEUTSCHEN KOMMUNISTEN"

Unter dieser gewichtigen Schlagzeile wurde von den Zirkeln Kommunistischer Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg, Kommunistischer Bund Bremen, Kommunistischer Bund Göttingen, Bund Kommunistischer Arbeiter Freiburg und Kommunistischer Bund Wolfsburg das Konzept zur Erarbeitung einer gemeinsamen Programmatik vorgelegt. Die Genossen erwarten ernstlich, daß diese Programmatik von den Kommunisten in Westdeutschland und in Westberlin als Vorschlag für das Programm der wiederaufzubauenden Kommunistischen Partei betrachtet und diskutiert wird, das die Arbeiterklasse in unserem Land zum Sieg führt.

Das ist kein geringer Vorsatz, insbesondere für Gruppen, von denen bisher keine in der wiedererstarkenden kommunistischen Bewegung eine führende, vorwärtstreibende Rolle gespielt hat. Vielmehr nahmen die genannten Zirkel in den Hauptfragen der Bewegung, wie der Gewerkschaftsfrage, der Parlamentarismusfrage, in der Frage des Wiederaufbaus der KPD, in der Frage des kommunistischen Programms und des demokratischen Zentralismus, in der Frage des Sozialimperialismus usw., zumeist eine eher schwankende, unentschiedene oder abwartende Haltung ein.

Was taugt also das vorgelegte Papier in Wirklichkeit?

Wer hofft, darin Antworten auf wenigstens einige wichtige Fragen der heutigen kommunistischen und Arbeiterbewegung in unserem Land zu finden, der wird arg enttäuscht. Da werden einige wenige elementarische Wahrheiten des Marxismus-Leninismus wiedergegeben, angefangen vom Ursprung des Kapitalismus aus der Warenproduktion. Mit grossem Hallo wird bewiesen und dann verkündet, daß die BRD ein imperialistisches Land ist. Gewiß wer würde daran zweifeln? Aber solche allgemeinen Aussagen bringen uns heute keinen Schritt weiter. Reichen sie doch noch lange nicht aus, um den westdeutschen Imperialismus in seiner besonderen Gefährlichkeit und Heimtücke zu erkennen und die Klassenkämpfe in unserem Land erfolgreich anzuleiten.

Auf der Suche nach einem geeigneten Vorbild für ihr Programm stoßen die Genossen weit zurück in die Geschichte bis zum Erfurter Programm von 1893 und dem Kommunistischen Manifest. Alle Programmschriften der KPD scheinen ihnen gering und eher den Namen "Aufruf" als den eines Programms zu verdienen. Sie messen die Programme der KPD nicht daran, ob sie ihre revolutionäre Aufgabe in der jeweiligen historischen Klassenkampfsituation erfüllt haben, so wie es das Manifest oder das Erfurter Programm zu ihrer Zeit taten. Vielmehr klammern sie sich überall an formal-äußerliche Merkmale und fragen erst gar nicht nach dem Nutzen für den Kampf der Arbeiterklasse-.

Völlig irreführend berufen sie sich daher auch noch bei ihrer Konzeption auf das großartige Programm der SDAPR von 1903. Damals gab Lenin auf die brennendsten Fragen der russischen Arbeiterbewegung Antwort, als er in seinem Programmentwurf feststellte: Die Warenproduktion ist auch in Russland bereits zur herrschenden Produktionsweise geworden. Damit zeigte er den russischen Arbeitern ihren klaren revolutionären Weg und erteilte zugleich allen opportunistischen und vorwissenschaftlichen Strömungen eine gründliche Abfuhr, die die Existenz des Kapitalismus im damaligen Russland verleugnen wollten. Zu den brennendsten Fragen der deutschen Arbeiter von heute aber gehört ganz sicher nicht die nach dem kapitalistischen Charakter der BRD.

Es ist bezeichnend für den Irrweg dieser sogenannten Programmkommission, daß der Sozialdemokratismus, der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse, genausowenig ernsthaft untersucht wird, wie der Todfeind der deutschen Arbeiterklasse, der deutsche Imperialismus, ja noch mehr: daß der Sozialdemokratismus fast mit keinem Wort erwähnt wird, geschweige denn, daß die Schritte zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse gezeigt würden. Das führt dann auch dazu, daß der moderne Revisionismus in unserem Land nicht von seinem Wesen her als linke Speerspitze des Sozialdemokratismus enthüllt wird, als ureigenste Ausgeburt des deutschen Imperialismus selber, sondern als theoretischer Fehler verharmlost wird.

Das Programm der Kommunisten machen heißt eben heute nicht nur, die allgemeinen Wahrheiten zusammenfassen, die das Proletariat historisch längst durchgesetzt hat, sondern dem Proletariat auf der Grundlage dieser allgemeinen Wahrheiten das konkrete Etappenziel weisen, den Klassenfeind kennzeichnen, die Bündnispartner für die verschiedenen revolutionären Kampfaufgaben bestimmen und die konkreten Schritte zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, zur Niederwerfung des

Feindes und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu geben.

Kommunistische Gruppen, die heute, statt dem westdeutschen Proletariat seine konkreten revolutionären Aufgaben auf dem Weg zur Erringung der politischen Macht aufzuzeigen, das Proletariat in ihrem Programmentwurf mit einigen Elementen des Marxismus-Leninismus abspeisen wollen, solche Gruppen fallen weit hinter den Stand der Bewegung zurück und laufen ernstlich Gefahr, alsbald denselben Weg in den Sumpf zu fahren, wie die KB-Nord-Trotzkistenbande. Denn erhoben diese die Programmlosigkeit zum Programm, so ist es lediglich die Kehrseite derselben Medaille, wenn man sich scheinbar der Erkenntnis der Notwendigkeit eines kommunistischen Programms beugt, wie sie inzwischen in der ganzen kommunistischen Bewegung durchgesetzt wurde, und aber in Wirklichkeit ein Stück Papier vorlegt, das mit viel "gescheitem" Gerede nur tunlichst davon ablenkt, daß die Herren Verfasser jeder verbindlichen Stellungnahme zu den Kämpfen der Arbeiterklasse und ihren revolutionären Aufgaben in unserem Land ängstlich aus dem Weg gehen und eigentlich der Arbeiterklasse nichts zu sagen, aber noch sehr viel von ihr zu lernen haben.

aus: Kommunistische Arbeiterzeitung Nr.31
Zentralorgan der Arbeiter-Basis-Gruppen (München)

Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD

AB SOFORT ERHÄLTLICH!

Inhalt:

Einleitung der Redaktion des Neuen Roten Forum
Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus
Thesen der Tagung des Zentralausschusses der KPD vom 3.11.1923
Sinowjew: Rede im EKKI, Januar 1924
Freymuth: Rede auf dem V.Weltkongreß der KI Juni 1924
Auszüge aus dem KI-Programm und Resolutionen vp, vom IV. und VI. Weltkongreß
Reden Bela Kuns und Garlandis beim 10. Plenum des EKKI
Resolution des Politbüros des ZK der KPD vom 4.6.30
Manuilsmis Bericht
Manuilskis Bericht vom 11. Plenum des EKKI
Kommuniqué des ZK der KPD zum Sturz der Brüning-Regierung
Resolution zum Bericht F.Heckerts an das EKII EKKI vom 1.April 1933
Kuusinen: Referat beim 12. Plenum des EKKI Dezember 1933
W.Pieck auf dem 13. Plenum des EKKI
Manuilski auf dem 13. Plenum des EKKI
Resolution zum Bericht Dimitroffs; VII.Weltkongreß der KI
Ulbricht: Thesen über das Wesen des Hitlerfaschismus

360 Seiten DM 9.--

Verlag Neues Rotes Forum

69 Heidelberg 1, Lutherstraße 44a

BESTELLUNGEN SIND AN DIESE ADRESSE ZU RICHTEN

Gruppe Rote Fahne (KPD)

Zur: „Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten":

DER HEIDELBERGER "PHILOSOPHENWEG" - EIN WEG ZUR KOMMUNISTISCHEN PARTEI?

Ende des letzten Jahres legten 6 westdeutsche Zirkel* eine „Stellungnahme" zum Programm der westdeutschen Kommunisten vor. Diese „Stellungnahme" ist die Plattform, auf der eine „neue Phase der kommunistischen Bewegung" eingeläutet werden soll. In Form einer bescheidenen Diskussionsvorlage wird der Anschein erweckt, als sei die Methode gefunden, die Zerfahrenheit der „kommunistischen Bewegung", sprich Zirkelbewegung zu überwinden. in Wirklichkeit ist sie ein neuer Anlauf von Zirkeln, die ideologische und organisatorische Zerrissenheit ihrer Bewegung auf das nationale Niveau zu heben. Was ist das Kennzeichen dieser „neuen Phase", wie kommen die „Kommuniqueorganisationen", wie sie sich selbst nennen, dazu, ein „nationales Unternehmen" zu erwägen.

Heute, glaubt die KG(NRF), seien „die objektiven Bedingungen für die Parteigründung herangereift ... eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung!" (NRF – Neues Rotes Forum – 4–5/72)

Fürwahr, ein brillantes Beispiel materialistischen Denkens. Der Zustand der Zirkelbewegung – zudem noch, wie er sich in den Köpfen ihrer Führer spiegelt – das ist die objektive Bedingung der Parteigründung.

Diese objektiven Bedingungen öffnen dem Subjektivismus der Zirkel in allen seinen Spielarten Tür und Tor.

Wann sind die Bedingungen zur Parteigründung herangereift?

Mit den genannten Kriterien kann man den Parteiaufbau vor drei Jahren, heute oder in ferner Zukunft rechtfertigen.

Wer die Frage der Parteigründung von den Vorgängen im Hirn der Zirkelanhänger abhängig macht, darf sich nicht wundern, wenn er aus dem eigenen Troß angegriffen wird, wie das NRF von der KG Köln, die im Rahmen dieser Argumentation durchaus mit Recht leugnet, daß die objektiven Bedingungen zur Parteigründung herangereift sind. Das NRF kann nur mit hilflosem Jonglieren von objektiv und subjektiv antworten (objektiv vorhanden, subjektiv noch nicht, da es noch keine ausreichende organisatorische und programmatische Übereinstimmung gäbe). Wieder ein mal glauben sich die Heidelberger Kommentatoren der kommunistischen Bewegung fein heraus. Zum 1325sten Mal machen sie einen Schritt nach vorn und weisen entschieden auf die Notwendigkeit der Parteigründung hin, um im gleichen Atemzug die zwei Schritte zurückzutun, die Gründung der Partei in unbestimmte Zukunft zu verlegen. Mit Leninismus hat das nichts zu tun.

Wer Lenin versteht und nicht nur liest, weiß, daß die objektiven Bedingungen der Partei bolschewistischen Typs die Existenz einer Arbeiterklasse ist, die Kapitalismus und Imperialismus gegenübersteht und die die Aufgabe hat, die Volksmassen zum revolutionären Sturz der Ausbeuter zu führen. Das ist eine der „Selbstverständlichkeiten", deren „Verwischung ... es heute allen liquidatorischen Strömungen erlaubt, die Behauptung aufzustellen und zu vertreten, der praktische Kampf könne noch nicht oder doch nur sehr beschränkt geführt werden" (wie die Stellungnahme im Hinblick auf den imperialistischen Charakter der Bundesrepublik schreibt).

Wann sind die subjektiven Bedingungen zur Parteigründung vorhanden? Doch dann, wenn eine entschlossene Gruppe von Revolutionären die objektive Notwendigkeit der Kommunistischen Partei erkennt, das Kettenglied ergreift und fest in Händen hält, wie Lenin sagt. Die Berechtigung dieses Schrittes wird nicht durch Erstgeburtsrechte, Anspruchstitel und „Anerkennung" seitens regierender kommunistischer Parteien entschieden, sondern allein durch die Frage: Haben die Genossen zu allen wesentlichen Entscheidungen eine proletarische Linie, sind sie bereit und fähig, diese Linie im politischen Kampf durchzusetzen, Kader zu bilden und die Massen um diese Politik zu organisieren.

Auf diese Frage müssen die „Kommuniqueorganisationen" antworten, wollen sie in der Ablehnung unserer Parteigründung eine ernsthafte Position vertreten. Eine solche Auseinandersetzung mit der Politik und den programmatischen Äußerungen unserer Partei sucht man jedoch in der „Stellungnahme" vergeblich. Dafür werden die bekannten Vorwürfe erneut aufgewärmt: Wir hätten uns abseits der kommunistischen Bewegung gegründet, leugneten ihre Existenz außerhalb unserer Partei und umgingen damit die Frage der Einheit der Kommunisten.

Soll man auf die Unentschiedenen warten oder sie zur Entscheidung zwingen?

Wir haben in der ROTEN FAHNE 74/75 ausführlich dargelegt, entlang welcher ideologischen Scheidelinie der Kampf verlief, der zur Gründung unserer Partei führte: Der Kampf gegen Spontaneismus und Ökonomismus auf der einen und gegen Buchgläubigkeit und Sektierertum auf der anderen Seite. Von diesem Kampf, der aus bekannten historischen Gründen in seiner fortgeschrittensten Form in Westberlin stattfand, waren die heutigen Zirkelführer nie ausgeschlossen oder getrennt. Im Gegensatz zu ihnen war uns schon damals klar, daß Kommunisten die Aufgabe haben, ihre politische Linie zu organisieren und in Politik umzusetzen. Und können Kommunisten anders Politik treiben, als im Rahmen des demokratischen Zentralismus, anders als den nationalen Parteiaufbau in

Angriff zu nehmen, statt seit Jahren nur von dieser Notwendigkeit zu reden? Die heutigen Zirkelführer – obwohl von Anfang an bestens informiert – verschweigen geflissentlich, daß die Gründung unserer Partei die Produktivkraft war, die die ideologische Auseinandersetzung vorantrieb, so daß heute in der BRD die Fronten zwischen Marxismus-Leninismus oder modernem Revisionismus geklärt sind. Was soll man von Menschen halten, die behaupten, die Gründung unserer Partei hätte die kommunistische Bewegung behindert und die Entwicklung einer Strategie für die westdeutsche Revolution erschwert, deren Auseinandersetzung mit uns seit drei Jahren darin besteht, Positionen, die wir im Kampf entwickelten und entfalteten, zögernd nachzuvollziehen wie die KG(NRF) oder einfach unser Zentralorgan wortwörtlich abzuschreiben, wie der KB Osnabrück. Das aber, was nicht in ihre Zirkelkonzeption paßte, die Parteifrage, taten sie als westberliner Kuriosum im **nationalen Zirkelpanoptikum** ab.

Wir haben uns nicht darauf beschränkt, kluge Ausführungen zu machen und als Theorielieferant für die westdeutsche Zirkelbewegung zu fungieren, sondern machten „den Fehler", für die nationale Durchsetzung unserer Linie zu kämpfen, nicht nur unter den Zirkeln, sondern unter den Massen. Wir hielten daran fest, daß die Praxis der Prüfstein ist. Der Vorwurf der Sonderbündelei heißt also, wir hätten warten sollen, bis die Zirkelbewegung („die kommunistische Bewegung") einverstanden gewesen wäre. Das heißt, den Vorwurf zu erheben, daß wir zu früh und allein aus dem ideologischen und organisatorischen Dornröschenschlaf aufgewacht seien, aus dem sich die „Kommuniqueorganisationen" jetzt unsanft von uns geweckt fühlen. Hätten wir warten sollen, bis sie von selbst erwachen, oder sie sanfter wecken sollen?

Mit wem sich vereinigen und wen bekämpfen?

Was ist die „kommunistische Bewegung", mit wem muß man sich vereinigen und wen muß man bekämpfen?

Wer glaubt, daß „die Zirkel" die richtige und notwendige Organisationsform für die Kommunisten in der BRD waren, der muß zu folgendem Schluß kommen:

Anerkennung der Zirkelbewegung = Einheit der Kommunisten, Parteigründung ohne „Befragung der Kommunistischen Bewegung" = Aufgabe des Kampfes um die Einheit der Kommunisten.

So ist es konsequent, daß die „Stellungnahme" offenläßt, ob rechtsopportunistische Gruppierungen wie der KB Nord zur kommunistischen Bewegung gezählt werden sollen oder nicht. Dabei ist nicht die Frage, ob in diesen Gruppen Kommunisten organisiert sind, diese Frage stellt sich auch bei der DKP, sondern, soll man diese Organisationen als Organisationen in den Prozeß der Vereinheitlichung und schließlichen Vereinigung aufnehmen. Für diejenigen, für die sich die Herstellung der Einheit der Kommunisten über die Vereinheitlichung von Zirkeln vollzieht, ist diese Frage schlechterdings unlösbar.

Inzwischen dämmert auch den Zirkelführern, daß diese Frage nur durch die nationale Organisierung der eigenen Linie beantwortet werden kann.

Für uns wird diese Frage, mit wem vereinigen und wen bekämpfen, nicht im Diskussionsprozeß von Zirkeln entschieden. Alle historischen Vorbilder zeigen, daß der Parteiaufbau immer über den Aufbau eines führenden Zentrums und seiner Durchsetzung verlief.

Zirkel – ein notwendiges Durchgangsstadium der kommunistischen Bewegung?

Eine kommunistische Bewegung als jetzt zu vereinheitlichende Zirkel existiert allerdings für uns nicht, denn unter unseren Bedingungen konnte und kann eine Zirkelbewegung allein eine rückschrittliche und bremsende Rolle spielen.

Da die Führer der Kommuniqueorganisationen unfähig sind, einen produktiven Gedanken in der Frage des Parteiaufbaus zu äußern, verlegen sie sich auf den Versuch, historische Beispiele nachzuahmen, um ihrer Zirkelexistenz den Talar historischer Notwendigkeit und objektiver Gesetzmäßigkeit umzuhängen. Es entbehrt nicht der Komik, die Schattierungen der parteifeindlichen Strömung zu verfolgen. Auf der einen Seite: **das Leninsche Parteimodell sei das Produkt einer einmaligen historischen Situation und nicht zu übertragen, auf der anderen Seite umgekehrt: Im zaristischen Rußland durchlief die revolutionäre Bewegung eine Zirkelphase und deshalb müssen wir das ebenso machen. Die besonderen historischen Umstände der Bildung der** SDAPR+, die darauf folgenden taktischen Notwendigkeiten der Bolschewiki werden zum Wesen der leninschen Parteitheorie erklärt.

Die Zirkel waren in Rußland eine notwendige historische Durchgangsstufe und insofern fortschrittlich. Die klassenmäßigen Gründe für die zeitweilige Notwendigkeit des Zirkelswesens sind für die Programmkommission jedoch unerfindlich. Lenins materialistische Begründung nehmen sie nicht wahr. Die Jugendlichkeit der russischen Arbeiterklasse, ihre enge klassenmäßige und ideologische Bindung an das Bauerntum, aus dem sie in wenigen Jahrzehnten hervorging, ihre Entstehung in voneinander isolierten Zentren, die Einschränkung der Kampfformen durch den zaristischen Terrorapparat.

Das Zirkelwesen hatte in Rußland in dem Augenblick historisch ausgespielt, als die Arbeiterklasse das Bewußtsein als Klasse national gewonnen hatte. Dennoch mußten die Bolschewiki den Kampf gegen das Zirkelwesen jahrzehntelang weiterführen, die Partei setzte sich nicht spontan durch, denn das starke kleinbürgerlich intellektuelle Element suchte seinen Einfluß und seine Existenz in der Sozialdemokratie zu verlängern. Allein das ist es, was die Situation hier mit der im zaristischen Rußland vergleichbar macht: das Überwiegen des kleinbürgerlich-intellektuellen Moments.

Ist man erst einmal soweit vorgedrungen, dann kann man erkennen, daß die Zersplitterung der sich kommunistisch nennenden Bewegung nicht irgendwelchen objektiven Bedingungen der Arbeiterklasse anzulasten ist, dann wird die Verantwortlichkeit der Zirkelführer für diesen Zustand klar.

Alle ihre Versuche, die Geschichte der SDAPR und der PAA als Beweis für ihre Vorstellungen vom Parteiaufbau heranzuziehen, beweisen nur die Haltlosigkeit ihrer Vorstellungen:**

In beiden Fällen wurde die Partei von einem führenden Zentrum aufgebaut, daß sich im Kampf durchsetzte.

+Sozialdemokratische Partei Rußlands

++Partei der Arbeit Albaniens

Daß sich die Gründung der KP Albaniens durch die Fusion mehrerer Gruppen vollzog, ist in der Geschichte der PAA materialistisch begründet. Lange Zeit war keine der kommunistischen Gruppen Albaniens in der Lage, die Strategie und Taktik des albanischen Befreiungskampfes anzugeben, sie waren in sich zerrissen, organisatorisch unklar und unfähig den nationalen Parteiaufbau in Angriff zu nehmen. Erst die Aufnahme des bewaffneten Kampfes schuf Klarheit über die Aufgaben der albanischen Kommunisten, die Sektion Tirana der Kommunistischen Gruppe Korca unter Genossen Enver Hodscha setzte diese Klarheit in der albanischen kommunistischen Bewegung durch. Die Orientierung auf den nationalen Befreiungskampf und die Einheitsfront unter Führung der Kommunisten ergriff die Mitglieder aller kommunistischen Gruppen, das ermöglichte ihre Zusammenfassung in einer Partei.

Die Frage der Einheit der Kommunisten in einer Partei wird von uns weder nach Über- und Unterordnung, noch durch buchgläubiges Übertragen historischer Vorbilder entschieden. Die Frage, in welcher Form wir uns mit einer Organisation oder Gruppe von Kommunisten vereinigen, ist eine Frage, die einem klaren Prinzip unterliegt. Dabei ist für uns das entscheidende Kriterium, ob die betreffende Organisation eine wirkliche Kraft darstellt, den demokratischen Zentralismus verwirklichte, die ideologische Arbeit vorangetrieben hat und Massenarbeit mit der systematischen Kaderbildung verband. Danach entscheiden wir, ob wir auf einer Auflösung der Gruppe und individueller Kooptation bestehen, oder eine Vereinigung zweier Organisationen durchführen. Daß wir in der gegenwärtigen Situation nicht auf Vereinigung mit anderen Organisationen zusteuern, liegt nicht an der prinzipiellen Ablehnung eines solchen Schritts, sondern an unserer Einschätzung, daß keine der existierenden Organisationen mit kommunistischem Anspruch die genannten Kriterien erfüllt.

Ein „nationales Unternehmen" der opportunistischen Einheit!

Was ist die Triebkraft, der die „6 Kommuniqueorganisationen" zu ihrer „Stellungnahme" und zu ihrem „nationalen Unternehmen" bewegt? Lange Zeit erlaubte es die offensichtliche politische und organisatorische Unfähigkeit der KPD/MLs den Zirkeln in ideologischer und organisatorischer Passivität zu verharren, ein Zustand, den das NRF nun selbst beklagt. Erst als es ihnen offensichtlich wurde, daß unsere Konzeption des Parteiaufbaus kein taktischer Schachzug war, um die Position innerhalb der Zirkelbewegung zu stärken, wurden sie aufgescheucht.

Die Zirkelführer sehen sich mit einer Situation konfrontiert, in der sie den in- und außerhalb ihrer Organisationen arbeitenden Kommunisten zu erklären gezwungen sind, wie sie ihre jahrelange Handwerkelei rechtfertigen und erklären können.

Die vorgelegte „Stellungnahme" trägt noch deutlich die Eierschalen dieser Zwangssituation.

Den „Kommuniqueorganisationen" fällt zu unserer Partei nichts anderes ein als: „Die meisten dieser Einschätzungen (der Programmatischen Erklärung) entstammen den Publikationen der KP Chinas und sind als einzelne durchaus korrekt. Das Ganze ist aber keineswegs ein Programm, das den Kampf des westdeutschen Proletariats anleiten könnte, sondern eine Sammlung von Auffassungen, deren Zusammenstellung beliebig bleibt ... Es ist ... in seiner Anlage spalterisch ... geschrieben vom Standpunkt dieses Zirkels zur Behauptung seiner Existenz und als Berechtigungsschein für seine Ausweitung ... So ergibt sich die „Programmatische Erklärung der Gruppe Rote Fahne (KPD) zu erkennen als Führungsanspruch über die Arbeiterbewegung ..."

Die Stellungnahme zu den wesentlichen Fragen, die von unserer Partei in ihrer Programmatischen Erklärung und im Rechenschaftsbericht des ZK an die 4. Parteikonferenz beantwortet oder zumindest thematisiert sind, wird umgangen mit der Begründung, sie seien taktischer Natur und gehörten nicht ins Programm. Wie die Zirkelführer allerdings die Strategie der westdeutschen Revolution festlegen wollen, ohne Rechenschaft über die Einschätzung der Entwicklung der Widersprüche im imperialistischen Weltsystem, über die Beurteilung der Rolle des Sozialimperialismus, des Hauptwiderspruchs und seiner möglichen Verlagerung, der Rolle des BRD-Imperialismus als Teil des imperialistischen Weltsystems, der Entwicklung des Verhältnisses von Sozialdemokratie und imperialistischem Staatsapparats abzulegen, ist ein Problem, das ihrem „nationalen Unternehmen" noch große Schwierigkeiten bereiten wird. Letztlich bedeutet diese Verballhornung der Dialektik von Strategie und Taktik, daß sie ihren bornierten Zirkelstandpunkt auf den nationalen Größenmaßstab projizieren werden.

Waren sie noch vor einem Jahr unfähig, ihren lokalen Kampf im Zusammenhang der nationalen Kämpfe zu begreifen, so gelingt es ihnen jetzt nicht, die Revolution in Westdeutschland, ihren Zusammenhang mit der Weltrevolution, ihrer Entwicklung und ihren Ungleichzeitigkeiten zu erfassen. Deshalb muß der „Programmkommission" unsere Programmatische Erklärung, die den ersten Schritt in dieser Richtung darstellt, als „beliebig", von Undurchsichtigkeit im Aufbau erscheinen.

Man kann der programmatischen Bescheidung der Zirkelführer entnehmen, daß ihr „nationales Unternehmen" der Klarheit über diese Fragen nicht bedarf. Die opportunistische Einheit, die seit langem das Wesen der Politik Heidelberger Machart ist, soll jetzt als „Nationales Unternehmen" organisiert werden.

aus:Rote Fahne
Zentralorgan der
Gruppe Rote Fahne
(KPD),Nr.3

Kommunistischer Studentenverband

NEUES ROTES FORUM - BUCHGLÄUBIGKEIT UND EPIGONENTUM

In der Sondernummer "Neues Rotes Forum" (November 1972) legen 6 Zirkel eine erste Stellungnahme ihrer Programmkommission vor. Die ersten Vorarbeiten zum "Programm der westdeutschen Kommunisten" zeigen uns jedoch: aus Heidelberg nichts Neues.

Die Vorarbeiten zum "Programm" stellen an keinem Punkt einen Fortschritt gegenüber den schon längst bekannten Positionen der bekannteren Zirkel dar. Sie dokumentieren zum einen die konstante Stagnation in allen Fragen der praktischen Politik, die sich heute den Kommunisten stellen, zum anderen zeigt sich der unveränderte Standpunkt der Zirkel in ihrer Stellungnahme zur Organisationsfrage.

Einerseits soll die "aufzubauende Organisation... alle Funktionen einer Partei schon wahrnehmen" (Sondernummer S. 4o), andererseits ist die "von uns geschaffene Organisation ... noch nicht die Kommunistische Partei" (4o).
Die das NRF auszeichnende Buchgläubigkeit entspringt aus der Unfähigkeit dieses Zirkels, Erfahrungen des Kampfes zu verallgemeinern, strategische Richtlinien für den nationalen Kampf des Proletariats auszuarbeiten. Das NRF ist nicht in der Lage, die Erfahrungen der Arbeiterbewegung schöpferisch weiterzuentwickeln, die allgemeinen Lehren zu erkennen und von den Besonderheiten der historischen Situation zu trennen. Diese sklavische Nachahmung der Vergangenheit läßt sich auch in der "Stellungnahme" nachweisen, wo sie ja gestehen, daß "ihre" Forderungen "bis auf wenige Ausnahmen wörtlich dem Leninschen Vorschlag für das Programm der KP Rußland von 1917 (!) entnommen sind". (S. 38) Ihre eigene Vorgehensweise bei der "Lösung der Programmfrage" kritisieren sie jedoch aufs schärfste bei der in der Tat sektiererischen und dogmatischen KPD/ML-ZB:

"Das Zentralbüro dieser Organisation studiert seit Jahren die taktischen Ausarbeitungen der KPD und der Kommunistischen Internationale seit Ende der 2oer Jahr und versucht, damit die Programmfrage zu lösen." (Sondernummer, S. 7)

Ein leichtfertiges Verhältnis zur Geschichte

Das "noch zu erstellende Programm" hinderte bisher das NRF jedenfalls nicht ihr spalterisches Vietnam-Komitee zu gründen, den Kampf gegen das reaktionäre Ausländer-Gesetz durch die Verweigerung der Mitarbeit auf einer gemeinsamen Plattform zu schwächen, objektiv die Interessen der Arbeiterverräter in der Gewerkschaftsspitze zu vertreten, indem sie in der letzten Metalltarifrunde die spalterische 11% Forderung als Kampflosung propagierte.

Das "fehlende Programm" dient allerdings zur Beschönigung solcher unglaublichen Schwankungen wie die des KB Bremen in der Frage der Wahl der DKP: erst Aufruf, die DKP zu wählen, in der nächsten Ausgabe der "Wahrheit" Zurücknahme des Aufrufs mit einer richtigen Begründung, aber ohne ein Wort der Selbstkritik, die die Ursachen solcher Schwankungen in grundsätzlichen Fragen wie der Einschätzung des Revisionismus innerhalb der Organisation bloßzulegen hätte.
Alle Hinweise auf Lenin und noch so viele Zitate können nicht aus der Welt schaffen, daß das NRF schon längst ein Programm hat, auf das sich in der einen oder anderen Weise schon längst alle Opportunisten gestellt haben.
Wenn wir uns im Folgenden im wesentlichen auf das Verhältnis der KG und KHG (KSG, GUV usw.) (NRF) sowie der anderen Zirkel des "Bremer Kommuniqués" zur Geschichte der Arbeiterbewegung beschränken, so deshalb, weil sich in der leichtfertigen Weise, mit der das NRF Versatzstücke aus dem Klassenkampf zu einer Rechtfertigung ihrer Politik zusammenstückelt, eine bedenkliche Mischung aus buchgläubigem Dogmatismus und Opportunismus in Fragen der Theorie offenbart, umso bedenklicher bei Genossen, die in ihren Ausarbeitungen zu verschiedenen Fragen gezeigt haben, daß sie durchaus zu gewissenhafter Arbeit befähigt sind, die allerdings nie das Niveau der schöpferischen Anwendung für die Praxis der Kommunisten erreichte.

In welcher Weise entstellte das NRF die Geschichte?

Das Zirkelwesen - vom NRF rückblickend als "fortschrittliche Erscheinung" (NRF 2/72, S. 9) gekennzeichnet - wird als notwendige Etappe hin zum Aufbau einer westdeutschen KP begriffen.
Das einzig Richtige an dem Exkurs über die russischen Zirkel, mit dem das NRF seine Existenzberechtigung heute einsichtig machen wollte, ist der Hinweis auf die Notwendigkeit der Zirkel im damaligen Rußland. Lenin hat darauf deutlich hingewiesen, daß die Entstehung der Zirkel im Zusammenhang mit den Besonderheiten der historischen Situation Ruß-

lands und der Arbeiterbewegung gesehen werden muß: "Zu ihrer Zeit waren die Zirkel notwendig und spielten eine positive Rolle in einem autokratisch regierten Land überhaupt und insbesondere unter den Bedingungen, die durch die ganze Geschichte der russischen revolutionären Bewegung hervorgebracht waren, konnte sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht anders als aus Zirkeln entwickeln." (Werke Bd. 13, S. 97)
Hier sind klare Determinanten genannt: das autokratische System, die besonderen Bedingungen der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung, die durch die weit auseinander liegenden Industriezentren bedingte regionale und örtliche Beschränktheit des Proletariats. Teilweise waren die Proletarier noch Halbproletarier, die nebenbei noch ein Stück Acker bebauten. Es gab keine Gewerkschaften für den ökonomischen Kampf, diese Aufgaben übernahmen in der Hauptsache gerade die Zirkel. Diese Zirkel waren eben, wie Lenin hervorhebt, eine "Erscheinung, wie sie nur in einem jugendlichen und noch sehr unreifen Stadium der Arbeiterbewegung eines Landes möglich ist". (Bd. 13, S. 96)
Die Besonderheiten, die Lenin als Begründung für die Notwendigkeit der Zirkelbewegungen angegeben hat, können für die BRD schwerlich als Beweise herangezogen werden. Die westdeutsche und westberliner Arbeiterklasse trägt nicht die Züge regionaler oder örtlicher Beschränkung. Schon längst hat der deutsche monopolistische Kapitalismus durch die Entwicklung der großen Industrie und durch die Herstellung von mannigfaltigen Wechselbeziehungen zwischen allen Wirtschaftszweigen und durch ein breites Netz von Kommunikationsmittel der Arbeiterklasse ein nationales Gepräge gegegeben und für die nationalen Verhältnisse die Arbeiterklasse auch zur zahlenmäßig überwiegenden Gruppe gemacht.
Die Arbeiter sind zu großen Teilen in nationalen Gewerkschaftsorganisationen zusammengefaßt und die Arbeiter-und kommunistische Bewegung kann in Deutschland auf eine über 1oo Jahre alte Tradition und Geschichte zurückblicken, ihre praktischen Erfahrungen und ihre Theorie sind alles andere als "jugendlich und unreif".
Ebenso entstellte das NRF die wirkliche Funktion und Bedeutung der "ISKRA", um die Konzeption ihres eigenen theoretischen Organs direkt aus der russischen Arbeiterbewegung ableiten zu können. Lesen wir nach, wie das NRF die politische Bedeutung und Funktion seines "theoretischen" Organs bestimmte, und welchen Stellenwert dagegen die Iskra hatte. So hieß es beim NRF:
"Es hat wenig Sinn, gegen den Vorschlag eines gemeinsamen theoretischen Organs, dessen Linie für die Publikationsarbeit natürlich genau festgelegt sein müßte (?) einzuwenden, die Auseinandersetzung (!) findet hier nicht vor der Arbeiterklasse statt. Gegenwärtig findet die Auseinandersetzung so statt, daß selbst unter den Kommunisten nur Spezialisten einen Überblick haben und daß selbst die Kommunisten, die sich ganz auf die politische Tätigkeit konzentrieren können, keineswegs einen wirklichen Überblick über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen gewinnen können."
Die besonderen Bedingungen Rußlands waren auch maßgebend für die Aufgaben, die der "Iskra" zukamen:
"Die Arbeiter Deutschlands, Frankreichs usw. haben außer Zeitungen eine Menge anderer Mittel, die Bewegung zu organisieren: parlamentarische Tätigkeit und Wahlagitation, Volksversammlungen und Beteiligung an lokalen und öffentlichen (ländlichen und städtischen) Einrichtungen, offene Betätigung von Berufsverbänden (Gewerkschaften, Innungen) usw. und dergleichen mehr. Bei uns muß - solange wir noch nicht die politische Freiheit erkämpft haben - als Ersatz all dessen, aber wirklich alles dessen, eine revolutionäre Zeitung dienen, ohne die bei uns keinerlei umfassende Organisation der gesamten Arbeiterbewegung möglich ist." (Lenin, W. 4, S. 213/4)

Die Aufgaben der Iskra waren sehr vielfältig, es war mitnichten das beschränkte "theoretische" Organ, zu dem es das NRF stempeln wollte. Sie war kein Organ, das über den realen Kämpfen schwebte, sondern in hunderten von Arbeiterkorrespondenzen die Lage der Arbeiterklasse schilderte, die Kämpfe der Arbeiter propagierte, sie leistete die "Zusammenfassung aller Formen des revolutionären Kampfes" (Lenin, W 4, 213). Sie war ein "Organ mit einer klar bestimmten Richtung". (S. 323)
Die Zeitung wurde von fast allen fortschrittlichen Arbeitern gelesen und war immer "arg zerlesen", wie ein Arbeiter an Lenin geschrieben hat.

Es ist also nicht so, wie das NRF beweisen will, daß die "Iskra" das Organ gewesen sei zur Schaffung des gemeinsamen Programms, sondern sie war die Plattform der Gruppe um Lenin zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen über den Weg der russischen Arbeiterbewegung.

Eine billige Verfälschung der Geschichte Albaniens.

Doch damit nicht genug. Auf die Unwissenheit ihrer Leser spekulierend entstellt das NRF mit der gleichen "Sorglosigkeit" die "Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens". Statt des Nachweises, daß an der Gründung der Partei Albaniens sich die Richtigkeit des Zusammenschlusses verschiedener Zirkel in der Praxis noch einmal klar bestätigt haben, können wir folgendes lernen:

1. führender und einziger Kern der Parteischaffung seit dem Zeitpunkt, an dem der Aufbau der proletarischen Partei auf der Tagesordnung stand, war die kommunistische Gruppe Korcas.
2. Der Parteiaufbau verlief von oben nach unten. Die Versuche, zu einer nationalen Partei zu kommen, scheiterten immer wieder an der ideologischen Borniertheit der wichtigsten Zirkel, bis sich unter den Bedingungen des antifaschistischen Kampfes die Richtigkeit der Linie der Korcas-Gruppe auch für jeden Zirkel erkenntlich herausstellte. "Die von den Kommunisten bei der Organisierung der antifaschistischen Bewegung in den ersten Monaten der Okkupation des Landes erzielten Erfolge feuerten die Korcas-Gruppe an, ihre Tätigkeit in den anderen Landesteilen auszudehnen und zu intensivieren und dem Lokalismus, der weiterhin ein beträchtliches Hindernis bildete, ein Ende zu machen. Anfang 1940 organisierte sie ei-

ne Sektion in Tirana."("Geschichte"S. 8o)
Nur unter diesen Bedingungen - des Bestehens eines führenden Zentrums und einer klaren politischen Linie kam es 1941 zur Gründung der Partei. Der Kampf gegen die Zirkel war notwendig, damit "die Partei der Arbeit entstand als marxistisch-leninistische Partei", die "gemäß den Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus aufgebaut" wurde. (In der Geschichte der Partei Albaniens geblättert, S. 22)
Wenn das NRF im Vorentwurf zum "Programm der westdeutschen Kommunisten" jetzt behauptet, daß Kampf um Programm und gemeinsame Taktik und darauf aufbauend, Ausbildung gemeinsamer organisatorischer Formen der Weg bei der Herausbildung der russischen Sozialdemokratie gewesen sei, "vergißt" das NRF immer hinzuzufügen, daß es gerade die Aufgabe der "Iskra"-Gruppe um Lenin gewesen war, gegen den Widerstand der vielen lokalen Zirkel, ihre Vorstellungen über den Weg der russischen Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Organisation durchzusetzen.

Ideologischer Kampf: Der Berg kreißte und gebar eine Maus

Es gehört schon ein gerüttelt Maß zirklerischer Unverfrorenheit dazu, die Politik der "Iskra"-Gruppe zur Schaffung der bolschewistischen Partei zu vergleichen mit der Handwerkelei des heimischen Zirkels (NRF) in Baden, dessen Grundlage der politischen Arbeit ("Weil wir kein Programm haben, auf dessen Grundlage wir alle stehen ..."S. 4) die Prinzipienlosigkeit ist.
Wen wundert noch, daß sich die großangekündigte öffentliche Diskussion um die Parteiprogramme im Falle der KPD reduziert auf ca. 15 Sätze, die in der Hauptsache aus platten Dummheiten bestehen.
"So muß etwa jedes Mitglied der 'KPD' ... anerkennen ..., daß der ' Kampf der Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau große Bedeutung' gewinne. Wenn derartige Aussagen zum Bestandteil des Programms gemacht werden, so ist die Konsequenz, daß im Fall weiterer Entfaltung der Kämpfe - etwa in Namibia - die 'KPD' einen außerordentlichen Parteitag einberufen müßte, um eine Erweiterung des Programms zu beschließen."(S. 8)

Kein Wort zur Frage der Einschätzung der KPD zum Sozialimperialismus. Schweigen über die Linie der KPD gegen Reformismus und Revisionismus. Keine Auseinandersetzungen mit der Bündnispolitik der KPD an den Hochschulen. Nichts zur Frage der revolutionären Gewerkschaftsarbeit der KPD.

Die permanente Verweigerung der inhaltlichen Diskussion strategischer Ausarbeitungen der KPD z. B. zur Frage der Gewerkschaftsarbeit (das NRF behauptet, erst noch das Aktionsprogramm "für den gewerkschaftlichen Kampf" erarbeiten zu müssen, S. 38) ist eine Konsequenz der Zwickmühle, in die sich das NRF durch seine unmaterialistische Analyse der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in der BRD gesetzt hat.
Während die KPD von Anfang an die Scheidelinie zwischen revisionistischen und Krypto-(versteckt) revisionistischen Organisationen einerseits, revolutionären Genossen und Organisationen andererseits zog, und auf dieser Grundlage mit einer Vielzahl von Zirkeln in der BRD (wie der PF Hamburg, dem SALZ Cuxhaven usw. usf.)zusammenarbeiten, sie anleiten und schließlich durch eine entsprechende Parteiebene ablösen kann, zog das NRF die Scheidelinie immer zwischen "Parteiansätzen" und "Zirkeln". Dieser Organisationsfetischismus versperrt den NRF-Führern bis heute den Weg zu einer ernstzunehmenden Kritik unserer programmtischen Ausarbeitungen, führte zu der panikartigen Reaktion auf das Gesprächsangebot der KPD, führte zu dem handfesten Opportunismus des Zusammenschlusses mit Organisation wie dem KB Göttingen, dessen Bündnispolitik das NRF selbst einmal richtig als "revisionistisch" bezeichnet hat, mit dem KBB, der noch nach der gemeinsamen Erklärung, die die weitgehende Gemeinsamkeit in den wichtigsten Fragen dokumentiert, zur Wahl der DKP aufruft, mit dem KB Osnabrück, der nicht einmal zu verbergen sucht, daß er den Hauptteil seiner Zeitung aus dem Zentralorgan der KPD abschreibt, bzw, ausschneidet, und mit einer "Berliner Gruppe", die ungenannt bleiben möchte.
"Nicht nach Wahrheitsuche in den Tatsachen steht ihnen der Sinn, sondern Eindruck schinden durch Schaumschlägerei gelüstet es sie. Solche Leute sind taube Blüten, brüchig, ohne Konsistenz. Sie sind rechthaberisch, 'die erste Autorität in der Welt', 'Allerhöchstbevollmächtigte', die überall herumrauschen." (Mao Tse Tung, AW III, S. 2o)

aus: Dem Volke dienen, Nr. 5/72
Zentralorgan des KSV

RECHTSHILFEFONDS
BfG
20 73 60 09

Fortsetzung von Seite 2

und über die Vorlage eines Programmentwurfes hinaus, die politischen Grundlagen der zu schaffenden Organisation, wie sie in den Resolutionen ihren Ausdruck finden, einheitlich festlegen kann und soll. Wichtig ist, daß eine breite Diskussion auch über die konkrete Taktik der Organisation entfaltet wird als Voraussetzung dafür, daß eine bewußte Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit möglich wird. Die Programmkommission fordert die Organisationen auf, weitere ihnen notwendig scheinende Anträge und Resolutionen für die erste Delegiertenkonferenz vorzubereiten."

Die Programmkommission wird den Organisationen des Bremer Kommuniqués vorschlagen, diese Resolutionsentwürfe auch den befreundeten Organisationen zur Verfügung zu stellen.

Die Kommunistische Gruppe Köln weist in ihrem in TUP (Theorie und Praxis) Nr. und in dem in diesem NRF veröffentlichten Beitrag auf die Notwendigkeit einer Resolution zur umfassenden Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation hin. Dies stimmt auch mit den Überlegungen der Programmkommission überein. Eines ihrer Mitglieder hat einen Entwurf für eine entsprechende Resolution entworfen, die jetzt in den Organisationen diskutiert werden wird.
Die Programmkommission und ihre Mitglieder konnten in diesem Heft nicht auf jede Kritik oder "Stellungnahme" umfassend eingehen und auch keinen vollständigen Kommentar ihres Entwurfes liefern. Aber das in diesem Heft vorgelegte Material wird dennoch jedem Genossen ermöglichen, sich ein umfassendes Bild vom gegenwärtigen Stand der Programmdebatte zu machen und selbständig Stellung zu beziehen.

IMPRESSUM :

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten.
Auflage 16 000.

Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum,
Heidelberg, Verleger Jürgen Sendler

Anschrift: Verlag Neues Rotes Forum
69 Heidelberg
Lutherstraße 44 a

Redaktion: Joscha Schmierer(verantwortlich)
Dietrich Hildebrandt

Druck: Caro - Druck, 69 Heidelberg
Lutherstraße 44 a

Anzeigenverwaltung: über Verlagsadresse

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Läden erhältlich. Im Abonnement 2.- DM plus Porto.

Preis dieser Sondernummer 4.- DM
Bestellungen an: D. Hildebrandt
69 Heidelberg
Postfach 834

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

Wir veröffentlichen in diesem NRF alle Kritiken und Kommentare zur "Stellungnahme" der Programmkommission in der Sondernummer des NRF, soweit sie vor Ende Februar veröffentlicht und uns bekannt geworden oder uns zugegangen sind. Lediglich solche Kritiken und Kommentare, die in Form von Briefen erfolgt sind und nicht zur Veröffentlichung gedacht waren, haben wir nicht aufgenommen.

Trotz der Dürftigkeit mancher Beiträge halten wir es für richtig, alle abzudrucken und so die ganze bisherige Debatte zu dokumentieren. Zum ersten Mal hat sich eine Debatte ergeben, in der fast alle Gruppen Stellung bezogen haben. Es ist unsere Pflicht, durch Abdruck aller Standpunkte zur Konzentration dieser Debatte beizutragen.

In diesem NRF werden keine Stellungnahmen der Grundeinheiten der Kommuniquéorganisationen veröffentlicht. Die Stellungnahmen, die bis jetzt vorliegen, sind Berichte an die Leitungen über den Verlauf der Programmdiskussion und nicht für die Veröffentlichung bestimmt.

Alle weiteren Beiträge zur Programmdebatte bitte an unsere Redaktionsadresse senden:

D. Hildebrandt

69 Heidelberg
Postfach 834

BERICHTIGUNGEN zu 4-5/72

Der Artikel von Walter Lindner "Klassenkampf in der Übergangsperiode " ist von der Redaktion besonders schlampig redigiert worden.
Auf Seite 19, rechte Spalte, Zeile 46 ist ein Zitat nicht ausgeführt worden. Es muß heißen: "Die Art, wie die maoistischen 'Theoretiker' die Lösung wirtschaftlicher Probleme 'meistern', wird durch ihre These 'Die Politik ist der entscheidende Faktor' bestimmt. Sie stellen damit den marxistischen Leitsatz vom Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft glatt auf den Kopf. Das eigentliche Wesen des Übergangs von der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen besteht, wie Lenin hervorhob, darin, daß die politischen Aufgaben gegenüber den ökonomischen eine untergeordnete Stellung einnehmen." Sowjetunion heute 21/1971, zit. nach "Revolutionärer Weg" 8/72, S. 105f.

Die Abkürzungen NÖSPL und ÖSS werden nicht erklärt.
NÖSPL ist die Abkürzung für "Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft." Es wurde auf dem VI. Parteitag der SED eingeführt. Es bedeutete vor allem die Wiederherstellung des Rentabilitätsprinzips, Ausbau der Ware-Geld-Beziehungen, Dezentralisierung und Benutzung ökonomischer Hebel, um die Arbeiter zu größerer Produktionsleistung anzuspornen.
ÖSS ist die Abkürzung für "Ökonomisches System des Sozialismus", worunter die verschiedenen wirtschaftlichen Maßnahmen der SED nach 1968 verstanden werden. Das ÖSS "erweiterte und vervollkommnete" die "materielle Interessiertheit".

ARBEITER-ZEITUNG

Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg

kjz kommunistische jugend · zeitung

organ des kajb (nrf) mannheim · heidelberg

Kommunistische Hochschulzeitung

Herausgegeben von der KOMMUNISTISCHEN HOCHSCHULGRUPPE (NRF) Heidelberg
und der KOMMUNISTISCHEN HOCHSCHULGRUPPE (NRF) Mannheim

Schulkampf

Kommunistische Schülerzeitung

Herausgegeben von der K S G (N R F)
Heidelberg / Wiesloch

Verlag Neues Rotes Forum
69 Heidelberg 1, Lutherstraße 44a
BESTELLUNGEN SIND AN DIESE ADRESSE ZU RICHTEN